

Bilanzkonferenz der BMFSFJ-Program-  
plattform „Entwicklung und Chancen junger  
Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)

## **Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche**

Dokumentation der Veranstaltung am  
25. und 26. September 2006 in Leipzig

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Tel: 030/457986-0  
Fax: 030/457986-50  
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartner:  
Rainer Schwarz, Judtith Schwarzburger

Layout:  
Montevideo

Redaktion:  
Anne Vonderstein

## **Inhalt:**

- 5 Vorwort**  
Rainer Schwarz
  
- 7 Für ein gelingendes Aufwachsen –  
Stärkung der Familie, Erziehung, Betreuung  
und Bildung von Kindern und Jugendlichen  
im Stadtteil: Erfahrungen und Perspektiven  
der nationalen Programmplattform „Ent-  
wicklung und Chancen junger Menschen in  
sozialen Brennpunkten“**  
Hermann Kues
  
- 11 Leipzig – Soziale Stadt für Kinder und  
Jugendliche (Grußwort der Stadt Leipzig  
anlässlich der E&C-Bilanzkonferenz am  
25./26.09.2006)**  
Siegfried Haller
  
- 16 Integrationsmaschine Stadt – Analysen, Im-  
pulse und Strategien für soziale Brennpunkte**  
Rainer Kilb
  
- 25 Soziale Arbeit als Koproduktion – Idee,  
Umsetzung und Perspektiven integrierter  
Handlungsansätze in der sozialen Stadt-  
teilentwicklung für Kinder, Jugendliche und  
Familien**  
Hartmut Brocke
  
- 32 Anknüpfungspunkte und Perspektiven für  
eine soziale Stadtentwicklung im Bund-Län-  
der-Programm „Stadtteile mit besonderem  
Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“**  
Thomas Hartmann
  
- 36 Wirksamkeit lokaler Netzwerke und die Aus-  
prägungen kommunalpolitischer Steuerung  
– Das Bundesmodellprogramm „Entwicklung  
und Chancen junger Menschen in sozialen  
Brennpunkten“ (E&C)**  
Susann Burchardt
  
- 50 Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung:  
Chance und Herausforderung**  
Ingrid Papies-Winkler
  
- 54 Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung:  
Was wurde erreicht?**  
Gesine Bär
  
- 57 Schlafende Riesen wecken: Partizipation und  
Beteiligung in sozialen Brennpunkten**  
Matthias Bartscher
  
- 66 Umsteuern: Kommunale Bündnisse, Good  
Governance und bürgerschaftliches Engage-  
ment als Strategie kommunalen Handelns**  
Thomas Ehlert

- 71 Kinder fördern heißt Eltern fördern: Unterstützung von Familien und Kindern durch integrierte Dienste im Stadtteil**  
Annette Berg
  
- 78 Hürden nehmen – Übergänge gestalten: Lokale Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter**  
Heiner Brülle
  
- 86 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) – Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potentiale vor Ort**  
Christoph Schwamborn
  
- 94 Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) – Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potentiale in Augsburg**  
Sabine Nölke-Schaufler
  
- 98 Kompetenzagenturen – Arbeitsweltorientierte Jugendsozialarbeit**  
Hardy Adamczyk, Hermine Hauck
  
- 107 Schulverweigerung – Die 2. Chance: Schulverweigerung als gesellschaftliche und jugendpolitische Herausforderung**  
Reiner Müller
  
- 109 entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus**  
Andrea Keppke
  
- 117 Einblicke in das Bundesprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“**  
Ute Seckendorf
  
- 119 Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialräumliche Integration als Aufgabe der Jugendmigrationsdienste**  
Katja Glybowskaja, Astrid Horbank
  
- 124 Podiumsdiskussion und Ausblick: „Die Soziale Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien“**

**Anhang:**

- 142 Übersicht über die Infostände auf der Messe der Modellprogramme und Initiativen**
  
- 154 Tagungsprogramm**
  
- 156 Referenten/innen**
  
- 159 Teilnehmer/innen**

## Vorwort

Die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) trat im Jahr 2000 als Partnerprogramm der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Die soziale Stadt“ an, die Tätigkeit der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu konzentrieren, hier Ressourcen zusammenzuführen und ressortübergreifende integrierte Handlungskonzepte kreativ (mit) zu gestalten. Generelles Ziel war und ist die Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens und Lebens von Kindern, Jugendlichen und Familien in sozialen Brennpunkten sowie die Steigerung ihrer Zukunftskompetenzen. Aus dieser Zielstellung entwickelten sich mannigfaltige Themen und Entwicklungsbereiche, deren inhaltliche Vielfalt und Vernetztheit sich in einer großen Zahl von Fachveranstaltungen, Initiativen und Veröffentlichungen der Regiestelle E&C widerspiegelt ([www.eundc.de](http://www.eundc.de)). Das Sammeln und Aufbereiten von gesellschaftswissenschaftlichem, städtebaulichem und infrastrukturellem Know-how und deren Verbindung mit der Praxis der lokalen Akteure bildet die Grundlage zur Vermehrung von Handlungswissen für die Soziale Arbeit in den Brennpunktgebieten von E&C.

Mit der E&C-Bilanzkonferenz „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wurde der Versuch unternommen, die wichtigsten Themen und Erfahrungsbereiche aus sechs Jahren Umsetzung der Programmplattform E&C darzustellen. Neben den hier veröffentlichten Vorträgen und Erfahrungsberichten bot eine Messe von Bundesmodellprogrammen sowie gemeinsamer Initiativen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft unter dem Motto „Mehr Chancen für das Aufwachsen in sozialen Brennpunkten“ vielfältige Gelegenheit zur Information. Die hieran teilnehmenden Projekte und Initiativen werden am Ende dieses Bandes kurz vorgestellt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMFSFJ, Dr. Hermann Kues, unterstreicht in seinem Grußwort die Bedeutung von E&C für die Dissemination guter Praxis sozialräumlicher Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen und verweist auf die Vielzahl der erreichten Akteure. Mit E&C sei ein beeindruckendes Netzwerk entstanden, das sich insbesondere durch fachübergreifende Herangehensweisen an die Lösung der mannigfaltigen Entwicklungsaufgaben in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf auszeichnet.

Er würdigt den wichtigen Beitrag aller E&C-Akteure insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene zur erfolgreichen Umsetzung der Strategie des BMFSFJ, diese Herausforderungen in integrierter Weise mit dem Ressort Stadtentwicklung/Soziale Stadt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zu bewältigen. E&C habe sich als lernfähiges und flexibles Instrument zur Unterstützung kommunaler Entwicklungsprozesse erwiesen. Zugleich verweist er auf die weiter bestehende Aufgabe, jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. Hierauf sind insbesondere die Bemühungen des BMFSFJ zur Förderung von Familien, zur individuellen Unterstützung benachteiligter junger Menschen aber auch zum Herausfordern von Eigeninitiative, Wertevermittlung und -aneignung, sowie zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ausgerichtet. Dies sind die Schwerpunkte der Unterstützung von sozialen Brennpunkten durch verschiedene Programme des BMFSFJ in den nächsten Jahren.

Als Vertreter des Dezernates Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig heißt Dr. Siegfried Haller die Konferenzgäste willkommen. Zugleich stellt er die Erfahrungen Leipzigs mit sechs Jahren intensiver stadtteilbezogener Entwicklungsarbeit in zwei E&C/„Soziale Stadt“-Gebieten dar und schildert Erfolge und kommunale Vorhaben zu deren Verstetigung. Viele Ideen und Strategien sozialräumlichen integrierten Vorgehens seien ohne die Programmplattform E&C so nicht erdacht und in die Realität umgesetzt worden. Heute dienen sie als gesamtstädtisches Modell für die Gestaltung der „Sozialen Stadt Leipzig“.

Die folgenden Beiträge von Prof. Dr. Rainer Kilb, Hartmut Brocke, Thomas Hartmann und Dr. Susann Burchardt stellen die Konzepte integrierter Stadtteilentwicklung und Sozialer Arbeit als Koproduktion aus unterschiedlichen Perspektiven dar. Während Kilb – internationale Tendenzen im Blick – über unterschiedliche Quartierstypen und notwendige Handlungsstrategien berichtet, stellt Brocke die besonderen Bewältigungsstrategien für die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in sozialen Brennpunkten dar. Beide leiten die aus ihrer Sicht bestehenden Entwicklungsaufgaben und den Unterstützungsbedarf durch Bund, Länder und Kommunen ab. Hartmann berichtet über die Erfahrungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und referiert insbesondere aus den Ergebnissen der dritten Befragung von kommunalen

Akteuren zum Programm „Soziale Stadt“. Wichtigstes Resümee des Ministeriums aus sechs Jahren gemeinsamer Programmgestaltung von E&C und „Soziale Stadt“ sei die Aufstockung des Fördervolumens um 40 Millionen Euro im Jahr 2006. Die Bereitstellung dieser für Modellvorhaben auch im nicht-investiven Bereich vorgesehenen Mittel sei wesentlich durch die hervorragenden lokalen Erfahrungen mit der Umsetzung des E&C-Teilprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) inspiriert. Burchardt stellt erste Ergebnisse aus der zweistufigen wissenschaftlichen Begleitung von E&C vor und verweist ebenfalls besonders auf die nachhaltige Wirkung von LOS auf kommunale Entwicklungsprozesse, Vernetzung und ressortübergreifende Aktivitäten in den Stadtteilen.

Die dann folgenden Beiträge berühren zentrale Themen des E&C-Prozesses, wie stadtteilorientierte Gesundheits- und Bildungsförderung (Ingrid Papies-Winkler, Gesine Bär) sowie Partizipation und Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Stadtteil (Matthias Bartscher). Im weiteren wird über die Veränderung der Logik, Struktur und Prozesse kommunaler Steuerung als Grundlage für ein andauerndes ressortübergreifendes Agieren von Ämtern und Behörden berichtet (Thomas Ehler). Aus Sicht kommunaler Akteure werden darüber hinaus Strategien für die Stärkung von Eltern in ihrer Erziehungskompetenz u.a. durch die Einrichtung von stadtteilbezogenen integrierten Diensten dargestellt (Anette Berg, Helmut Szepansky) sowie die Kooperationsanforderungen an Jugendhilfe, Schule, Beschäftigungsförderung und Träger der Grund-sicherung bei der Begleitung von Kindern und Jugendlichen an den biografischen Übergängen, insbesondere beim Übergang in Ausbildung und Beruf erläutert (Heiner Brülle). Die Autoren/innen referieren hier Erfahrungen aus den Städten Berlin, Hamm, Leipzig, Monheim, Hamburg und Wiesbaden.

Ein wichtiges Ziel von E&C war und ist die Konzentration von Ressourcen und Initiativen von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und der Gesundheitsförderung, aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und anderer gesellschaftlicher Akteure in den sozialen Brennpunkten. In den folgenden Beiträgen präsentieren sich Bundesmodellprogramme mit ihren Initiativen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Es sind dies LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke (Christoph Schwamborn und Sabine Nölke-Schaufler), Schulverweigerung – Die 2. Chance (Reiner Müller), Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Modellphase Kompetenzagenturen (Hardy Adamczyk und Hermine Hauck),

Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Andrea Keppke und Ute Seckendorf) und Jugendmigrationsdienste (Katja Glybowski, Astrid Horkbank und Dr. Helmuth Schweitzer). Die Vielfalt dieser Projekte und ihre lokale Ausrichtung ist von großer Bedeutung für die praktische Umsetzung sozialräumlicher Konzepte und stärkt die Jugendhilfe im Prozess der sozialen Stadtteilentwicklung.

Über den Zuwachs an Bedeutung für die Jugendhilfe gegenüber den Akteuren der „Sozialen Stadt“ waren sich auch die Teilnehmer/innen des Podiums einig. Grundlage hierfür sei der gewachsene Respekt, mit dem die Stadtentwicklung nach sechs Jahren E&C der Jugendhilfe begegnet. Das von Matthias Bartscher moderierte und mit Originaltönen der Konferenzteilnehmer/innen unterlegte Podium diente dem Rückblick, aber insbesondere auch dem Ausblick auf die Perspektiven für die weitere Entwicklung in den E&C-Kommunen, die sich aus den Erfahrungen mit der Umsetzung der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ ergeben. In Schlaglichtern sind hier zum einen wichtige Aussagen aus der Podiumsrunde zusammengefasst und zum anderen ist die Diskussion im Wortlaut dokumentiert.

Die Bilanzkonferenz schloss mit der Feststellung: E&C ist in den Programmgebieten zum Motor koproduktiver und integrierter Ansätze Sozialer Arbeit und lokaler Entwicklungsgestaltung geworden. Dieser Prozess sollte fortgeführt, ausgeweitet und intensiviert werden.

## **Für ein gelingendes Aufwachsen – Stärkung der Familie, Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil: Erfahrungen und Perspektiven der nationalen Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“**

Sehr geehrter Herr Dr. Haller, sehr geehrter Herr Brocke, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich ganz herzliche Grüße aus dem Ministerium übermitteln. Auch wenn es unüblich ist, möchte ich ausdrücklich auch Herrn Kupferschmid begrüßen, den Referatsleiter, der über viele Jahre die Arbeit getragen hat. Denn wir sehen das auch bei den anderen Projekten, über die wir heute reden werden: Es hängt immer von ganz konkreten Personen ab, ob etwas auf den Weg gebracht wird oder nicht. Und deswegen von dieser Stelle aus herzlichen Dank für die Arbeit.

Das Thema heute ist die Bilanzkonferenz der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Es gibt Termine, z.B. zum Thema Arbeitslosigkeit, die sind weniger erfreulich, weil teilweise nur die ganze Hilflosigkeit zum Ausdruck kommt. Es gibt aber auch Termine, die sind erfreulich, weil sich dort zeigen lässt, dass, wenn man es richtig anpackt, sich auch etwas bewegen lässt. Und zu diesen erfreulichen Terminen gehört der heutige Tag.

Denn die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, die von 2000 bis 2006 umgesetzt worden ist, hat eine beeindruckende Bilanz und sie hat viele Menschen zu einem Netzwerk zusammengeführt:

- 377 Quartiersmanager/innen,
- knapp 400 Vertreter/innen von Kommunen,
- 412 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe,
- 992 Vertreter/innen aus Kindertageseinrichtungen,
- 185 Jugendmigrationsdienste,
- 282 Vertreter/innen von lokalen Arbeitsagenturen,
- 217 Vertreter/innen von ARGE'n,
- 40 Vertreter/innen von Optionskommunen,
- und last but not least 3.250 Abonnenten/innen des E&C-Newsletters in insgesamt 392 sozialen Brennpunkten in 267 Kommunen.

Hier ist also tatsächlich ein Netzwerk entstanden, das zum einen die Kinder- und Jugendhilfe fest in den 392 Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ verankert und zum anderen

eine große Bedeutung hat für die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit. Ursprünglich war das Programm für 50 bis 70 Stadtteile geplant. Heute beweisen 392 Stadtteile, dass sich der Sozialraum als Methode für soziale Brennpunkte bewährt hat, dass sozialräumliches Arbeiten nicht nur in sozialen Brennpunkten, sondern generell in der Kinder- und Jugendhilfe als Fachstandard anerkannt ist, denn Aufwachsen und Erziehung findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern findet in einem sozialen Raum statt. Und auch Werte und Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen werden Kindern und Jugendlichen nicht zuletzt durch ihr soziales Umfeld vermittelt. Und soziale Brennpunkte, die sich auch geografisch definieren lassen, generieren eher negative Sozialisationsbedingungen.

Normalität in sozialen Brennpunkten lässt sich dadurch charakterisieren, dass staatliche Transferleistungen (u.a. Sozialhilfe) Regelein kommen sind, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eher die Ausnahme ist, die Bewohner/innen häufig einen Migrationshintergrund haben. Deutsch ist eine Minderheit. Es kommt zu öffentlicher Verwahrlosung, Vandalismus in Straßen, öffentlichen Gebäuden und Grünflächen, nicht selten zu Kleinkriminalität. Gewalt in öffentlichen Räumen und Schulen ist eine alltägliche Erscheinung und kulturelle Regeleinrichtungen sind kaum vorhanden.

Konsequenzen dieser Situation sind, dass Familien, die es sich leisten können, in andere Stadtteile ziehen. Der Wegzug erfolgt spätestens dann, wenn die Kinder in die Kindertageseinrichtung oder Schule kommen und die Familie dann endgültig mit der sozialen Realität des Stadtteils konfrontiert werden.

Diese Segregationsspirale führt dann dazu, dass sich die soziale Realität im sozialen Brennpunkt „negativer“ gegenüber der „anderen“ Gesellschaft entwickelt. Sozialisation in sozialen Brennpunkten kann nicht die Werte, Normen und Schlüsselqualifikation generieren, die notwendig sind, um sozial in die Gesellschaft integriert zu werden.

Eine ausreichende Voraussetzung für die soziale Integration zu schaffen, erfordert von Eltern, von Familien, von unterstützenden staatlichen Systemen, von freien Trägern immer

mehr an Anstrengung und Kompensation als in anderen Sozialisationsräumen.

Um diese „negative“ Segregationsspirale zu durchbrechen, wurde im Jahr 2000 die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung und der Bundesländer „Die soziale Stadt“ initiiert. In enger Abstimmung wurde zur Mobilisierung der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe gleichzeitig die Programmplattform E&C für die Gebiete der „Sozialen Stadt“ implementiert. Sechs Jahre Programm erfahrung haben nunmehr drei Kernstrategien als erfolgreich identifiziert:

- Förderprogramme und Fördermittel sind konzentriert und prioritär in sozialen Brennpunkten einzusetzen.
- Es ist notwendig, integrierte Strategien zum Einsatz von Ressourcen zu entwickeln.
- Und es ist notwendig, die Bevölkerung und auch Betroffene zu aktivieren.

Das Ergebnis ist, dass die Vernetzung und Zusammenarbeit insbesondere mit und von Behörden erhebliche Fortschritte gemacht hat und dies lässt sich auch durch die Evaluation bestätigen. Die Wirksamkeit ist ganz offenkundig.

Die Aktivierung der Bevölkerung gelingt dann, wenn sie an Entscheidungen beteiligt sind und ihre Vorstellungen ernst genommen werden. LOS – „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ setzt dies im Rahmen eines lokalen Aktionsplanes und nach den entsprechenden fachlichen Vorgaben (z.B. berufliche Integration) um. Die Akteure im Stadtteil können konkrete Einzelprojekte selbst auswählen. Es gibt auch hier beeindruckende Erfolge. In 286 sozialen Brennpunkten wurden bislang 8.800 Mikroprojekte initiiert. Mit diesen Projekten wurden mehr als 230.000 Menschen erreicht und bei ihrer beruflichen und sozialen Integration unterstützt.

Für die kommende ESF-Interventionsperiode 2007 bis 2013 plant unser Ministerium auch ein neues Programm, das an die bisherigen Erfahrungen aus LOS anknüpft. Generell kann man sagen: Menschen aus sozialen Brennpunkten müssen als Experten/innen in eigener Sache ernstgenommen werden. Was für andere Felder der Politik und der Gesellschaft gilt, gilt hier eben auch. Man muss auch an das Potential der Menschen selbst appellieren und ihnen Chancen geben, dieses freizusetzen, dieses zu entfalten. Kinder und Jugendliche müssen als Subjekt gesehen und ernst genommen werden, nicht als Objekte, für die man etwas zu tun hat.

Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten haben häufig Ressourcen, die unterschätzt oder nicht wahrgenommen werden. In Migrantenfamilien z.B. sind Kinder und Jugendliche oft Übersetzer und Vermittler zwischen

der deutschen Alltagswelt und ihren Eltern, wo die Eltern keinen Anschluss mehr gefunden haben. Und entsprechend schlüpfen die Jungen sehr früh in die Rolle des fehlenden oder des ausfallenden Vaters bzw. müssen die Mädchen Aufgaben der Mutter übernehmen. Kinder und Jugendliche werden in diesen Familienkonstellationen gefordert und zwar bis an den Rand ihrer Möglichkeiten. Konflikte zwischen traditionellen Rollenbildern, zwischen Traumwelten, die medial vermittelt werden, und den teilweise bitteren Rahmenbedingungen und Gefährdungen in den Stadtteilen, die sie erfahren, verschärfen letztlich die Probleme.

Mütter und Väter resignieren nicht freiwillig. Aber die Herausforderungen der Erziehung und des Aufwachsens der Kinder in solchen Stadtteilen mit unzureichenden Ressourcen und fehlender Unterstützung erhöhen die Gefahr des Scheiterns. Bürgerliche Normalfamilien in solchen Stadtteilen sind eher die Ausnahme. Es gibt Ein-Elternfamilien, heterogene kulturelle Hintergründe. Zum Beispiel sei verwiesen auf Duisburg-Marxloh, wo es 20 verschiedene Nationen gibt, die dort zusammenleben, also Menschen mit 20 unterschiedlichen nationalen Hintergründen. Arbeitslosigkeit und Krankheit sind äußerst schwierige Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen, für die Erziehung und für die Vermittlung von Werten und Normen.

Deshalb müssen die Initiativen der Bundesregierung in den sozialen Brennpunkten besonders nachhaltig umgesetzt werden. Und wir haben einige weitere Dinge auf den Weg gebracht, die das Ziel haben, die Integration zu erleichtern, letztlich auch die Integration, ich will es mal so sagen, in so genannte „gesunde Durchschnittsstrukturen“.

- Wir wollen bis Ende der Legislaturperiode 439 Mehrgenerationenhäuser auf den Weg gebracht haben, teilweise eben auch mit dem Ziel, das fehlende Netz der Großfamilien zu ersetzen.
- 330 lokale Bündnisse für Familien sind bereits jetzt initiiert und weitere auf den Weg gebracht.
- Wir haben eine Qualitätsoffensive gestartet für die Kindertagesbetreuung. Es geht nicht nur darum, dass Angebot auszuweiten, sondern auch die Qualität zu erhöhen.
- 400 Jugendmigrationsdienste kümmern sich speziell um die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Nur wenn wir die Familien tatkräftig und nachhaltig unterstützen, sind sie in der Lage, ihre Kinder und Jugendlichen so zu fördern, dass sie bessere Chancen für ihre soziale und berufliche Integration haben. Und diese Unterstützung muss konsequent und früh ansetzen.



Deswegen sind auch freie Träger und staatliche Strukturen aufgrund der genannten negativen Rahmenbedingungen in den sozialen Brennpunkten besonders gefordert.

Zentrales Ziel ist die dauerhafte Integration aller jungen Menschen in die Gesellschaft und in den Beruf. Wenn man sich näher mit Arbeitslosigkeit beschäftigt, dann weiß man auch, dass man dort differenzieren muss. Es gibt einen Teil – ich beziehe das jetzt auf die Jugendlichen – der jugendlichen Arbeitslosen, die sicherlich dann erfasst werden, wenn es eine positive konjunkturelle Entwicklung gibt. Aber es wird auch einen erheblichen Teil geben, die auch dann nicht erfasst werden, weil Defizite vorliegen, so dass sie auf dem Arbeitsmarkt nur schwer vermittelbar sind.

Die Risiken lassen sich auch mit Zahlen benennen. 9 % der Schulabgänger/innen jeden Jahrgangs verlassen die Schule ohne jeden Abschluss. Wenn Sie sich mit der Struktur der Arbeitslosigkeit beschäftigen, wissen Sie auch, dass bei denjenigen, die einen Hochschulabschluss haben, der Anteil der Arbeitslosen eigentlich kaum gestiegen ist in den letzten 30 Jahren. Die Wartezeiten sind teilweise länger. Wenn Sie sich die ansehen, die einen Ausbildungsabschluss haben, ist die Zahl des Anteils verdoppelt worden von 3 auf 6 %, aber immerhin noch erträglich. Wenn Sie sich aber den Anteil derjenigen ansehen, bei denen der Abschluss fehlt, dann stellen Sie fest, dass es dort eine Vervierfachung und Verfünffachung der Arbeitslosigkeit gibt.

9 % – wie gesagt – verlassen die Schule ohne Abschluss. 14,9 %, immerhin 1,37 Millionen der Jugendlichen zwischen 20 und 29, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind es sogar 36,6 %. Dass das Fehlen eines Schul- oder Berufsabschlusses das Risiko der Arbeitslosigkeit erhöht, darauf habe ich schon hingewiesen. Über 60 % der arbeitslosen Jugendlichen haben keinen beruflichen Abschluss.

Das zeigt doch ganz deutlich, wo angesetzt werden kann und wo angesetzt werden muss, wenn eine Trendwende gelingen soll. Erste Belege für eine mögliche Trendwende gibt es. Wenn man sich die Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit ansieht, war sie im August 2006 mit 11,9 % mehr als 3 % Prozentpunkten unter der von 2004 und 2005, dort waren es 15,1 % bzw. 15 %.

Es gibt noch eine begründete Sorge, dass nämlich von den arbeitslosen Jugendlichen fast jede/r Vierte, also 24,3 % der Jugendlichen unter 25 Jahren, länger als sechs Monate arbeitslos sind. Diese Zahl korrespondiert auch mit der Zahl, die ich eben nannte, also mit fehlender Qualifikation und fehlendem Ab-

schluss.

Es gibt nun zu Recht die Befürchtung, dass sich hier eine Problemgruppe entwickelt, die durch die herkömmlichen Programme nur schwer erreicht werden kann. Dazu zählen insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus so genannten sozial benachteiligten und bildungsfernen Schichten und Jugendliche, die andere individuelle Beeinträchtigungen haben. Und diese Jugendlichen leben vor allen in den eben beschriebenen sozialen Brennpunkten.

In der Konsequenz heißt das, dass man spätestens in der Schule anfangen muss, Schulverweigerung zu vermeiden und möglichst alle zum Schulabschluss zu führen. Das ESF-Programm unseres Ministeriums „Schulverweigerung – die 2. Chance“ mit 74 Standorten und einem Gesamtvolumen von zunächst 21,69 Millionen Euro für 1.450 „harte Schulverweigerer“, die wieder in den Schulunterricht reintegriert werden sollen, setzt dort an.

Danach, insbesondere am Übergang Schule und Beruf, steht die Unterstützung derjenigen, die von allen anderen Fördersystemen nicht mehr erreicht werden, durch so genannte Kompetenzagenturen. In der Pilotphase haben wir 15 Kompetenzagenturen auf den Weg gebracht, die auch sehr erfolgreich sind. Das lässt sich auch mit Zahlen belegen:

- Von insgesamt 5.050 Jugendlichen, die Kompetenzagenturen aufgesucht haben, wurden 2.930 (58 %) im Case-Management intensiv betreut.
- Davon gingen:
  - 31 % in Ausbildung,
  - 14 % in Erwerbsarbeit,
  - 14 % in allgemeinbildende Schulen,
  - jede/r Dritte beendete das Case-Management regulär,
  - 15 % haben abgebrochen,
  - die restlichen 55 % sind noch in Betreuung,
  - die vermittelten Jugendlichen werden im Durchschnitt 9 ½ Monate betreut.

Es ist jetzt vorgesehen und wir haben das auf den Weg gebracht, die Kompetenzagenturen auf 200 Standorte auszuweiten. Die Ausschreibung endet morgen, am 26. September. Wer seine Bewerbung noch nicht eingereicht hat, der muss gleich nach Hause fahren und das umsetzen, weil das sonst zu spät ist. Aber Sie kennen die Termine alle. Das Programmvolumen beträgt für 2006 und 2007 insgesamt 51,39 Millionen Euro. Der Start der Kompetenzagenturen ist für Dezember 2006 bis Februar 2007 vorgesehen.

Die Kompetenzagenturen zeigen, dass selbst die jungen Menschen, die aufgegeben wurden, wo man eigentlich gesagt hat, da sei „Hopfen und Malz verloren“, dass sie dann gute Chan-

cen haben, wenn sie entsprechend betreut und gefordert werden, wenn man mit ihnen gemeinsam ihre Fähigkeiten entfaltet und entwickelt. Und auch hier steht natürlich wieder im Mittelpunkt, was ich eingangs gesagt habe, es geht darum, Kinder und Jugendliche zu stärken, sie zu ermuntern, dass sie selbst ihren Weg finden. Sie müssen auch selbst wollen. Sie müssen sich engagieren. Und das, was der Staat leisten kann, das gilt nur unterstützend, kann die eigenen Anstrengungen nicht ersetzen.

Und in den sozialen Brennpunkten werden wir nur dann Erfolg haben, wenn es auch dort gelingt, Einstellungen, Werte, Normen und Verhaltensweisen zu generieren, die dieses auch tatsächlich ermöglichen. Familien benötigen in den sozialen Brennpunkten bei dieser schweren Aufgabe unsere volle Hilfe und Unterstützung.

Und ich freue mich natürlich, dass Sie in dieser Konzentration von Fachleuten die Gelegenheit wahrnehmen, dies hier abschließend zu bewerten. Und wir sind auch sehr gespannt auf die Ergebnisse, auf Ihre Einschätzung. Wir werden ja auch auf der Messe der Modellprogramme das eine oder andere präsentiert bekommen.

Unser Ziel muss sein, mit diesen Modellprojekten die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass auch die gesetzlichen Regelwerke angepasst werden auf die Herausforderung Arbeitslosigkeit, weil ganz offenkundig es ist, dass hier früh angesetzt werden muss und dass integrierte Ansätze benötigt werden von Kinder- und Jugendhilfe und Arbeitsmarktpolitik. Hier gibt es einen engen Zusammenhang, denn Integration kann letztlich auch nur dann erfolgen und wird dann erfolgreich sein, wenn die Menschen – die jungen Bürgerinnen und Bürger – in den Stand versetzt werden, sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen, als selbstbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Leben in die Hand zu nehmen. Und dazu sollen unsere Modelle helfen und dazu soll auch helfen, dass wir uns hier austauschen, damit die Sache weiter vorangetrieben wird.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

### **Kontakt**

Dr. Hermann Kues  
Parlamentarischer Staatssekretär im BMFSFJ  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/22777509  
e-mail: Hermann.Kues@bundestag.de

Dr. Siegfried Haller

## Leipzig – Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche: Grußwort der Stadt Leipzig anlässlich der E&C-Bilanzkonferenz am 25./26.09.2006

Sehr geehrter Herr Dr. Kues,  
sehr geehrter Herr Kupferschmid,  
lieber Hartmut Brocke,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie heute nach Leipzig gekommen sind.

Wir freuen uns außerordentlich, dass diese Bilanzkonferenz die Stadt Leipzig zu ihrem Standort gewählt hat. Ich darf Sie im Namen unseres Oberbürgermeisters, Burkhard Jung, der dringenden Geschäften nachgehen musste, ganz herzlich hier willkommen heißen.

Für diejenigen, die Leipzig noch nicht so gut kennen, hier zunächst einige Daten, um sich vor Ort zurechtzufinden. Leipzig hat inzwischen wieder 500.000 Einwohner/innen, wir sind stolz darauf, dass die Stadt wächst. Wer aber weiß, dass die Stadt Leipzig im Jahre 1937 auf der halben Gemarkungsfläche immerhin 740.000 Einwohner/innen zählte, wird ahnen, welcher Handlungsbedarf sich hinter dem Begriff „schrumpfende Stadt“ verbirgt.

Eine zweite Zahl, die uns mit Stolz erfüllt: Seit einigen Jahren steigt in Leipzig auch wieder die Geburtenrate. Neben Dresden sind wir die Großstadt im Osten, die „Gott sei Dank“ mittlerweile wieder mehr Neugeborene zu verzeichnen hat. Drei Zahlen dazu, damit Sie diesen Prozess der letzten 15 Jahre ein Stück weit nachvollziehen können. 1990 hatten wir in der Stadt noch deutlich über 5.000 Geburten, 1995 waren es gerade noch 2.500 – und heute sind wir wieder bei etwa 4.300. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen für uns; allerdings eines, das für die Kommune nicht ganz folgenlos bleibt: denn Leipzig ist stolz auf seine sehr gute Infrastruktur an Kindertagesstätten. Beispielhaft ist an dieser Stelle die im Krippenbereich vorgehaltene Versorgungsquote von deutlich über 30 % und eine Hortversorgungsquote von mehr als 70 %. Bei wachsenden Geburtenzahlen gerät der städtische Haushalt, um dieses Niveau zu halten, also erheblich unter Druck. Von der 1 Milliarde Euro im Verwaltungshaushalt der Stadt Leipzig werden allein für die Betreuung in Kindertagesstätten 125 Millionen Euro ausgegeben. Das ist viel Geld und nach dem Titel „Kosten der Unterkunft“ der mit Abstand größte Einzelposten im Haushalt der Stadt Leipzig.

Ein wichtiges Problem soll nicht verschwiegen werden: Auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt herrscht ein Engpass, vor allem können wir jungen Menschen beim

Übergang von der Schule ins Berufsleben nicht genügend Aussichten bieten. In Leipzig leben im Moment 50.000 Bedarfsgemeinschaften mit etwa 80.000 Zugehörigen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 18 %, und es fällt insbesondere jungen Menschen schwer, nach der Schule im Berufsleben Fuß zu fassen. Ich erlebe das auch durchaus persönlich, wenn ich in der Nachbarschaft angesprochen werde: „Was soll mein 16-jähriger Junge machen, er hat einen vernünftigen Schulabschluss, aber eine Ausbildungsstelle in Stuttgart, und nicht in Leipzig.“ Ich kann dem Vater dann nicht sagen, er möge hier in Leipzig weitersuchen, sondern muss ihn ermuntern, seinen Sohn auch ziehen zu lassen, das ist die Situation, die wir hier in der Stadt haben.

In unserer Stadt leben 130.000 junge Menschen unter 27 Jahren, und wir haben ein vielfältiges und buntes Studentenleben. Die Universität Leipzig feiert im Jahr 2009 ihren 600. Geburtstag, nach Heidelberg ist es die zweitälteste deutsche Universität im Dauerbetrieb. Wir freuen uns auf dieses Jubiläum und wollen zu diesem Anlass auch das Thema „Junges Leipzig“ auf die Tagesordnung setzen. Wir würden uns freuen, Sie im Jahr 2009 als Gäste der Stadt Leipzig begrüßen zu dürfen.

Leipzig hat allen Anlass, sich aktiv in die Diskussion um das Thema „Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ einzubringen. Unsere Kommunalpolitik stellt sich diesem Thema bereits in verschiedener Hinsicht: Im Jahr 2000 wurden nach einem langen Diskussionsprozess über die strategische Kommunalpolitik die kommunalpolitischen Leitlinien zum Thema „Kinder und Familie“ im Stadtrat einstimmig verabschiedet und damit eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen. Mit dem so genannten „Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung“ haben wir uns ein wichtiges Instrument zur Umsetzung dieser Leitlinien geschaffen, und im Jahre 2002, nach einer sehr intensiven Diskussion, konkrete Leitlinien für die Kinder- und Jugendpolitik dieser Stadt aufgestellt. Diese werden zurzeit wieder neu überdacht und sollen im nächsten Jahr im Stadtrat diskutiert werden.

Ganz kurz zu diesen Themen.

Es hat 2000 in Leipzig mit Wolfgang Tiefensee, dem damaligen Oberbürgermeister unserer Stadt und dem jetzigen Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, einen

intensiven Diskussionsprozess zum Thema strategische Ziele der Kommunalpolitik gegeben und das bei chronischer Unterfinanzierung des Haushaltes im Rahmen der Haushaltsplanung.

Jugendliche und Familien mit Kindern aus. Diese beiden zentralen Ziele der Stadtpolitik waren es, auf die der Stadtrat sich schließlich verständigte. Das erste Ziel wird Sie nicht überraschen, Arbeitsplätze sollen erhalten und

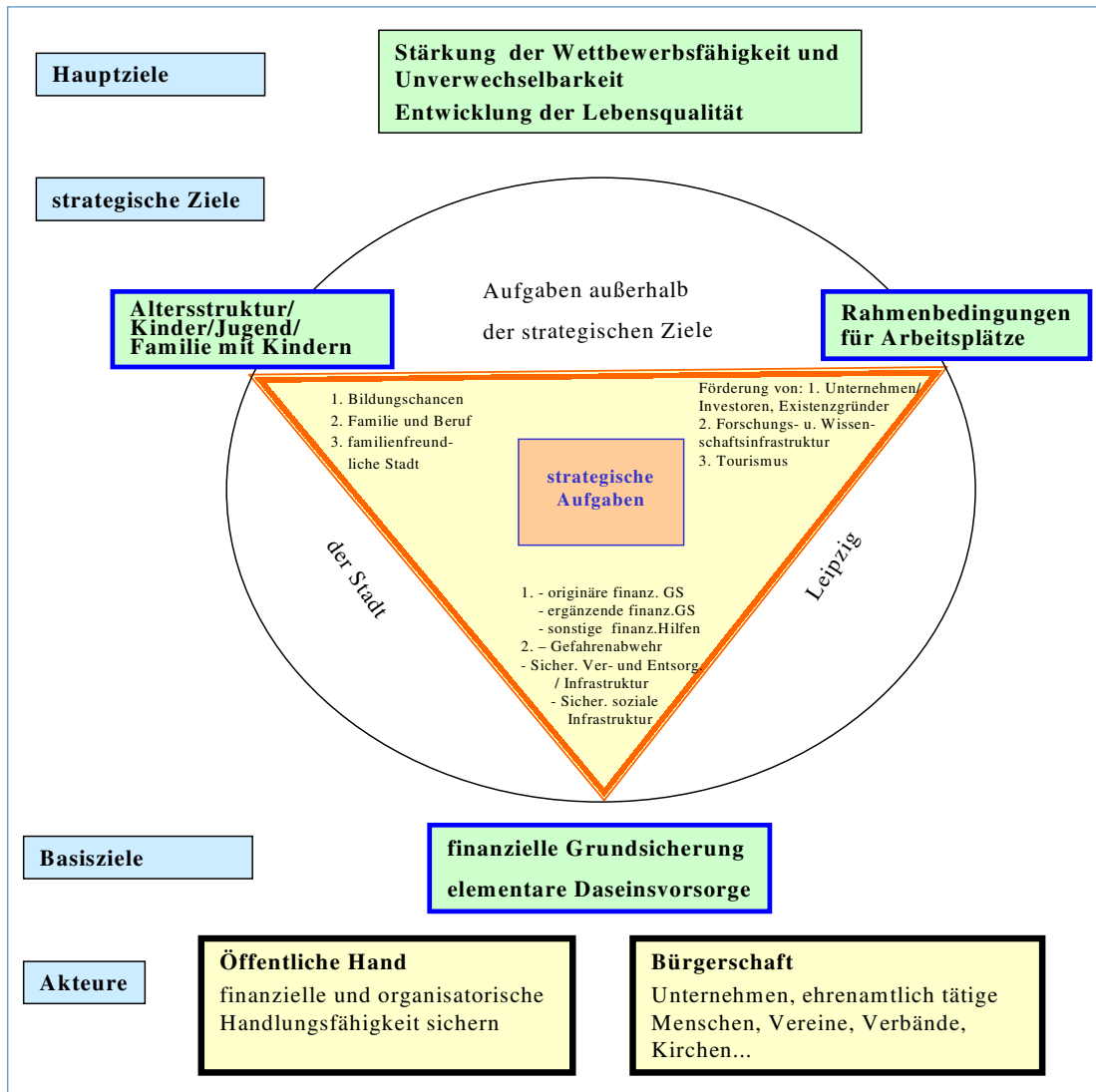


Abb. 1: Strategische Ziele der Kommunalpolitik der Stadt Leipzig für die Haushaltsplanung

Dieses Modell gibt Ihnen Einblick in die verschiedenen Themen, die für eine strategische Kommunalpolitik von Bedeutung sind. Ich will sie nicht näher erläutern, Sie sollten nur einen Eindruck davon gewinnen, was man alles bedenken muss bei einer Stadt mit einer so reichen historischen und kulturellen Tradition wie Leipzig.

Um die Entwicklung der Stadt Leipzig zu sichern, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Unverwechselbarkeit zu stärken und die Lebensqualität zu entwickeln, wurden folgende strategische Ziele der Kommunalpolitik für die Haushaltsplanung beschlossen:

- Schaffung von Rahmenbedingungen zum Erhalt bzw. zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen.
- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene Altersstruktur. Das Handeln der Stadt richtet sich auf Kinder,

neu geschaffen werden. Aber das zweite strategische Oberziel war von einer enormen Bedeutung für die Ausrichtung der Stadtpolitik in die Zukunft.

Denn mit dem „Schaffen von Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene Altersstruktur“ richtet die Stadt Leipzig ihr Handeln auf Kinder, Jugendliche und Familien mit Kindern aus. In einer sogenannten „alternden Gesellschaft“ ist es ausgesprochen bemerkenswert, dass sich die Stadtpolitik auf dieses Ziel verständigt hat.

Sie sehen hier die Fördergebietskulisse der Stadt Leipzig (Abb.2), so wie sie im Wesentlichen in den letzten Jahren vom heutigen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Herrn Lütke-Daldrup maßgeblich entwickelt wurde. Die Fördergebiete in Leipzig sind vor allem der Leipziger Westen – Plattenbau – und der Leipziger Osten – klassische Arbeiterwohn-

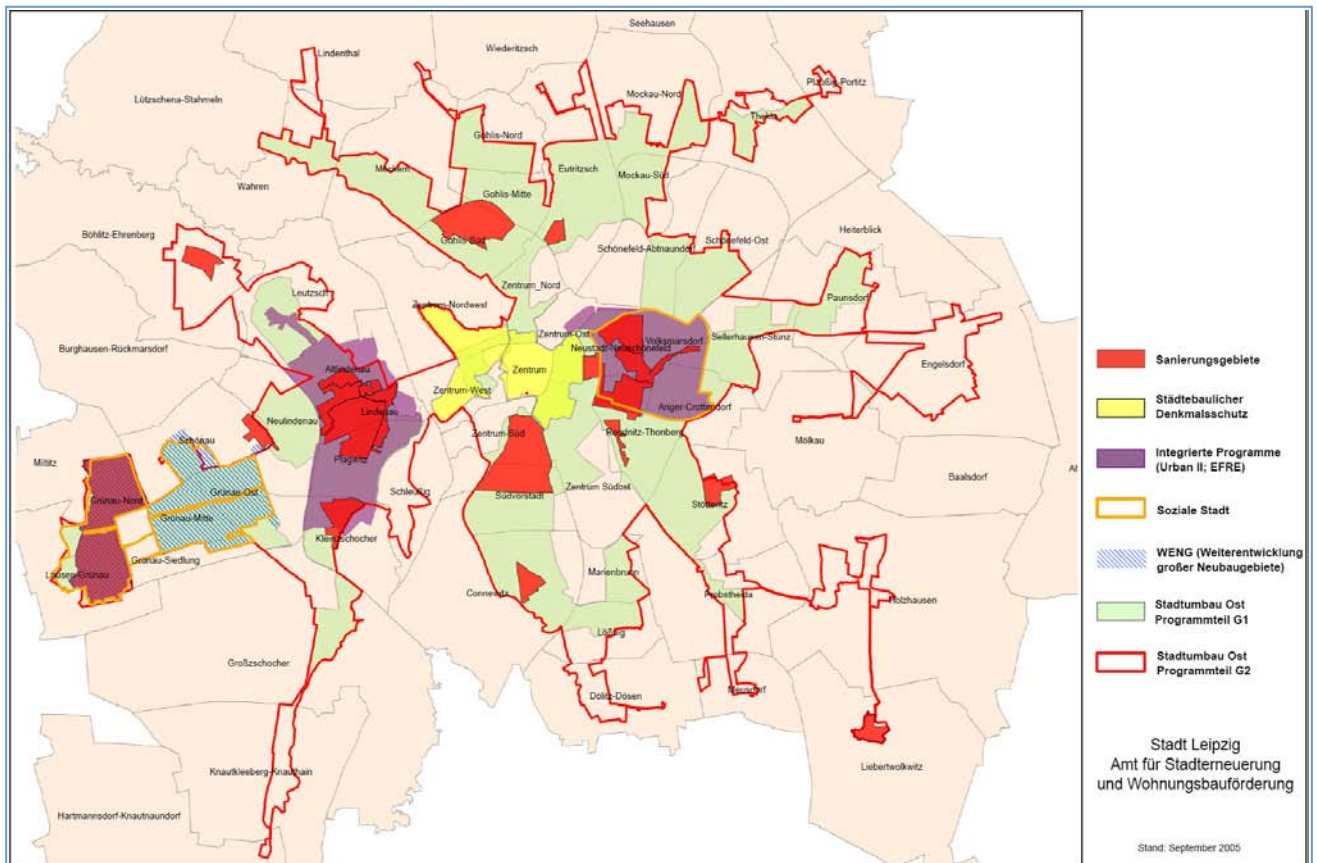


Abb. 2: Fördergebietskulisse der Stadt Leipzig

viertel schon im 19. Jahrhundert. Das sind die Kerngebiete, in denen wir aktiv sind und in denen in den letzten Jahren mit kreativer Kofinanzierung von EU, Bund, Land und städtischen Mitteln sehr vieles gelungen ist.

Wolfgang Tiefensee hat schon in den 90er Jahren großen Wert auf das Thema Partizipation und Einbindung der Bürgerschaft in kommunalpolitische Prozesse gelegt. Er hat damals eine Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht mit etwa 200 Leuten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik, dazu Praktiker/innen und Bürger/innen, die Ideen zum Thema „Wir wollen einen Kinder- und Familienbericht der Stadt Leipzig haben“ zusammengetragen haben. Dieser Bericht ist im Jahre 2000 entstanden. Daraus haben wir ein Handlungsprogramm mit einigen Themenfeldern für die Stadt Leipzig erarbeitet, das im August 2000 einstimmig vom Stadtrat verabschiedet wurde. Ein Themenfeld ist das Thema „Lebensraum-Stadt“. Auf einige weitere Themen will ich kurz eingehen.

Die Stadt Leipzig unterstützt besonders einkommensschwache, kinderreiche und alleinerziehende Familien bei der Suche nach angemessenem Wohnraum. Hier hat es ein bemerkenswertes und sehr erfolgreiches Projekt gegeben: „Innenstadtnahes Wohnen für junge Familien“. Bis zu 300 Wohnprojekte sind dabei zustande gekommen, und das in einer schrumpfenden Stadt, die Wohnungsüberhang hat. Wir wollen, dass Familien, die sich Eigentum zulegen, auch innenstadtnah wohnen

können und nicht nur am Stadtrand bzw. nach außerhalb verziehen. Dafür kann die Kommunalpolitik einiges tun.

Ein anderes wichtiges Stichwort ist Gesundheit: Wir glauben, dass das Thema Gesundheit sehr viel stärker mit dem Thema Kinder- und Jugendhilfe zusammengedacht werden muss.

Wir haben vor etwa anderthalb Jahren ein Netzwerk zur Bewegungsförderung in Leipzig gegründet, mit allen Akteuren, die hier eine Rolle spielen, von der Wissenschaft bis zu Kinderärzten/innen, vom Gesundheitsamt über die Jugendhilfe bis zur Schulbehörde oder den Krankenkassen. Dieses Netzwerk für Bewegungsförderung soll insbesondere dazu beitragen, schon präventiv dem Trend entgegenzusteuern, dass Kinder immer weniger über ihre Körperlichkeit verfügen, immer unbeweglicher werden und – alle Erkenntnisse aus Studien belegen das – deutlich hinter dem körperlichen Entwicklungsstand der entsprechenden Alterskohorte von vor 15 bis 20 Jahren zurück sind. Und dabei reden wir nicht nur über das Problem von „zu dicken“ Kindern. Wenn Sie sich heute in den Kindergärten einmal die 3- bis 4-Jährigen ansehen, dann erkennen Sie im Vergleich zu früher schon erstaunliche Unterschiede, was die Feinmotorik und die Mobilität angeht. Wir müssen hier etwas tun.

Zum Stichwort Kultur: Im Dezember 2005 hat der Stadtrat ein Fachkonzept zum Bildungsauftrag in Kindertagesstätten verabschiedet und zwei Wettbewerbe ausgelobt für besonders

aktive Elternbeiräte und besonders aktive Kinder. Die Wirtschaft finanziert diese Wettbewerbe, und im Moment führen wir mit allen Akteuren Gespräche über die Realisierung der mit dem Projekt verbundenen Zielstellungen.

Zum Stichwort Unterstützung und Förderung von Jugendhilfe und Schule: Ich darf mir hier erlauben, dieses Thema etwas kritisch einzuschätzen, ich habe vor vielen Jahren mal auf der anderen Seite im schulpсихologischen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz gearbeitet. Nun bin ich auf der Jugendhilfeseite und Sie dürfen mir glauben, dass diese beiden Professionen nicht unbedingt zusammenfinden können, weil die Aufträge, die Ansätze völlig unterschiedlich sind. Ich nenne nur das Prinzip der Freiwilligkeit in der Jugendhilfe und den sogenannten Zwangscharakter des Pflichtschulbesuchs in der Schule. Es hat alles seinen guten Grund, ich kann aber aus meiner Erfahrung immer wieder mahnen, sich nicht an der Klage-mauer zu versammeln, es kostet nur Energie, sondern gemeinsam die Dinge anzugehen. Hier liegen aus meiner Sicht in der Zukunft enorme Ressourcen, in den Gebietskörperschaften tatsächlich zusammenzukommen. Ich sage etwas salopp: „Die Schule ist der größte Jugendklub vor Ort.“

Nächstes Beispiel: der „Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung“, ein Instrument, das Herr Lütke-Daldrup vor fünf Jahren in Leipzig geschaffen hat. Hier sind sämtliche Fördergebiete integriert, sowohl der Leipziger Westen als auch der Leipziger Osten. Die Akteure sind bewusst auch sozialraumnah gewählt, wir haben hier ganz spannende Erfahrungen und sind jetzt mit dem neuen Baubeigeordneten dabei, dieses Instrument auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Es gibt eine wichtige Erfahrung daraus, dass man nämlich manchmal mehr aus dem sogenannten *worst case* lernt als aus den *best practices*: In diesem Instrument waren wir als Verwaltung sehr stark, bestens aufgestellt – zu dominant. Das hat dazu geführt, dass die Akteure in eine Zuschauer-Zuhörerrolle gekommen sind und der Beirat eben nicht, wie gehofft, zu einem Diskursinstrument wurde. Eine Hypothese von mir hierzu lautet, „wenn man zu viel vorgibt und die Stärke der Verwaltung zeigt, kann man dieses Ziel auch nicht erreichen“.

Zum Abschluss einige Gedanken zu den Leitlinien der Kinder- und Jugendförderung der Stadt Leipzig. Ich will auf zwei, drei eingehen. Wir haben nach langen Diskussionsprozessen im Jahre 2002 zehn Leitlinien verabschiedet. Diese sind unterfüttert mit ganz konkreten Maßnahmen, und im Moment sind wir dabei, diese Maßnahmen abzurechnen. Da kann es nicht verwundern, dass das Thema „der Ju-

gendarbeitslosigkeit aktiv begegnen“ nach wie vor das Topthema ist. Wenn ich gefragt werde, was ist denn eigentlich das Problem, was mir am stärksten am Herzen liegt, wo es am meisten drängt, sage ich heute noch, es ist das Thema Beschäftigungsnot für junge Menschen. (Zu) viele junge Menschen haben kaum eine Realisierungschance auf Ausbildung oder Arbeit.

Interkulturelles Zusammenleben fördern – wenn Sie aus dem Westen kommen, wird es Sie überraschen, dass wir in Leipzig etwa 6 % Ausländer haben, wobei die Zusammensetzung der Ethnien völlig anders strukturiert ist als im Westen. Die größten Migrationsgruppen bilden Vietnamesen/innen, Ukrainer/innen und Polen/innen. Ein Migrationsanteil von 6 % in der Bevölkerung ist für eine westdeutsche Großstadt kein Thema. In den Fördergebieten haben wir etwa die doppelte Quote, aber jeder, der sich an die 60er und 70er Jahre in Westdeutschland erinnert, weiß, was diese Veränderung in der Kultur einer Stadt bedeutet. Wir sind jetzt in vielen Bereichen dort, wo westdeutsche Städte Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre waren. Man muss sich in der Bevölkerung mit den „Fremden“ auseinandersetzen und eine neue Vorstellung und eine neue Haltung von gemeinsamer Kultur entwickeln, ein ganz spannender Prozess, der auch die nächsten Jahre noch andauern wird.

Ganz kurz noch zum Thema „Gewalt, Rassismus und Extremismus bekämpfen“. Auch hier nur ein Stichwort. Wir hatten Ende der 90er Jahre rechtsradikal unterwanderte Jugendclubs, wir haben diese Jugendclubs geschlossen. Ich bin kein Freund von akzeptierender Sozialarbeit bei extremistischen Verhaltensweisen. Wir dürfen uns hier nicht wegducken, wir haben diese Jugendclubs geschlossen; haben sie in freier Trägerschaft neu aufgebaut und haben, um ein Zeichen zu setzen, eine Fachstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Gewalt in der Stadt Leipzig eingerichtet. Diese Fachstelle leistet ausgesprochen intensive und erfolgreiche Arbeit. Wir haben nach wie vor das Thema „rechts“ in der Stadt, weil es überregional in die Stadt transportiert wird. Am 3. Oktober wird es wieder so weit sein, da wird ein „Rechter“, Herr Worch, mal wieder versuchen, vom Hauptbahnhof bis zum Völkerschlachtdenkmal zu kommen, weil das ein Bild ist, das um die Welt geht, wenn er das schafft.

In der Bürgerschaft gibt es natürlich eine Gegenbewegung, um genau das zu verhindern. Die Fachstelle, die wir eingerichtet haben, ist auch damit befasst, Multiplikatorenarbeit zu betreiben und in vielen Einzelprojekten bis hin zur Schulung von Straßenbahnschaffnern/innen darauf hinzuwirken, dass in der Zivil-

gesellschaft eine Haltung entsteht, sich diesem Thema aktiv zu stellen und mit Zivilcourage aufzutreten.

Zum Schluss ein kurzer Ausblick darauf, wohin diese Bilanzkonferenz laufen möge. Sie kennen vielleicht den Witz: Ein Mann wird auf der Straße gefragt, wo geht's denn hier zum Bahnhof? Und der Befragte sagt: Das weiß ich auch nicht, aber ich bringe Sie hin.

In diesem Sinne verstehe ich häufig unseren Auftrag. Wir, die Professionen, die sich hier versammelt haben, wissen zwar auch nicht so genau, wie es geht, aber wir haben einen Auftrag angenommen und versuchen, andere Menschen, gerade auch in sozialen Brennpunkten, auf dem Weg zu begleiten, ihr eigenes Leben selbstverantwortlich und sozial integrativ zu leben. Das ist unser Auftrag.

In diesem Sinne wünsche ich der Bilanzkonferenz für Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf einen guten Verlauf und Ihnen, Herr Staatssekretär, und für Ihr Haus jene Erkenntnisse, die es ermöglichen, die Arbeit der letzten sechs Jahre auch in Zukunft weiterzuführen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

#### **Kontakt**

Dr. Siegfried Haller

Stadt Leipzig

Jugendamt

04092 Leipzig

Tel: 0341/1234494

E-Mail: jugendamt@leipzig.de



## Integrationsmaschine Stadt – Analysen, Impulse und Strategien für soziale Brennpunkte<sup>1</sup>

### Integrations- oder Segregationsmaschine?

*„Eine Stadt besteht aus unterschiedlichen Arten von Menschen; gleiche Menschen bringen keine Stadt zuwege.“ (Aristoteles)*

Die Stadt oder die Metropole sei durch ihre Anhäufung von Differenz eine Integrationsmaschine an sich; diese Feststellung ist gleichermaßen von Gelehrten der Antike, von Stadtforschern wie auch von Politikern einschlägiger Couleur heute im Kontext von Integrationsbemühungen immer wieder zu vernehmen. Insbesondere Großstädte seien durch ihre überregionale und in der Regel international-globale Ausrichtung Zentren ökonomischer wie kultureller Austauschbeziehungen und deshalb zur Integration von Fremden besonders geeignet.

Schaut man genauer in besagte Integrationsmaschine hinein, so wird man erkennen, dass diese Maschine ein hochkomplexes Gebilde darstellt und häufig an vielen Stellen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten läuft, dadurch zwar chaotisch wirkt, gleichzeitig aber doch, wie von unsichtbarer Hand gelenkt, einer ganz bestimmten Ordnung folgt. Chaotisches wie Geplantes halten sich dabei im günstigen Fall die Waage und vermitteln genau das, was wir an Großstädten einerseits lieben, andererseits aber auch abstoßend finden: Solidarität und Anonymität, extreme Unterschiedlichkeit, Menschenmassen, körperliche Nähe bei gleichzeitiger Einsamkeit, Reibungen und Kollisionen, chaotisches Durcheinander und kleine Armeen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, geordnete Verkehrsabläufe, Ungleichzeitigkeiten von Entwicklungen, Überreizung der Sinne und Abgestumpftheit, Gleichgültigkeit und Beliebigkeit, Arbeitsteilung und räumliche Trennungen. Häufig bleibt relativ unklar, weshalb sich städtisches Leben letztendlich in singulärer Form herausbildet, so wie wir es konkret in jeder einzelnen Stadt als jeweils spezifische urbane Identität wahrnehmen können.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die Städte mit ihrer Vielzahl an Lebenswelten, an Nischen, an Gelegenheiten und perspektivischen Optionen ausschließlich auf ihre integrativen Impulse zu reduzieren. Im Gegenteil, in quasi dialektischem Verhältnis gelingt Integration häufig nur bei gleichzeitiger Exklusion des

oder derjenigen, die nicht innerhalb eines von der Mehrheit oder auch von den mächtigeren Gruppen definierten „normativen Korridors“ unterzubringen sind. Städte bieten also sowohl Abspaltungs- und Trennungsmöglichkeiten räumlicher Art für lokale, ethnische, kulturelle wie soziale Milieus als auch Gelegenheiten zur Begegnung, im besseren Fall auch zu gemeinsamen Erfahrungen oder sogar zum Miteinander derselben an.

Ein genauerer Blick auf die Abläufe in dieser „dialektischen Integrations- und Segregationsmaschine Stadt“ und ihre historisch gewachsene arbeitsteilige Struktur ermöglicht es, ihre einzelnen Funktionen in den verschiedenen geografischen Teil-Räumen und schließlich ihre integrativen wie desintegrierenden Wirkungen herauszuarbeiten.

### **Ethnisch-kulturelle, religiös begründete und ökonomische Segregation in der historischen Stadtentwicklung**

Ethnische oder auch nationale, religiös begründete und kulturelle Segregation lassen sich seit der Antike nachweisen. Der griechisch-türkische Kunsthistoriker Spiro Kostof spricht von „Grenzen im Stadttinnern“ (Kostof 1993, S. 102) und differenziert zwischen Einmauerungen als physischem Abtrennungsversuch, Diskriminierung und nichtmateriellen Grenzen. Einmauerungen existieren bereits im hellenistischen Antiochia. Dort wurden die vom Land zwangsumgesiedelten einheimischen Syrer von den griechischen Siedlern durch Mauern abgetrennt. Solche Ein- oder Abmauerungen innerhalb der Städte bleiben aber die Ausnahme. Allein im Falle der Juden häufen sie sich – zunächst im byzantinischen Reich, später dann im 13. Jahrhundert auch in England und Mittelosteuropa.

Im Allgemeinen gibt es im Mittelalter zwei Formen der räumlichen Segregation: Die Fremden – also die reisenden Handelsleute, die durch Warentransporte und -verkäufe zu Wohlstand kommen – werden in spezifischen Gästehäusern einquartiert, um sie von den Einheimischen fernzuhalten. In den größeren Städten nennt man die Handelshäuser auch „Nationen“.

Die zweite Segregationsform ist die ethnische und religionspezifische. Die verschiedenen in den Handelsstädten anzutreffenden Ethnien lebten in eigenen Vierteln wie etwa die Spanier in Neapel oder die Dalmatiner, Deutschen,

<sup>1</sup> Der Artikel entspricht einer leicht veränderten Fassung von Texten, die in „Sozialextra“ (1/2006) und in „neue praxis“ (1/2006) erschienen sind.



Armenier oder Juden in Venedig. Das dortige Jüdische Ghetto befand sich in einer Insellage inmitten der Stadt; es konnte abends an den beiden Brückenübergängen abgeschlossen werden. Nicht alle Viertel wurden gleich auf Inseln verbannt, aber doch zumindest durch breite Straßen voneinander abgegrenzt. Dieses Prinzip wird später auf die Stadtgründungen in den Vereinigten Staaten übertragen. Dort findet sich Ende des 19. Jahrhunderts auch der Ursprung einer ökonomisch-ethnischen Segregation (z. B. in Chicago). So verbannt man beispielsweise die häufig in Wäschereien beschäftigten Chinesen 1880 aus den Wohnvierteln, da die Wäschereien damals als öffentliches Ärgernis galten. Im Umfeld der schließlich außerhalb der Wohnviertel neu aufgebauten Wäschereien, die in den Migranten-Communities sowohl ökonomische als auch kommunikativ-soziale Funktionen übernehmen, wachsen allmählich die so genannten Chinatowns.

Auch in Südostasien ist es üblich, dass eingewanderte Chinesen und Inder zur größten Bevölkerungsgruppe in den Küstenstädten aufsteigen und räumlich von den einheimischen Thais, Burmesen oder Vietnamesen (Saigon/Ho-Chi-Minh-Stadt, Hoi-Hang) getrennt leben. Ähnliches entwickelte sich in den kolonisierten Territorien in Südamerika, Afrika und Asien. In Deutschland finden wir ethnische Segregationsentwicklungen erstmals über die Ausgrenzungen der Juden, später durch Ansiedlungen von Hugenotten und Waldensern. Häufig vermischen sich frühzeitig ethnische Trennungen und ökonomische Ungleichheit. So lebte die jüdische Unterklasse meist in kargen Unterkünften außerhalb der Stadtmauern.

Im späten Mittelalter – hier vor allem in Nordeuropa – wohnen die Wohlhabenden in stattlichen Häusern an den Hauptplätzen und den ausfallenden Handelsstraßen, die Handwerker und Tagelöhner eher an den Stadträndern oder in eigenen Vierteln. Im Wohnungsbau während der Industrialisierung folgen dann Klassentrennungen auf einer Parzelle. Die Besitzenden lebten in den unteren Geschossen der straßenseitigen Gebäude, Dienstboten, Tagelöhner, Arbeiter eher in den oberen Stockwerken oder den Hinterhofgebäuden. Später ziehen die Reichen in Landhäuser an die städtische Peripherie (z. B. in die Vordertaunusgebiete in der Rhein-Main-Region oder an die Bergstraße im Rhein-Neckar-Raum), weil die Lebensqualität durch industrielle Umweltbelastungen sinkt und die Vielzahl von zuziehenden Proletariern das Lebensgefühl der „höheren Stände“ tangiert. Friedrich Engels beschreibt dies für die mittelenglische Industriestadt Manchester und spricht in diesem Fall von den „zwei Nationen“ in der Stadt.

Die Stadterweiterungen der Gründerzeit, aber auch die großen Siedlungsprojekte der Weimarer Ära trennen im Folgenden Großbürger, Beamte und Arbeiter in jeweils eigenen Stadtarealen voneinander (z. B. Wien, Köln: „Belgisches Viertel“, Südstadt, industrialisierte rechtsrheinische Stadtteile oder Frankfurt am Main: Westend, Nordend, Ostend, Ernst-May-Siedlungen der 20er Jahre).

Die im späten 19. Jahrhundert beginnende Subventionierung von speziellen Wohnsiedlungen für Arbeiter beschleunigt den Prozess der räumlichen Abgrenzung und Isolierung der sozialen Klassen und Schichten und legt die bauliche Grundlage der heutigen zerteilten modernen Stadt.

In der „aktuellen großstädtischen Struktur spielt unter segregationsspezifischen und sozialräumlichen Aspekten vor allem die Verortung der meist „unterschichtigen“ Migranten/innen eine bedeutende Rolle. Während die erste Generation der damaligen meist jüngeren männlichen „Gastarbeiter“ in den 60er und 70er Jahren in speziellen Sonderunterkünften (Gastarbeiterheimen, Jugendwohnheimen, provisorischen Unterkünften) zeitlich befristet untergebracht war, treten diese im Zuge der Familienzusammenführungen und den nachfolgenden „unbefristeten“ Arbeits- und Lebensperspektiven (ab den 70er Jahren) als gewöhnliche Nachfrager nach privaten oder öffentlich geförderten Wohnungen auf (vgl. Flagge 1999). Migrantenfamilien hatten aber mit i. d. R. niedrigeren Einkommen und größeren Familien selten Zugang zu den besseren oder durchschnittlichen Wohnlagen und siedelten sich gewissermaßen „marktsortiert“ eher in typischen Arbeiterquartieren und Unterschichtwohngebieten an.

### **Städtischer Raum als Vermittler sozialer Ungleichheit**

Shevky/Bell als Vertreter der Chicagoer Schule befassen sich schon in den 20er Jahren mit den Zusammenhängen von sozialer Ungleichheit im und durch den städtischen Raum bzw. dessen unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten. Nach dem Modell ihres sozialökologischen Ansatzes überträgt sich soziale Ungleichheit in der Gesellschaft auf den städtischen Raum; heutige Segregationsmodelle von Häußermann (1999) oder Dangschat (2000) sehen den städtischen Raum in einer Mittlerfunktion von sozialer Ungleichheit, die sich durch die räumlichen Strukturen noch verfestigt. Vor allem Sampson/Groves (1989) knüpfen in den 80er Jahren wieder an dieses Modell an und differenzieren hierbei zwischen exogenen Ursachen und verschiedenen Dimensionen sozialer Desorganisation.

Unter sozialer Desorganisation verstehen Shaw/Mc Kay (1931) die „mangelnde Befähigung eines Gemeinwesens, die für die Bewohner wichtigen gemeinsamen Werte zu erzeugen und soziale Kontrolle über das Territorium auszuüben“. Sämtliche Modelle gehen von einer bereits vollzogenen sozialen, ökonomischen, kulturellen und auch symbolischen (vgl. Bourdieu 1991) Ausdifferenzierung oder auch Spaltung des gesamtstädtischen Raumes aus und arbeiten vor diesem Hintergrund mit zwei zentralen Kategorien: Einerseits benennen sie „exogene Ursachen“ wie etwa einen bereits dominanten niedrigen wirtschaftlichen Status, soziale Risikofaktoren wie hohe Anteile unvollständiger Familien, ethnische Heterogenität, residenzielle Mobilität und anomische Entwicklungen<sup>2</sup>. Andererseits führen sie strukturelle Defizite sozialer Desorganisation auf, wozu etwa geringe Intensitäten sozialer Netzwerke, fehlende Partizipation und/oder fehlende Kontrollimpulse gegenüber Aktivitäten jugendlicher Gruppen zählen.

Eisner (1997) ergänzt die bisherigen Modelle noch um ein prozessuales Muster: Städtische Räume, die von ihren Bewohnern als unsicher wahrgenommen werden – insbesondere verwaiste, gestaltlose oder unwirtliche Areale – entfalten soziale Rückzugswirkungen. Diese wiederum führen zu selektiver Entmischung und zu eher auf eigene Interessen hin orientierte Sozialkontrolle einzelner verbliebener Gruppen. Ein solcher Prozess residenzieller Segregation erschwert die Integration zunehmend; da sie letztendlich denen abverlangt wird, die ohnehin bereits Probleme haben und räumlich über keine Alternativen verfügen. Segregation stellt sich somit sowohl als Herausbildung wie auch als Verfestigung sozialer Ungleichheiten heraus (Dangschat 2000). Die höheren Delinquenzbelastungen unter Migranten, z. B. gerade in den Frankfurter Stadtteilen mit weniger, aber dadurch eher isoliert lebenden Migrantenfamilien, ist Indikator dafür, dass integrativen und sozial-kontrollierenden Aspekten einer Community-Struktur eine entscheidende Bedeutung auch für die gesamte Stadtatmosphäre zukommen.

### **Zusammenhänge zwischen städtischen Segregationstypen und Integrations- bzw. Desintegrationsimpulsen**

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Impulse von den diversen in bundesdeutschen Ballungsräumen präsenten Segregationstypen für die Integrationsentwicklungen bei Migrantenfamilien und deren Kindern ausgehen.

In der Regel finden sich in den Verdichtungs-

räumen acht infrastrukturell spezifische, baulich speziell ausgestaltete bzw. jeweils wirtschaftshistorisch bedingte Typen von Segregationsquartieren, die beispielhaft über eine in Frankfurt am Main durchgeführte Stadtanalyse nachgewiesen werden konnten (vgl. Kilb 1998). Im Einzelnen fanden sich dort Wohnquartiere in den City- und Cityrandbereichen mit bevorstehenden oder zu erwartenden Nutzungsänderungen. Charakteristisch für diese Areale sind hohe Lärm- und Umweltbelastungen, hohe Anteile von Migranten/innen in der Bevölkerung, eher kurzfristiger Verbleib der Bewohner, z. T. als „Übergangswohnen“ in Asylen, Heimen, Billighotels und „Absteigen“. Über die gleichzeitig dort konzentrierten Konsumanhäufungen kommt es in diesen Quartieren zu einer direkten Konsum-Armutskonfrontation (a). Eine vergleichsweise ähnliche, aber abgeschwächte Struktur findet man in den subzentralen Kernbereichen der Agglomerationen, den eingemeindeten, früher eigenständigen Vorstädten bzw. größeren Stadtteilen (b). Quartiere im Umfeld von Verkehrsdrehscheiben und Verkehrsmagistralen mit hohen Lärm-, Schmutz- und Umweltbelastungen und ebenfalls hohen Migrantenanteilen bilden einen weiteren Typus (c). Es folgen die traditionellen Industrie- und Arbeiterstadtteile bzw. -siedlungen, bei denen im Zuge der Deindustrialisierung mittlerweile die verbindenden gemeinsamen Arbeitsstätten zunehmend entfallen (d). Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 20er, 50er und 60er Jahre (e) sowie die Trabantenstadtteile der 60er und 70er Jahre (f) stellen weitere Typen dar. Hochhaussolitäre und punktuelle Massenunterkünfte bilden einen atomisierten Typus, häufig als Aussiedlerunterkünfte und Asylunterkünfte genutzt, manchmal im Zuge selbstgewählter ethnischer Bezüge zu monokulturellen Einzelunterkünften generiert (g). Zuletzt sind die traditionellen Segregationssiedlungen zu nennen, also die früheren Obdachlosen- oder Übergangssiedlungen, die Wohnwagensiedlungen, Bauwagen- und Containerdörfer (h).

In diesen acht Quartierstypen wirken sich die augenblicklichen Prozesse sozialer Polarisierungen – des sozialen Abstiegs, mit der Deindustrialisierung verbundene Milieuaufösungen, interkulturelle Transformation und ethnische Isolation – jeweils spezifisch aus. Betrachtet man die Prozesse in den acht Quartierstypen im Vergleich, so lassen sich mehrere Wirkungs- bzw. stadträumliche Vermittlungseffekte identifizieren.

Einige dieser Quartiere erweisen sich für ihre Bewohner gewissermaßen als Abspaltungsverstärker. Dies gilt vor allem für die in sich geschlossenen ghettoartigen Areale, die sich durch extern erfolgende Stigmatisierungen

2) Anomie – Zustand mangelhafter gesellschaftlicher Integration innerhalb eines sozialen Gebildes.

eher negativ verstärken, zugleich aber durch eine starke Selbstisolation der Bewohner eine „Vorhangwirkung“ entfalten können; man bleibt im Ghetto und sieht deshalb die „äußeren Welten“ seltener. Es bildet sich häufig ein eigenes normatives wie auch ökonomisches „Überlebens“- bzw. „Mithalte-System“. In solchen Quartieren wird gesellschaftliche Exklusion besonders deutlich. Bei heterogener multi-ethnischer Bevölkerungsstruktur intensiviert sich häufig soziale Desorganisation. Leben dagegen weniger zahlreiche unterschiedliche Ethnien zusammen, können sich eher Community-Effekte entfalten. Eine Integration innerhalb dieser Stadtteile ist bei gleicher Lebenslage der Bewohner/innen und bei geringerer Mobilität (vgl. Straßburger 2001) wahrscheinlicher. Dies hat aber nicht zwangsläufig eine Entstigmatisierung im gesamtstädtischen Rahmen zur Folge, weswegen der Integrationsfaktor in der gesamtstädtischen Gesellschaft zu relativieren ist.

Eine zweite Wirkungsweise ist die als Konfrontationsverstärker. Durch unmittelbares Aufeinandertreffen von Konsumkonzentration und Benachteiligungslagen wie z. B. in den Citylagen verstärken sich Konfrontations-, Polarisierungs- und Diskriminierungseffekte. In solchen Arealen dominieren etwa ganz deutlich die Eigentumsdelikte bei Kindern und Jugendlichen, die in ihren räumlichen Lebenswelten ständig mit Konsumstandards konfrontiert werden, zu denen sie materiell kaum legale Zugänge besitzen. Die soziale Kontrolle entfällt auf Grund des besonders hohen Anonymitätsfaktors wegen der Passantenströme. Zwischen Migrantinnen und Einheimischen bilden sich nur erschwert Gemeinwesenstrukturen heraus.

Ein dritter Wirkungstyp ist der eines Verunsicherungsverstärkers. In den traditionellen kleinbürgerlichen Arbeiterstadtteilen haben sich durch die Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse extrem verunsichernde Entwicklungen ergeben. Starker Arbeitsplatzabbau im produktiven Sektor führt zu einer realen Reduktion körperorientierter Arbeitsweisen und vermutlich in der Folge zur gleichzeitigen Überhöhung körperlicher Stilisierung und Selbstinszenierung, insbesondere unter der jungen männlichen Bevölkerung. In solchen „absteigenden“ und tendenziell in Auflösung begriffenen Milieus dominieren augenblicklich sehr stark Gewaltdelikte. Diese lassen sich präzise mit Hilfe des von Heitmeyer entwickelten Desintegrations-Verunsicherungs-Theorems erklären. In solchen Arealen sind auch im sozialen Zusammenleben eher Desintegrationstendenzen zu beobachten.

Letztendlich können sich Quartiere zu baulichen Desintegrationsräumen entwickeln. Sol-

che Stadtgebiete besitzen kaum städtebauliche Akzente und Orientierungen. Es sind i. d. R. Bauungen längs der Verkehrsmagistralen ohne integrative Bezugskomponenten. Gewalt- und Eigentumsdelikte sind gleichermaßen überrepräsentiert und wirken entsolidarisierend und desintegrierend zugleich.

In einer Expertise zum Integrationspotential in unterschiedlichen Frankfurter Stadtteilen arbeitet Gaby Straßburger die integrationsfördernden Faktoren heraus: höheres Image des Quartiers, „multikulturelles Flair“, relativ ähnliche Lebenslage, hohe Nutzungen selbstorganisierter Angebote in Vereinen sowie Bewohnerkontinuität.

In einer von uns 2003 durchgeführten Stadtteilanalyse im Wiesbadener Industrievorort Biebrich lassen sich ähnliche integrationsbegünstigende Faktoren feststellen. Obwohl bei der Biebricher Wohnbevölkerung auf Grund spezifischer soziostruktureller Faktoren insbesondere bei Kindern und Jugendlichen von erhöhten Risikolagen gegenüber dem Wiesbadener Durchschnitt ausgegangen werden konnte, bilden sich diese weniger stark in aktuellen sozial-problematischen Verhaltensmustern ab als zu erwarten gewesen wäre: Alltagsleben, soziale, kommunikative und atmosphärische Situation erscheinen nicht so beeinträchtigt, wie dies eigentlich auf Grund der bestehenden Risikofaktoren hätte vermutet werden können. Nach den Interpretationen der über eine Schüler- und Cliquesbefragung erhaltenen Informationen scheint dies auf mehrere miteinander verbindend wirkende Faktoren zurückführbar zu sein. Zum einen bildet der Stadtteil Biebrich mit seiner historisch langfristig gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Struktur in einem überschaubaren und „begrenzten“ Areal eine äußerst vielfältige kulturelle und soziale Einheit, in der zahlreiche unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ihren Platz gefunden haben und traditionell lernen mussten, miteinander auszukommen. Die traditionelle Beschäftigung vornehmlich der ersten beiden Migrantengenerationen in den beiden großen ortsansässigen Industriebetrieben sowie der begleitend stattfindende Aufbau einer sozialen, kulturellen und privatwirtschaftlichen Infrastruktur fungierten hierbei vermutlich als Medium.

Auf diesen fortdauernden historisch-interkulturellen Integrationsprozess wirken sich insbesondere drei Faktoren positiv aus:

Ein urban geprägtes städtebauliches Zentrum mit lebendiger Geschäftswelt bildet ein Forum, eine „große Bühne“ für informelle Begegnungen der unterschiedlichen Bewohnergruppen. Schlosspark und Rheinufer ergänzen diesen Kernbereich als „Neben Bühnen“ und

Erholungs- und Rückzugsbereiche. Darüber hinaus finden die einzelnen ethnischen, sozialen und kulturellen Gruppierungen ihre jeweils mehr oder weniger akzeptierten spezifischen „Rückzugsinseln“ im Stadtteil. Diese Bereiche, zu denen etwa ethnische Kulturvereine, traditionelle Vereine, die freiwillige Feuerwehr, Gaststätten, Internet-Cafés etc. gehören, stellen häufig das von den Betroffenen selbst gesteuerte Arrangement zwischen herkunftskulturellen und im Stadtteil dominierenden kulturellen Mainstream-Aspekten dar und bieten damit sukzessive erfahrbare Integrationsstufen an.

Zum anderen halten die Kindergärten, Schulen und sozialen Freizeitangebote (Kinder- und Jugendzentrum, Nachbarschaftszentrum usw.) gezielte methodisch-didaktisch aufbereitete interkulturelle Angebote vor, die die vorher erwähnten informellen Bezüge fördern, verstärken und teilweise „ritualisieren“.

Nicht zuletzt stellt sich die Netzwerkbildung über diverse Verbundsysteme von Stadtteilarbeitskreis, Vereinsring und das Programm „Soziale Stadt“ als interkulturell vermittelndes und (selbst-)regulierendes Instrument dar.

Als einzige Einschränkung erweist sich ein in den demografischen Daten ersichtlicher Wegzug jüngerer und meist besser verdienender „deutscher“ Familien. Hierdurch könnte mittel- und langfristige eine Schiefelage in der bisher sozial ausgeglichen wirkenden Heterogenität der Bevölkerungsstruktur entstehen, die das Image „Ausländerstadtteil“ nach innen und nach außen zu transportieren droht (vgl. Kilb 2003).

Insgesamt lassen sich über die beiden Studien die nachfolgenden günstigeren sozialräumlichen Aspekte für gelingende Integrationsprozesse identifizieren:

- nicht stigmatisierte, sondern städtebaulich aufgewertete Areale,
- städtebauliche Foren der Kommunikation und gemeinsamer Aktivitäten,
- ähnlicher betrieblicher und wohnungsbezogener Erfahrungs- bzw. Aktivierungshintergrund von „Deutschen“ und „Migranten/innen“,
- ähnlicher sozialer Status der (beiden) Gruppen,
- soziale und materielle Mischstrukturen in den jeweiligen „Communities“,
- weniger kulturheterogene sozialräumliche Strukturen,
- gemeinsame kleinteilige sozialräumliche Geschichte,
- multikulturelle sozialräumliche Wirtschaftsstruktur in der unmittelbaren Versorgung.

Speziell im Kindes- und Jugendalter scheinen dabei mehrere sozialräumliche Kriterien integrationsbegünstigende Wirkungen zu entfalten. Eine zentrale Rolle spielt dabei einmal die

Vielfalt eines abgestuften Systems herkunftskultureller Orte des „Rückzugs“ und parallel hierzu multikultureller Orte, die als Foren der Selbstdarstellung und -begegnung dienen können. Darüber hinaus sind gemeinsame Orte der kulturellen Aneignung wichtig. Dies sind z. B. zentralere Plätze, die gemeinsam erlebbar werden, etwa durch spezifische Personen oder durch erlebbare „Geschichten“. In Wiesbaden-Biebrich ist dies eine Freifläche im Einkaufszentrum, auf der sich die verschiedenen Cliques, Gangs und ethnischen Gruppen sowohl voneinander abgrenzen als auch vermischen konnten. In diesem Gemisch aus Näherkommen und Distanzierungen entstehen Geschichten und Legenden, die wiederum identitätsstiftende Funktionen für das Gemeinwesen an sich besitzen können. Es zeigt sich, dass gerade dieser multikulturellen Mischstruktur an den identitätsstiftenden Orten, Einrichtungen und Organisationen symbolische Bedeutung zukommt. Letztendlich war es eine miteinander abgestimmte interkulturelle Programmatik sozialräumlich ausgerichteter Institutionen wie den Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und Freizeitheimen sowie deren positiv besetzte Vermittlungsarrangements, die integrationsfördernd wirkten.

Pierre Bourdieu (1991) definiert den *Sozialen Raum* auch als „semantischen Assoziationsraum“ und keineswegs nur als physischen Raum. Dieser prägte sich aus der Verbindung von bestimmten sozialen Lebensstilen und von sozialen Positionen, die wiederum durch eine Hierarchie von ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen gebildet werden.

Wenn solche Ressourcen im physischen Raum einer Stadt ungleich verteilt sind und die Bewohner ungleich mobil sind, so wirken sich diese Sozialraumaspekte sehr verschieden auf die jeweilige Verarbeitung defizitärer Lebenssituationen aus.

Die großen Integrationsdefizite in ganz spezifischen Segregationsarealen oder auch die gelungenen Integrationsimpulse lassen sich dann auf teilweise historisch gewachsene Aspekte in Verbindung mit geografischer Lage, Images im gesamtstädtischen Kontext und eine jeweils singular entstandene soziale wie schulische Infrastruktur und ökonomische Versorgungsstruktur zurückführen.

### **Welche Präventionsstrategien könnten geeignet sein?**

Städtische Raumentwicklungen vermitteln und verfestigen desintegrierende Strukturen. Sie prägen deren unterschiedliche Ausformungen entscheidend mit, indem sie als Lernfelder, als Kontrast-Erfahrungsfelder, als Etikettierungs- und Verfestigungs- sowie als Räume mit desin-

tegrierenden und desorientierenden Impulsen auf ihre Bewohner und Nutzer einwirken. Mediale und medial vermittelte allgemeingültige Konsumstandards können dabei noch die Kontrasteffekte zum Sozialraum selbst erhöhen.

Ursachen und Hintergründe, Entwicklungsformen und Gelegenheiten unterscheiden sich dabei erheblich und erfordern sozialraumadäquat differenzierte Präventionsstrategien und Ansätze, die im Folgenden kurz diskutiert werden. Dabei sollten sich die verschiedenen Maßnahmen an drei übergeordneten Zielen orientieren: Integration, Regelarrangements und Wohnumfeldgestaltungen. Unter diesen Zielkonturen könnten in den vier Segregationsstypen spezifische Schwerpunktsetzungen erfolgen.

Im Typus „Ghettoisierte Quartiere“ müsste eine Quartiersaufwertung im gesamtkommunalen Kontext erfolgen. Dies wäre z. B. durch die Verlagerung subzentraler oder zentraler kommunaler Angebote und Dienstleistungen bzw. interessanter stadtweiter kommerzieller Angebote wie z. B. Sportstätten, Freizeitangebote, Kultur- oder auch Konsumangebote möglich. Beispiele hierfür mögen die Einrichtung einer Spielstätte des Schauspiels und Ausstellungsangebote des Ludwig-Museums in leerstehenden Industriehallen und der Bau eines überregionalen Einkaufszentrums auf einer Industriebrache in einem sozialen Brennpunkt Kalk in Köln, das von Gehry entworfene Guggenheim-Museum im Hafen von Bilbao oder das WM-Stadion in einer Pariser Trabanten-siedlung sein.

Darüber hinaus sollten Verbindungen von Arbeits- und Ausbildungsprojekten mit Wohnumfeldverbesserungen erfolgen, etwa indem Betriebs- bzw. Arbeitseinheiten aus arbeitslosen Jugendgangs oder Peergroups gebildet werden. Ein Beispiel hierfür ist die Gebäude- und Grünflächenanierung in sozialen Brennpunktsiedlungen wie z. B. in der Ahornstraße in Frankfurt am Main durch ein Beschäftigungsprojekt eines stadtweiten Jugendhilfeträgers.

Zur internen Stabilisierung und zur Nachbarschaftsförderung eignen sich Gemeinwesenarbeitsprojekte nach dem US-amerikanischen „Leader-Modell“: d. h. Nutzung der vor Ort vorhandenen informellen „Hierarchie-Strukturen“ als interner Regulations- und Vertretungsansatz nach außen. Solche vorhandenen Strukturen müssen teilformalisiert und damit aufgewertet werden sowie durch fachliche Begleitung demokratisiert und damit von bisher unterdrückenden Impulsen „befreit“ werden. Bei den häufig in ihrer Schullaufbahn gescheiterten Jugendlichen ginge es etwa um individuelle cliquen- und zielgruppenorientierte Kompetenz- oder Talentförderung sowie um

individuelles Mentoring in der Sozialarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien.

Beim zweiten Typus „Armutslagen-/Konsumkonzentration“ sollten im Gegensatz zum Ghettypus durch baulich-räumliche Abtrennungen städtebauliche „Nischen“ und Rückzugsbereiche entstehen, die zusammen mit gezielten lokalen Angeboten eine Alternative zum „konsumorientierten Streifzug“ der Kinder und jugendlichen Bewohner darstellen.

Mit Hilfe von Sponsoringaktivitäten und Partnerschaften sollten Jugendliche frühzeitig in arbeitsorientierter Form (Jobs, Praktika, Ausbildungsplätze) in die Betriebe im Quartier eingebunden werden.

Der sekundären Prävention in Schulen und der Kindertagesbetreuung sowie der Kinder- und Jugendarbeit sollte große Bedeutung zukommen.

Die Bewohnerkinder und -jugendlichen sollten durch eigene Angebote tendenziell von problematischen extern wohnenden, die Citybereiche aber nutzenden Kindern und Jugendlichen wegorientiert werden. Dies kann nur gelingen, wenn für beide Gruppierungen separate sozialpädagogisch begleitete Hilfe-, Freizeit- und Kulturarbeit existiert. Die aufsuchende, mobile oder Straßensozialarbeit in einigen metropolitanen Zentren (Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M.) sind für eine solche „Arbeitsteilung“ geeignet, wenn parallel hierzu ganztägsschulische Angebote für die dort lebenden Kinder existieren.

Im Typus „Verunsicherungs- und abstiegsbedrohte Stadtareale“, also den traditionellen Arbeiterquartieren, existieren meist noch traditionelle soziokulturelle Selbstorganisationsformen in Nachbarschaften, Vereinen und wirtschaftlichen Zusammenhängen. Diese gilt es zu stabilisieren, zu modernisieren und langsam für neue (Migranten-)Bewohner/innen zu öffnen. Gegebenenfalls sollten Selbsthilfepotentiale durch externe Anreize reaktiviert werden. Die bisherige soziokulturelle Infrastruktur sollte mit Hilfe von Quartiersmanagementansätzen an die real bestehende neue Bewohnerstruktur angepasst werden.

In Schule und Jugendhilfeeinrichtungen erscheint gezielte Gewaltprävention auf der sekundären und tertiären Präventionsebene angemessen.

Im letzten Typus „Desintegrationsareale“ sind zumeist abgrenzende und zentrifugal wirkende Kräfte dominant. Es fehlen häufig historisches Identitätsbewusstsein und bewährte Integrationsabläufe und Rituale, sodass der Aufbau einer neuen soziokulturellen Infrastruktur notwendig erscheint. Dies kann durch ein Miteinander von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement erfolgen. Dabei sollten



die bestehenden Community-Strukturen der häufig zahlreichen Migrantengemeinden als Ausgangspotential genutzt werden. Je nach Migrationsgeneration sind ethnospezifische und interkulturelle Foren und Kommunikationssettings angesagt. Regelarrangements und ein stufenförmiges Integrationskonzept (vgl. Gaitanides/Hamburger 1994) erscheinen hier notwendig zu sein. Bei Bedarf eignen sich auch interkulturelle Mediationsansätze zur Konfliktbearbeitung. Gerade an den Regelverstößen müsste die sozialpädagogische Quartiersarbeit ansetzen, um mittelfristig selbstorganisierte Regelarrangements zwischen den Bewohnergruppen wachsen lassen zu können.

### Integrationsorte und -symbole einer Stadtgesellschaft

Neben solchen eher stadtteilspezifischen Entwicklungsaspekten benötigen Städte auch Orte bzw. Stadträume, Aktionen/Aktivitäten, Institutionen und Akteure, die über die Teilgruppierungen einer Stadtgesellschaft hinaus identitätsstiftende und für das Gemeinsame

stehende sozial-kommunikative wie symbolische Impulse entfalten können. Unter symbolischen Aspekten betrachtet, können dies z. B. bauliche „Leuchttürme“ wie etwa die Hochhauskyline in Frankfurt am Main oder historische Bauwerke wie der Kölner Dom sein. Sozial-kommunikative Kriterien erfüllen dagegen eher große Feste (man denke hier an das Münchner Oktoberfest, den rheinischen Karneval, den CSD in Berlin und Köln oder das Frankfurter Museumsuferfest) und überregionale Events, die durch ihren Bekanntheitsgrad schicht- und milieuübergreifenden Charakter besitzen. Eine solche Funktion kommt im Übrigen auch den Bundesliga-Fußballspielen oder großen Rockevents und Konzerten zu. Diese gleichermaßen nach außen wie nach innen wirkenden „Leuchttürme“ sind ebenso bedeutsam wie ganz spezifische urbane Knotenpunkte bzw. Kulminationsorte, die eher nur im Binnensystem einer Stadtgesellschaft bekannt oder verankert sind und Impulse für Integrationsprozesse im Binnensystem einer Stadtgesellschaft entfalten können.

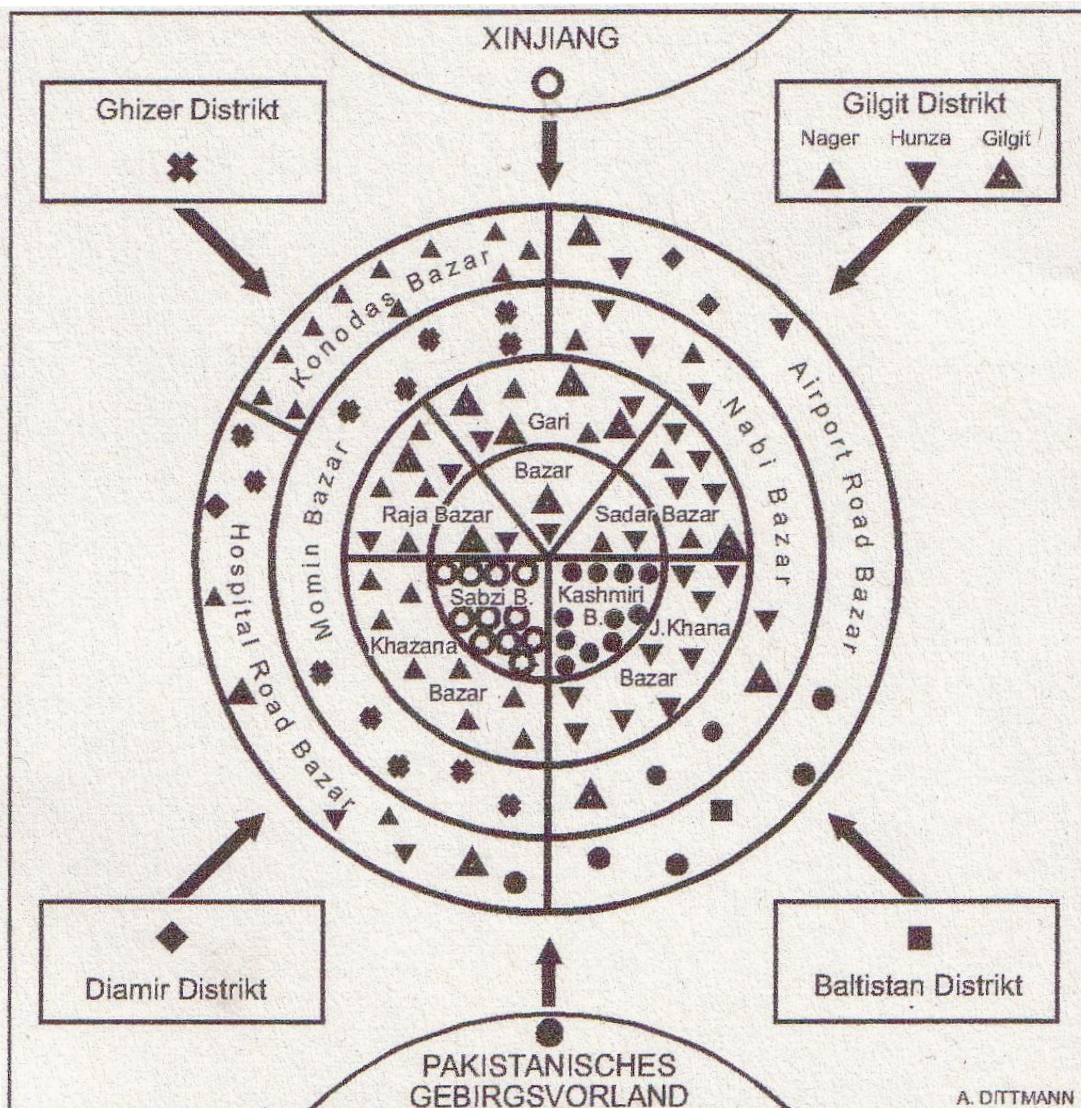


Abb. 1: Ethno-geografische Bazaranteilung in Gilgit/Karakorum nach Dittmann

Dittmann (1998) weist mit Hilfe einer ethno-geografischen Beobachtung der Stadtentwicklung in Gilgit/Karakorum auf die wichtige symbolische wie Repräsentationsfunktion etwa von Gebetshäusern verschiedener Religionsgruppen im Stadtkern hin. Gilgit fungiert dabei in seiner Untersuchung gewissermaßen als Laboratorium einer ungeplanten, auf Grund kriegerischer Auseinandersetzungen bedingten extremen Landflucht verschiedener Volksstämme in die Stadt. Dabei siedeln sich die diversen Ethnien entlang der Ausfallstraßen stadtauswärts in Richtung der jeweiligen Herkunftsdistrikte als monoethnische Communities an, um sich schließlich im Stadtkern über den gemeinsam genutzten „ökonomischen Raum“ des zentralen Bazars zu vermischen. Über diese ökonomischen Bezüge des Handels und des Nutzens einer gemeinsamen Infrastruktur entstehen folglich kommunikative Bezüge mit Ambiguitätstoleranten<sup>3</sup> Begleitaspekten. Hierbei übernehmen vor allem die Gebetshäuser neben ihrer spirituell-kommunikativen Rolle für die jeweiligen Ethnien symbolisch-repräsentative Funktionen innerhalb der gesamten Stadtgesellschaft.

Schaut man sich die Elemente symbolischer Repräsentanzen an zentralen öffentlichen Orten und Bereichen in den bundesdeutschen Großstädten mit multikultureller Bevölkerung an, so erscheinen diese ergänzungsbedürftig. Eine Ausnahme stellte hier z. B. Mannheim mit einer zentralen Moschee im Stadtkern dar. Andere Städte wie z. B. Frankfurt am Main (Altstadt-Neubebauung) oder Berlin (Palast der Republik) nutzen die sich bietenden Möglichkeiten nicht und verpassen dadurch einmalige Gelegenheiten, große zugewanderte Bevölkerungsgruppen an einem symbolisch wichtigen Ort zu repräsentieren.

Lediglich auf ökonomischer Ebene existieren in Teilbereichen der Innen- und Kernstädte Verbindungen ethnisch geprägter Wirtschaftssektoren wie z. B. in Frischezentren/Gemüse- und Fleischverteilmärkten/Großmarkthallen, auf Trödel-/Flohmärkten, auf Verbrauchermärkten oder Einkaufsstraßen der so genannten 1B-Lagen ohne Konkurrenzdruck der globalen Filialisten. Diese weisen i. d. R. multiethnische Strukturen auf und entfalten dann umso größere migrations- bzw. integrationspolitische Wirkungen, je mehr sie an repräsentativen Arealen platziert sind. Solche ethnischen Vermischungen an öffentlich zugänglichen und besucherintensiven ökonomischen Kulminationspunkten der Ballungszentren stellen neben den Betrieben eine zentrale Grundlage interkultureller Handels- und kommunikativer Bezüge dar. Diese Bereiche sind eher als die multieth-

nischen Mischstrukturen im Wohnungswesen dazu geeignet, ethnische, kulturelle und soziale Unterschiedlichkeiten nicht nur zu präsentieren, sondern deren beeinträchtigende oder auch störende Elemente durch die Verkaufshandlung selbst aufs Unwesentliche zu reduzieren. Ja, sie können sogar einen exotischen Reiz und eine Identifikationswirkung für eine ganze Stadtgesellschaft entfalten wie im Falle der Frankfurter Kleinmarkthalle, die vor nicht allzu langer Zeit dem Abriss zum Opfer fallen sollte.

### **Verschiedenheiten finden zusammen**

Dabei existieren nur wenige Orte in Frankfurt am Main, an denen sich eine auseinanderdriftende und oftmals auch schon segregierte Stadtgesellschaft auf so engem Raum begegnet wie in dieser Halle. Im samstäglichem Einkaufsgeschiebe berührt und riecht man einander und dies im alles überlagernden und neutralisierenden Duftambiente des reichhaltigen und interkulturellen Warenangebotes. Die Halle bringt durch ihre Enge nicht nur verschiedene Menschen auf Tuchfühlung zueinander, die ansonsten vermutlich gar nichts miteinander zu tun hätten. Hier treffen sich Arm und Reich in einer Atmosphäre der gegenseitigen Toleranz und weniger in einem Abhängigkeits- oder Abgrenzungsverhältnis. In einer ansonsten eher gespaltenen Stadtgesellschaft entpuppt sich dieser Ort als einer der letzten wirklich integrativ wirkenden sozialen Räume. In dieser Halle vollzieht sich in der Umkehr von Spezialisierung, Polarisierung und daraus resultierender sozialer wie kultureller Entmischung eine gewisse Balance durch eine historisch über Jahrzehnte gewachsene Vermischung der Differenz.

Solche symbolträchtigen Bauten helfen dabei, etwas Verbindendes miteinander zu erleben. Dafür stehen Orte wie die Kleinmarkthalle mit ihrer Funktion als versorgender wie kommunikativer Ort zugleich.

Die in der Auseinandersetzung um den Abriss häufig benutzte Metaphorik von der Halle als „Bauch“ und/oder „Herz“ der Stadt weist letztendlich auf die emotionale Bindung größerer Bevölkerungsteile an die Markthalle hin. „Aus dem Bauch heraus“ reagiert man spontan, emotional und in der Regel auch instinktiv adäquat und zielgenau; das Herz steht sowohl für die pulsierende, den Körper mit Energie speisende Maschine als auch für das Gefühl(te) an sich. Die ohnehin schon oftmals mit den Etiketten „kalt“ oder „seelenlos“ versehene Stadt Frankfurt würde sich also mit dem Abriss der Kleinmarkthalle selbst eines ihrer zentralen Organe herauschneiden.

3) Ambiguität – Mehr-, Doppeldeutigkeit

## **Insenzierte versus gewachsene Urbanität**

Frankfurt und seine politischen Eliten sollten eigentlich dankbar sein, dass es diesen gewachsenen urbanen Kulminationspunkt Kleinmarkthalle gibt, der genau für den städtebaulichen Übergang von der historischen zur projektierten oder neu wachsenden modernen Stadt steht. In unserer hochspezialisierten, ausdifferenzierten und sich ständig verändernden Gesellschaft kommt es gerade darauf an, solche „Übergänge“ in der Form zu gestalten, dass sie ohne Risiken und Brüche von den Menschen zu bewältigen sind. Hierbei helfen nicht nur die inszenierten Kulissen und Räume, sondern gerade auch die behutsam gewachsenen Orte, die sich in langen Aneignungsprozessen als nützlich und nutzbar für eine Stadtgesellschaft erwiesen haben. Ein Planungsdezernent sollte die Fähigkeit besitzen zu erkennen, welche städtischen Räume und Orte ganz besondere Eigenschaften entfalten können, um eine ansonsten weitgehend atomisierte und polarisierte Stadtgesellschaft reintegrieren zu helfen.

Insgesamt sollten sozialräumlich differenzierte Integrationsimpulse auch über die Stadtplanung an den vorhandenen Potentialen und Ressourcen und nicht primär an den bestehenden Defiziten ansetzen. Dies kann auch häufig heißen, nichts Neues zu bauen oder zu planen, sondern gut bzw. vital genutzte Architektur unabhängig von denkmalpflegerischen oder ästhetischen Dimensionen bestehen zu lassen.

Im Falle neuer Planungen ist es fachlich mittlerweile unumstritten, dass betroffene Akteure aktiv in die Gestaltung und Konzeptionierung einzubinden und sie damit letztendlich zu befähigen sind, ihr Gemeinwesen eigenständig und zugleich demokratisch zu regulieren.

## **Literatur**

- Benevolo, L. (1991): Die Geschichte der Stadt. Frankfurt a. M./New York
- Böhnisch, L./Münchmeier, R. (1987): Wozu Jugendarbeit? Weinheim/München
- Bourdieu, P. (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, M. (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt a. M., S. 25–34
- Dangschat, J. (2000): Segregation. In: Häußermann, H. (Hg.): Großstadt. Opladen, S. 207–220
- Dittmann, A. (1998): Raum und Ethnizität. Konfliktfelder und Koalitionen in multi-ethnischen Bazaren Nordpakistans. In: Grugel, A./Schröder, I. W. (Hg.): Grenzziehungen – Zur Konstruktion ethnischer Identitäten in der Arena sozio-politischer Konflikte. Mosaik der Kulturen, Band 2, Frankfurt a. M., S. 45–78

- Eisner, M. (1997): Das Ende der zivilisierten Stadt. Frankfurt a. M./New York
- Flagge, I. (1999): Die Geschichte des Wohnens, Band 5, Stuttgart
- Gaitanides, S. (1994): Interkulturelles Lernen in einer Multikulturellen Gesellschaft. In: sozialmagazin, Heft 2, Weinheim
- Hamburger, F. (1991): Erziehung in der Multikulturellen Gesellschaft. In: IZA, Heft 4, S. 70–74
- Häußermann, H. (Hg.) (2000): Großstadt. Opladen
- Heitmeyer, W. u. a. (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim/München
- Kilb, R. (1998): Arm dran in einer reichen Gesellschaft. In: Frankfurter Rundschau
- Kilb, R. (2002): Kriminalität und sozialer Raum. In: Sozialmagazin, Heft 1, S. 42–49
- Kilb, R. (2004): Interessen von Jugendgruppen in Wiesbaden-Biebrich. Frankfurt/Wiesbaden
- Kilb, R. (2006): Integrations- und Segregationsmaschine Großstadt. In: Sozialextra, Heft 1, S. 41–45
- Kilb, R. (2006): Über den möglichen Zusammenhang von Baustruktur und Gewalttätigkeiten Jugendlicher. In: Neue Praxis, Heft 1.
- Kostof, S. (1993): Die Anatomie der Stadt. Frankfurt a. M./New York
- Lüderssen, K./Sack, F. (1984/85): Seminar: Abweichendes Verhalten I–IV. Frankfurt a. M.
- Merten, R. (1968): Social Theory and Social Structure. New York
- Sack, F. (1984): Die selektiven Normen der Gesellschaft. In: Lüderssen, K./Sack, F. (Hg.): Seminar: Abweichendes Verhalten I. Frankfurt a. M.
- Sampson, R./Groves, B. (1989): Community Structure and Crime. In: American Journal of Sociology, 94. Jg., Heft 4, S. 774–802
- Shaw, C./McKay, H. (1931): Social Factors in Juvenile Delinquency. Washington
- Spaich, H. (1981): Fremde in Deutschland. Weinheim/Basel
- Straßburger, Gaby (2001): Stand der Integration von Zuwanderern in Frankfurter Stadtteilen. Frankfurt a. M.

## **Kontakt**

Prof. Dr. Rainer Kilb  
Hochschule Mannheim  
Fakultät Sozialwesen  
Ludolf-Krehl-Straße 7–11  
68167 Mannheim  
Tel: 0621/3926112  
E-Mail: rainer.kilb@gmx.de



## Soziale Arbeit als Koproduktion – Idee, Umsetzung und Perspektiven integrierter Handlungsansätze in der sozialen Stadtteilentwicklung für Kinder, Jugendliche und Familien

**BMFSFJ-Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C), 2000 bis 2006; Bestandsaufnahme**

### Programmziele

Das eigenständige Förder- und Programmziel „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) ist seit Ende 2000 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) verankert. Es soll als Programmplattform die über den KJP geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, deren Ressourcen und Maßnahmen für benachteiligte Sozialräume mobilisieren sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen unterstützen. Zusätzlich sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die eine soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen fördern.<sup>1</sup>

### Ergebnisse Förderperiode 2000 bis 2006

#### *Umsetzungsebenen der Programmplattform E&C 2000–2006*

Mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von 2000 bis 2006 einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um Kindern, Jugendlichen und deren Familien aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklung und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. Die Programmplattform wurde als Partnerprogramm der Bundesländer-Initiative: „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Soziale Stadt) angelegt und bezieht ihre Aktivitäten auf alle Programmstandorte der „Sozialen Stadt“.

E&C hat kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in folgenden gesellschaftlichen Po-

litikbereichen gesetzt: soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder-, Jugendförderung und Unterstützung von Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Ressourcen. Mit seiner anspruchsvollen Zielsetzung der Herstellung lokaler Bündnisse, der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort und der Vernetzung unterschiedlicher Ressourcen hat das Programm E&C einen hohen Grad von Verantwortung an die beteiligten Akteure herangetragen und dabei auf deren Expertenschaft und Fachkompetenz vertraut.

Die Gewinnung einer Vielzahl von Akteuren war elementarer Bestandteil bei der Umsetzung. Für die Umsetzung des Programms und die Konzeption der Angebote durch die Regiestelle E&C standen zunächst spezifische Zielgruppen im Vordergrund, darunter Vertreter/innen der Bundes- und Landesebene, der Städte und Gemeinden, der Landkreise, der bundeszentralen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, des Quartiersmanagements sowie Handelnde der Stadtentwicklungsplanung, Sozial-, Jugend- und Familienämter, Arbeitsämter (Arbeitsagenturen, Jobcenter), Schulen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Jugendmigrationsdienste, Volkshochschulen, Wirtschaftsförderung und Berufsbildung.

Die Programmplattform E&C hat die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe aktiviert. Es wurden neue Modelle und Projekte entwickelt und erprobt, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Die Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wurden in die Maßnahmen der Gebietserneuerung eingebracht. Da die sozialen Probleme in den Programmgebieten nie auf nur eine Ursache zurückzuführen sind, hat E&C Akteure unterschiedlicher Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammengebracht. Durch E&C wurden unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder verknüpft, damit sie als sinnvolles Ganzes wirken können.

1) Vgl. Richtlinien vom 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Der KJP räumt in Teil II, Förderziele und -programme, unter Kapitel 20 der Förderung der Entwicklung und Chancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten einen gesonderten Stellenwert ein. Zusätzlich wird im Kapitel 18 die Förderung sozialräumlicher und integrativer Ansätze zur sozialen und beruflichen Integration junger Migranten/innen besonders herausgehoben.

Die Umsetzung der Programmplattform E&C erfolgte in den Jahren 2000 bis 2006 auf den Ebenen:

- Zielgruppenkonferenzen,
- Regionalkonferenzen,
- Fachforen und Expertengespräche,
- Programmverfügungsmittel (Expertisen, Fonds),
- Programmaustein „Netzwerke und Ehrenamt“,
- lokale Bündnisse in den E&C-„Soziale Stadt“-Gebieten.

E&C war dabei seit Beginn im Jahr 2000 als prozesshaftes und lernendes Programm konzipiert, bei dem zu anfänglich bestehenden Programmteilen weitere Maßnahmen für soziale Brennpunkte mobilisiert und hinzugefügt wurden, darunter folgende inhaltliche Programmschwerpunkte und Teilprogramme des BMFSFJ:

- Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit“ – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen (1999);
- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr – FSTJ (1999–2004);
- Vernetzung im Stadtteil und Stadtteilmanagement;
- Ressourcenorientierung – gezielte Einbeziehung von sozial benachteiligten Jugendlichen in Sport, Kultur und Politik;
- Anlaufstellen und Interessenvertretungen für junge Migranten/innen;
- Förderung von ehrenamtlichem Engagement in strukturschwachen ländlichen Gebieten – „Netzwerke und Ehrenamt“ (2000–2003);
- Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit (2000–2002);
- Lokale Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“ (2001);
- Kompetenzagenturen (2002–2006), Umsetzungsphase 200 Kompetenzagenturen;
- KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (2002);
- Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS (2003–2007);
- Bundesmodellprojekt „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“ – SoFJA (2002–2006);

sowie im Rahmen von Public Private Partnership Projekten:

- „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“, eine Bildungsinitiative von Microsoft Deutschland und Partnern (seit 2003);
- Gesundheit in Sozialen Brennpunkten: Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen

(BV BKK);

- „Starke Typen“: Nationale Kampagne in Sozialen Brennpunkten, Schirmherrin Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen, Botschafter Ralf Möller.

Der 2004 begründete Nationale Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“, ein Zusammenschluss staatlicher, gesellschaftlicher und privater Institutionen, hat die positiven Erfahrungen der Kooperation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen und von Landesvereinigungen der Gesundheitsförderung mit E&C aufgegriffen und setzt sich für seine künftige Arbeit in sozialen Brennpunkten die Schwerpunkte „Regionale Kooperation“, „Qualitätsentwicklung“ und „Vernetzung“.<sup>2</sup>

#### *Erreichte Zielgruppen*

Die Programmplattform E&C hat im Jahr 2006 regelmäßig über 11.000 Akteure in den derzeit 392 Gebieten des Programms „Die soziale Stadt“ und zusätzlich in 13 strukturschwachen ländlichen Räumen (Landkreisen) erreicht. Die Auswertung der ersten Programmphase (2000–2003) hat ergeben, dass in diesem Zeitraum 87 % der Kommunen und Landkreise durch die Veranstaltungsaktivitäten der Regiestelle E&C erreicht wurden. Dies waren zum Zeitpunkt der Erhebung über 190 Kommunen und alle 13 teilnehmenden Landkreise.

Seit Programmbeginn im Jahr 2000 bis zum August 2006 wurden bundesweit über 130 Zielgruppen- und Fachveranstaltungen durchgeführt. Von Juni 2005 bis Ende Mai 2006 verzeichnete die E&C-Homepage, auf der aktuelle Informationen, Dokumentationen, Fachexpertisen, die E&C-Newsletter und E&C-Journale sowie Kontaktadressen bereitgestellt werden, durchschnittlich über 15.000 monatliche Besuche. Über 61.000 unterschiedliche Besucher riefen in diesen 12 Monaten die E&C-Homepage auf.

#### *Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung*

Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C des Deutschen Jugendinstituts sowie der Programmevaluations „Soziale Stadt“ des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik dokumentieren,

- dass durch das Programm E&C in den Programmgebieten ressort- und ämterübergreifende Kooperations- und Managementformen angestoßen, erprobt und Fortschritte

2) Siehe auch Kooperationserklärung „Nationale Kooperation für Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ unter [www.gesundheitliche-chancengleichheit.de](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de)

in der ämter- und dezernatsübergreifenden Kooperation erzielt worden sind,

- dass die Stellung der öffentlichen Jugendhilfe als gestaltender Akteur im kommunalen Gefüge durch das Programm E&C gestärkt worden ist,
- dass durch das Programm E&C und seine Kopplung an die „Soziale Stadt“ günstige organisatorische Voraussetzungen geschaffen wurden, die die Umsetzung neuer Steuerungsinstrumente und sozialräumlich ausgerichteter Problemlösungsstrategien in Bezug auf die Planung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen in den Programmgebieten ermöglicht haben,
- dass integrierte lokale Strategien und Instrumente, wie z. B. das „Integrierte Handlungskonzept“, der „Integrierte Dienst im Stadtteil“ oder der „Lokale Aktionsplan“ erfolgreiche Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind und als fester Bestandteil einer sozialräumlich ausgerichteten Handlungsstrategie bundesweit Anerkennung gefunden haben,
- dass durch die Aktivitäten der Vernetzung, der Fortbildung und des Informationstransfers der nationalen Programmplattform E&C die Nutzbarkeit und der Nutzen anderer Bundesprogramme in erheblichem Maße befördert wurde,
- dass die Handlungsfelder „Bildung und Schule“, „Gesundheitsförderung“ und „Integration von Migranten/innen“, die im Programm E&C von Beginn an eine prominente Rolle gespielt haben, zentrale Schlüsselbereiche für positive Veränderungen in den Stadtteilen sind,

aber auch:

- dass in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“/E&C unverändert ein hoher Handlungsbedarf besteht sowie
- dass die Aufgabe der Verbesserung von Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Stadtteilen unter Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Akteure unverändert fortbesteht und weiterhin konsequenter öffentlicher Thematisierung und Bearbeitung bedarf.

#### *Aktuelle Politikstrategien und Initiativen des Bundes*

Die Ausrichtung der BMFSFJ-Programmplattform E&C – Sozialräumlichkeit, Lebenslagenansatz, Ressourcenbündelung, lokaler Aktionsplan – wird durch aktuelle Politikstrategien und Initiativen des Bundes aufgenommen und bestätigt:

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung vom November 2005 setzt sowohl auf Fortschreibung und Weiterentwicklung des

Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und die verbesserte Bündelung mit Fördermöglichkeiten anderer Ressorts als auch auf die Weiterentwicklung und Verbesserung von Kooperationsstrukturen zwischen Elternhaus, Schule und Jugendhilfe für ein gelingendes Aufwachsen und verbesserte Bildungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Auch in der nächsten ESF-Förderperiode werden jugendintegrative Maßnahmen in den sozialen Brennpunkten des Programms „Soziale Stadt“/E&C durch die Bundesregierung gefördert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt das erfolgreiche Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) fort. Das seit 2003 durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm soll benachteiligten Menschen helfen, auf dem Arbeitsmarkt Tritt zu fassen und zugleich lokale Strukturen stärken. Am 1. Juli 2006 startete in bundesweit 281 Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf die vierte Förderperiode.

Seit 2004 macht sich die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür stark, durch konkrete Projekte vor Ort die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern. Bundesweit engagieren sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen in ihrer Stadt oder Region. Über 1.200 kleine, mittelständische und große Unternehmen beteiligen sich als aktive Partner. Die Bündnisakteure etablieren in deutschen Städten, Regionen und Gemeinden neue Betreuungsangebote für Kinder, fördern das Miteinander der Generationen und setzen sich dafür ein, dass Eltern Beruf und Kind besser miteinander in Einklang bringen können. Ziel der Initiative ist es, durch eine Vielzahl lokaler Bündnisse einen Wandel hin zu mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland zu unterstützen. Die Lokalen Bündnisse für Familie arbeiten an rund 300 Standorten in ganz Deutschland für diese Ziele.

Um die Bindungen zwischen den Generationen zu festigen, die Gesellschaft für junge wie für alte Menschen zukunftsfähig zu gestalten und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, hat die Bundesregierung mit dem Aufbau des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser begonnen. Die im Stadtteil verankerten Häuser bieten ein breites Informationsspektrum und verbinden ehrenamtliche Tätigkeit, Selbsthilfe und professionelle Unterstützung zu einem umfassenden Angebot für Menschen jeden Alters. Damit sind Mehrgenerationenhäuser wichtige Anlaufstellen für Risikofamilien, die hier Unterstützung und Rat finden. Die Einrichtungen bieten praktische

Hilfe bei der Kinderbetreuung, unterstützen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz, machen Angebote im Rahmen der Gesundheitsförderung und schaffen eine Plattform für Dienstleistungsangebote.

Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien in Form eines lokalen Aktionsplans zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie soll an das bisherige erfolgreiche Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ anknüpfen.

Bundesweit erreichten die Kompetenzagenturen von 2003 bis 2006 weit über 5.000 Jugendliche und vermittelten sehr viele der erreichten Jugendlichen in Ausbildung oder Arbeit, in Schulen oder Förderangebote. Zentrale Elemente der Kompetenzagenturen waren dabei neben dem Case-Management die Verzahnung präventiver Angebote sowie funktionierende Netzwerke für eine erfolgreiche Lotsentätigkeit. Mit ihrem jugendhilfespezifischen Know-how etablierten sich die Kompetenzagenturen als Partner für die Akteure der Arbeitsverwaltungen und Kommunen. 15 der 16 Kompetenzagenturen stellten ihr Fortbestehen über das Laufzeitende des Modellprogramms sicher. Viele Kommunen und ARGEN zeigen bereits großes Interesse an dem von den Kompetenzagenturen entwickelten Instrumentarium. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kündigte mit Blick auf die guten Vermittlungsquoten und die insgesamt weit über 5.000 erreichten Jugendlichen eine Ausweitung des Modellprogramms auf bis zu 200 Kompetenzagenturen an.

Aktuelle Schätzungen weisen darauf hin, dass ca. ein bis zwei Prozent der Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen bereits verfestigte Formen der Schulverweigerung bzw. Schulvermeidung aufweisen. Experten gehen davon aus, dass von insgesamt 12,4 Mio. Schüler/innen etwa 10 % die Schule über Wochen und teilweise Monate hinweg schwänzen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat diesen Handlungsbedarf erkannt und deshalb im Jahr 2006 das Modellprojekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ gestartet, welches aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird. An ca. 50 Standorten im gesamten Bundesgebiet werden lokale Projekte gefördert, die schulverweigernde Schüler/innen dabei unterstützen, wieder regelmäßig die Schule zu besuchen und so ihre Chancen auf einen Schulabschluss und damit auch auf einen Ausbildungsplatz deutlich zu erhöhen. In diesen Koordinierungsstellen vor Ort stehen den Jugendlichen Case-Ma-

nager/innen als Begleiter/innen zur Verfügung. Insgesamt sollen auf diesem Wege bundesweit zunächst ca. 1.000 junge Menschen Angebote erhalten, um einen Weg zurück in den Schulalltag zu finden.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) räumt in seinem Kapitel 18 der Förderung sozialräumlicher und integrativer Ansätze zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Stellenwert ein. Mit den ab 1. Januar 2001 in Kraft getretenen neuen Richtlinien des Kinder- und Jugendplan des Bundes wurde das Programm 18 „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ für weitere Zielgruppen geöffnet. Im Zuge der Weiterentwicklung dieses Programms wurden die ehemaligen Jugendgemeinschaftswerke umgestaltet in Jugendmigrationsdienste. Sie sind sozialräumlich ausgerichtet und fungieren damit als zentrale Stelle für alle kommunalen und regionalen Kooperationspartner, die sich um die Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund bemühen. In der regionalen Arbeit im Stadtteil ergeben sich vielfältige Schnittstellen zu den Bundesprogrammen.

Im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ werden demnächst zusätzliche 40 Mio. Euro für nicht investive Maßnahmen in den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ bereitgestellt, um Modellvorhaben zur Verbesserung von Schulabschlüssen, Initiativen für neue Beschäftigungsangebote für Jugendliche und Maßnahmen der Integration von Migranten/innen zu unterstützen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat nach der Programmbegleitung 1999 bis 2003 ab 2004 eine „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ eingerichtet. Zu den vorrangigen Aufgaben der Bundestransferstelle gehören der weitere Ausbau des bundesweiten Netzwerks zur integrierten Stadtteilentwicklung und eine internationale Erweiterung des Informationstransfers und Erfahrungsaustauschs.<sup>3</sup>

### **Anmerkungen für eine Zukunft von E&C**

#### *Beobachtung, Begleitung, Bündelung*

Aus den Erfahrungen der Regiestelle der Programmplattform E&C in den Jahren 2000 bis 2006 lässt sich feststellen, dass bei der Umsetzung der Programmlinien des BMFSFJ kontinuierlich Schnittstellen an den Schlüsselthemen der erfolgreichen Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten bearbeitet werden müssen.

3) Hierzu: [www.sozialestadt.de/programm/programmbelegung](http://www.sozialestadt.de/programm/programmbelegung), Deutsches Institut für Urbanistik.

Wie zuletzt auch der Expertenworkshop „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ der „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ beim Deutschen Institut für Urbanistik bestätigt hat, gehört E&C (wie z. B. auch die Bundesprogramme KuQ und LOS) zu denjenigen „neuen“ Förderprogrammen, die für nicht investive Projekte zunehmende Bedeutung in den Programmgebieten haben: Sie sind die einzigen von der Bundesebene initiierten, die auf die Gebietskulisse der „Sozialen Stadt“ abstellen. Sie verkörpern erfolgreich eine horizontale Ressortabstimmung für Bündelung auf der Bundesebene:

„Das Bund-Länder-Programm ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‘ und das Programm ‚Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C‘ sind Ausdruck dieser politischen Kontextsteuerung: Im Sinne einer ‚Good Governance‘ soll eine nachhaltige, integrierte soziale Stadt(teil)entwicklung gefördert und erreicht werden. Die Forderung nach integrierten Planungskonzepten und damit auch nach Mittelbündelung begründet sich durch die Wechselwirkung zwischen den Handlungsfeldern, Zielinterdependenzen, knappen Ressourcen und strukturellen Hemmnissen bzw. einander widersprechenden Zielen und Interessen. Zwischenergebnisse der Bundeskoordinations- und Transferstelle beim Deutschen Institut für Urbanistik bzw. auf den jeweiligen Länderebenen (z. B. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen – ILS Nordrhein-Westfalen) zeigen, dass diese Bündelung eine erfolgreiche Strategie ist“ (Dokumentation des Expertenworkshops „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ 2006, S. 69, 127ff)<sup>4</sup>.

Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass der Bereich Ressourcenbündelung, wie ihn das Programm E&C seit dem Jahr 2000 erfolgreich umgesetzt hat, – also Mobilisierung von Ressourcen und Maßnahmen für benachteiligte Sozialräume über die im Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderte Infrastruktur, Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen und Entwicklung und Erprobung neuer Maßnahmen, die eine soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen fördern – auch

4) Vgl. auch Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (2004): „Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich mit eigenen Programme (E&C und seine Bestandteile) über einen längeren Zeitraum eindeutig auf das Programm Soziale Stadt bezogen – und wie die Evaluation zeigt, ist diese Beteiligung von großer Bedeutung und für die Erreichung der Ziele höchst förderlich“ (S. 6).

in Zukunft eine hohe Bedeutung haben wird.<sup>5</sup>

Bundesweite Programme und ihre Aktivitäten müssen aufeinander abgestimmt bzw. miteinander abgeglichen werden. Der Aspekt der Bündelung und Gesamtschau aus den Erfahrungen des Bundesmodellprogramms E&C heraus bietet den vielen tausend Akteuren in den Programmgebieten eine zusätzliche Dienstleistung in Form von kontinuierlichem Informationstransfer und ersten Umsetzungshilfen, wenn nötig bereits im Vorfeld der Programmvorbereitung, was zu verbesserten Resultaten bei der Umsetzung der Programmlinien des BMFSFJ beiträgt. Der Anschluss an gerade beendete, vorhandene und beschlossene „andere“ Programme, Verfahren und Strukturen kann auf diese Weise gesichert werden.

#### *Programmdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit*

Ebenfalls wurde im Verlauf der Programmperiode E&C 2000–2006 der Bedarf des BMFSFJ nach einheitlicher und qualitativ hochwertiger Programmdarstellung des Handlungsfeldes „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, von Teilprogrammen sowie miteinander korrespondierenden Programmlinien, z. B. bei Sonderveranstaltungen, Fachgesprächen, bundesweiten Messen, Konferenzen, Jugendhilfetag oder im Rahmen von Beteiligungen, etwa am Preis „Soziale Stadt“, deutlich.

Es ist aus den Ergebnissen der jetzigen Programmphase abzuleiten, dass dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Dissemination der Fachergebnisse, Vertretung des Programms E&C auf Fremdveranstaltungen, Präsenz in Gremien und Arbeitskreisen sowie in Form von qualifizierter Zuarbeit zu den Kommunikationsstrategien des BMFSFJ bei der Umsetzung der Programmplattform E&C ab dem Jahr 2007 ein erhöhter Stellenwert beizumessen ist. Darüber hinaus ist das vorhandene Fachprofil E&C weiterzuentwickeln, bezogen auf die Gebiete und Programme der „Sozialen Stadt“ zu kommunizieren und für Städte, Gemeinden und Kreise außerhalb der Programmgebiete, aber mit vergleichbaren Problemlagen, nutzbar zu machen.

#### *Handlungsfelder einer integrierten Fachpolitik*

Der als fachlicher Ansatz der Kinder- und Jugendhilfe bundesweit geltende Lebenslagenansatz, der der Entwicklung des Bundesmodellprogramms E&C zugrunde lag, bildet sich in den 2000 bis 2006 bearbeiteten Themen der Programmplattform E&C ab.<sup>6</sup>

5) Vgl. Richtlinien vom 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes.

6) Vgl. auch das E&C-Archiv unter [www.eundc.de](http://www.eundc.de)



Zur Bewältigung benachteiligender Lebenslagen empfiehlt sich aus den Erfahrungen von E&C ein abgestimmtes lokales Konzept unter Einbeziehung folgender Handlungsfelder einer integrierten Fachpolitik auf der Ebene der Themen und Elemente von Inklusionspolitik:

- Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe, insbesondere Übergang Schule – Beruf und Arbeitsmarktintegration,
- Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund, kulturelle Vielfalt und interkulturelle Praxis,
- Frühkindliche Förderung und Erziehung, Bildung und Kompetenzentwicklung,
- Gesundheitsförderung und präventive Strategien,
- Familienförderung/Familienbildung,
- Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Auf der Ebene der Aktionen von Kommunalpolitik empfiehlt sich:

- Jugendberufshilfe und Beschäftigungsförderung junger Menschen,
- Neugestaltung kommunaler Selbstverwaltung hinsichtlich der Entwicklung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Akteuren sowie der Bürgerbeteiligung/Beteiligungungsverfahren,
- Sozialräumlichkeit, lokale Aktionspläne, Arbeitsansätze der Koproduktion,
- Kooperation, Vernetzung und intermediäres ressortübergreifendes Agieren, Stadtteil- und Quartiersmanagement,
- Integrierte Planung unter Berücksichtigung der Bedeutung von sozialem Nahraum und demografischer Entwicklung für die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien,
- Lokale Zentren und integrierte Dienste im Stadtteil,
- Europäische Erfahrungen und Politiken, transkommunaler Austausch.

Unter dem Gesichtspunkt, dass soziale Integration sich letztlich an der Eingliederung in Arbeit und Beschäftigung zeigt, sind alle Maßnahmen und Handlungsfelder auf dieses Ziel auszurichten.

Ein wesentliches Spannungsfeld sozialer Brennpunkte entsteht aus dem Prozess von „Segregation und Polarisierung“ einerseits und „sozialer Inklusion“ andererseits. Die Erfahrungen aus den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ zeigen, dass dabei nach Städtetypen (z. B. Stadt – Land, schrumpfend – stagnierend – wachsend, Nord – Süd – Ost – West u. a.) und den daraus resultierenden Merkmalskombinationen differenziert werden muss.

Die Erfahrungen aus der bisherigen Programmperiode E&C zeigen, dass integrierte

Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen guten Handlungsansatz darstellen, dass aber zukünftig eine wichtige Aufgabe darin bestehen muss, diese auf spezifische Themen, Problemlagen und Ziele hin weiterzuentwickeln.

So könnten die kommunalen Vertreter/innen ausgehend von den bei ihnen vorkommenden Problemkonstellationen einen Mix von Interventionen zur Anwendung bringen. Eine vollkommene Abkopplung von der baulichen Struktur wird nicht befürwortet, da unterschiedliche räumliche und bauliche Gegebenheiten jeweils verschiedene Vorgehensweisen befördern oder verhindern.

Für die im Programm E&C befindlichen Stadtteile gilt ferner, dass es sich um problematische Gebiete im jeweiligen Referenzrahmen der Stadt handelt. Um richtige Antworten auf die komplexen Problemlagen in den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ geben zu können, sollten deshalb Empfehlungen zur Differenzierung von Stadtteilen, z. B. in Zuwanderungsgebiete bzw. Gebiete mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, berücksichtigt werden. Dies bedeutet, diese Gebiete auch so zu benennen, ihnen diese Aufgabe zuzuweisen und sie mit angemessenen Mitteln auszustatten (sowie die Konzepte der Einrichtungen und Dienste entsprechend auszurichten), und nicht den Versuch zu machen, sie auf den städtischen Durchschnitt zu bringen (Dokumentation des Expertenworkshops „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ 2006, S. 128).

Auf der Grundlage der Praxisberichte und der Berichte der lokalen Koordinierungsstellen LOS der Kommunen kommt dem Governance-Ansatz eine entscheidende Bedeutung für Sichtweisen, Problemeinschätzungen und die daraus abzuleitenden kinder- und jugendpolitischen Erneuerungsstrategien zu, wie sie sich z. B. in den Instrumenten der lokalen oder strategischen Netzwerke, der lokalen Aktionspläne und Bündnisse oder auch in dem Prinzip der Beteiligung und Partizipation ausdrücken.

#### *Weiterentwicklung der Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe*

Das Programm E&C hat in seiner Programmphase 2000 bis 2006 das Handlungsfeld integrierter Strategien für benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten für die Akteure in den Programmgebieten erschlossen, diversifiziert, in den Fachdiskurs eingebracht und eine anerkannte neue Qualität der Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe begründet. Die Aufgabenstellung für eine nächste Programmperiode würde darin beste-

hen, diese Fachstandards weiterzuentwickeln sowie Benchmarks und Indikatoren für ihre gelungene Umsetzung zu entwickeln.

In den Gebieten der „Sozialen Stadt“/E&C gibt es inzwischen vielfältige entwickelte Strukturen mit lokal unterschiedlichen Traditionen und Ausprägungen. Institutionalisierte Gremien bieten den Bewohnern/innen aktive Teilhabe an der Planung und Durchführung von Projekten. Die von Bewohnerinitiativen selbstorganisierten Veranstaltungen und Projekte bieten Möglichkeiten zur Begegnung und zum Austausch. Neben diesen projektorientierten Arbeitsgruppen arbeiten Bewohner/innen in kontinuierlichen Gremien mit: Mieterbeiräte, Interessengemeinschaften, Zukunftswerkstätten.

Mit den Vergabebeiräten, Begleitausschüssen, Vergabejurys, Quartiersfonds wurden Bewohner/innen sozialer Brennpunkte direkt in Entscheidungsprozesse eingebunden. Gerade dadurch konnten neue Akteure in den Gebieten gewonnen und aktiviert werden. Quartiersforen dienen der regelmäßigen Information der Bewohner/innen über die Quartiersmanagement-Arbeit und Quartiersbelange. Auf die Teilnahme und die Teilhabe von Bewohnern/innen nichtdeutscher Herkunft wird dabei außerordentliche Aufmerksamkeit verwendet.

Im Rahmen der Arbeit der Programmplattform E&C ist es gelungen, dass die Jugendämter und die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu aktiven und gestaltenden Akteuren der sozialen Erneuerungsstrategien in sozialen Brennpunkten geworden sind. In dem Maße, wie die städtebauliche Erneuerung durch Wohnumfeldverbesserung sowie soziale Infrastrukturbauten fortgeschritten ist, zeigt sich, dass Projekte, Maßnahmen und Dienste im Zentrum der sozialraumbezogen Handlungsstrategien stehen, die folgende Themenstellungen zum Gegenstand haben:

- Soziale Integration,
- Aktive Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche,
- Familienförderung,
- Bildung (insbesondere auch die Vermittlung von sozialen und ausbildungsbezogenen Schlüsselqualifikationen),
- Arbeitsmarktintegration.

Diese Schwerpunktverlagerung vom Städtebaulichen zum Sozialen ist in allen E&C-/„Soziale Stadt“-Gebieten zu verzeichnen. Auffallend ist, dass Jugendliche in den o.g. Strukturen wenig bis gar nicht vertreten sind bzw. sich dort nicht engagieren.

Die Quartiersmanagements organisieren hinsichtlich der Partizipation von Jugendlichen meist temporäre Sonderfälle, ergänzend schaffen (wenn vorhanden) Kinder- und Jugendbü-

ros punktuelle Möglichkeiten der Einflussnahme. Jugendinteressen werden meist durch Dritte vertreten, die Jugendlichen repräsentieren sich jedoch nicht ausreichend selber und es fehlen authentische Übungsfelder.

## Literatur

Informationsstelle Bündelung und Vernetzung in der Bundestransferstelle (Hg.) (2006): Soziale Stadt. Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene. Dokumentation des Expertenworkshops am 24. November 2005 in Berlin. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Wiesbaden  
Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) (2004): Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen. Online-Publikation unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/DF9385.pdf>

## Kontakt

Hartmut Brocke  
Direktor der Stiftung SPI  
Müllerstraße 74  
13349 Berlin  
Tel: 030/45979333  
E-Mail: [info@stiftung-spi.de](mailto:info@stiftung-spi.de)

## Anknüpfungspunkte und Perspektiven für eine soziale Stadtentwicklung im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“<sup>1</sup>

Zum Thema Anknüpfungspunkte und Perspektiven für eine soziale Stadtentwicklung im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, will ich zu folgenden Punkten Auskunft geben:

- Was unterscheidet das Programm Soziale Stadt von anderen Städtebauförderprogrammen?
- Was sind die Ergebnisse einer Zwischenevaluierung?
- Wie wurde das Programm schon in der Vergangenheit weiterentwickelt?
- Wie wird das Programm aktuell weiterentwickelt?

Das Programm Soziale Stadt, das will ich vorab festhalten, weil es da doch immer wieder Irritationen gibt, ist kein Sozialprogramm. Es ist ein investives Städtebauförderprogramm, dessen Programmmittel als Finanzhilfen an die Länder ausgereicht werden. Gleichwohl unterscheidet es sich gegenüber der klassischen Städtebauförderung, denn es ist das erste Programm, das für Ost und West gilt, anders als die allgemeine Städtebauförderung Ost oder West oder die ebenfalls neuen Programme Stadtbau Ost und West.

Von 1999 bis 2005 konnten in das Programm 392 Maßnahmen in 267 Gemeinden aufgenommen werden. Inzwischen liegen uns weitere Landesprogramme vor. Wir haben damit die Marke von 400 Maßnahmen überschritten. Also könnte man allein von den Zahlen her sagen: ein erfolgreiches Programm.

**Neu gegenüber der klassischen Städtebauförderung** ist auch der problemorientierte Verteilungsschlüssel. Das heißt, neben der Aufteilung der Finanzhilfen nach Bevölkerung und der Anzahl von Wohnungen gibt es auch die Komponenten Arbeitslosigkeit und Ausländeranteil. Es findet eine gerechte Verteilung zwischen Ost und West statt, was nicht heißen soll, dass andere Verteilungsschlüssel in anderen Programmen ungerecht seien, aber wir verteilen eine Summe nicht nach Himmelsrichtungen, sondern allein nach dem vorgenannten Schlüssel, und kommen damit auch weg vom Gießkannenprinzip.

Neu ist in dem Programm insbesondere der integrative Ansatz. Hierbei handelt es sich um einen neuen Politikansatz, der sozusagen die

Städtebauförderung weg von den reinen baulichen Belangen hin zu den sozialen Belangen der Quartiersbewohner/innen führt, vor allem durch die Überwindung des Ressortdenkens auf allen staatlichen Ebenen, also auch der des Bundes. Das Zauberwort heißt hier Bündelung. Der integrative Ansatz umfasst auch die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor, hier besonders mit der Wohnungswirtschaft oder auch den Trägern der Wohlfahrtspflege.

Der integrative Ansatz unterscheidet sich von der klassischen Städtebauförderung insofern, als hier die Beteiligung der Bürger im Vordergrund steht, d. h. der aktivierende Staat, der die Zivilgesellschaft mit einbezieht, ihr auch Verantwortung überlässt, und das gilt hier vor allem für die Quartiersmanager/innen vor Ort.

Nach fünf Jahren, das Programm ist ja 1999 ins Leben gerufen worden, war dann 2004 die Zeit gekommen zu sehen, ob wir mit dem Programm, mit dem Politikwechsel in der Städtebauförderung, auf dem richtigen Weg sind und wenn ja, ob es Defizite oder Hemmnisse gibt. Deshalb hat der Bund 2004 eine Zwischenevaluierung beim Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) in Auftrag gegeben und durch eine Expertengruppe begleiten lassen.

**Die Zwischenevaluierung hat gezeigt**, dass das Programm Soziale Stadt ein taugliches Instrument ist, um:

- sozial stabile Stadtquartiere zu schaffen, zumindest aber eine weitere Abwärtsbewegung aufzuhalten,
- der Segregation entgegenzuwirken, sowohl bei Migranten/innen als auch bei sozial schwächer gestellten oder älteren Menschen,
- die Integration von Migranten/innen voranzubringen und
- die Lebenschancen der Bewohner/innen zu verbessern.

Die Zwischenevaluierung ist auf der Internetseite [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de) zu finden und als PDF-Datei herunterzuladen.

Die Zwischenevaluierung hat aber auch gezeigt, dass Möglichkeiten zur Verbesserung vorhanden sind. Das betrifft insbesondere die Anstrengungen zur Bündelung; doch dazu später mehr.

**Wie wurde das Programm schon bisher weiterentwickelt?** Damit meine ich seit oder wäh-

1) Dieser Beitrag basiert auf dem Tonmitschnitt eines Power-Point-Vortrags.



rend der Implementierungsphase und auch schon parallel zur Zwischenevaluierung.

Gestern wurde das bereits angesprochen. Wir konnten das Programm, zumindest die Belange der Sozialen Stadt im Baugesetzbuch verankern, im neuen § 171 e. Viele werden sich fragen, was bringt das für einen Unterschied? Der Unterschied ist ganz wesentlich, denn wenn Sie nur über Zuwendungsbescheide oder auch Verträge arbeiten, können Sie immer nur den Fördermittelnehmer verpflichten. Das Gesetz hingegen wendet sich an jedermann. Es bietet also ein Instrumentarium, das sich an jedermann wendet, z. B. auch an potentielle Bündelungspartner im Quartier.

Wenn es im Gesetz verankert ist, ist es auch als Aufgabe auf längere Zeit angelegt, wenn gleich inzwischen der Verfassungsgeber da eine Relativierung über das Grundgesetz Art. 104 b reingebracht hat, in dem er fordert, dass Finanzhilfen künftig zeitlich zu begrenzen sind. Aber dazu komme ich noch später im Vortrag.

Zur bisherigen Weiterentwicklung im Rahmen der Föderalismusreform: Es drohte ja, ähnlich wie bei der sozialen Wohnraumförderung, die wir komplett an die Länder abgeben, auch ein Verlust der Städtebauförderung als gesamtstaatliche Aufgabe. Das konnte verhindert werden. Die Städtebauförderung ist gesamtstaatliche Aufgabe geblieben, also gemeinsam von Kommunen, Ländern und Bund zu bewältigen.

Zudem ist das Programm Soziale Stadt in der mittelfristigen Finanzplanung verankert, die beim Bund über fünf Jahre geht, und dies trotz angespannter Finanzlage. Stichworte sind hier Haushaltskonsolidierung und Maastricht-Kriterien. Gleichwohl stellt der Bund im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 524,8 Mio. Euro jährlich für die Städtebauförderung zur Verfügung. Das sind auch gute Voraussetzungen für den Programmteil Soziale Stadt.

Gleichzeitig konnte die Forschungsbegleitung auch nach der Implementierungsphase sichergestellt und auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage gestellt werden. Nach dem Bundeshaushaltsplan ist es möglich, 0,2 % der Finanzhilfen für die Begleitforschung aufzubringen. Dadurch ist es gelungen, die Bundestransferstelle beim Difu, dem Deutschen Institut für Urbanistik, einzurichten. Und wir können mit dem Geld auch die in der Zwischenevaluierung aufgezeigten Verbesserungsmöglichkeiten stärken, nämlich mehr Ressourcen in der Sozialen Stadt zu bündeln. So hat z. B. die Bauministerkonferenz eine Projektgruppe „Bündelung in der Sozialen Stadt“ ins Leben gerufen, die derzeit Best-Practice-Beispiele aus allen Ländern zusammenstellt, die dann mit finanzieller Hilfe

des Bundes als Werkstattheft beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung veröffentlicht werden sollen, damit jeder davon profitieren kann.

**Wie wird nun aber – und das ist ja viel interessanter – das Programm derzeit weiterentwickelt?** Dazu will ich zunächst auf die Rahmenbedingungen eingehen, die uns der Gesetzgeber oder die Politik vorgibt.

Da ist zunächst der Bundestagsbeschluss „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“, der im Jahre 2005 vom Bundestag gefasst worden ist. Seine zentrale Forderung ist – indem er die Ergebnisse der Zwischenevaluierung aufgenommen hat – die Verbesserung der Bündelung. Er nennt hierbei besonders wichtige Aufgabenbereiche. Das sind z. B. die Integration und die Arbeitsförderung, darunter auch Programme des BMFSFJ, z. B. LOS. Er fordert, neue Anstrengungen auf allen Ebenen zu machen, darunter auch auf Bundesebene sowie beim Ausbau der Partnerschaften mit Privaten und Verbänden.

Dann ist inzwischen die vorhin schon angesprochene Föderalismusreform wirksam geworden. Seit dem 01.09.2006 gibt es im Grundgesetz den neuen Artikel 104 b, nach dem jetzt die Finanzhilfen neu zu gestalten sind. Und zwar sind sie künftig – und das gilt für alle Programme – zeitlich zu befristen. Als Modell gilt hier der Stadtumbau Ost, der von vornherein auf eine feste Laufzeit angelegt war. Die Finanzhilfen sind degressiv zu staffeln, also mit fallenden Förderbeträgen. Da muss man auch sehen, wie man das umsetzt, gerade bei einem Investitionsprogramm. Denn eine Investition hat immer geringe Anlaufkosten, bei ihrer Umsetzung aber hohe Abschlussraten, zum Ende der Investition werden wieder weniger Barmittel benötigt. Dann sind die Finanzhilfen regelmäßig zu evaluieren. Vorbild ist hier die Soziale Stadt, die wir schon zwischenevaluieren haben. Außerdem ist dem Bundestag regelmäßig zu berichten.

Dann haben wir als letzten Punkt, die Umsetzung des Koalitionsvertrages bei der Weiterentwicklung des Programms zu berücksichtigen. Dort wird das Programm Soziale Stadt ausdrücklich genannt. Nach dem Koalitionsvertrag soll das Programm weiterhin Stadtquartiere stabilisieren. Es soll weiterentwickelt und auf die gesetzlichen Ziele konzentriert werden. Damit ist gemeint, es an sich ändernde Anforderungen anzupassen und das Profil zu stärken; sich eben nicht nur um die baulichen Belange, sondern auch um die sozialen Belange seiner Bewohner/innen zu kümmern. Und dazu, auch hier fällt wieder das Stichwort Bündelung, die Bündelung mit den Fördermöglichkeiten anderer Ressourcen zu verbessern.

Daraus ergeben sich wichtige Aufgabenbereiche für die Bündelung:

- Beschäftigung und lokale Ökonomie, auch der Migrantenökonomie. Denn mit Zunahme des Anteils der Migranten/innen in der Bevölkerung nimmt auch die Bedeutung der Migrantenökonomie zu.
- Integration von Zuwanderern, insbesondere Sprachkurse, bessere Schul- und Bildungsabschlüsse, speziell vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Pisa-Studie. Außerdem wissen wir, dass man möglichst den Anfängen wehren, dort die Weichen stellen sollte, denn jede spätere Reparatur wird umso teurer.
- Und die Gesundheitsprävention, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Wichtige Bündelungspartner sind dementsprechend die Bundesarbeitsverwaltung, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bundesgesundheitsministerium und das BMFSFJ mit seinen erfolgreichen Programmen. Hier nenne ich LOS und E&C.

**Und nun zur Umsetzung dieser Rahmenbedingungen:** Hier haben wir im Jahre 2006 eine neue Programmphase eingeleitet, indem es uns gelungen ist, die Bundesmittel 2006 von 70 Millionen um 40 Millionen auf 110 Millionen aufzustocken und das Programm hinsichtlich dieser 40 Millionen für Modellvorhaben zu eröffnen, die dann auch für nichtbauliche Maßnahmen eingesetzt werden können. Den Haushaltsvermerk im Bundeshaushaltsplan, der für jedermann nachlesbar ist, habe ich hier wiedergegeben. Besonders sind, das ist aber keine abschließende Aufzählung, Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie der Bereich der lokalen Ökonomie genannt.

Diese neue Programmphase haben wir nicht nur haushaltsrechtlich, sondern auch in der jährlich abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung 2006 für die Städtebauförderung umgesetzt, insbesondere mit Blick auf die Öffnung für Modellvorhaben. Dort ist mit den Ländern vereinbart – und ich kann sagen, dass die Verwaltungsvereinbarung seit Freitag abgeschlossen ist, nachdem alle 16 Länder unterschrieben haben – die zusätzlichen Bundesmittel wettbewerbsorientiert zu vergeben und sie in das integrierte Entwicklungskonzept einzubetten, sie also nicht losgelöst als Einzelmaßnahme zu fördern. Die Modellvorhaben sind bis Ende 2007 zu benennen, weil wir ja durch die überraschende Bundestagswahl im letzten Jahr 2006 zunächst einen vorläufigen Bundeshaushalt hatten, anders als die Länder. Die Länder haben zum Teil auch noch Doppelhaushalte. Da

die Länder die 40 Millionen komplementieren müssen, auch die zusätzlichen Mittel, müssen sie erst die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dafür haben wir eine Anleihe bei der sozialen Wohnraumförderung gemacht, die schon immer längere Fristen hatte, um die Mittel zu belegen. Dadurch haben die Länder hier auch Zeit bis Ende 2007, die Modellvorhaben zu benennen.

Und, auch das ist ein Novum bei den 40 Millionen, Beiträge der Bündelungspartner können als kommunaler Eigenanteil angerechnet werden. Das heißt, schwache Kommunen können hier entlastet werden.

Natürlich fragt man sich, wozu machen wir das Ganze? Wir wollen durch den Einsatz dieser zusätzlichen Mittel die Ressourcenbündelung für nichtbauliche Maßnahmen intensivieren, die ja bei der Zwischenevaluierung als verbesserungswürdig erkannt worden ist, indem man Mittel z. B. zusätzlich geben kann, so dass die Maßnahmen in den „Soziale-Stadt“-Gebieten effektiver werden. Stärke Anreize für die Kooperation, hier sind Private gemeint, z. B. weil das Einbeziehen Jugendlicher in zusätzliche Bildungsmaßnahmen in einem „Soziale-Stadt“-Gebiet sehr viel schwieriger sein kann als in einem anderen Stadtgebiet. Dadurch kann ein höherer Koordinierungsaufwand entstehen. Dieser höhere Koordinierungsaufwand kann aus diesen zusätzlichen Bundesmitteln beglichen werden. Wir erreichen dadurch mehr Flexibilität im Programm. Es war ja immer das Problem, dass im Programm Soziale Stadt gerade der nicht investive Anteil immer sehr schwierig zu fördern war. Diese Flexibilität haben wir jetzt mit den zusätzlichen 40 Millionen. Damit erreichen wir einen Mehrwert für alle Beteiligten.

Wir werben auch weiterhin für mehr Bündelung, z. B. im Rahmen des nationalen Integrationsplanes. Wie Sie wissen, hat im Juli nach der Fußballweltmeisterschaft der Integrationsgipfel bei der Bundeskanzlerin stattgefunden. Auch unser Haus war daran beteiligt. Bis Mitte nächsten Jahres ist ein nationaler Integrationsplan zu erstellen. Dazu sind sechs Arbeitsgruppen gebildet worden. Wir leiten eine dieser Arbeitsgruppen mit dem Titel „Integration vor Ort“; und das kommt nicht von ungefähr, weil auch in der Bundesregierung zunehmend der sozialräumliche Ansatz erkannt wird. Und weil wir das Programm Soziale Stadt haben, was natürlich ein zentrales Handlungsinstrument für diese Arbeitsgruppe ist. Selbstverständlich ist das BMFSFJ in dieser Arbeitsgruppe mit vertreten, weil es die Partnerprogramme zur Sozialen Stadt betreibt und damit auch die Integration vor Ort befördert.

Wir wollen aber auch mehr werben für die

Bündelung auf europäischer Ebene. Nächstes Jahr, im ersten Halbjahr 2007, hat die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Wir planen dafür ein informelles Ministertreffen am 24. und 25. Mai hier in Leipzig. „Informelles Ministertreffen der Stadtentwicklung“ deshalb, weil in der Städtebauförderung die EU keine Kompetenz hat. Schwerpunkte sollen sein:

- Bauliche Aufwertungsstrategien. Das ist die originäre Zuständigkeit des BMVBS.
- Stärkung der lokalen Ökonomie und integrative Arbeitsmarktpolitik. Denn man könnte sagen, ohne Arbeit ist alles nichts.
- Integration von Migranten/innen vor Ort.
- Und zum Stichwort Bündelung auf Bundesebene: Zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik durch aktive Kinder-, Jugend-, Aus- und Bildungspolitik in schwierigen Stadtquartieren.

Dieses Thema „Aktive Kinder-, Jugend, Aus- und Bildungspolitik“ wollen wir gemeinsam mit dem BMFSFJ umsetzen, indem wir versuchen, den Sozialraumbezug während der EU-Ratspräsidentschaft zu implementieren. In Vorleistung tritt sozusagen das BMFSFJ, indem es über die Erkenntnisse aus dem Pakt für Jugend den Sozialraumbezug auf seinem Jugendministertreffen im Februar fordert und dazu eine Erklärung abgibt. Dann wird das BMVBS mit einer parallelen Erklärung auf seinem informellen Ministertreffen im Mai nächsten Jahres diese Forderung noch einmal bekräftigen und sie in die geplante Leipzig-Charta aufnehmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Kontakt**

Thomas Hartmann  
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)  
Referat SW 22  
Soziale Stadt, Wohnen in der Stadt  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin  
E-Mail: thomas.hartmann@bmvbs.bund.de

## Wirksamkeit lokaler Netzwerke und die Ausprägungen kommunalpolitischer Steuerung – Das Bundesmodellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)

### E&C – Programmgrundlagen, Charakteristika und Anlage der wissenschaftlichen Begleitforschung

Das Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) verfolgt das Ziel, die in den Kommunen vorhandenen Ressourcen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe zu mobilisieren, zu vernetzen und nachhaltig, im Sinne längerfristig wirksamer Angebots- und Hilfestrukturen in den benachteiligten Stadtteilen, zu gestalten. E&C stellt dabei eine Programm- und Projektplattform dar, die verschiedene Bausteine beinhaltet, welche mit Hilfe der konzeptionellen und inhaltlichen Arbeit der Regiestelle E&C so umgesetzt werden sollen, dass Synergieeffekte ermöglicht werden, um entstandene Hilfestrukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im oben genannten Sinne nachhaltig zu gestalten.

Durch ein institutionen- und ressortübergreifendes Zusammenarbeiten sollen, so die Idee des Programms E&C, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort, insbesondere die der Kinder und Jugendlichen, verbessert werden.

Die Anforderungen an die kommunale Kinder- und Jugendpolitik verändern sich aktuell auf Grund der allgemeinen Krise der Erwerbsarbeit. Folgen dieser Krise stellen keine alleinige Belastung des Erwachsenenlebens dar, sondern eine zentrale Lebensbedingung für Kinder und Jugendliche. „Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muss auch die Jugendphase als Phase der biografischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden“ (Jugendwerk der deutschen Shell, Jugendstudie 1997, S. 13). Darauf verwies die Shell-Jugendstudie bereits 1997, und seitdem hat sich die Lage eher verschärft als verbessert. Auf Grund vielfältiger Bedingungsfaktoren, die nicht Thema unserer Betrachtungen sind, konzentrieren sich die Folgen dieser Krise in sozialen Brennpunkten von Städten und Gemeinden. Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängende Phänomene – unzureichende Versorgung mit Wohnraum, ein überproportional hoher Anteil von Sozialhilfeempfänger/innen, eine fast fehlende soziale und kulturelle Infrastruktur –, Entwicklungen, die im Kern als soziale Desintegrationsprozesse zu beschreiben sind, prägen diese städtischen Räume. Das klassische Handlungs- und

Steuerungspotential, die traditionellen Routinen der zuständigen öffentlichen Institutionen der kommunalen Ebene, bieten angesichts dieser Problemlagen wenig Möglichkeiten, die Entwicklung solcher Stadtteile in solch einem Maße positiv zu beeinflussen, dass die „kumulative Abwärtsentwicklung“ dieser Stadtteile aufgehalten werden könnte (vgl. Häußermann 2001, S. 41). Es bedarf für diese Stadtteile einer sehr differenzierten und auf die speziellen Bedürfnisse der dort lebenden Menschen abgestimmten Herangehensweise. Dies erfordert zwangsläufig auch andere institutionelle Verfahren zur Bearbeitung der auftretenden Problemlagen.

Die besondere Struktur des Programms E&C als Projektplattform mit den Kernzielen Vernetzung und Bündelung von lokalen Ressourcen spiegelt dies wider.

Diese Programmanlage erfordert ebenfalls eine neue Herangehensweise in der wissenschaftlichen Begleitung und Beobachtung der Programmumsetzung auf kommunaler Ebene.

Ausgehend von den E&C-Zielstellungen standen Fragen nach der Entstehung und Wirksamkeit der durch E&C angestoßenen Prozesse sowie die lokalen und kommunalen Rahmenbedingungen für diese Entwicklungen im Mittelpunkt und nicht die konkrete Ergebnisevaluation einzelner E&C-Programmbausteine, die auf kommunaler Ebene als Förderinstrumente existierten und umgesetzt wurden. So diente uns der E&C-Programmbaustein „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“ in Bezug auf die Beurteilung der Zielerreichung von E&C in erster Linie als Beobachtungsfeld für die Erfassung und Analyse kommunaler und lokaler Strategien beim Umgang mit Problemlagen in sozialen Brennpunkten.

Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ erfolgte in zwei Phasen im Zeitraum von 2000 bis 2006.

### Kernergebnisse Phase 1

#### *Sozialräumliche Vernetzung und Kooperation in den Gebieten des Programms E&C*

Das zentrale Interesse der Untersuchung in der ersten Phase in den Jahren 2000 bis 2003 bezog sich auf die Formen und Wirkungen

sozialräumlicher Vernetzung der Jugendhilfe in Bezug auf städtische Armutsquartiere. Im Vordergrund stand die Suche nach denjenigen Strategien sozialräumlicher Vernetzung, die geeignet sind, die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in sozial benachteiligten Wohnquartieren zu verbessern. Also: Welche Strukturen und Spezifika von Kooperationsbeziehungen sind in den Gebieten des Programms E&C zu finden? Welche Bedingungen und Konstellationen wirken positiv im Sinne von E&C? Welche „Typen“ von Netzwerken sind in den betrachteten Räumen auszumachen? Welche Effekte haben unterschiedliche Konstellationen und Ausrichtungen von Netzwerken (z. B. institutionelle Zusammensetzung, hierarchische Ansiedlung, Dauer und Kontinuität von Kooperationen)? Diese Fragen zielen insgesamt darauf ab, die Wirksamkeit von (unterschiedlichen) Netzwerken herauszuarbeiten und zu analysieren.

Im Ergebnis der ersten Phase konnten verschiedene für E&C relevante Typen von Netzwerken in den Stadtteilen identifiziert werden:

Aktionsbündnisse können eine Beteiligung von Akteuren im Stadtteil, auch der Bürger/innen ermöglichen, ein offenes Forum für Austausch, Diskussion und Planung darstellen und für die Durchführung von kleineren Projekten verantwortlich sein.

Offen-Institutionalisierte Netzwerke stellen Foren für die Planung und Koordinierung der stadtteilbezogenen Arbeit dar. Sie verbinden die Akteure im Stadtteil untereinander. Wichtig sind Verbindungen zu den für die Stadtteilarbeit zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung und anderer Behörden sowie der Wirtschaft und ihrer Organisationen. Um diese Funktion als intermediäre Instanz ausüben zu können, sind besondere Rollen zur Koordinierung notwendig. In Netzwerken, die als Arbeitskreis auf der Basis von § 78 KJHG arbeiten, sind dafür Vorsitzende für die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu bestimmen. Teilweise übernehmen auch Quartiermanager/innen diese Funktionen in diesen Netzwerken.

Institutionalisierte Netzwerke können auf der Ebene des Stadtteils oder auf der Ebene der kommunalen Verwaltung angesiedelt sein. Stadtteilbezogene Netzwerke dieses Typs stellen Quartiersbeiräte dar, die mit dem Programm „Soziale Stadt“ als zentrales Steuerungsinstrument vor Ort eingerichtet worden sind. Für die Koordinierung der stadtteilbezogenen Politik sind Lenkungsgruppen auf der Leitungsebene der Ämter ein wichtiges Steuerungsinstrument. Auch diese Lenkungsgruppen sind mit dem Programm „Soziale Stadt“ in vielen beteiligten Städten eingerichtet worden. Mit dem Beginn der Umsetzung von LOS kon-

ten die im Zuge der Programmumsetzung eingerichteten Begleitausschüsse vielerorts eine solche Lenkungsfunktion direkt in den Stadtteilen übernehmen.

Strategisch-informelle Netzwerke können den Anspruch im Sinne von „Sozialer Arbeit als Koproduktion“ nicht erfüllen, im Gegenteil, auf Grund ihrer Intransparenz und Exklusivität ohne politische Legitimation scheiden sie als mögliche Form von Netzwerkarbeit im Sinne des Programms E&C aus.

Der erste Eindruck, in den Modellgebieten seien institutionalisierte Netzwerke, in denen die Jugendhilfe einen zentralen Stellenwert hat, bereits fest etabliert, trägt somit. Insbesondere für die strategische Funktion für Planungen und Entscheidungen im Bereich der Jugendhilfe und der Kooperation mit anderen Ämtern und Ressorts, fehlen entsprechende Netzwerke weitgehend. Das bedeutet nicht, dass die Jugendhilfe von strategischen Entscheidungen am Prozess der integrierten sozialen Stadtteilentwicklung ausgeschlossen ist. Die Jugendhilfe ist jedoch nach wie vor nicht in der Weise in strategische Netzwerke auf Leitungsebene eingebunden, wie dies im Sinne des Programms E&C wünschenswert wäre.

Für die wissenschaftliche Begleitung der ersten Phase war eine der wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang die nach den Spezifika von Kooperationsbeziehungen zwischen verschiedenen an der Programmumsetzung beteiligten kommunalen Ämtern.

Auf Grund der Funktion des Programms E&C als Komplementärprogramm zum Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ wurde das Hauptaugenmerk auf die Konstellation zwischen den Jugendämtern und den für die Umsetzung der „Sozialen Stadt“ zuständigen Bau- bzw. Stadtentwicklungsämtern untersucht.

Hier zeigte sich im Ergebnis, dass ein entscheidender Faktor für das Gelingen einer lokalen, stadtteilbezogenen Politik im Sinne von E&C die Kooperation von Jugendhilfe und Stadtentwicklung ist.

Insgesamt konnten vier verschiedene Muster im jeweiligen Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Stadtentwicklung in den vor Ort entstandenen Netzwerken der zwölf Modellgebiete identifiziert werden:

- **Dominanz:** Die Fäden hat das Stadtplanungsamt in der Hand. Dort werden die großen Linien entworfen, der Prozess strukturiert, Projekte geplant und daraus resultierend Vorgaben für alle daran beteiligten Institutionen und Akteure gemacht. Vor Ort gibt es zwar eine Arbeitsgruppe, der neben Vertreter/innen des Stadtplanungsamts auch Vertreter/innen der Jugendhilfe angehören, die für die Durchführung der ju-

gendhilfespezifischen Aufgaben zuständig sind. Gemeinsame Abstimmungen, Diskussionen über den Prozess, Änderungen dieses Prozesses sind dort nicht möglich. Vorschläge gar von den Akteuren der Jugendhilfe, wie dieser Prozess gestaltet werden könnte, haben kaum eine Chance, an entscheidender Stelle Gehör zu finden und aufgenommen zu werden. Obwohl es in den Arbeitsgruppen vor Ort keine Hierarchie zwischen den Akteuren gibt, dominiert das Stadtplanungsamt auf Grund der strukturellen Bedingungen. An der Dominanz der Stadtplanung bei der Vergabe der Mittel der Städtebauförderung und der Festlegung der großen Linien in Bezug auf die Stadtteile ändert die Förderpraxis über die Teilprogramme von E&C nichts. Das Programm „Soziale Stadt“ führt zu keiner ressortübergreifenden Kooperation, städtebauliche Erneuerung wird nach dem alten Muster durchgeführt, Möglichkeiten, Mittel für soziale Projekte zu erhalten, erscheinen als attraktive Zugabe. Die Jugendhilfe ist dabei noch weit entfernt davon, in entscheidender Weise diesen Prozess mitzubestimmen oder gar ihn mitzugestalten.

- Konkurrenz: Typisch für dieses Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Stadtplanung ist ein mehr oder weniger kräftiges Ringen um Macht und Einfluss im Prozess der städtebaulichen Erneuerung und bei der Planung und Finanzierung von Maßnahmen und Projekten der Jugendhilfe in den Gebieten. In der Jugendhilfe gibt es bereits vielfältige Erfahrungen mit stadtteilbezogener Kooperation zwischen freien und öffentlichen Trägern, in der Kooperation mit der Schule und auch der Wohnungswirtschaft. Durch das Programm „Soziale Stadt“, dessen Federführung beim Stadtplanungsamt liegt, ist es möglich, Projekte im Bereich der Jugendhilfe in dem Stadtteil anzustoßen und zu finanzieren. Die Mittel werden vom Stadtplanungsamt eingesetzt, das Jugendamt ist an diesem Prozess nicht immer beteiligt. Manche Projekte werden gemeinsam mit dem Jugendamt geplant und durchgeführt, bei anderen ist das Jugendamt außen vor. Eine aufeinander bezogene ressortübergreifende Kooperation von Jugendhilfe und Stadtplanung ist so nicht möglich.
- Kooperation: Hier ist das Jugendamt in der ämterübergreifenden Lenkungsgruppe maßgeblich an der Beratung und Planung beteiligt. Im Stadtteil wird über das Stadtteilbüro und das dort tätige Quartiersmanagement ebenfalls eine Kooperation zwischen den Bereichen der Stadtplanung und der Jugendhilfe ermöglicht. Für den

Stadtteil kann so ein integratives Konzept entwickelt werden. Ressortinteressen und administrative Zuständigkeiten werden in der Lenkungsgruppe und auf Stadtteilebene im Quartiersbüro ausgehandelt. Mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ können Maßnahmen und Projekte der Jugendhilfe realisiert werden, die sonst nicht möglich gewesen wären. An der Planung dieser Projekte ist das Jugendamt maßgeblich beteiligt, in der Regel ist das Jugendamt selbst initiativ. Im Stadtteil funktioniert die Kooperation zwischen Jugendamt und freien Trägern gut, es wird versucht, alle im Stadtteil tätigen Träger der Jugendhilfe an den Beratungen und Planungen zu beteiligen. Für diesen Prozess der Vernetzung sind Mittel der Teilprogramme von E&C hilfreich und nützlich. Dadurch wird eine tragfähige Struktur der Kooperation im Stadtteil aufgebaut.

- Nebeneinander: In diesen Kommunen gelingt es nicht, die Arbeit der Stadtplanung und der Jugendhilfe aufeinander abzustimmen und zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen, obwohl dafür erforderliche Strukturen vorhanden sind. Für sich genommen, sind beide Politikbereiche relativ erfolgreich, die städtebauliche Sanierung macht deutlich sichtbare Fortschritte, auch der Aufbau einer sozialen Infrastruktur kommt gut voran, das Stadtteilbüro organisiert erfolgreich die Beteiligung von Bürger/innen durch die Einrichtung von themenbezogenen Arbeitsgruppen. Es scheint allerdings, dass Handlungsbedarf und Interessen der Stadtplanung und der Jugendhilfe zu weit auseinanderliegen, um zu einem stärker aufeinander abgestimmten Handeln zu kommen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Jugendhilfe einerseits ressortübergreifend vernetzt. Mit Institutionen der Stadtentwicklung gibt es zahlreiche und vielfältige Formen der Kooperation und Vernetzung, Jugendhilfe ist an den gebietsbezogenen Prozessen der Stadtentwicklung beteiligt. Dadurch können Entwicklungen eingeleitet werden, mit denen längerfristig bessere Bedingungen für Kinder und Jugendliche in diesen benachteiligten Stadtteilen geschaffen werden können. Deshalb ist die ressortübergreifende Kooperation und Vernetzung der Jugendhilfe mit Institutionen der Stadtentwicklung ein Erfolg, der durch den engen Bezug der beiden Programme „Soziale Stadt“ und E&C möglich geworden ist.

Andererseits funktioniert entgegen der Vorgaben des Programms „Soziale Stadt“ und den Intentionen des Programms E&C die Koopera-



tion von Jugendhilfe und Stadtentwicklung bei weitem noch nicht so wie gewünscht. Ressortinteressen, Ämterhierarchien und wechselseitige Abgrenzungsversuche erschweren oder verhindern vielfach Kooperationen.

Bilanziert man die Entwicklung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in den ersten vier Jahren des Programms E&C, ist trotz dieser kritischen Einschätzungen der Erfolg hervorzuheben, der in vielfältigen Ansätzen und neuen Strukturen für ressortübergreifende Kooperation und Vernetzung sichtbar ist.

Wichtig ist, und das führt zur zentralen Problemstellung der zweiten Phase der wissenschaftlichen Begleitung, möglichst systematische Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wovon es abhängt, ob sich kooperative Netzwerke im Sinne der Intentionen von E&C entwickeln und auch nachhaltig wirken können oder aber Synergieeffekte durch Kooperation der beteiligten Akteure auf allen Ebenen ausbleiben.

Eine der Ausgangsüberlegungen bei Beginn der wissenschaftlichen Begleitung in Phase 2 war, dass die analytische Konzentration auf die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Stadtentwicklung auf jeden Fall zu kurz greift, will man die kommunalen Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten erfassen. Es ist vielmehr notwendig, ein umfassendes Bild darüber zu erlangen, in welcher Art und Weise insgesamt in der Kommune jugendpolitisch gesteuert wird. Das erfordert auf Grund der Vielfältigkeit der Problemlagen und Akteurskonstellationen einen komplexen Zugang im Rahmen der Untersuchungsstrategien.

### **Theoretischer Rahmen Untersuchungsphase 2 E&C und LOS im Rahmen neuer kommunal-politischer Steuerungsformen**

In der internationalen soziologischen und politikwissenschaftlichen Diskussion setzen sich zur Gewährleistung eines solchen komplexen und übergreifenden Blicks auf die lokalen Gegebenheiten Überlegungen unter dem Stichwort „Local“ bzw. „Urban Governance“ durch. Die Diskussion um „Urban Governance“ (Benz 2004; Goldsmith 2001; Heinelt 2004; Schimank/Lange 2004) trägt der Tatsache Rechnung, dass die Zahl der die Lebensbedingungen vor Ort mitgestaltenden Akteure und Netzwerke zunimmt, dass diese nicht mehr hierarchisch, gleichsam Top-down, steuerbar sind und es deshalb neuer Steuerungsformen bedarf.

Die Anwendung von Governance-Kategorien zur Beschreibung und Analyse von kommunalpolitischen Steuerungsprozessen kennzeichnet einen grundsätzlichen Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Steuerungsdiskussion. Ist

man bis in die 1990er Jahre in der Diskussion um problemadäquate Steuerungsmechanismen von einem kausal-hierarchischen Steuerungsverlauf ausgegangen, so steht seitdem ein Netzwerkmodell im Mittelpunkt steuerungstheoretischer Überlegungen, in dem der Staat bzw. die staatlichen Akteure ihre vormals exponierte Stellung verloren haben (vgl. Mayntz 1996; Mayntz/Scharpf 1995). Dies kennzeichnet gewissermaßen den Prozess des Übergangs von Government-Strategien zu Governance-Strategien auf allen Politikebenen von der Bundesebene bis hin zur kleinsten Gemeinde, der aber weder flächendeckend zu verzeichnen ist, noch in irgendeiner Weise als abgeschlossen betrachtet werden kann, wie sich auch in unseren nachfolgend präsentierten Ergebnissen zeigen wird.

Die Relevanz der Anwendung von Governance-Kategorien bei der Analyse politischer Entscheidungsprozesse auf der lokalen bzw. kommunalen Ebene ergibt sich aus Folgendem (vgl. Burchardt/Förster 2005; Heinelt 2004):

- Die kommunale Ebene ist „Endpunkt“ bzw. der lokale Fokus gesamtgesellschaftlicher Steuerungsprobleme, denen mit neuen Steuerungsmechanismen begegnet werden soll. (Bsp. hierfür unter anderem Umsetzung SGB II)
- Die gesamtgesellschaftlichen Problemlagen sind in der Kommune physisch gebunden.
- Die Kommune ist sozialräumliches Interaktionssystem und Referenzsystem für Betroffene.
- Die kommunale Ebene bietet die meisten Möglichkeiten für die Bürger/innen, direkt in die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung einzugreifen.
- Die Kommune ist prädestiniert als Governance-Akteur, da die Kommunalverwaltung traditionell als „schwacher, lokaler Staat“ gekennzeichnet werden kann und somit in Steuerungsprozessen schon immer ein Akteur unter vielen und für Steuerungsaufgaben auf gesellschaftliche Ressourcen angewiesen ist.

In diesem Kontext ist unsere Forschungsfrage in der wissenschaftlichen Begleitung der Bundesprogramme E&C und LOS zu verstehen, die wie folgt lautet:

In welcher Weise hängt die Wirksamkeit der durch E&C angestoßenen Entwicklungen in den Kommunen im Sinne nachhaltiger Veränderungen der Angebots- und Hilfestrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe von vorfindbaren spezifischen kommunalen Steuerungsmodi ab?

Wir untersuchen in den Standorten also, welche Steuerungsmodi vorhanden sind, und wollen daran anknüpfend die Frage beantworten,

ob z. B. Governance-Strategien für die Umsetzung von E&C und LOS förderlicher sind als die eher traditionellen Government-Strategien.

Woran erkennt man Governance-Strategien in den Kommunen, und wie erfassen wir sie in unserer Forschungsarbeit?

Wenn folgende Merkmale ausgeprägt sind, gehen wir davon aus, dass die kommunalpolitischen Steuerungsmodi dem Konzept von Governance entsprechen:

- Abnehmende Bedeutung hierarchischer Strukturen/Dezentralisierung,
- Sektorübergreifende Ämterkooperation, Steuerung als Prozess der Interaktion zwischen kollektiven Akteuren,
- Kooperation von staatlichen, privaten und gesellschaftlichen Akteuren in netzwerkartigen Strukturen,
- Gegenseitige Interessenbefriedigung bei der Umsetzung von verbindlichen Entscheidungen,
- Verständigung über gemeinsame Problemdefinitionen und Handlungsziele.

Wir sehen im Kern zwei wesentliche inhaltliche und strukturelle Dimensionen, die, im Zuge empirischer Analyse geprüft, Aufschluss darüber geben können, ob man in einer Kommune den politischen Entscheidungsfindungsprozess als Governance-Prozess qualifizieren kann.

- Die Ausprägung von Governance beinhaltet ein verändertes verwaltungspolitisches Leitbild in den Kommunen, auf der Länder- und der Bundesebene, in dem es nicht darum geht, dass staatliche Aufgaben weiter zurückgeschraubt werden im Sinne eines schlanker werdenden Staates, sondern dass die vorhandenen Ressourcen aktivierend eingesetzt werden. Somit können gezielte Problemlösungen mit den Betroffenen gemeinsam und ebenfalls unter Nutzung gesellschaftlicher Ressourcen angestrebt werden. Dies erfordert die Bereitschaft der staatlichen Akteure, ihre veränderte Rolle anzunehmen sowie eine zunehmende „Querschnittsorientierung“ der Verwaltungsakteure, wie sie in einem strategischen, sektorübergreifenden Handeln erkennbar wäre.
- Die zweite zentrale Dimension, die Aufschluss über die Ausprägung von Go-

vernance-Strukturen gibt, betrifft das Vorhandensein und die Einbindung gesellschaftlicher Träger und Akteure, damit eine Vernetzung vorhandener gesellschaftlicher Ressourcen zur Problembearbeitung überhaupt möglich ist. Hierbei geht es aber nicht nur um das Vorhandensein dieser Strukturen, sondern auch um ihre Handlungsfähigkeit im Sinne der Bereitstellung und kooperativen Nutzung von Ressourcen. Vorhandene gesellschaftliche Träger und Akteure müssen also qualitativ hinsichtlich ihrer Einbindung in die vorhandene kommunale Arbeit bewertet werden (vgl. Burchardt/Förster 2005).

E&C enthält in der Programmanlage wesentliche Governance-Elemente wie Vernetzung, Partizipation und ressortübergreifendes Arbeiten und reagiert somit bereits auf aktuelle Erfordernisse der Kinder- und Jugendpolitik. Eine erfolgreiche Umsetzung ist dabei aber auf eine entgegenkommende Aktivität „von unten“ angewiesen, um diese Prinzipien aufnehmen zu können.

Die Ausgangsbasis hierfür ist in den Kommunen sehr unterschiedlich, denn es ist davon auszugehen, dass es vielfältige Steuerungsmodi in den E&C-Standorten gibt, wovon die einen E&C-kompatibel sind, die anderen weniger oder gar nicht.

In Anknüpfung an die Ergebnisse der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung von E&C, die sich dezidiert mit der Entwicklung von Netzwerken befasste, lautet unsere zentrale Forschungshypothese in der zweiten Phase der wissenschaftlichen Begleitung:

Der Erfolg von E&C und LOS und die Nachhaltigkeit der ggf. angestoßenen Entwicklungen in den benachteiligten Stadtgebieten sind wahrscheinlicher, wenn kommunalpolitische Steuerungs- und Entscheidungsprozesse Merkmale von Governance aufweisen.

Um den Ausprägungsgrad von Governance auf der kommunalen Ebene darstellen zu können, gehen wir für die beiden genannten Dimensionen (Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure und strategisches Verwaltungshandeln) von jeweils drei Ausprägungen und somit theoretisch von neun verschiedenen Typen kommunaler Steuerung aus.

Governance-Dimensionen		sektorübergreifendes, strategisches Verwaltungshandeln		
		stark ausgeprägt	mittlere Ausprägung	schwach ausgeprägt
Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure	stark ausgeprägt	I	II	III
	mittlere Ausprägung	IV	V	VI
	schwach ausgeprägt	VII	VIII	IX

Tabelle 1: Theoretisch mögliche Governance-Typen



Für die Abbildung der Steuerungsstrukturen in den Kommunen konzentrierten wir uns auf drei Untersuchungsbereiche:

- beispielhaft auf die Umsetzung eines konkreten E&C-Bausteins – das Programm LOS –, da die konkrete Umsetzung von LOS anhand der spezifischen Instrumentarien wie den Lokalen Aktionsplänen, die Einrichtung der Begleitausschüsse und die Einrichtung der Koordinierungsstellen, Aushandlungs- und Kooperationsprozesse in der Kommune gut sichtbar machen kann;
- auf die Rolle der Schule im Stadtteil, da sie eine wesentliche Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche ist und in dem Zusammenhang eine wichtige Ressource für die Integration von Kindern und Jugendlichen darstellt;
- auf die Umsetzung des SGB II für die unter 25-Jährigen in Hinblick auf die berufliche Integration, da in diesem Bereich wesentliche institutionelle Veränderungen durch neue Verfahren und Verantwortlichkeiten zu erwarten sind.

### Ergebnisse Untersuchungsphase 2

Ausgehend von den übergreifenden Governance-Kriterien wurden für jeden Untersuchungsbereich sowie auf die Gesamtsteuerung der Kommune bezogen, Indikatoren entwickelt und in der Auswertung nachfolgend entsprechende Governance-Indices gebildet. Die Prüfung und Analyse dieser Indices lässt Aussagen darüber zu, in welchem Ausmaß sich neuere

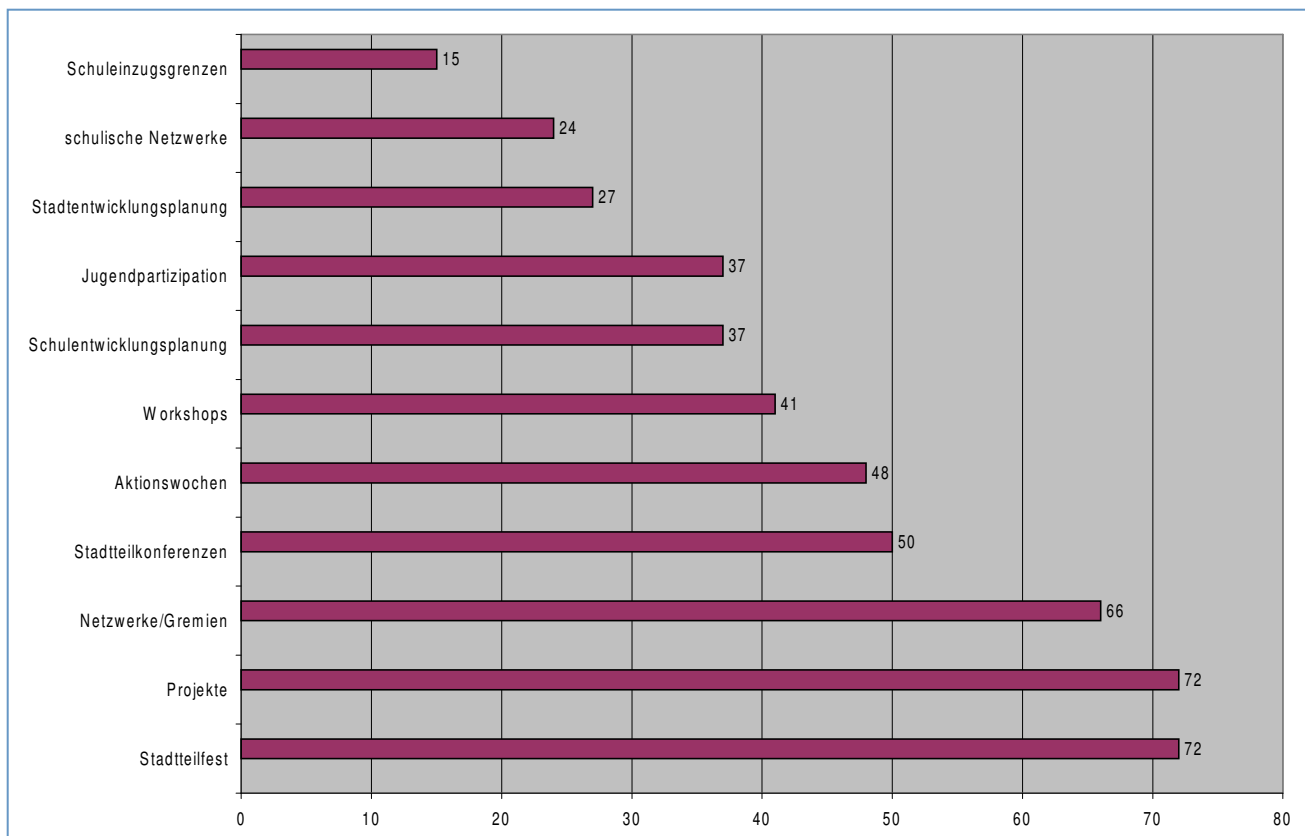
Steuerungsformen im Sinne von Governance in den E&C-Kommunen identifizieren lassen oder aber noch klassisch-hierarchisch gesteuert wird, also nicht im Sinne der E&C-Intentionen für den Bereich der Jugendhilfe.

Um herauszufinden, welche Faktoren im Einzelnen im Rahmen veränderter kommunaler Steuerungsmechanismen ausschlaggebend für jugendpolitische Maßnahmen und Projekte im Sinne von E&C sind, wurden eine Reihe von Einzelindikatoren bezogen auf die untersuchten Teilbereiche – Umsetzung LOS, Schule im Sozialraum und Umsetzung SGB II – geprüft und analysiert. Eine wesentliche Frage war zudem, ob sich diese übergreifenden, allgemeinen Steuerungsmerkmale auch bezogen auf diese Politikbereiche abbilden lassen bzw. welche Unterschiede es in verschiedenen Policy-Bereichen gibt.

Die verschiedenen Untersuchungsbereiche weisen von vornherein unterschiedliche Strukturmerkmale auf, die die Umsetzung der Programmintentionen von E&C beeinflussen. So ist der Bereich LOS durch formale Vorgaben gekennzeichnet und in der Regel durch kommunale und lokal agierende Steuerungsakteure beeinflusst. Im Schulbereich sowie bei der Umsetzung der Regelungen des SGB II für die unter 25-Jährigen beeinflussen Akteure der Landes- und Bundesebene Entscheidungen vor Ort sehr deutlich mit.

In Bezug auf die Etablierung partizipativer sowie sozialraumorientierter Verfahren zeigten sich auch dementsprechend deutliche Unterschiede.

Abb.1: Kommunale Einbindung von Schulen (n = 155, Angaben befragter Schulleiter/innen)



So wird beispielsweise die Wichtigkeit von Schulen im Rahmen der Befragung zu den LOS-Umsetzungsprozessen durch nahezu 75 % aller befragten Träger der Jugendhilfe und Quartiersmanager/innen betont. In kommunale und lokale Entscheidungsprozesse werden Schulen aber nicht sehr oft konkret eingebunden. Häufig erfolgt diese Einbindung punktuell und projektorientiert.

Vor allem in Bezug auf strategische Einbindungsprozesse wie die Schul- und Stadtentwicklungsplanung oder auch bei der Frage der Entscheidung über die Gestaltung von Schuleinzugsgrenzen werden Schulen deutlich seltener eingebunden als bei Stadtteilstellen oder konkreten Einzelprojekten.

Im Rahmen von LOS sind Schulen allerdings in erster Linie Zielgruppe der Mikroprojekte und weniger aktiv an der Umsetzung beteiligt. Gegenüber 56,4 % aller Fälle, in denen Schulen als Zielgruppen von LOS genannt werden, sind Schulen bzw. ihre Akteure nur in knapp 40 % aller Begleitausschüsse vertreten und lediglich in 31,2 % aller Standorte tauchen sie mindestens einmal als Mikroprojekttäger auf.

Schulen können zwar durchaus als wichtiger Kooperationspartner auf der lokalen Ebene und als Bestandteil partizipativer Netzwerke angesehen werden, sie sind dabei aber nicht als zentrale Akteure anzusehen. Hier zeigt sich, dass die E&C-Intentionen in Hinblick auf die Einbindung von Schulen offenbar nicht ohne weiteres umzusetzen sind.

Die strukturelle Anbindung der Schulen an die Landesebene sowie daraus resultierende spezifische Organisationsstrukturen, die sich bspw. von denen wesentlicher Kooperationspartner aus dem Bereich der Jugendhilfe deutlich unterscheiden, behindern eine Einbindung in sozialraumorientierte Prozesse im Sinne von E&C.

Festzuhalten ist aber, dass diese Einbindung in governancegesteuerten Kommunen einen deutlich positiven Einfluss auf das Ausmaß der Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen und ihren außerschulischen Partnern hat. Diese Kooperation profitiert erheblich von den in der Kommune vorhandenen Governance-Strukturen im Bereich Bildung. Governance-Kommunen weisen wesentlich engere Formen der Zusammenarbeit in diesem Feld auf, weil diese durch eine entsprechende kommunale Steuerung strukturell von der Kommune initiiert und institutionalisiert wird. Dieser Zusammenhang ist direkt in unseren Ergebnissen ablesbar. Außerdem werden schulbezogene Kooperationen in Governance-Kommunen auch indirekt vermittelt über eine dortige Förderung von Ganztagschulen. Es ist aus anderen Untersuchungen bekannt, dass Ganztagschulen ih-

rerseits eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren betreiben (vgl. Behr-Heintze/Lipski 2005).

Auf Grund der vorhandenen strukturellen Hindernisse und wesentlicher Steuerungsakteure auf der jeweiligen Landesebene ist diese Form der Steuerung, die den E&C-Intentionen am nächsten kommt, in den untersuchten Kommunen aber noch nicht in der Mehrzahl anzutreffen.

Einen ähnlichen Einfluss zusätzlicher Steuerungsakteure finden wir im Bereich der Umsetzung des SGB II für die unter 25-Jährigen. Besonders deutlich wird dies in den Kommunen, die sich für die Umsetzung in Form einer ARGE entschieden haben. Hier sind E&C-Ziele und Strategien offenbar deutlich schwieriger umzusetzen. Grundsätzlich weisen Optionskommunen etwas höhere Governance-Werte auf. Dies macht sich in erster Linie als Vorteil bemerkbar, wenn es darum geht, zielgruppengenaue Angebote jenseits von 1-Euro-Jobs oder Angeboten der Arbeitsagentur selbst zu entwickeln. Denn dies erfordert die Einbindung möglichst aller relevanten Akteure, die die Problemlagen und Defizite in Bezug auf arbeitslose Jugendliche differenziert beurteilen können.

Auch setzen die Optionskommunen das Konzept separater Anlaufstellen für jugendliche Arbeitslose etwas häufiger um (zu zwei Dritteln) als die Kommunen, die über ARGEN steuern (53 %). Hinsichtlich der kommunalen Steuerung zeigt sich, dass Kommunen, die tendenziell Governance-Strategien verfolgen, zu 57 % separate Anlaufstellen geschaffen haben, während governmentgesteuerte Kommunen diese zu 51 % haben. Die kommunalen Steuerungsmodi spielen hier also eine zwar geringere, aber doch positive Rolle. Die Überlegung, separate Anlaufstellen für jugendliche Arbeitslose zu schaffen, um in diesen Fällen zielgruppengenaue Vermittlungsarbeit zu leisten, ist durchaus strategischer Natur und somit nachvollziehbar häufiger in governancegesteuerten Kommunen anzutreffen.

Hinsichtlich des Stadtteilbezuges bzw. der Notwendigkeit, in benachteiligten Stadtgebieten explizit wirksam zu werden, zeigt sich auch, dass die Optionskommunen diesen Bezug etwas stärker haben als die ARGE-Kommunen. Genannt werden LOS-Projekte, Präventionsmaßnahmen, Quartiersmanagement und andere Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“, also in der Mehrheit Maßnahmen, die über den Bund oder das Land mitfinanziert werden. Hier wird auch die Bedeutung sichtbar, die solche Projekte vor Ort haben.

Offenbar spielt der Unterschied in der Form der Umsetzung des SGBII – ARGE oder Optionskommune – eine sehr wesentliche Rolle. Wenn

eine Tendenz zu partizipativem, vernetztem und sozialraumorientiertem Handeln festgestellt werden konnte, so eher in den Optionskommunen, die ebenfalls höhere Governance-Werte aufwiesen.

Ein deutlicher Zusammenhang des Steuerungsmodus mit konkreten Angeboten für die Jugendlichen konnte aber nicht festgestellt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die lokale Arbeitsmarktpolitik in den Kommunen nur einen geringen Sozialraumbezug aufweist. Partizipative Elemente findet man ansatzweise in den Kommunen vor, und über die Beiräte der ARGEN lassen sich erste Vernetzungstendenzen feststellen.

Es ist aber davon auszugehen, dass es im Bereich der lokalen Arbeitsmarktpolitik über E&C und LOS hinaus weitere Impulse braucht, um bessere Möglichkeiten zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten zu schaffen.

Unsere Untersuchungen machen deutlich, dass die E&C-Programmintentionen und Ziele durch konkret auf diese Ziele hin zugeschnittene Programmelemente wie LOS befördert werden. Dieses bildete sich unmittelbar in der Programmumsetzung ab und zeigte sich auch in der Wirkung partizipativer, sozialraumorientierter und vernetzter Verfahren. Über diese konkreten Programmelemente können dann auch im Bereich lokaler Schulpolitik sowie lokaler Arbeitsmarktpolitik Entwicklungen im Sinne der E&C-Programmziele vermittelt werden. So z. B. über LOS-Projekte an Schulen, im Bereich der kommunalen Beschäftigungsförderung oder über konkrete Maßnahmen des Quartiersmanagements.

Wie wesentlich im Rahmen der Programmumsetzung von LOS dabei partizipative Verfahren sind, zeigen unsere Untersuchungsergebnisse.

So konnte ein positiver Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung<sup>1</sup> und LOS-Erfolg<sup>2</sup> festgestellt werden. Dies verdeutlicht die folgende Abbildung.

Hier ist bezogen auf die beiden Extremgruppen (erfolgreich/nicht erfolgreich) relativ

1) Ermittelt anhand der Auswertung der Entscheidungsprozesse zur Größe und Zusammensetzung des LOS-Begleitausschusses.

2) Der LOS-Erfolg wurde ebenfalls durch einen aus verschiedenen Indikatoren gebildeten Index abgebildet. Dieser enthält Fragen zur Nachhaltigkeit von Mikroprojekten und speziellen Folgen der LOS-Programmumsetzung in Stadtteil und Kommune, z. B. stärkere Sozialraumorientierung, erhöhte Stadtteilidentität und Zielgruppenreichung.

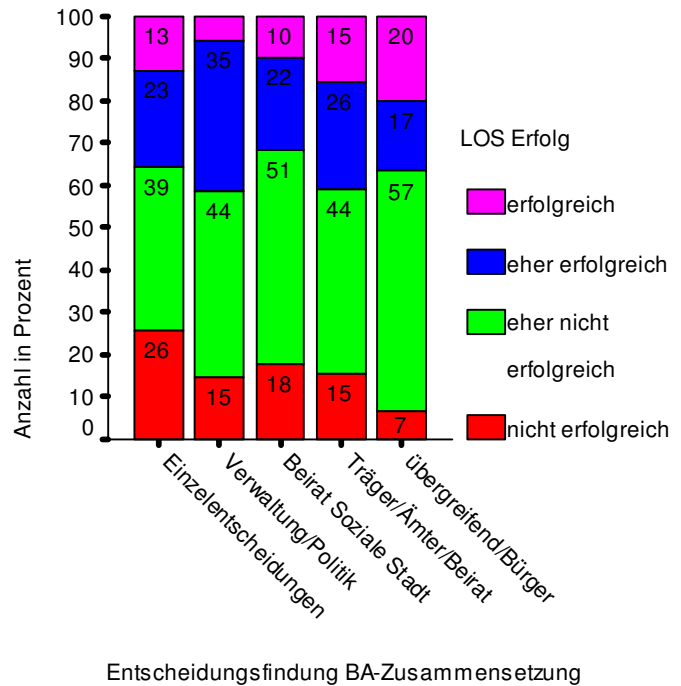


Abb. 2: Bürgerbeteiligung und LOS-Erfolg

deutlich zu erkennen, dass der Anteil der Kommunen, in denen LOS als erfolgreich eingeschätzt werden kann, dort am größten ist, wo es übergreifende Entscheidungsprozesse mit Bürgerbeteiligung gegeben hat. Der Anteil der Kommunen, in denen eindeutig von einer nicht erfolgreichen Umsetzung gesprochen werden kann, nimmt mit zunehmender Anzahl beteiligter Akteure an LOS-Entscheidungsprozessen kontinuierlich ab.

Noch deutlicher zeigt sich dieser positive Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung und LOS-Erfolg konkret bezogen auf die Arbeitsweise des LOS-Begleitausschusses. Entscheidend für die Bewertung der Begleitausschüsse als „echtes“ Partizipationsinstrument war die Frage, ob es zu einer Bürgerbeteiligung gekommen ist und ob darüber hinaus von einer Eigenständigkeit der Begleitausschussentscheidungen ausgegangen werden kann.<sup>3</sup>

In der folgenden Abbildung ist zu erkennen, dass partizipative Begleitausschüsse in den Standorten anzutreffen sind, für die auch eine erfolgreiche LOS-Umsetzung berichtet werden kann.

In Bezug auf die konkrete Zusammensetzung der Begleitausschüsse ergaben sich weitere interessante Befunde, die auf Synergieeffekte zwischen dem Programm „Soziale Stadt“ und dem E&C-Baustein LOS schließen lassen und somit den Programmintentionen entsprechen.

3) Als Indikator diente hierfür die Information, ob die Entscheidungen über die Mikroprojekte, die den Begleitausschüssen obliegen, von der Verwaltung vorstrukturiert wurden oder nicht.

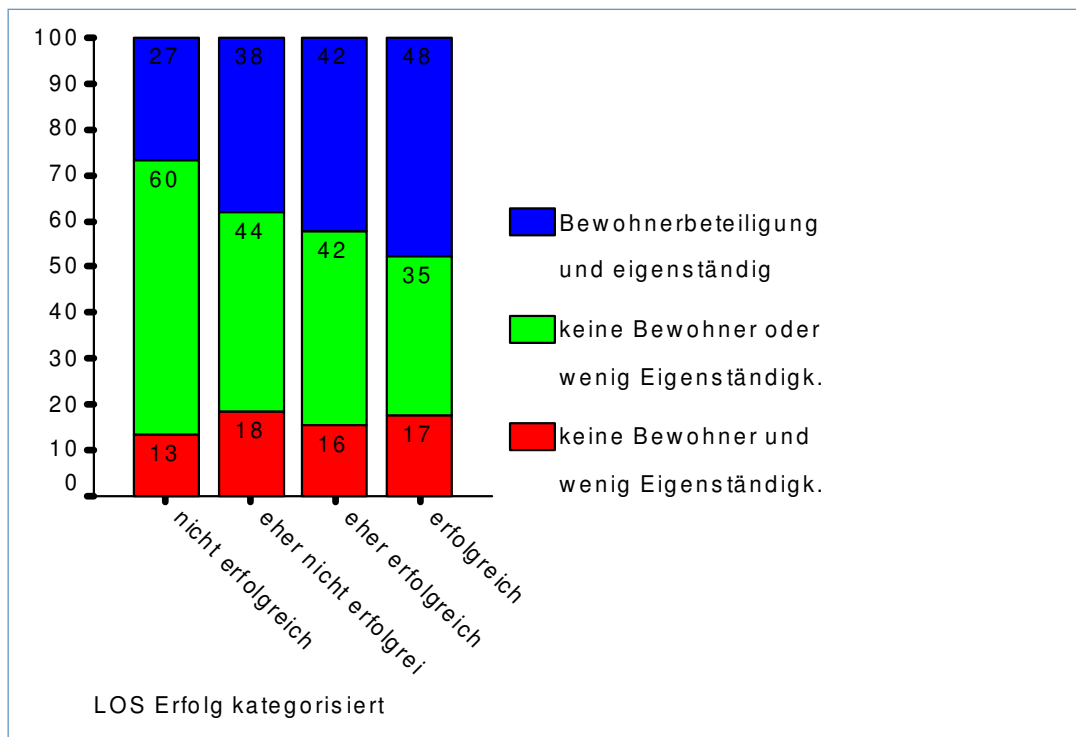


Abb. 3: Zusammenhang LOS-Erfolg und partizipative Begleitausschüsse (n = 229)

Unsere Analysen<sup>4</sup> ergaben, dass es neben der gleichmäßigen Präsenz von Verwaltungsvertreter/innen zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Tendenzen in der Besetzung der Begleitausschüsse gab bzw. gibt. Zum einen zeigte sich, dass es offenbar zu einer Beteiligung der Bewohner/innen hauptsächlich in den Begleitausschüssen kommt, in denen auch die Akteure der Sozialen Stadt, insbesondere die Quartiersmanager/innen anzutreffen sind. Da bereits in der Programmumsetzung des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“ eine möglichst ausgeprägte Partizipation der Quartiersbewohner/innen angestrebt wurde, setzt sich dieses offenbar bei der Programmumsetzung des E&C-Programmbausteins LOS in gewisser Weise fort.

Ein zweiter auffälliger Befund ist das gehäuft gemeinsame Auftreten von Schulleiter/innen, Vereinen/Kirchengruppen und Trägern. Das lässt die Interpretation zu, dass hier ein zivilgesellschaftliches Netzwerk dieser Akteure besteht, welches durch die Besetzung des Begleitausschusses abgebildet wird. Insgesamt ist festzustellen, dass die angestrebte Einbindung aller für die Stadtteilarbeit relevanten Akteure in den Begleitausschüssen stattfand, wie die folgende Übersicht verdeutlicht.

Auffällig ist der starke Anteil von Verwaltungsvertreter/innen, die nur in knapp 6 % aller Fälle nicht im Begleitausschuss vertreten sind, hin-

	nicht im BA in %	1 bis 3 in %	mehr als 3 in %
Wirtschaftsvertreter/innen	63,00	34,20	2,90
Genossenschaften/örtliche Unternehmen	70,40	29,00	0,80
Schulvertreter/innen	60,40	38,90	0,80
freie Träger	38,20	51,70	10,10
Verwaltungsvertreter/innen	5,70	44,60	49,70
kommunalpolitische Vertreter/innen	50,40	42,50	7,20
Zielgruppenvertreter/innen	36,40	50,00	13,70
Vereine/Kirchengruppen	36,80	55,00	8,30
QM/Soziale Stadt-Akteure	31,10	66,30	2,60
Bewohner/innen	38,90	46,40	14,70

gegen in knapp der Hälfte aller Fälle mit mehr als 3 Vertreter/innen. Weitergehende Analysen werden zeigen, ob sich durch die starke personelle Dominanz der Verwaltung in den entsprechenden Begleitausschüssen auch eine starke inhaltliche Priorisierung durch die Verwaltungsakteure ergibt.

Der offenbare Einfluss vorhandener Partizipationsstrukturen, wie sie im Zuge der Umsetzung des E&C-Komplementärprogramms „Soziale Stadt“ entstanden sind, zeigt sich nicht nur durch die beteiligungsfördernde Wirkung der Quartiersmanager/innen und die deutliche Präsenz der Akteure der „Sozialen Stadt“ in den Begleitausschüssen, sondern auch in

Tabelle 2: Akteure in den Begleitausschüssen (n = 280 Standorte mit BA)

4) Durchgeführt wurde eine Faktorenanalyse zur Ermittlung typischer Zusammensetzungen in den Begleitausschüssen. Ermittelt wurden zwei Faktoren. Faktor 1 bildet das gemeinsame Auftreten von Vereinen/Kirchengruppen, Trägern und Schulleiter/innen ab, Faktor 2 das gemeinsame Auftreten von Akteuren der Sozialen Stadt und Quartiersbewohnern.

Hinblick auf die Entscheidungsprozesse über Größe und Zusammensetzung des Begleitausschusses. In 24 % aller Fälle (konkrete LOS-Standorte, n=280) entschied der Beirat „Soziale Stadt“ über dieses Gremium. In weiteren 18 % traf ein Netzwerk aus Ämtern, Beirat „Soziale Stadt“ und freien Trägern die Entscheidung über Größe und Zusammensetzung des Begleitausschusses. In immerhin 15 % aller Fälle gab es einen übergreifenden, partizipativen Entscheidungsprozess, der alle relevanten Akteure einschloss.

Die große Bedeutung partizipativer Verfahren und vernetzten Handelns wird auch in Bezug auf die Erstellung des lokalen Aktionsplanes (LAP) deutlich.

Der lokale Aktionsplan stellt das zentrale Handlungskonzept der am LOS-Programm beteiligten Kommunen dar, welches eine Situationsanalyse des Fördergebiets umfasst,

den Quartiersmanager/innen wichtige und hilfreiche Kooperationspartner sehen und sie bei der Verschriftlichung des Aktionsplanes gern zu Rate gezogen haben.<sup>5</sup> Weitere 15 % waren nicht beteiligt und nur 2 % der Quartiersmanager/innen gaben an, ihnen sei der lokale Aktionsplan unbekannt.

Von den Trägern waren 44 % an der Erstellung des LAP beteiligt und 18 % gaben an, den lokalen Aktionsplan als strategische Arbeitsgrundlage nicht zu kennen. Aufgesplittet auf die beiden Trägergruppen sind das 60 % Träger, die gleichzeitig im Begleitausschuss sitzen und 30 % andere im Stadtteil wirkende Träger, die an der Ausarbeitung des LAP mitgewirkt haben.

Die folgende Tabelle veranschaulicht die Bedeutung der einzelnen Akteursgruppen für die LAP-Erstellung aus der Sicht des federführenden Amtes:

Akteure	Bedeutung für Erstellung des lokalen Aktionsplanes in %	
	weniger stark	stark
Träger	45	57
Quartiersmanagement	13	89
Begleitausschuss	18	84
Bürger/innen	67	35
Andere Ämter	52	50

Tabelle 3: Akteure und Bedeutung LAP-Erstellung (n = 102). Die Angaben beziehen sich auf Grund fehlender Werte nur auf 102 Kommunen.

daraus strategische Entwicklungsziele ableitet und konkrete Handlungsempfehlungen zur Bearbeitung der Problemlagen im Stadtteil gibt. Der LAP beinhaltet die Nennung von Strukturdaten mit differenzierter Problembeschreibung und präsentiert im günstigen Fall die Kooperationsstrukturen innerhalb des vorhandenen Ämter- bzw. lokalen Netzwerkes, die mit Hilfe der Programmförderung intensiviert und verstetigt werden sollen.

Um ein möglichst umfassendes Bild von den Problemlagen vor Ort zu erhalten und darauf abgestimmte Handlungsempfehlungen entwickeln zu können, ist das federführende Amt und der/die Koordinator/in des Programms bei der Erstellung des lokalen Aktionsplanes auf die Zuarbeit von Kollegen/innen, anderen Ämtern und dem Begleitausschuss angewiesen und zur Zusammenarbeit verpflichtet. Vor dem Hintergrund der Kooperationsverpflichtung und der Programmrealisierung unter Berufung auf den Aktionsplan interessiert im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zunächst das Gelingen dieser Kooperationsprozesse bei der Ausgestaltung des LAP.

Von den befragten Quartiersmanager/innen bestätigen rund 83 %, an der Erarbeitung beteiligt gewesen zu sein, was sich mit der Aussage der Koordinatoren/innen deckt, welche in

Diese Befunde sind ein weiteres Indiz für die große Bedeutung der Quartiermanager/innen im Rahmen der Umsetzung von LOS.

### Governance und Programm-Erfolg

Die bisherigen Darstellungen zeigten deutlich, dass die Durchsetzung der E&C-Intentionen abhängig vom jeweiligen Politikfeld in den Kommunen differenziert bewertet werden muss. Aufgrund der LOS-Programmvorgaben, die bereits gezielt auf Partizipation und Vernetzung abheben, Prinzipien also, die wesentliche Governance-Elemente beinhalten, ist in diesem Bereich folgerichtig die stärkste Governance-Ausprägung im Vergleich zu den beiden anderen Bereichen festzustellen.

Allerdings muss man auch feststellen, dass die Programmumsetzung nur in insgesamt einem Drittel der Kommunen tendenziell nach Governance-Prinzipien gesteuert wird. Das heißt, trotz der Programmvorgaben finden wir in den meisten Kommunen im Rahmen der LOS-Umsetzung klassische Steuerungsverfahren oder aber lediglich Ansätze in Richtung Governance.

Obwohl man also davon ausgehen kann,

5) In der Befragung lag in drei Fällen eine Personalunion zwischen Quartiersmanager/innen und Koordinatoren/innen vor.

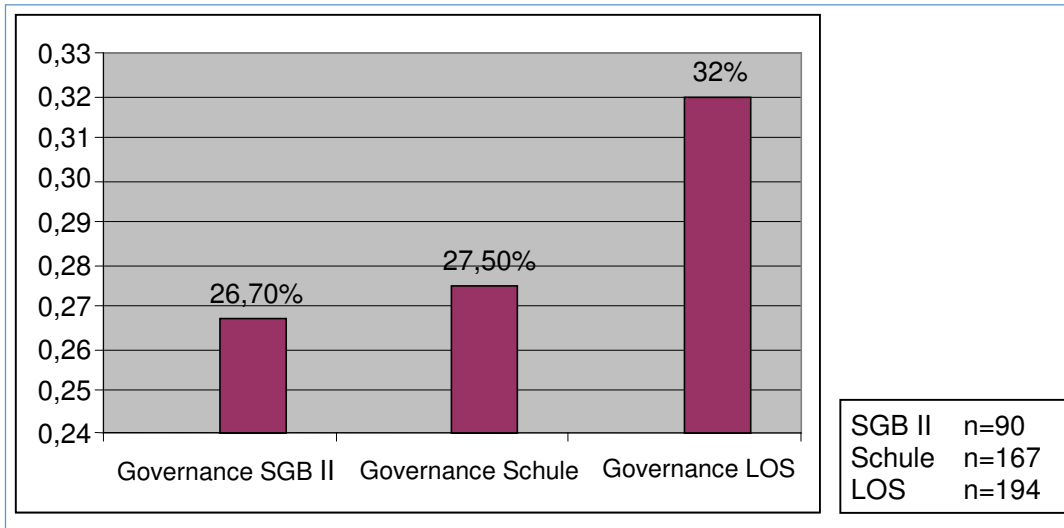


Abb. 4: Governance policy-spezifisch  
Die Fallzahlen für die drei Policy-Bereiche ergeben sich aus den unterschiedlichen Rückläufen der jeweiligen Befragten. Es gingen jeweils nur die Kommunen in die Auswertung ein, für die auf der Grundlage der verfügbaren Daten der Steuerungsmodus vollständig abgebildet werden konnte.

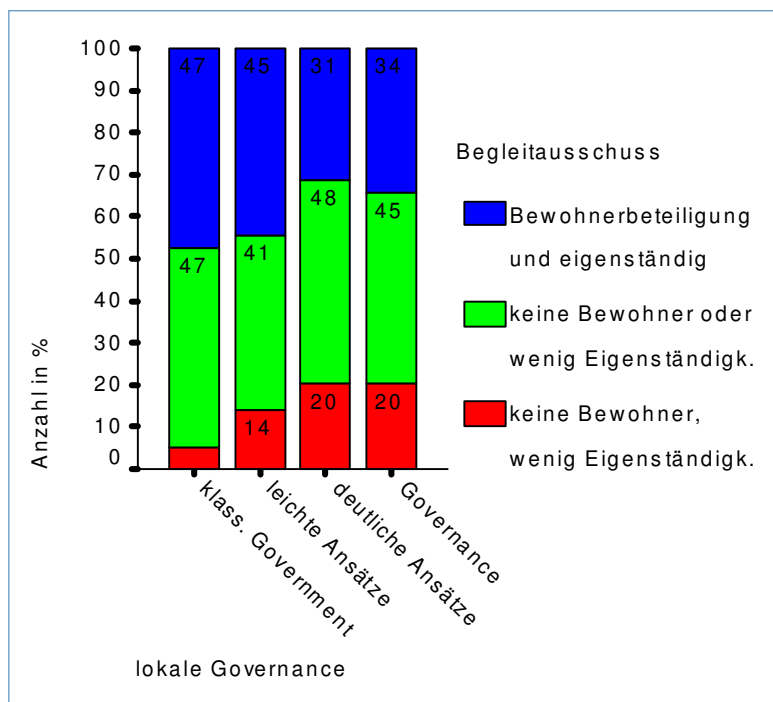
dass im Rahmen von LOS partizipative Verfahren in den Stadtteilen ausgeprägt wurden, sind diese, so sie auftreten, noch häufig unabhängig von der gesamten kommunalen Steuerung bzw. wenig eingebettet in eine strategische Steuerung im Sinne von Governance<sup>6</sup>.

Dies verdeutlicht auch der Befund, dass der Anteil von Begleitausschüssen, die als partizipativ zu charakterisieren sind, an den Standorten den größten Anteil bilden, die eher eine Government-Steuerung aufweisen.

zustreben ist, dürfte aber nur zu erreichen sein, wenn es zu einer Einbettung in stadtteilübergreifende lokale Governance kommen kann.

Eine geringere Governance-Ausprägung ergibt sich, wie auf Grund der Einzelbefunde erwartet werden konnte, im Bereich der Umsetzungsprozesse des SGB II. Lediglich in 26,7 % (n=90) der Kommunen weisen diese Prozesse ausgeprägte Governance-Merkmale auf.

Dabei handelt es sich um 19 ARGE-Kommunen und 5 Optionskommunen. Bezogen



auf die Gesamtheit der jeweiligen Gruppe in der Untersuchung entspricht das einem Anteil von 24 % der ARGE-Kommunen und 41,6 % Optionskommunen. Es sind also verhältnismäßig öfter Optionskommunen, die einen positiven Governance-Wert erreichen.

Im Bereich der Einbindung von Schulen in lokale Kooperationsprozesse weisen immerhin 27,5 % der Kommunen (n=167) positive Governance-Werte auf, obwohl es sich um ein Feld handelt, welches ebenfalls nicht originär im Einflussbereich kommunaler Steuerung liegt, sondern bei dem, wie be-

Abb. 5: Governance und partizipative Begleitausschüsse (n = 229)

Dies lässt den Schluss zu, dass Partizipation in diesem Falle stark programmgebunden ist. Eine Verstetigung, die aufgrund der bereits dargestellten positiven Wirkung von Partizipation auf den LOS-Programmerfolg (vgl. Abb.4) an-

reits erläutert, der Einfluss der jeweiligen Landesebene zu berücksichtigen ist.

Bedenkt man den deutlich positiven Effekt von Governance hinsichtlich einer deutlich höheren Kooperationspraxis der Schulen in sozialen Brennpunkten (vgl. auch Burchardt/Tillmann 2006), so kann man hier am ehesten eine Bestätigung unserer Grundannahme finden, dass diese Form der Steuerung die beste

6) Hierzu wurde ein Governance-Index herangezogen, der auf der Grundlage unserer Befragungsergebnisse allgemeine, politikfeldunspezifische Steuerungsmerkmale abbildet.



Basis bietet, um E&C-Prinzipien durchzusetzen. Im Bereich des SGB II ist ein solcher Effekt so deutlich nicht zu Tage getreten, die dargestellten empirischen Befunde deuten aber auch in diese Richtung. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklungen weiter vollziehen. Es ist bei der Bewertung unserer Ergebnisse auf jeden Fall zu berücksichtigen, dass die umsetzenden Akteure in den Kommunen zum Zeitpunkt der Befragung noch sehr häufig mit der strukturellen Umstellung von Verfahren und Zuständigkeiten in den neu gegründeten Institutionen beschäftigt waren.

Um eine abschließende Bewertung der Wirkungen von Governance vorzunehmen, soll an dieser Stelle der Blick auf die Gesamtverteilung der Kommunen gerichtet werden.

und Vernetzung ab.

Zum Beispiel wurde erhoben, in welcher Weise sich die Kooperation zwischen an der Umsetzung einzelner Programmbausteine beteiligten Personen gestaltet. Wurde beispielsweise der lokale Aktionsplan im Rahmen der LOS-Umsetzung im Alleingang des federführenden Amtes oder unter Beteiligung eines Ämternetzwerkes entwickelt? Oder aber sind LOS-Projekte von Quartiersbewohner/innen entwickelt worden, was darauf schließen ließe, dass in Eigeninitiative Anschlüsse an andere Programmbausteine gesucht und gestaltet werden.

Die Wirkung bzw. der vorhandene Einfluss der kommunalpolitischen Steuerungsmodi wurde bezogen auf allgemeine E&C-Erfolgskriterien geprüft.

Governance-Dimension		Sektorübergreifendes, strategisches Verwaltungshandeln		
Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure		Starke Ausprägung	Mittlere Ausprägung	Schwache Ausprägung
	Starke Ausprägung	Typ 1 22 Kommunen	Typ 2 27 Kommunen	Typ III 2 Kommunen
	Mittlere Ausprägung	Typ IV 24 Kommunen	Typ 5 60 Kommunen	Typ VI 20 Kommunen
	Schwache Ausprägung	Typ VII 3	Typ VIII 17 Kommunen	Typ IX 21 Kommunen

Tabelle 4: Governance-Ausprägung in untersuchten E&C-Kommunen (n = 196)

Interpretiert man die mittleren Ausprägungen von Governance positiv als ausgeprägte Ansätze neuer Steuerungsformen, auch wenn diese noch nicht durchgängig anzutreffen sind, so kann man auf der Grundlage dieser Werte davon ausgehen, dass eine deutliche Mehrzahl der Kommunen seitens der kommunalen Steuerungsmodi Merkmale aufweisen, die den strategischen Intentionen von E&C – Kooperation, Vernetzung und ressortübergreifendes Arbeiten – zumindest in Ansätzen durchaus entsprechen.

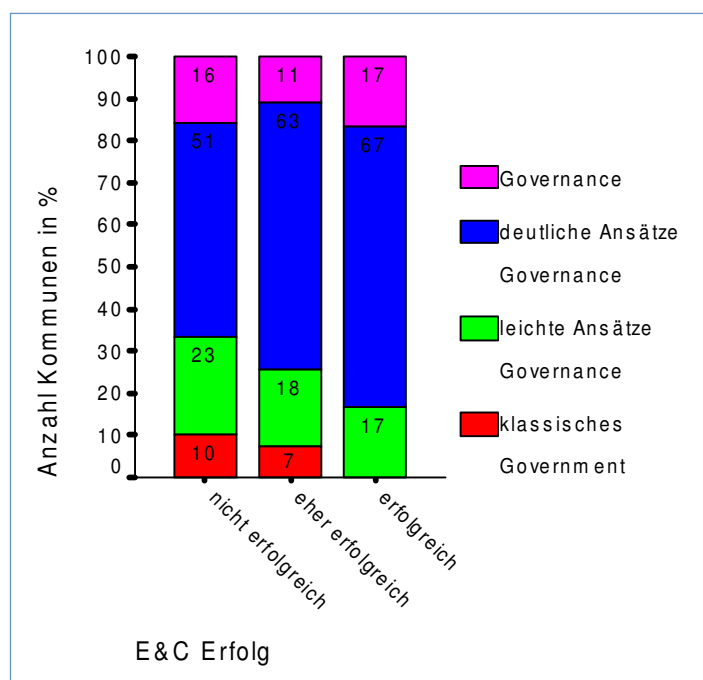
In diesen Fällen kann man begründet davon ausgehen, dass die Programmidee und Philosophie der Programmplattform auf fruchtbaren Boden fällt und die Programmumsetzung, z. B. des E&C-Programmbausteins LOS, positiv beeinflusst wird.

Ausgehend von dieser Annahme ist die Frage zu stellen, ob sich in den E&C-Standorten denn nun die vermuteten Einflüsse der verschiedenen Ausprägungen von Governance feststellen lassen? Wo sind zum jetzigen Zeitpunkt E&C-Erfolge im Sinne der Programmphilosophie festzustellen?

Die E&C-Erfolgskriterien leiten sich aus den konkreten Zielen des Programms ab und bilden die Dimensionen Kooperation, Partizipation

Die ermittelten Befunde bestätigen einerseits unsere Annahmen, sind andererseits aber auch ambivalent zu beurteilen. Die folgende Abbildung macht zunächst aber deutlich, dass in der Programmumsetzung von E&C überwiegend die Kommunen erfolgreich sind, die deutliche Ansätze von Governance-Steuerung aufweisen.

Abb. 6: Zusammenhang Governance und E&C-Erfolg in den Kommunen



Für die erfolgreichen E&C-Kommunen liegt nicht in einem einzigen Fall eine klassische Government-Steuerung vor. So ist auf jeden Fall die Schlussfolgerung zulässig, dass eine klassische kommunalpolitische Steuerung, die durch strenge Ressortorientierung, Top-down-Strategien und ausgeprägte hierarchische Entscheidungsverläufe gekennzeichnet ist, den Intentionen von E&C diametral entgegensteht und keine positiven Ergebnisse im Sinne konkreter Erfolge auf der Seite der benachteiligten Jugendlichen erwarten lässt.

Auffällig ist aber auch der relativ hohe Anteil von Governance in den Kommunen, die in Hinblick auf den E&C-Erfolg weniger positiv einzuschätzen sind. Dies sind entsprechend unserer Annahmen eigentlich Kommunen, in denen sich der vorhandene kommunale Steuerungsmodus und E&C positiv bedingen müssten, so dass ein E&C-Erfolg hier eher zu erwarten wäre. Eine plausible Interpretation auf der Grundlage unserer qualitativen Auswertungen und vor dem Hintergrund der Erfahrungen vor Ort ist folgende: In Kommunen, in denen Governance ausgeprägt ist, war dies oft schon vor E&C bzw. LOS der Fall. Das heißt, bereits etablierte kommunale Governance-Strukturen wurden durch neue Strukturen, bspw. durch die LOS-Vorgabe, Begleitausschüsse und Koordinierungsstellen einzurichten, in gewisser Weise „gestört“, denn es gab ja bereits funktionierende Strukturen, die Sozialraumorientierung, Partizipation und Vernetzung beinhalteten. Die synergetische Nutzung dieser vorhandenen Strukturen war offenbar nicht immer ohne weiteres zu erreichen.

Hinzu kommt, dass die Kriterien für die Bewertung des E&C-Erfolges in den Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt eher weich sind und oft auf individuellen Einschätzungen beruhen. Entsprechende weitere Analysen anhand zu entwickelnder objektiver Erfolgskriterien sind nach Abschluss von E&C auf jeden Fall anzustreben.

Will man ein abschließendes Fazit wagen, so ist in erster Linie hervorzuheben, dass eine kommunalpolitische Steuerung im Sinne von Governance die Umsetzung von E&C und LOS auf jeden Fall begünstigt. Dies legt nahe, dass die E&C-Intentionen in Hinblick auf Partizipation, Vernetzung und sozialraumorientiertes Handeln über die einzelnen Programmelemente und Bausteine in lokale Steuerungsmechanismen vermittelt werden müssen, die insgesamt Merkmale neuer Steuerung im Sinne von Governance aufweisen. Eine von der gesamtkommunalen Steuerung abgekoppelte Verfolgung dieser Prinzipien (z. B. Bürgerbeteiligung nur im LOS-Begleitausschuss) verspricht nur geringe Nachhaltigkeit.

Neben dieser Einbettung in gesamtkommunale Governance kommt der Berücksichtigung unterschiedlicher Strukturprinzipien und Handlungslogiken auf Grund der vorhandenen politischen Ebenenverflechtung in verschiedenen Politikfeldern eine zentrale Bedeutung zu. Hier wurde dies exemplarisch verdeutlicht am Beispiel der kommunalen Umsetzung des SGB II für die unter 25-Jährigen und der Einbindung von Schulen in lokale Bildungspolitik. In beiden Politikfeldern sind die E&C-Intentionen ungleich schwerer direkt umzusetzen. Das verdeutlicht die große Bedeutung von Programmbausteinen im Rahmen von E&C, die konkret auf die Problemlagen und Zielgruppen in den Stadtteilen zugeschnitten sind. Nur über diese sind die notwendigen Entwicklungen partizipativer, vernetzter und sozialraumorientierter Verfahren in allen für die Herausforderungen der Jugendhilfe relevanten Politikfeldern zu erreichen.

## Literatur

- Behr-Heintze, A./Lipski, J. (2005): Schulkooperationen – Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schulen und ihren Partnern. Ein Forschungsbericht des DJI. Schwalbach
- Benz, A. (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Ders. (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 11–28
- Benz, A. (Hg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden
- Burchardt, S./Förster, H. (2005): Nachhaltigkeit lokaler Netzwerke und Modi kommunalpolitischer Steuerung: Das Bundesprogramm „Entwicklung & Chance“ als institutionelle Modernisierungspolitik. In: Haus, M. (Hg.): Institutionenwandel lokaler Politik in Deutschland. Wiesbaden
- Burchardt, S./Tillmann, F. (2006): Schule im Kontext kommunaler Steuerung. Empirische Befunde aus den Gebieten des Bundesprogramms E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Erscheint in: Reutlinger, C./Mack, W./Wächter, F./Lang, S. (Hg.): Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. Wiesbaden
- E&C im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien (2003): Antrag für die wissenschaftliche Begleitung von E&C – zweite Phase. München, S. 7
- Goldsmith, M. (2001): Urban Governance. In: Paddison, R. (Hg.): Handbook of Urban Studies. London/Thousands Oaks/New Delhi, S. 325–335



- Häußermann, H. (2001): Aufwachsen im Ghetto? In: Bruns K./Mack, W. (Hg.): Aufwachsen und Lernen in der sozialen Stadt. Opladen, S. 37–51
- Heinelt, H. (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, A. (Hg.) Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 29–42
- Jugendwerk der deutschen Shell (Hg.) (1997): Jugend 97. Zukunftsperspektiven – Gesellschaftliches Engagement – Politische Orientierung. Opladen
- Lange, S./Schimank, U. (2004): Governance und gesellschaftliche Integration. In: Dies. (Hg.): Governance und gesellschaftliche Integration. Wiesbaden, S. 9–44
- Lange, S./Schimank, U. (2004): Governance und gesellschaftliche Integration. In: Dies. (Hg.): Governance und gesellschaftliche Integration. Wiesbaden, S. 9–44
- Mayntz, R. (1996): Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: Beyme, K. von/Offe, C. (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS Sonderheft 26. Opladen, S. 148–168
- Mayntz, R./Scharpf, F. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. In: Dies. (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a. M., S. 39–72
- Mayntz, R./Scharpf, F. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a. M.
- Projektgruppe „Netzwerke im Stadtteil“ (2004): Sozialräumliche Vernetzung und Kooperation in den Gebieten des Programms E&C. Projektbericht der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung von E&C. Deutsches Jugendinstitut e.V. München

### Weiterführende Literatur

- Alisch, M. 1998 (Hg.): Stadtteilmanagement, Opladen
- Austermann, K./Zimmer-Hegmann, R. (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund (ILS-Schriften Nr. 166)
- Benz, A. (1997): Kooperativer Staat? Gesellschaftliche Einflussnahme auf staatliche Steuerung, in: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement. Bonn, S. 88–113
- Bogumil, J. (2004): Bürgerkommunen als Perspektive der Demokratieförderung und Beteiligungsstärkung. In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.): Soziale Arbeit und soziales Kapital – Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden, S. 113–122
- Bruns, K./Mack, W. (Hg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der sozialen Stadt. Opladen
- Cars, G./Healy, P./Madanipour, A./Magalhaes, C. de (2002): Transforming Governance, Institutional Analysis and Institutional Capacity. In: Dies. (Hg.): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux. Aldershot, S. 6–29.
- Cars, G./Healy, P./Madanipour, A./Magalhaes, C. de (Hg.) (2002): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux. Aldershot
- Fürst, D./Lahner, M./Zimmermann, K. (2004): Placemaking und neue Formen der local governance durch neue Ansätze integrierter Stadtteilentwicklung? Reihe REGIO Transfer, Band 4 des IRS Erkner. Berlin
- Greese, D. (1999): Kommunale Kinder und Jugendpolitik. In: Wollmann, H./Roth, R. (Hg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, S. 717–732
- Heinelt, H. (1999): Kommunale Arbeitsmarktpolitik. In: Wollmann, H./Roth, R. (Hg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen, S. 633–645
- Heritier, A. (Hg.) (1987): Policy-Analyse. Opladen
- Jann, W./Wegrich, K. (2004): Governance und Verwaltungspolitik. In: Benz, A. (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 193–212
- Kessl, F./Otto, H.-U. (2004): Soziale Arbeit und soziales Kapital – Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden
- Koop, D. (1999): Gesellschaftliche Steuerung. Selbstorganisation und Netzwerke in der modernen Politikfeldanalyse. Marburg
- Mayntz, R. (1993): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Heritier, A. (Hg.): Policy-Analyse. Opladen, S. 39–56
- Paddison, R. (Hg.) (2001): Handbook of Urban Studies. London/Thousands Oaks/New Delhi
- Willke, H. (1985): Gesellschaftssteuerung. In: Glagow, M./Willke, H. (Hg.): Gesellschaftsteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiarität. Bielefeld, S. 29–53
- Wollmann, H./Roth, R. (Hg.) (1999): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen

### Kontakt

Dr. Susann Burchardt\*  
 Deutsches Jugendinstitut e.V.  
 Regionale Arbeitsstelle Halle  
 Franckeplatz 1, Haus 12/13  
 06100 Halle  
 Tel: 03456/817818  
 E-Mail: burchardt@dji.de

\* Wissenschaftliche Begleitung der Modellprogramme „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ und „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, Projektgruppe E&C

# Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Chance und Herausforderung

Aus Sicht der kommunalen Erfahrung bei der Koordination von Gesundheitsförderung und Prävention im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sollen im Folgenden die 6-jährigen Erfahrungen mit dem Programm E&C und dessen Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Familien in benachteiligten Stadtteilen dargestellt werden.

Fragestellungen sind hierbei:

- Was sind Schwerpunkte der Gesundheitsförderung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg?
- Was hat sich bewährt in Kooperation mit E&C?
- Wo gab und gibt es Probleme?
- Was können Perspektiven sein?

## Merkmale des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg

- 255.184 Einwohner (davon Kreuzberg 146.762, Friedrichshain 108.422)
- niedrigster Sozialindex (siehe Berliner Sozialstrukturatlas)
- höchste Arbeitslosenquote (ca. 24 %, Berlin 17,9 %)
- zweihöchster Anteil von Migranten/innen (Ortsteil Kreuzberg höchster Anteil: ca. 35 %)

- kleinster und am dichtesten besiedelter Bezirk
- geringste Grünfläche je Einwohner
- höchster Anteil von Kindern unter 15 Jahren

Der Bezirk ist in Sozialräume (Bezirksregionen) unterteilt, die als Organisationsstruktur für die Abteilung Jugend entwickelt wurden, aber zukünftig auch für andere Ressorts als Planungs- und Organisationsgrundlage gelten sollen.

Die markierten Gebiete kennzeichnen die 6 Gebiete der Sozialen Stadt, wobei Bezirksregion I, III und IV insgesamt weitgehend als Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf gelten können.

Lt. Sozialstrukturatlas, der Berlin in 298 Verkehrszellen einteilt, nehmen die 6 Quartiersmanagement-Gebiete die Rangfolgen 275–297 ein: (siehe Abb. 1)

## Die Quartiersgebiete

- Wrangelkiez
- Zentrum Kreuzberg/Kottbusser Tor
- Werner-Düttmann-Siedlung
- Mariannenplatz
- Mehringplatz
- Wassertorplatz

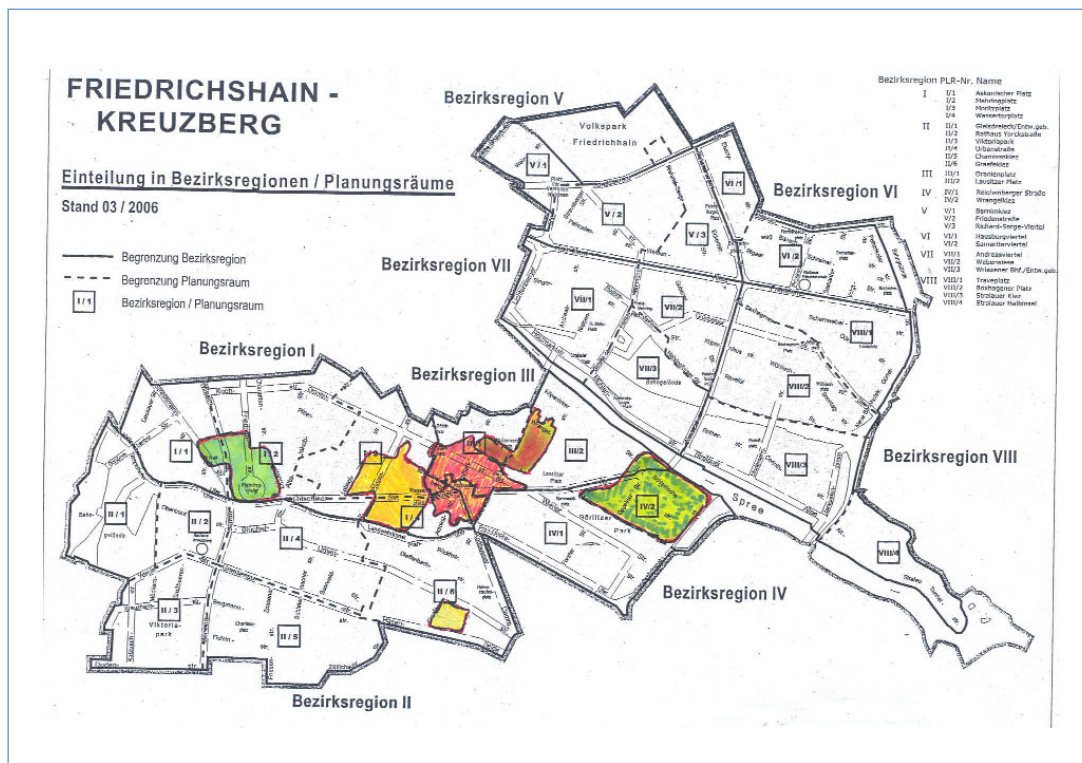


Abb. 1: Friedrichshain-Kreuzberg – Einteilung in Bezirksregionen/Planungsräume

## Ressourcen des Bezirks

- Reiche Projektlandschaft (seit den 70er Jahren viele Projekte im Kinder-, Jugend- und Migrationsbereich)
- Vielfalt der Kulturen (ca. 170 verschiedene Nationen)
- Nachbarschaftliche Kiezstruktur (teilweise monokulturell, aber auch stark durchmischt mit großem Anteil von Künstler/innen und Akademiker/innen)
- Gute Modelle von Stadtplanung und -entwicklung
- Lange Tradition der Bürgerbeteiligung
- Aktive Bezirkspolitik

## Bezirkliche Schwerpunkte der Gesundheitsförderung

1999 trat der Bezirk dem Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland bei.

Auf Grund der bezirklichen Struktur wurden durch die Bezirksverordnetenversammlung folgende prioritäre Handlungsfelder der Gesundheitsförderung beschlossen:

- Kinder, Jugendliche und Familien, insbesondere sozial benachteiligte
- Migration, Integration und Gesundheit

Im Sinne der WHO-Definition zur Gesundheitsförderung werden zu diesen Schwerpunkten ressort-, träger- und programmübergreifend Maßnahmen entwickelt und umgesetzt.

## Setting Stadtteil – soziale Brennpunkte

Im Folgenden soll anhand ausgewählter Beispiele die bezirkliche Gesundheitsförderung in Bezug auf Gebiete der Sozialen Stadt und E&C dargestellt werden. Hierbei wurden handlungsführende Merkmale der 3 Programme Soziale Stadt, E&C und Gesunde-Städte-Netzwerk berücksichtigt, wie

- Netzwerkbildung,
- Partizipation,
- Empowerment,
- Zielgruppenerreichung (Multiplikatorenkonzept).

## Netzwerke

### *Gesundheitsförderung vor und nach der Geburt*

In diesem Netzwerk arbeiten seit 1996 alle – für den Bereich rund um die Geburt – wesentlichen Einrichtungen des Bezirks zusammen, mit dem Ziel der Verbesserung der gesundheitlichen und psychosozialen Situation von Schwangeren und jungen Familien in Friedrichshain-Kreuzberg, insbesondere von sozial Benachteiligten und Migranten/innen.

Der Informationsaustausch und die Kooperationsbeziehungen wurden erweitert, gemeinsame Projekte wurden realisiert, u. a. wurde in

einem sozialen Brennpunkt eine Beratungsstelle für türkische Schwangere und Familien niedrigschwellig in einer Nachbarschaftseinrichtung aufgebaut.

### *10 Jahre Interkulturelles Gesundheitsnetzwerk*

1996 konstituierte sich im Bezirk Kreuzberg ein Netzwerk unter Federführung der Plan- und Leitstelle Gesundheit und der Ausländerbeauftragten, aus Vertretern des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der ambulanten und stationären Versorgung, der Wohlfahrtsverbände und freien Träger sowie der Wissenschaft mit dem Ziel der Sicherung von Chancengleichheit und der Verbesserung der gesundheitlichen und psychosozialen Situation von Migranten/innen.

Im Laufe des Prozesses wurden zahlreiche Fachveranstaltungen organisiert und Projekte realisiert, u. a. – gefördert durch Mittel der EU – die Einrichtung eines Gemeindedolmetschendienstes, in dem ca. 70 Migranten/innen zu Sprach- und Kulturmittlern qualifiziert wurden und zum Dolmetschen in den medizinischen und sozialen Bereich vermittelt werden. Hieran angebunden werden zurzeit in einem Quartiersmanagement-Gebiet Kiezdolmetscher qualifiziert.

### *Kindergesundheitskonferenzen*



Bei zwei Kindergesundheitskonferenzen wurden insbesondere Projekte, Kitas und Schulen aus Gebieten der Sozialen Stadt einbezogen, um gemeinsam den Bedarf an gesundheitsfördernden Maßnahmen zu planen.

Hierbei wurden die Kinder als Experten in eigener Sache einbezogen.

## Partizipation

### *Kiezdetective – Kinderbeteiligung für eine gesunde Stadt*

Das Projekt Kiezdetective wurde in der Vergangenheit in 5 der 6 Quartiersmanagement-Gebieten im Bezirk durchgeführt und erreichte somit besonders sozial benachteiligte Kinder

mit ca. 80 % Migrationshintergrund (Projektbeschreibung siehe unter: [http://www.friedrichshain-kreuzberg.de/index\\_1614\\_de.html](http://www.friedrichshain-kreuzberg.de/index_1614_de.html)).



### Empowerment

#### *Mütter ohne Grenzen*

Türkische Mütter aus Quartiersmanagement-Gebieten haben sich aus Eigeninitiative zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Drogendealer in ihrem Wohnumfeld vorzugehen und die eigenen Kinder zu schützen. Hierzu werden gemeinsame Kiezbegehungen gemacht, Drogendealer direkt angesprochen und Öffentlichkeitskampagnen organisiert.

#### *Gesundheitsförderung im Wrangelkiez*

Im Quartiersmanagement-Gebiet Wrangelkiez haben Bewohner/innen sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, um Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zu planen und zusammen mit dem Quartiersmanagement und anderen Trägern umzusetzen.

### Multiplikatorenkonzept

#### *Gesundheitsmanagerinnen*



Von Gesundheit Berlin e.V. mit Unterstützung des BKK-Bundesverbandes wurden türkische Frauen in verschiedenen Gebieten der Sozialen Stadt als Gesundheitsmanagerinnen für die Familien geschult. Anleitungen zu gesünderem Kochen wurden gegeben, ein gemeinsames türkisches Kochbuch wurde erstellt und eine Internetschulung für den Zugang zu Gesund-

heitsinformationen wurde durchgeführt.

#### *Besser essen. Mehr bewegen.*

Bei dem vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ausgeschriebenen Wettbewerb „Kinderleicht“ ging der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg als Sieger hervor. In dem 3-jährigen Modellprojekt werden Migranten/innen zu Gesundheitstrainer/innen qualifiziert.

Detaillierte Darstellungen der Beispiele können eingesehen werden unter [www.friedrichshain-kreuzberg.de/index\\_1542\\_de.html](http://www.friedrichshain-kreuzberg.de/index_1542_de.html)

### Bilanz: Gesundheitsförderung – E&C/Soziale Stadt

Was hat sich bewährt?

#### *Fachforen*

- Gesundheit von Kindern in sozialen Brennpunkten
- Vernetzung
- Setting Stadtteil
- Integrierte Handlungsstrategien
- Einrichtungen
- Präventionsarbeit
- Junge Familien
- Sprachförderung
- Interkulturelle Strategien

Die Fachforen haben m. E. sehr dazu beigetragen,

- wesentliche Probleme von Kindern und Jugendlichen im sozialen Brennpunkt zu thematisieren;
- Akteure aus den Bereichen Jugend, Gesundheit, Stadtentwicklung und Umwelt ressort- und trägerübergreifend zusammenzuführen;
- Programme (Soziale Stadt, Gesunde-Städte-Netzwerk, Lokale Agenda 21, APUG etc.) und deren gemeinsame Ziele in einen Diskurs zu bringen;
- spezifische Zielgruppen (junge Familien) und Themen (Sprachförderung) fachübergreifend zu thematisieren;
- den Begriff „Prävention“ auf den Prüfstand zu stellen und verschiedene Ansätze zusammenzuführen;
- Strategien zur Erreichung der Zielgruppe der sozial benachteiligten Migranten/innen zu entwickeln.

### Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie

Positive Erfahrungen mit einem Aktionsplan für Toleranz und Demokratie konnten in einem Quartiersmanagement-Gebiet gemacht werden. Kritisch war hierbei allerdings die kurze Laufzeit des Projekts.

### **Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)**

Gleiches gilt für LOS. Im Ansatz sinnvolle Projekte haben eine zu kurze Laufzeit, um nachhaltig zu wirken.

### **Kooperation BZgA „Gesundheitsförderung mit sozial Benachteiligten“**

Die Einrichtung der von der BZgA und Gesundheit Berlin e.V. geschaffenen Datenbank, die Entwicklung von Good-Practice-Kriterien, die Einrichtung von Regionalen Knoten in Kooperation mit den gesetzlichen Krankenkassen, woran E&C insgesamt mitwirkte, haben entscheidend dazu beigetragen, Transparenz, Qualitätsentwicklung und Vernetzung in der Gesundheitsförderung voranzubringen.

### **Hemmnisse**

Wo gab und gibt es Probleme?

*Fehlende strukturell verankerte Kooperation der Programme – Gesunde-Städte-Netzwerk – Soziale Stadt*

Mangelnde Kooperation der Programme besteht nach wie vor auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Punktuelle Zusammenarbeit besteht, es existieren jedoch keine abgestimmten Strukturen.

*Fehlende integrierte Planungs- und Handlungsstrategien*

Ansätze Soziale Stadt/Jugendbereich sind realisiert, Gesunde-Städte-Netzwerk ist teilweise beteiligt, Gesundheitsförderung war bisher eher marginales Thema. Gesundheitsförderung wird oftmals nicht als strukturelle Verbesserung der Lebenswelt verstanden, im Sinne der WHO, sondern themenbezogen (wie Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung etc).

*Aufwendige Organisationsstrukturen des Programms Soziale Stadt*

Die Neustrukturierung des Programms Soziale Stadt hat zwar zu einer Verzahnung von Senat/Bezirksamt/Quartiersmanagement beigetragen, führt aber zurzeit auf Grund der Vielzahl von Gremien, Verantwortlichkeiten und Abstimmungsnotwendigkeiten zu einer stärkeren „Bürokratisierung“.

*Ressort- und Trägerkonkurrenzen*

Nach wie vor bestehen in den unterschiedlichen Hierarchieebenen der Verwaltung und in der Projektlandschaft Konkurrenzen.

*Enge Grenzen der Quartiersmanagement-/E&C-Gebiete*

Die Vergabe von finanziellen Mitteln und die Realisierung von Projekten ist an die Grenzen

des Quartiersmanagements gebunden, obwohl auch anliegende Stadtteile oftmals soziale Brennpunkte sind und einer Förderung bedürfen.

*Zeitliche Begrenzung von Projekten*

Die kurze Laufzeit von Projekten verhindert oftmals das Erreichen der Zielgruppe und eine nachhaltige Wirkung der Intervention.

*„Projektewildwuchs“*

Es fehlt eine Übersicht über die Vielzahl an Projekten und Projektträgern in den Quartiersmanagement-Gebieten, u. a. auch wegen der unterschiedlichen Finanzierungsquellen (EU-Projekte, Bundesmodellprojekte, Soziale Stadt, LOS, APUG, KJHG, MAE-Maßnahmen etc.).

### **Perspektiven**

Was ist zukünftig notwendig?

*Integrierte Planungs- und Handlungsstrategien zur (Gesundheits-)Förderung mit Kindern, Jugendlichen und Familien*

Hierbei ist die programm-, träger- und ressortübergreifend abgestimmte Förderung von Kindern und Familien wichtig, die auf die gesamte Lebensweltgestaltung nachhaltig wirkt und alle Beteiligten partizipativ berücksichtigt.

*Koordination, Abstimmung und Qualitätssicherung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung*

Ansätze hierfür sind mit der Landesarbeitsgemeinschaft zur Gesundheitsförderung Gesundheit Berlin e.V., der Landesgesundheitskonferenz und den Regionalen Knoten geschaffen, müssen jedoch weiterentwickelt werden.

*Berücksichtigung von „Models of good practices“*

Hier können die Qualitätskriterien der BzGA eingesetzt werden.

*Abbau von bürokratischen Hemmnissen*

Zusammenführung der Programme Gesunde-Städte-Netzwerk, Soziale Stadt, Lokale Agenda 21, APUG u. a. auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

### **Kontakt**

Ingrid Papies-Winkler  
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg  
Abt. Gesundheit und Soziales  
Müllenhoffstraße 17  
10967 Berlin  
Tel: 030/74755972  
E-Mail: [gespl@ba-fk.verwalt-berlin.de](mailto:gespl@ba-fk.verwalt-berlin.de)



## Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Was wurde erreicht?

### Stichworte zum Themenfeld Gesundheit der Programmplattform E&C

#### „Gesundheitsförderung“ als wichtiges Querschnittsthema entdeckt und entwickelt

Die E&C-Programmplattform ist in den letzten Jahren auch zu einer Plattform für eine sozialraumbezogene Gesundheitsförderung geworden. Obwohl Gesundheit, verstanden als körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden, sicherlich in allen Projekten der Sozialen Stadt steckt, ist die explizite Gesundheitsförderung erst im späteren Programmverlauf wichtiger geworden. Es wäre wünschenswert, wenn sich diese Entwicklung im Bereich der strategischen Handlungskonzepte und der Akteursnetzwerke auf Gebietsebene niederschlagen würde. In einer Befragung der kommunalen Ansprechpartner für die Programmgebiete durch das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) im Jahr 2002 landete das Handlungsfeld „Gesundheit“ noch auf dem letzten Platz der 17 genannten Handlungsfelder. Seitdem kann man aber von einer gewissen Konjunktur sprechen.

#### Vernetzung und Kooperation mit Partnern aus dem Gesundheitsbereich

Hinsichtlich der Mitarbeit von Gesundheitsakteuren bei der Entwicklung der Programmgebiete sind aus meiner Sicht zwei Bereiche zu unterscheiden:

Auf Bundesebene gab es eine gute und wechselseitig befruchtende Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern wie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) oder dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen. Die Erfahrungen aus der E&C-Arbeit wurden durch die Regiestelle der Stiftung SPI auch im Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte“ eingebracht.

Defizite hinsichtlich der Kooperation lassen sich jedoch auf kommunaler Ebene ausmachen. Hier müssen vielerorts noch Sektorengrenzen überwunden werden. Gesundheitsämter wissen häufig nur wenig von den Strukturen und Aktivitäten in den Fördergebieten oder sehen sich nicht in der Lage, ihre ohnehin knapper werdenden Ressourcen auf den jeweiligen Stadtteil zu konzentrieren.

Zudem fehlen in den lokalen Entwicklungszusammenhängen meist die Ansprechpartner der Krankenkassen. Eine stärkere Vernetzung wäre auch hier wichtig. Der „Präventionsparagraf“ (§ 20 SGB V) bietet hierfür eine Grundlage, um Projekte in sozial benachteiligten Stadtteilen,

in Schulen und Kitas zu unterstützen.

#### Identifizieren und Bekanntmachen beispielgebender Projekte

Beim relativ jungen Thema „gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung“ gibt es bislang nur wenige Kommunen, die das Thema Gesundheit in ihren Handlungskonzepten tatsächlich in konkrete Ziele übersetzt haben. Der bundesweite Austausch im Rahmen von E&C hat dazu beigetragen, gute Projekte bundesweit bekannt zu machen. Wer kennt inzwischen nicht Projekte und Stadtteile wie Schutzengel Flensburg, Mo.Ki Monheim, Duisburg Bruckhausen, Rostock Evershagen, das Gesundheitshaus in Gelsenkirchen Bismarck oder die Kiezdetektive in Berlin Kreuzberg-Friedrichshain?

#### Integrierte Präventionskonzepte in kommunaler Steuerung sind Zukunftsmusik

Eine gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung steht – von den wenigen Vorreitern einmal abgesehen – noch am Anfang. Im Folgenden sind einige Punkte kurz umrissen, die bei der Weiterentwicklung des Themenfeldes wichtig sind.

#### Koordination verschiedener Präventionsaktivitäten

Der sozialräumliche Ansatz wird inzwischen in verschiedenen Präventionsbereichen verfolgt. Kriminalprävention, Suchtprävention, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung – überall sollen vor allem sozial Benachteiligte von den Angeboten besser erreicht und der Erfolg durch die Verortung im Stadtteil nachhaltiger werden.

Leider sind die verschiedenen Präventionsbereiche untereinander meist nicht abgestimmt. Somit sehen sich Schulen, Kitas, Jugendclubs und Quartiersmanagements mit einer wachsenden Zahl von Projektangeboten konfrontiert. Die Vielzahl der Angebote überfordert häufig die Einrichtungen, eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Auswahl zu treffen. Die Gefahr besteht, dass sich eine gewisse Präventionsmüdigkeit einstellt.

Ein kommunal gesteuerter Prozess auf Stadtteilebene könnte das Vorgehen übersichtlicher und zielführender gestalten und die einzelnen Einrichtungen entlasten. Dazu gehört: eine Bestandsaufnahme der Angebote, das Erfassen und Beschreiben der lokalen Problemlagen, ein Prozess der Zielentwicklung und Prioritätensetzungen.



### **Konzentration auf sozial benachteiligte Stadtteile**

Die Ressourcen aller Beteiligten sind knapp. Will man im Stadtteil eine neue Entwicklung in Gang setzen, muss vermutlich an anderer Stelle gespart werden. Entsprechend müssen alle Akteure dafür gewonnen werden, ihre Mittel und zeitlichen Ressourcen verstärkt für sozial benachteiligte Stadtteile einzusetzen.

### **Anknüpfen an „Soziale-Stadt“-Strukturen**

Alle Fördergebiete verfügen über ein integriertes Handlungskonzept, es gibt Quartiersmanagements, vernetzte Arbeitsstrukturen, die verschiedene Verwaltungsressorts und Träger einbeziehen, sowie Beteiligungsstrukturen, an die es anzuknüpfen gilt.

Auch für stadtteilbezogene Prävention braucht es kein neues Netzwerk. Gezielte Aktionen wie Gesundheitskonferenzen und Zukunftswerkstätten sind hilfreich, um das Themenfeld zu entwickeln. Ansonsten sollten die lokal entwickelten Strukturen des Quartiersmanagements genutzt und ggf. um die entsprechenden Akteure erweitert werden (Gesundheitsamt, Krankenkassen, Kinder-/Ärzte, Träger aus dem Gesundheitsbereich).

Wie schwer das ist, zeigen auch die Erfahrungen von Programmen aus der E&C-Familie. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms LOS durch das Deutsche Jugendinstitut hat erbracht, dass nur in rund einem Viertel der Fälle die gleichen Gremien genutzt wurden.

### **Prävention als explizites Ziel in integrierten Handlungskonzepten verankern**

Einzelmaßnahmen zu Bewegung, Ernährung, Stressvermeidung und Suchtmittelkonsum gibt es viele. Einen gesundheitsfördernden Effekt für den Stadtteil wird es allerdings nur durch Aktivitäten geben, die in das bereits vorhandene Gesamtentwicklungskonzept eingebunden sind. Diesem Prozess der geplanten Veränderung muss noch verstärkt Beachtung geschenkt werden. Dazu gehört auch, die lokalen Kitas und Schulen sowie Nachbarschaftszentren als wichtige Partner in die Entwicklung einzubeziehen.

### **Weitere Ressourcen nutzen**

Wo liegen nun Möglichkeiten, sich weiterhin inhaltlich und auch finanziell Ressourcen zu erschließen? Auch wenn der E&C-Prozess nun zu Ende geht, muss die lokale Entwicklung nicht stecken bleiben.

### **Vermittlung bewährter Projekte und Methoden**

Zwar wird immer wieder beklagt, dass in

Deutschland wirksame Maßnahmen zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheit fehlen, dennoch gibt es inzwischen einige Projektsammlungen, die zur Verbreitung guter Beispiele beitragen wollen:

- Die Datenbank „Gesundheitliche Chancengleichheit“ (<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de>) ist mit derzeit 2.700 Projekten sehr umfangreich. Die Projekte sind allerdings von den Anbietern selbst benannt worden. Derzeit läuft ein nachträglicher Qualifizierungsprozess, um Good-Practice-Projekte gesondert hervorzuheben.
- Die Good-Practice-Broschüre der BZgA erläutert die für die Datenbank „gesundheitliche Chancengleichheit“ entwickelten Good-Practice-Kriterien und beschreibt 33 Projektbeispiele.
- Die Datenbank <http://www.sozialestadt.de>; umfasst derzeit 431 Projekte und wird redaktionell betreut.
- Die Datenbank „Umwelt und Gesundheit“ (<http://www.la21-umwelt-gesundheit.de>) präsentiert Lokale-Agenda-Projekte zu den Themen Umwelt und Gesundheit.

Neben der Vermittlung von *good practice* wäre eine Vermittlung des Gesundheitsförderungsansatzes auf Quartiersebene sinnvoll. Hier hat die BZgA im letzten Jahr erste Überlegungen angestellt. Eine Entwicklung kleiner Fortbildungsmodule wäre aus meiner Sicht sinnvoll.

### **Präventionsmittel für gesundheitsfördernde Prozesse**

Lokale Zusammenarbeit braucht auch finanzielle Ressourcen.

Für das Programm der „Sozialen Stadt“ hat der Bund die Programmmittel 2007 um 40 Mio. Euro aufgestockt. Damit sollen Modellvorhaben vor allem im nicht investiven Bereich stärker gefördert werden – also auch Modellvorhaben zur Gesundheitsförderung.

Auch die für Prävention reservierten Mittel der Krankenkassen müssen noch stärker für die Programmgebiete erschlossen werden. Nach § 20 SGB V sollen sie ja gerade zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheit eingesetzt werden. Im Leitfaden der Spitzenverbände wird Prävention im Stadtteil neben anderen „settings“ wie Schule und Kita als vielversprechend hervorgehoben. Die bisherige Förderpraxis ist allerdings noch überwiegend auf verhaltensbezogene Kursangebote in klassischen Bereichen wie Bewegung und Ernährung konzentriert. Der hier nur grob skizzierte Entwicklungsprozess einer gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung steht vielerorts noch am Anfang.

## **Kontakt**

Gesine Bär  
Deutsches Institut für Urbanistik<sup>1</sup>  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin  
Tel.: 030/39001299  
E-Mail: baer@difu.de

---

1) Das Deutsche Institut für Urbanistik betreut seit 1999 das Bund-Länder Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, das städtebauliche Partnerprogramm zu E&C. Die Soziale Stadt ist inzwischen auch im Baugesetzbuch verankert worden und wird entsprechend fortgeführt. Bis 2009 läuft außerdem ein vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt zur gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung.

Matthias Bartscher

## Schlafende Riesen wecken: Partizipation und Beteiligung in sozialen Brennpunkten

Die thematische Vorgabe der Regiestelle E&C ist ein inspirierendes Geschenk. Es ist doch eine spannende Frage, wenn wir über die Wirkungen eines sechsjährigen Programms der Bundesregierung sprechen: Haben wir die Ressourcen, die ungeheuren Möglichkeiten, die sich aus einer verbesserten Partizipation aller Gruppen in sozialen Brennpunkten ergeben, erschlossen, die Schätze gehoben, die zu finden waren? Haben wir schlafende Riesen geweckt? Zur Partizipation und Beteiligung junger Menschen hat es eine Vielzahl von Foren, Konferenzen, Workshops und daraus resultierenden Veröffentlichungen gegeben. Ich betrachte den Auftrag, für den Workshop bei der Bilanzkonferenz einen Text zu verfassen, mit gemischten Gefühlen. Zum Teil von Melancholie geprägt, die sich einstellt, wenn man an die Stationen eines sechsjährigen Prozesses zurückdenkt, der nun bald beendet ist. Auch von etwas Resignation geprägt: Wie oft soll man es denn noch sagen? Doch in erster Linie als Gelegenheit, auch selbst einmal Bilanz zu ziehen: Wo stehen wir eigentlich bei der Beteiligung junger Menschen? Ich habe für diesen Text einen eher essayistisch geprägten Stil gewählt. Für eine systematische Aufarbeitung bietet das Literaturverzeichnis einen Überblick über die aus meiner Sicht und meiner Kenntnis wichtigste Literatur.

### Exemplarische Erfahrungen und Erlebnisse

Zunächst möchte ich anhand exemplarischer Bilder und Erfahrungen über meine ganz persönliche Entwicklung in dieser Zeit berichten. Denn mich haben immer wieder Bilder, Erzählungen, Zitate inspiriert, oftmals nur ausschnittartig wahrgenommen oder blitzlichtartig beleuchtet, so dass ich von einer Veranstaltung nach Hause fuhr und einen bestimmten Gedanken nicht mehr loswurde, ihn allen Menschen in meiner Umgebung erzählte und dann auch schnell in meiner praktischen Arbeit aufgriff. Das wiederum beeinflusste mein weiteres Denken, Reden und meine Weiterbildungstätigkeit. Die verschiedenen Veranstaltungen von E&C boten hierzu vielfältige Gelegenheiten, das wurde von vielen Teilnehmern/innen der Bilanzkonferenz bestätigt.

### Fachlich-biografische Sozialisation

Die Rolle der persönlichen Biografie für eine fachliche Weiterentwicklung wird oftmals un-

terschätzt. Ich selbst habe in meiner Weiterbildungstätigkeit lange in einer Art naivem Egozentrismus gearbeitet. Ich ging von der Annahme aus, dass wir über ähnliche biografische Erfahrungen verfügen bzw. unterschätzte die Wirkung unterschiedlicher Herkunft. Wenn ich heute auf meine eigene Entwicklung zurückblicke, kann ich sagen, dass aktive Einmischung, Verantwortung übernehmen in den Gruppen, Organisationen, Einrichtungen, in denen ich tätig war, ein roter Faden meiner Biografie ist. Weniger ein subjektives Verdienst, auf das man stolz sein könnte, als vielmehr unmittelbares, mir notwendig erscheinendes Handeln, das mich nicht nur Mühen kostete, sondern oftmals viele Vorteile und Anerkennung einbrachte. Mit 10 Jahren Messdiener, mit 14 Jahren Leiter einer Jungengruppe (siehe Foto 1) mit 16 Jahren Leiter eines Ferienlagers, und so ging es weiter. Ich bin nicht in die Disco gegangen, wir haben selbst eine organisiert. Es war mir immer unmittelbar selbstverständlich, dass man die Dinge beeinflussen bzw. gestalten und dass vieles gelingen kann.



Foto 1: „... noch ein echter ‚Gruppenführer‘“

Als hauptamtlicher Mitarbeiter in einem Jugendzentrum im sozialen Brennpunkt, nach einer längeren Phase des Engagements in einem katholischen Jugendverband, war es für mich selbstverständlich, Jugendliche aktiv einzubeziehen. Ich habe wenig darüber nachgedacht, dass ihnen das nicht zuzutrauen sei, weil sie unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen. Erste Brüche entstanden in der ungewollten Konkurrenz mit anderen Jugendeinrichtungen. Uns gelangen relativ selbstverständlich Dinge, die andere erst gar nicht probierten, weil sie für „zu schwierig, zu hoch angesetzt“ gehalten wurden. Gute Erfahrungen mit Vollversammlungen, Projektwochen, selbstorganisierten Studienreisen mit Jugendlichen bestärkten mich in meinem partizipativen Ansatz, der sich allmählich zu einer

fachlichen Haltung entwickelte.

Unvergesslich war für mich, als ich einige Jahre später in der Rolle des verantwortlichen Stadtteilkordinators von den Jugendeinrichtungen ein stärker aktivierendes, auf Eigenverantwortung basierendes Vorgehen einforderte, die Konfrontation mit einem Mitarbeiter, der sich sehr gegen meine Anforderungen sträubte und plötzlich sagte: „Ich kann doch von 16-jährigen Jugendlichen nicht erwarten, dass sie sich anständig benehmen; ich habe in dem Alter auch nur Mist gemacht.“ Was soll man dazu sagen? Zunächst hochgradig verärgert, wurde mir klar, dass mein bisheriges Arbeiten allzu sehr auf unbewusste Annahmen aufbaute, die nichts anderes als eine schlichte Projektion aus meiner eigenen Biografie waren. So wurde mir nach und nach klar, dass es bezüglich einer verbesserten Partizipation in der Stadtteilarbeit geeignete Vermittlungsprozesse braucht, die an den spezifischen Ausgangsvoraussetzungen der Fachkräfte anknüpfen (und auch heute noch fällt mir manchmal schwer, dies zu akzeptieren). Das ist bei Fachkräften wohl nicht anders als bei Kindern, Jugendlichen und allen anderen Bewohner/innen.

#### *Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen*

Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen (zur fachlichen Umsetzung: Apel/Pach 1997; Bartscher 2000a) haben mich in mehrfacher Hinsicht geprägt. Abgesehen davon, dass es sich, wenn sie in gute Organisationsstrukturen eingebunden sind, in denen die Ergebnisse aufgegriffen und an der Umsetzung gearbeitet wird, um ein sehr wirkungsvolles Verfahren handelt, stellen Streifzüge, methodisch korrekt umgesetzt, auch ein Modell für einen nicht-direktiven, dominanzfreien Umgang zwischen Kindern und pädagogischen Fachkräften dar. Kinder oder Jugendliche führen Erwachsene durch ihre Lebenswelt, zeigen ihre Räume, erläutern ihre Sichtweisen. Ich habe immer wieder erlebt, wie Fachkräfte im Nachhinein begeistert über diese Streifzüge berichteten. Als wir in einer Weiterbildung für Erzieherinnen in Tageseinrichtungen einmal Streifzüge mit Grundschulklassen<sup>1</sup> durchführten, war eines der mich am meisten beeindruckenden Zitate: „Nach diesen drei Stunden habe ich das Gefühl, die Kinder, die ich begleitet habe, besser zu kennen als die Kinder in meiner Kita.“

Wie kommt es, dass es immer wieder schwierig ist, pädagogische Fachkräfte zu motivieren,

1) Mit den Kindern der Grundschulklassen hatte ich zuvor einen Kontrakt geschlossen. Ich hatte ihnen von meiner Intention erzählt, Erzieherinnen weiterzubilden, und sie als Hilfsdozenten engagiert. Dies haben sie sehr bereitwillig gemacht und waren ebenfalls von dieser Aktion begeistert, auch wenn sich nicht politische Handlungsimpulse aus den Streifzügen ableiten ließen.

sich mit dem sozialen Raum, der Lebenswelt zu beschäftigen? Aus ihren Einrichtungen herauszugehen, sich mit Kindern auf den Weg zu machen, ihre Sicht der Dinge besser zu verstehen? Wenn man einmal an Streifzügen teilgehabt hat, wird auf allen sinnlichen Ebenen deutlich, dass „Verstehen“ ein kontextbezogener Prozess ist. Die Kinder, die man in ihrer alltäglichen Umgebung außerhalb von Schule, außerhalb von Kita, außerhalb von Jugendeinrichtungen erlebt, sind „ganz anders“ als die, die man im Kontext einer Einrichtung wahrnimmt. Daraus ergeben sich nicht nur partizipative, sondern auch pädagogische Chancen, wenn sich z. B. Rollen und Muster in der Einrichtung ungünstig verfestigt haben.



Foto 2: Streifzug

Ableiten lässt sich hieraus, dass alle (partizipativen) Methoden, die sich mit der Lebensumgebung und dem sozialen Raum beschäftigen bzw. in ihn hineinführen, zum Standardrepertoire (sozial-)pädagogischen Handelns gehören sollten, und zwar viel mehr, als dies in den meisten Handlungsfeldern der Fall ist. Ebenso wichtig ist der temporäre Rollenwechsel, der Kindern und Jugendlichen die Führungsrolle zuschreibt. Dies macht sie stark. Generell kann man feststellen, wie dies auch viele Teilnehmer/innen der Bilanzkonferenz taten, dass es eines der größten Verdienste von E&C ist, die lebensweltliche Perspektive und den sozial-räumlichen Bezug in der Sozialen Arbeit forciert zu haben. Daran kommt man heute nicht mehr vorbei.

#### *Stadtteiljugendarbeit*

Insbesondere in der Stadtteiljugendarbeit<sup>2</sup> haben wir vielfältige Ansätze einer aktivierenden, partizipativen Jugendarbeit erprobt, und dies insgesamt sehr erfolgreich. Das Bild (Foto 3) zeigt die Discogruppe, die mit der vorhandenen Musikanlage Jugenddiscos durchführen

2) Wird im Hammer Norden mittlerweile in Trägerschaft eines eigenen Vereins „Jugendarbeit Hamm-Norden e.V.“ realisiert (Stadt Hamm 2002a).



wollte. Mindestens ebenso wichtig wie die Disco-Veranstaltungen waren die regelmäßigen Übungstreffen.



Foto 3: Discogruppe mit Betreuer Holger Schillack

Zwei Erfahrungen verbinde ich mit dieser Gruppe:

- Zunächst war dies die erste Gruppe, mit der wir die eigenverantwortliche Nutzung von Räumen gewagt haben. Die Gruppe war auf Räume des Trägers angewiesen, es stellte sich allerdings heraus, dass die Anwesenheit einer pädagogischen Fachkraft bei den Übungstreffen weder notwendig noch sinnvoll war. So handelten wir mit den Jugendlichen Bedingungen für eine eigenständige Raumnutzung aus und fixierten sie in einem schriftlichen Vertrag. Dieses Experiment gelang. Die Jugendlichen hielten die Absprachen meist ein, waren überwiegend zuverlässig, gingen mit der Schlüsselgewalt überwiegend verantwortlich um<sup>3</sup>. Insgesamt hat es im gesamten Prozess, der später auch auf andere Gruppen und Räume ausgedehnt wurde, keine größeren Probleme als kleine Sachbeschädigungen und nicht sauber zurückgelassene Räume gegeben. Ein einziges Mal kam es zu größeren Sachbeschädigungen. Alle Probleme konnten mit den zuvor verabredeten Mechanismen geregelt werden.
- Ein weiteres Experiment war das Einräumen eines finanziellen Kredites an diese Gruppe. Für ihre musikalische Tätigkeit war aus ihrer Sicht ein bestimmter Plattenspieler unabdingbar notwendig, und zwar unmittelbar. Dies war für die Betreuer nicht nachzuvollziehen, außerdem war das Budget des Trägers erschöpft. Wir stellten dieser Gruppe nach Abschluss eines Vertrages aus anderen Mitteln das Geld für den Plattenspieler (ca. 750 E) zur Verfügung und vereinbarten, dass dieses Geld durch Dienstleistungen im Stadtteil (Aufbau und Betreuung der Musikanlage bei Veranstaltungen) abgearbeitet werden sollte. Dies gelang auch in einem Dreivierteljahr.

3) Die gleichen Einschränkungen gelten für alle Nutzer der Räume, also auch für Fachkräfte und Ehrenamtliche.

Bilanzkonferenz der BMFSFJ-Programmplattform E&C: „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ vom 25. und 26. September 2006 in Leipzig

Ich habe an vielen Stellen das Wechselspiel von Rechten und der Übernahme von Verantwortung erörtert. Diese beiden Erfahrungen sind paradigmatisch für eine Vielzahl weiterer guter Erfahrungen. Jugendliche, auch die in sozialen Brennpunkten, sind in der Lage, Verantwortung zu übernehmen und auch über längere Zeiträume zu tragen. Auftretende Probleme dürfen nicht – wie es allzu oft geschieht – als Beleg für das Gegenteil genutzt werden, sondern sind Teil des dazugehörigen kommunikativen Prozesses. Es reicht nicht aus, Vereinbarungen zu treffen, sondern viel wichtiger ist es, wie mit Verstößen gegen die Vereinbarungen umgegangen wird. An dieser Stelle beginnt die pädagogische Arbeit, die sich in anderen Modellen von Jugendarbeit eher auf die Aufsichtsfunktion im alltäglichen Betrieb, auf die Wahrnehmung der Schlüsselgewalt, auf die kleinteilige Kontrolle aller Aktivitäten beschränkt. Es ist gefährlich, die Lösung auftretender Konflikte nach der Art unserer Eltern zu suchen: „Das habe ich Euch doch gleich gesagt ...“, „Das konnte man bei dir auch gar nicht anders erwarten ...“. Auch das bequeme Ignorieren und Wegsehen sind kontraproduktiv. Jetzt sind auseinandersetzungsfähige und -bereite pädagogische Fachkräfte gefragt, die die Chancen zu einer Transformation und Weiterführung positiver Ansätze nutzen können.

#### *Beteiligung und Aktivierung der Teilnehmer in Antigewalttrainings (AGT)*

Zwei Weiterbildungen haben mein Denken und Handeln in den letzten zehn Jahren entscheidend geprägt: Die Ausbildung zum systemischen Berater beim Institut für Familientherapie Weinheim und eine Ausbildung als Antigewalttrainer bei Reiner Gall (siehe Internet Institut für Konfrontative Pädagogik). Während sich in der systemischen Arbeit der Bezug zum Thema „Partizipation“ unmittelbar erschließt, wenn man mit der Beschäftigung mit Systemischer Theorie und Praxis beginnt<sup>4</sup>, liegt dies bei der Praxis Konfrontativer Pädagogik nicht unmittelbar auf der Hand. Trotzdem glaube ich, dass diese beiden fachlichen Perspektiven jegliche Pädagogik bereichern, die auf Förderung, Fürsorglichkeit und dem besten Wissen beruht, was gut für Kinder und Jugendliche ist. In dieser persönlichen Lernphase hatte ich ständig den Eindruck, unter den Systemikern ein Hardliner zu sein, weil ich die Grenzen eines wertschätzenden, ressourcenorientierten Bera-

4) Man kann sich kaum einen intensiveren Aktivierungs- und Beteiligungsprozess als den einer systemischen Beratung vorstellen, der durch andauerndes Contracting, das immer neue Vereinbaren des nächsten Schrittes, geprägt ist und darüber hinaus von einer Haltung, die von Wertschätzung und der Überzeugung geprägt ist, dass der Klient/die Klientin am besten weiß, was gut für ihn/sie ist.

tungssettings bei grenzverletzendem Verhalten ausloten wollte. Unter den konfrontativen Pädagogen galt ich eher als „Weichei“, weil ich immer wieder nach aktivierenden, partizipativen Elementen in der konfrontativen Praxis suchte. Hier bin ich insbesondere Reiner Gall dankbar, der im Dialog die Grundprinzipien einer konfrontativen Pädagogik herausarbeitete, die – im Unterschied zu einer autoritären, rückwärtsgewandten Pädagogik – ebenfalls auf den Prinzipien der Wertschätzung und Akzeptanz den jugendlichen Personen gegenüber beruht. Natürlich bei klarer Benennung und Diffamierung von grenzverletzendem Verhalten und mit dem Ziel der Entwicklung zielgerichteter Interventionen zur Verhaltensänderung (vgl. Weidner/Kilb 2004).

In der Folgezeit leitete ich mit einem weiteren Trainer zusammen zwei Antigewalttrainings (AGT) mit Jugendlichen, die nach einer Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung eine Auflage des Jugendgerichtes zur Teilnahme an einem entsprechenden Sozialtraining erhalten hatten. Es zeigte sich, dass es eines großen äußeren Drucks und teilweise der Konfrontation mit höchstmöglicher Deutlichkeit und Klarheit bedurfte, um die teilnehmenden Jugendlichen überhaupt irgendwie zu erreichen. Ganz klar: Ohne die Auflage des Gerichtes wäre kaum einer der Jugendlichen freiwillig gekommen. Doch die andere Seite der Medaille ist: Lernen unter Zwang, Lernen unter Druck ist lerntheoretisch eine der unwirksamsten Methoden. Dann stellt sich die Frage, wie denn Jugendliche aus einer Verweigerungshaltung heraus motiviert werden können, Einsichten an sich heranzulassen und dann auch noch im Alltag umzusetzen? Und hier zeigt es sich, dass partizipative Elemente – neben dem Bemühen der

Trainer um eine trotz aller Vorfälle persönlich wertschätzende Haltung und um das Anerkennen jeden kleinen Lernschritts – geradezu einen Königsweg auch in Antigewalttrainings darstellen. Hierzu gibt es eine Vielfalt von Möglichkeiten<sup>5</sup>:

- Auf der Ebene der Haltungen: Nach meiner Auffassung ist ein Antigewalttraining ein Angebot und eine permanente Aufforderung an die teilnehmenden Jugendlichen, Verantwortung für ihre Lebensführung zu übernehmen, ihre Rechte wahrzunehmen und die Rechte anderer zu akzeptieren. Dies spiegelt sich als Grundhaltung der Trainer in allen Interaktionen wieder.
- Auf der Ebene der Methoden: Es gibt viele Methoden, die partizipative Elemente beinhalten. Beispiel: Wir haben mit den Teilnehmern in einer spannenden Gesprächsrunde darüber gesprochen, was Gewalt verhindern hilft. Ausgehend von dem skinnerischen Bild des menschlichen Verhaltens als einer Black Box, deren innere Wirkungsweise wir nicht verstehen können, sammelten wir die Vorschläge der Teilnehmer, welche äußeren Einwirkungen auf ihr Verhalten zur Verringerung und Vermeidung von Gewalt sie kennen (siehe Schaubild 1). Dann konnten alle – auch wir Trainer – per Punktbewertung eine Meinung dazu abgeben, welche Interventionen hilfreich sind und welche nicht. Interessanterweise wurden sowohl kommunikative Prozesse, wie sie das AGT darstellt, als auch staatliche Abschreckung als wirksame Maßnahmen dargestellt. Dieser methodisch geleitete Diskussionsprozess kann als ein aktivierender Prozess der eigenen Meinungsbildung verstanden werden, an dessen Ende nicht die Lehren

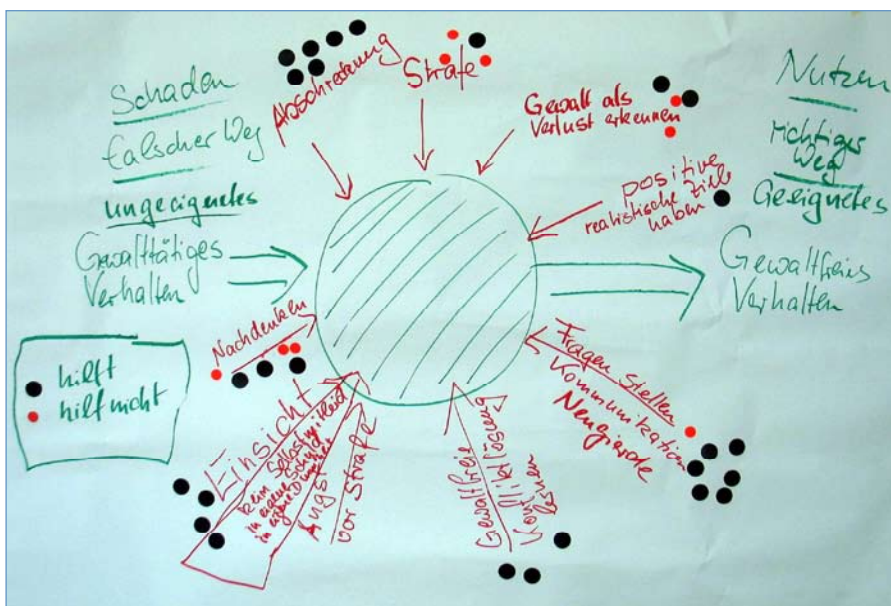


Schaubild 1: Black-Box-Verhalten nach Skinner

5) Ich habe diese Möglichkeiten in einem unveröffentlichten, bei mir erhältlichen Aufsatz beschrieben.



der Trainer, sondern die individuellen Einsichten der Teilnehmer standen.

- Aktivierung und Beteiligung findet auch permanent auf der Ebene der Interaktionen und Interventionen statt. Dazu gehören der ständige Rückbezug auf die eigene Verantwortung der Teilnehmer, das Bewusstmachen der impliziten Entscheidungen, die Jugendliche mit jedem Verhalten treffen, sowie das Abtreten möglichst vieler Entscheidungen an die einzelnen Teilnehmer und die Gruppe.
- Regeln sind ein weiterer elementarer Partizipationsbereich in einem AGT. Einerseits gibt es Regeln, die unverrückbar sind, wie die der Notwendigkeit der Teilnahme, die Regeln zur Pünktlichkeit usw. Auf der anderen Seite handelt es sich bei einem AGT um eine zeitintensive Phase des Zusammenlebens, bei der eine Vielfalt von Entscheidungen zu treffen sind (wann Pausen gemacht werden, wann welche Themen besprochen werden, ob und welche Auflockerungsübungen gemacht werden, ob und wann es etwas zu essen gibt, wie der Abschlussabend gestaltet werden sollte usw.). In dem konzeptionell gesetzten Rahmen gibt es eine Vielfalt von Mitbestimmungsmöglichkeiten, durch die sich, um so mehr sie angeboten und genutzt werden, auch die innere Beteiligung und die Lernintensität erhöhen.
- Weiterhin gibt es auch bei den Inhalten, die im Laufe der Sitzungen abgearbeitet werden, vielfältige Mitbestimmungsmöglichkeiten. Natürlich sind die Themen nicht beliebig veränderbar, doch ist es – neben einem Kern von Pflichtthemen – ausgesprochen wirksam, die Fragen der Teilnehmer aufzugreifen und mit der Gruppe zu bearbeiten. Wenn dies gelingt – dass die Teilnehmer Fragen stellen, die sie wirklich bewegen und nicht als Ablenkungsmanöver oder Zeitfresser gedachte Fragehäppchen für die Trainer – dann kann die Arbeit nicht mehr fruchtbarer werden.

Der denkbare Einwand, hier finde Partizipation doch in einem autoritären Rahmen statt und sei nur Scheindemokratie, läuft nach meiner Auffassung ins Leere. Vielmehr ist das Setting paradigmatisch für jede Form der Beteiligung: Beteiligung findet immer in einem vorgegebenen Raum von Möglichkeiten innerhalb von Grenzen finanzieller, rechtlicher, institutioneller, weltanschaulicher und sonstiger Art statt. Die Verleugnung dieser Rahmenbedingungen ist einer der größten Fehler, den man bei der Beteiligung machen kann; sei es in Kindersprechstunden von Politikern, die so tun, als sei alles kein Problem, sei es durch Wahlkampfverspre-

chen, die dann nach Wahlen nicht eingehalten werden.

Auf der anderen Seite bewährt sich der Gedanke, dass mehr Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwicklungs- und gemeinschaftsfördernd sein könnte, ja quasi ein schlafender Riese sei, den es zu wecken gilt, in der Arbeit unter schwierigsten Bedingungen und mit Jugendlichen, die in extremen Entwicklungssituationen stecken, erst recht. Wenn Beteiligung hier gelingt, dann kann sie überall gelingen. Wenn sie hier unmöglich wäre, wäre Partizipation ein Schönwetterkonzept für einfache Lebenslagen, aber nicht für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten.

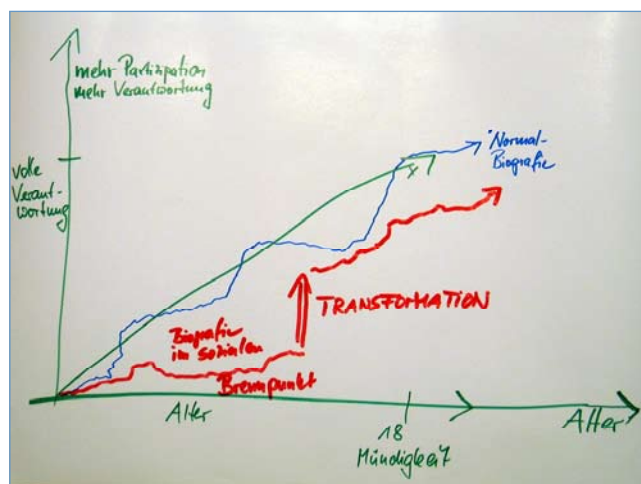
### Strukturelle/Konzeptionelle Aspekte

Ich könnte weitere Beispiele anfügen, doch aus Zeit- und Platzgründen komme ich zu einigen nach meiner Einschätzung wichtigen Verallgemeinerungen, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben; es gäbe mehr zu sagen.

#### Entwicklung in „Riesenschritten“ – Partizipation als Anregung von Entwicklungssprüngen

Einer der populär-pädagogischen Mythen ist es, dass menschliche Entwicklung linear, Schritt für Schritt, allmählich vonstatten geht, quasi entlang dem Lehrplan, den die Erwachsenen für Kinder und Jugendliche in ihren pädagogischen Institutionen aufgestellt haben. „Gute Entwicklung“ ist die, die nach dieser Richtschnur verläuft, defizitär ist diejenige Entwicklung, welche durch Brüche, mangelhafte Bedingungen und Auffälligkeiten im Verhalten gekennzeichnet ist (wie es ja Standard in sozialen Brennpunkten ist). Dieser Mythos ist ebenso verlockend (weil er die Machbarkeit von Erziehung suggeriert) wie falsch. Mir geht es hier um folgenden Gedankengang: Wenn es stimmen würde, dass kindliche Entwicklung linear (wie auf dem Schaubild 2 skizziert) verläuft, dann wäre zu fragen, wie mit älteren

Schaubild 2



Kindern und Jugendlichen, die unter ungünstigen, wenig förderlichen Bedingungen aufgewachsen sind, gearbeitet werden kann.

Diese Frage stellt sich vor allem unter dem Gesichtspunkt der Übernahme von Verantwortung. Wie viel Verantwortung traut man Kindern und Jugendlichen zu, die bisher eher negativ aufgefallen sind, wenn sie sich plötzlich im Rahmen eines neuen Projektes, eines neuen Settings und angesichts der Herausforderung von Verantwortung dazu bereit erklären, sie zu übernehmen? Pädagogen arbeiten oftmals mit dem impliziten Konzept der „Verantwortungsvorleistung“: „Ich gebe dir Verantwortung, wenn du bewiesen hast, dass du sie tragen kannst ...“. Das funktioniert bei „wohlgeratenen“ Jugendlichen ganz gut, indem man den Verantwortungsbereich immer in dem Maße ausdehnen kann, wie sich die Jugendlichen in dem bisherigen bewährt haben (einschließlich eines gewissen, normalen „Auf und Ab“ in der Entwicklung).

Meine Erfahrung ist es – und auch die Entwicklungspsychologen sprechen oftmals von Transformation, von Entwicklungsschüben, von Reifungskrisen – dass die Herausforderung und die Übertragung von Verantwortung *als Vorleistung der Erwachsenen* in einem geeigneten Rahmen oftmals transformationsartige Entwicklungssprünge bewirken kann. Ich meine hier nicht die pseudopädagogische Wendung vieler Erwachsener, die oftmals fruchtlos förderndem Bemühen folgt: „Dann macht es doch allein!“. Dies gleicht eher einer Attacke, als einer zielgerichteten Intervention. Wenn Pädagogen bereit sind, Risiken einzugehen, können sie die Erfahrung machen, dass plötzlich Jugendliche, die bisher nur durch Chaos aufgefallen sind, einen Jugendtreff organisieren, eine Ferienfahrt planen, eine Disco durchführen können.<sup>6</sup> Doch setzt dies die Risikobereitschaft voraus, Jugendlichen einen Schlüssel zu überlassen, einen Raum zu geben, sie allein gehen zu lassen – Risikobereitschaft von Pädagogen/innen, aber auch von Leitungskräften bei den Trägern. Nach meiner Erfahrung sitzen

hier oftmals Blockierer/innen, die, anstatt ihre Mitarbeiter/innen frei arbeiten zu lassen und sie konstruktiv zu (beg)leiten, sich absichern wollen und keinerlei Risikobereitschaft zeigen. Diesen Menschen ist wichtiger, dass nichts passiert, als das was los ist.

#### *Der schlafende Riese im Sozialisationsprozess – Partizipation als pädagogische Kategorie*

Es gibt einen Grundwiderspruch zwischen dem Wesen von Pädagogik (in all ihren Spielarten zwischen Schulpädagogik, Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung) und dem Wesen von Partizipation, welcher bis heute nicht aufgelöst ist: Der Widerspruch zwischen dem „Besser-für-den-anderen-Wissen“, dem verantwortlichen, aber stellvertretenden Handeln des Erziehers einerseits und andererseits dem Anspruch auf Autonomie der zu Erziehenden. Pädagogik ist geprägt durch Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen. Damit wird Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu einem Handlungsfeld mit eingeräumten Frei- und Mitbestimmungsräumen, welche immer auch den Charakter von „Spielwiese“ haben. Gerade benachteiligte Jugendliche, die immer schon um ihre Autonomie kämpfen mussten, sind hochsensibel und verweigern sich allzu pädagogisch gemeinten Mitbestimmungsangeboten.

Natürlich gibt es eine gut gemachte „Mitbestimmung“ in pädagogischen Räumen, hiervon zeugen eine Vielzahl mustergültiger Praxisbeispiele. Das Programm E&C hat sich um die Verbreitung dieser Ansätze und den Erfahrungsaustausch der Aktiven sehr verdient gemacht. Doch wenn man die pädagogische Landschaft in ihrer Gesamtheit betrachtet, werden die der Partizipation innewohnenden Entwicklungschancen insgesamt noch immer sträflich vernachlässigt. Lernen aus eigener Motivation, Wachstum durch Erfahrungen, durch eigenes Engagement, sich an eigenen Zielen abarbeiten und daran wachsen – diese Art von Pädagogik findet immer noch in Nischeninstitutionen, Nischenräumen und

6) Diese konzeptionellen Gedanken verdanke ich im Wesentlichen dem amerikanischen Psychiatrieforscher Irvin D. Yalom (Yalom 1989). Seine Überlegungen bezüglich psychiatrischer Prozesse regten mich zu der Frage an, ob dieses Konzept nicht auch für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geeignet sei. Einfach gesagt: Wenn man schon Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen Verantwortung für ihr Leben zumuten kann, wieso dann nicht bei mehr oder weniger normal heranwachsenden Menschen? Yalom zeigt, wie diese auf einer Grundhaltung beruhende Technik des Appells an die Verantwortlichkeit in der Psychotherapie praktiziert wird: „Der Therapeut muss ständig an dem Bezugsrahmen arbeiten, innerhalb dessen ein Patient sein Leiden geschaffen hat. Nicht Zufall, Pech oder unzureichende Gene sind die Ursache dafür, dass ein Patient einsam und isoliert ist (...). Das allgemeine Prinzip ist offenkundig: Wann immer der Patient über seine oder ihre Lebenssituation klagt, fragt der Therapeut nach, wie der Patient diese Situation geschaffen hat.“ Übertragen bedeutet sein Konzept, Kinder und Jugendliche immer wieder mit wertschätzenden Äußerungen zu konfrontieren „Du bist (bald) erwachsen – ich traue dir das zu“ oder in Konfliktsituationen „Du bist für dein Verhalten verantwortlich – und nicht deine Mutter, dein Lehrer oder irgendjemand anderes“. Es war – um ein aktuelles Gegenbeispiel zu erwähnen – schon erheiternd, in der Presse bei den Berichten über den Ausschluss zu dünner Modells bei den Modeschauen in Madrid Zitate der Betroffenen zu lesen, es sei doch klar, dass an Magersucht nicht die Mädchen oder Frauen, sondern ihre Mütter Schuld hätten!

Nischenfeldern statt. Während die aktuelle Bildungsmisere eigentlich Anlass sein könnte, diese Felder zu erweitern, scheint stattdessen der Druck nur noch zu wachsen, der dann durch eine autoritäre Renaissance in allen pädagogischen Handlungsfeldern an die Betroffenen durchgereicht wird.

Dies sind keine neuen Überlegungen (vgl. z. B. zum Verhältnis von Partizipation und Pädagogik: Bartscher 1998, Kap. 4 und 6; Bartscher/Kriener 2001; Hoffstadt/Malmede 1995). Doch wenn man sich heute fragt, wo wirklich nennenswerte Ressourcen für mehr Beteiligung zu finden sind, wo also die Riesen schlummern, die es zu wecken gilt, dann sind sie nach meiner Auffassung am ehesten im gesamten schulischen und außerschulischen Bildungs- und Erziehungssystem zu entdecken. Und zwar nicht als Aktivitäten und Bereiche, die zusätzlich zum Unterrichts- und Betreuungsalltag zu tun und zu finanzieren wären, sondern im elementaren Alltagsgeschehen – im Unterricht, in der Gestaltung von Räumen und Zeit, in jedem Tun. Dies setzt Änderungen in Richtlinien, vor allem aber Weiterbildung der Pädagogen/innen voraus. Sie müssten, metaphorisch gesagt, ermutigt und befähigt werden, den Riesen zu wecken.

#### *Der „unerwünschte“ Riese – Partizipation als politische Kategorie*

Man kann heute erfreulicherweise konstatieren, dass Partizipation zumindest in Form politischer Bekenntnisse und Absichtserklärungen zugenommen hat. Es gibt gesetzliche Verbesserungen, Bürgerbeteiligung ist Bestandteil vieler politischer Programmatiken geworden ist. Es werden entsprechende Stabsstellen eingerichtet, Förderprogramme aufgelegt, es wird viel getan. Trotz alledem werde ich den Eindruck nicht los, dass nach wie vor das Zitat gilt: „In der gesellschaftlichen Realität schließt eine repräsentative Demokratie wie die Bundesrepublik Deutschland Partizipation zwar nicht aus, aber sie ist weitgehend formal geregelt und nicht die Voraussetzung für das Funktionieren des politischen Systems“ (Sünker/Swiderek 1997, S.17).

Dies liegt nach meiner Auffassung in dem fehlenden Wechselspiel zwischen verbesserten partizipativen politischen Rahmenbedingungen und wachsender Partizipation in der Lebenswelt begründet. Es fehlt vor allem an einem durchgreifenden gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess (vgl. Bartscher 1998, Kap. 2; Meyer 1994). Solange man auf staatlicher Ebene resigniert bzw. das Misstrauen den Bürger/innen gegenüber kultiviert und Partizipation allein als ein lebensweltliches Ge-

schehen im Gemeinwesen vor Ort versteht<sup>7</sup>, wird politische Beteiligung in ihren vielfältigen Facetten den Ruch der Spielwiese nicht los.

Ein weiterer Vorbehalt ist angebracht: Partizipation wird heute überwiegend im Rahmen der Entwicklung eines aktivierenden Sozialstaates diskutiert. Ich halte diese Idee für grundsätzlich richtig, und es geht im Kern genau darum, die im Gemeinwesen brachliegenden Potentiale zu erschließen, zu (re)aktivieren. Hierzu gibt es zwei zentrale Begründungsstränge:

- Es geht um die Entlastung von Kosten und Verminderung von Schulden der öffentlichen Hand.
- Es geht um ein anderes Verhältnis zwischen Individuum und Staat; im Kern um einen Demokratisierungsprozess.

Beide Motivationen sind legitim und begründbar. Skepsis ist vor allem einer kurzschlüssigen Einsparstrategie gegenüber angebracht, wie sie an manchen Stellen vorder- oder hintergründig vorzuherrschen scheint. Wenn beispielsweise Putzstellen in Schulen eingespart werden und dann lapidar gesagt wird, die Schüler/innen könnten doch selbst den Besen in die Hand nehmen, wenn Stellen für Grünflächenpflegekräfte gestrichen werden und dann Spielplatzpaten mit den Kindern die Reinigung übernehmen sollen, dann sind diese Aktionen einfach nur kurzschlüssig und wirkungslos, und man braucht sich über vergammelnde Schulgebäude nicht zu wundern. Die entsprechenden Aktivierungsprozesse brauchen Zeit und Ressourcen; wer dies nicht berücksichtigt, wird keine schlafenden Riesen wecken.

#### *Der unbekannte Riese in uns – Die individuelle Entscheidung zu politischer Aktivität und Engagement*

Aber auch wenn man sich einmal ideale staatliche Voraussetzungen einer partizipatorischen Kultur vorstellt, so bleibt doch eine zentrale Frage: Wollen das die Menschen mehrheitlich eigentlich? Denn wenn man Partizipation ihrer pädagogischen Schutzmäntel entkleidet (wenn nämlich niemand dafür sorgt, dass alles gut ausgeht, dass es gar nicht schief gehen kann, damit keine neue Politikverdrossenheit entsteht), ist und bleibt Partizipation eine anstrengende, zeitraubende, oftmals frustrierende Angelegenheit. Denn Beteiligung bedeutet Aktion, Kommunikation, Einigung (oftmals Dissens), Kompromisse (oftmals auf niedrigstem Niveau), und dann stellt sich die individuelle

7) Eine überaus positive Ausnahme war ein vom Rat der Stadt Hamm initiiertes Bürgerentscheid zum Bau eines Lippesees in Hamm. Überraschenderweise hat eine deutliche Mehrheit gegen dieses „Leuchtturm-Projekt“ votiert, und dies wurde mit gewissem Zähneknirschen von den Planer/innen und Macher/innen akzeptiert, letztlich zumindest als gelungene Bürgerbeteiligung gewertet.

Frage, ob man nicht doch lieber Tennis spielen geht oder den Fernseher anstellt. Und es ist, zumindest nach meiner Auffassung, noch keine Form der politischen Aktivität, sich die Tagesschau regelmäßig anzusehen.

Was eigentlich motiviert Menschen zur politischen Aktivität, was hält sie bei der Stange? Eine der zentralen Antworten ist: Wenn ein Gewinn dabei entsteht. Das gilt für Politiker, wenn sie ihren Lebensunterhalt damit verdienen. Das gilt für ehrenamtlich Engagierte, wenn „Ehre“ und Anerkennung zu gewinnen sind. Das gilt für bürgerschaftliches Engagement, wenn diejenigen, die es übernehmen, damit einem inneren Impuls, einem Ethos Genüge tun und daraus Befriedigung ziehen. Das gilt für gemeinschaftliches Engagement, wenn die Erfahrung von Solidarität glücklich macht, zumindest für Momente. Es gibt vielfältige Formen von Gewinn, die aus Engagement zu gewinnen sind. Allerdings scheint dies nur für eine kleine Minderheit zu gelten.

Die Frage bleibt, warum dies nicht allen oder wenigstens mehr Menschen Befriedigung zu verschaffen scheint. Liegt es an mangelnden Anreizsystemen (wobei dies dem Wesen von Partizipation fundamental entgegenläuft), liegt es an den Rahmenbedingungen (wobei diese nie besser gewesen sind), liegt es daran, dass es uns zu gut geht, dass also eigentlich keine Notwendigkeit zu Engagement besteht? Muss man mit dem zufrieden sein, was man im Laufe der Jahre bewirkt und erreicht hat? Sollte man die Frage anthropologisch angehen (ist der Mensch doch eher für die Monarchie oder Diktatur geboren)?

Es bleibt auf jeden Fall im besten Sinne fragwürdig, von Menschen, die in sozialen Brennpunkten leben, zu erwarten, dass sie sich politisch engagieren. Fragwürdig in dem Sinne, ob hier ein zusätzlicher schwarzer Peter zugeschoben werden soll. Auch wenn die Bewohner/innen objektiv genügend Anlässe hätten, sich für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzusetzen, tun sie dies oftmals nicht. Aber damit folgen sie einem gesellschaftsweiten Trend, der durch alle Schichten geht. Und solange dies so ist, sollte man die Beteiligung von Menschen im sozialen Brennpunkt mit allen Kräften unterstützen, forcieren, herausfordern, aber ebenso Geduld und Verständnis aufbringen, wenn dies nicht (unmittelbar) geschieht.

Aus der Elternbildung wissen wir, dass nichts so gut erzieherisch wirkt wie ein gutes Vorbild. In meinen Seminaren habe ich immer wieder die Frage gestellt, wer von den Teilnehmer/innen eigentlich selbst politisch aktiv ist. Leserbriefe haben die Mehrzahl schon einmal geschrieben, doch in Bürgerinitiativen, poli-

tischen Parteien oder Gewerkschaften ist nur der kleinste Teil aktiv. Hier gilt das Sprichwort vom Balken im eigenen Auge, der immer wieder übersehen wird. Vielleicht sollten wir in zukünftigen Folgeprogrammen von E&C über Aktivierungsprojekte für Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Stadtteilmanager/innen sprechen – bezogen auf ihre eigene Existenz.

### Schlussbemerkungen

Das Programm E&C beendet einen prägenden Abschnitt. Wir haben kein Heer schlafender Riesen geweckt, zumindest nicht dauerhaft. Aber individuell ist es doch immer wieder in den durch E&C initiierten, angeregten, geförderten Projekten geschehen, dass Menschen über sich hinauswachsen, ihren eigenen Riesen – zumindest im Vergleich zu dem Zwerg ihres vorigen Selbstbildes – geweckt haben, einmal groß gewesen sind und damit hoffentlich für ihr zukünftiges Leben profitiert haben. Partizipation als „gesellschaftlicher Riese“ im Sinne einer breiten Demokratisierung bleibt ein Potential, das es noch weitgehend zu erschließen gilt.

Schaubild 3 zeigt die Idee, Partizipation in das Zentrum von Politik, Pädagogik und individueller Entwicklung zu stellen. In jedem der Bereiche, so habe ich versucht es aufzuzeigen, ist Partizipation – trotz aller guten Beispiele – randständig. Stellt man sie ins Zentrum aller

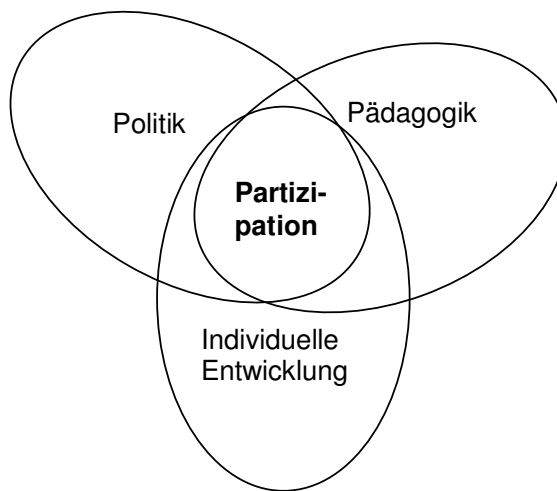


Schaubild 3

drei Bereiche, könnte sie zum Riesen werden.

Nicht zuletzt ist es E&C zu verdanken, dass wir wissen, wie sich eine gute Partizipation organisieren und gestalten lässt. Die Methoden sind bekannt, Standards sind definiert, es gibt ausreichende und gute Veröffentlichungen, in den Fettnäpfchen stecken rote Fähnchen. Was nun zu tun bleibt, ist, Partizipation auf viel breiterer Ebene umzusetzen.

Auf absehbare Zeit wird es den großen Umschwung zu einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung nicht geben. Dies bedeutet

in der Konsequenz, dass es darum gehen wird, die erarbeiteten Nischen zu vergrößern und die Politik der kleinen Schritte weiterzuführen.

Letztlich setzt ein Mehr an Partizipation individuelle und institutionelle Entscheidungen voraus. Menschen, die Lust haben sich einzumischen, sowie Teams und Kollegien, die Partizipation zu einem zentralen Bestandteil ihrer Konzeptionen machen, bieten die beste Gewähr, dass sich die demokratische Basis unserer Gesellschaft Schritt für Schritt ausweitet.

Last but not least: Wir brauchen – und dies wäre eine gute Weiterführung von E&C – intensivere, längerfristige Weiterbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte. Die bisherigen Arbeitsformen haben viel gebracht, gewährleisten aber noch keine nachhaltige Wirkung vor Ort. Im Bereich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt es derartige Moderatorenausbildungen. Warum sollen die ehrgeizigen Fachkräfte, die mehr aus ihrem beruflichen Alltag machen wollen und dafür auch Geld ausgeben, immer nur Berater/innen und Supervisor/innen werden?

#### **Literatur**

- Apel, P./Pach, R. (1997): Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern. Unna
- Bartscher, M. (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg
- Bartscher, M. (2000a): Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit. In: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hg.): Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements. Dokumentation der Veranstaltung vom 5./6.12.2000 in Berlin. Berlin (Onlinepublikation unter: <http://www.eundc.de/>)
- Bartscher, M. (2001): Sozialraumorientierung als Konzept der solidarischen Stadt - Beiträge der Jugendhilfe zur Stadtteilarbeit. In: Verein für Kommunalwissenschaften – Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (Hg.): Auf dem Weg zur solidarischen Stadt – Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe. Berlin
- Bartscher, M./Kriener, M. (2001): Rechte von Kindern und Jugendlichen als Herausforderung an die Jugendhilfe. In: Schröder, W./Struck, N./Wolff, M. (Hg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim
- DJI – Deutsches Jugendinstitut (1999): Beteiligung von Kindern in der Kommune – Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. München
- Hoffstadt, P./Malmede, H. (1995): Vordenker und Vorläufer. Mitbestimmung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen im 20. Jahrhundert. In: MAGS – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Mehr Demokratie durch Kinderbeteiligung. Chancen und Probleme der Partizipation von Kindern. Düsseldorf
- Meyer, T. (1994): Die Transformation des Politischen. Frankfurt a. M.
- Stadt Hamm (2000): Lebenslagen benachteiligter Menschen in Hamm – Kommunalen Armutsbericht. Hamm
- Stadt Hamm (2002a): Konzeption für die Stadtteiljugendhilfe im Hammer Norden. Hamm
- Stadt Hamm (2002b): Weiterführung der gemeinwesenorientierten Projekte ab 2003 (Beschlussvorlage 2622/02). Hamm
- Sünker, H./Swiderek, T. (1997): Partizipation hat Konjunktur. Kinderpolitik, Kinderrechte und Partizipation von Kindern. In: AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Dokumentation einer Fachtagung am 2./3.12.1996 in Köln. Bonn
- Weidner, J./Kilb, R. (2004): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden
- Yalom, I. D. (1989): Existentielle Psychotherapie. Köln

#### **Kontakt**

Matthias Bartscher  
Kinderbüro der Stadt Hamm  
Werler Straße 3  
59065 Hamm  
Tel: 02381/176202  
E-Mail: [bartscher@stadt.hamm.de](mailto:bartscher@stadt.hamm.de)

## Umsteuern: Kommunale Bündnisse, Good Governance und bürgerschaftliches Engagement als Strategie kommunalen Handelns

Mit den nachfolgenden Ausführungen unternehme ich den Versuch, den strategischen Ansatz der Sozialen Stadt in die aktuelle Situation der Städte einzuordnen und die Voraussetzungen für eine innovative Gestaltungspolitik auf Seiten von lokaler Politik und Verwaltung zu skizzieren.

Viele Kommunen, so auch Leipzig, haben sich auf den Weg von Reformen gemacht. Neue Steuerung, Kundenorientierung, Budgetierung, dezentrale Führungs- und Organisationsstrukturen und natürlich auch kommunale Bündnisse, Governance und Bürgerstaat waren und sind die Schlagworte. Doch alle Anstrengungen werden zum Großteil eingeholt von der öffentlichen Finanzkrise, die den Bewegungsspielraum der Städte aufzehrt. Angestrebte konzeptionelle Weiterentwicklungen müssen der Haushaltskonsolidierung weichen.

Die Kommunalisierung von Leistungen des Bundes und des Landes tragen darüber hinaus auch nicht wirklich zur Entlastung der Kommunen bei.

Das heutige Forum soll, so die Zielstellung, zum einen die Ergebnisse und Erfahrungen der Kommunen zum Forumsthema aufbereiten; zum anderen, und so sieht es auch der Veranstalter, sollen Perspektiven integrierter kommunaler Strategien aufgezeigt werden.

Die grundlegende Frage des heutigen Forums lautet: Wie viel Staat braucht die Gesellschaft?

Die Beschaffenheit der Problemlagen gibt die Richtung an. Was Politik heute zu bewältigen hat, greift tief ein in alle Bereiche der Daseinsfürsorge und Grundsicherung. Deshalb stößt politisches Handeln immer stärker auf Wirkungsgrenzen, wenn sich die Bürger/innen der Mitwirkung entziehen.

Auch aus diesem Verständnis heraus haben Verwaltung und Politik auf dem Weg zur Dienstleistungskommune die Bürger/innen wiederentdeckt. Zunächst als „Kunden/innen“, sodann aber auch in ihrer klassischen Form als Gestalter ihrer Lebensumwelt.

Bundespräsident Köhler eröffnete letzte Woche in Berlin eine sog. Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Er zitierte u. a. Max Frisch, der gesagt hat: „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Nichts anderes tun Menschen, wenn sie sich freiwillig engagieren. Auch Begriffe wie „Good Governance“ und „lokale Bündnisse“ signalisieren, dass sich im Verhältnis von staatlicher

Gewalt und bürgerschaftlichem Engagement Wichtiges zu verändern beginnt.

Aber wir alle kennen auch die Unkenrufe: Die Bürger sind müde, desinteressiert, haben keinen Blick für das Strategische bzw. denken nicht städtisch; ihre Meinung ist unqualifiziert und unerwünscht. Mit einem Wort: Die Bürger stören nur! Hans Magnus Enzensberger hat einen köstlichen Beitrag zu unserem Thema geliefert. In einem Gedicht mit dem Titel „Über die Schwierigkeiten der Umerziehung“ denkt er über die Veränderbarkeit von uns allen nach. Dort heißt es: „Einfach vortrefflich / all diese großen Pläne: / das Goldene Zeitalter / das Reich Gottes auf Erden / das Absterben des Staates. / Durchaus einleuchtend. / Wenn nur die Leute nicht wären! / Immer und überall stören die Leute. / Alles bringen sie durcheinander. / Wenn es um die Befreiung der Menschheit geht / laufen sie zum Friseur. / Statt begeistert hinter der Vorhut herzutrippeln / sagen sie: Jetzt wär' ein Bier gut. / Statt um die gerechte Sache / kämpfen sie mit Krampfadern und Masern. / Im entscheidenden Augenblick / suchen sie eine Briefkasten oder ein Bett. / Kurz bevor das Millennium anbricht / kochen sie Windeln. / An den Leuten scheitert eben alles. / Mit denen ist kein Staat zu machen. / Ein Sack Flöhe ist nichts dagegen. / Kleinbürgerliches Schwanken! / Konsum-Idioten! / Überreste der Vergangenheit! / Man kann sie doch nicht alle umbringen! / Man kann doch nicht den ganzen Tag auf sie einreden. / Ja wenn die Leute nicht wären / dann sähe die Sache schon anders aus. / Ja wenn die Leute nicht wären / dann ging's ruckzuck. Ja wenn die Leute nicht wären / ja dann!“

Das Minenfeld liegt vor uns. Wie also kann das gehen: Bürgerbeteiligung und Verwaltung, Bürgergesellschaft und Politik?

Niemand kann und wird behaupten, den Stein des Weisen gefunden zu haben. Leipzig ist auf dem Weg, auch wir sind Lernende.

Ich möchte Ihnen heute einige Beispiele aus Leipzig vorstellen, die verdeutlichen sollen, wie kommunale Bündnisse, bürgerschaftliches Engagement und Good Governance als Strategie kommunalen Handelns konzipiert und umgesetzt wurden und werden.

Die Beispiele sind stellvertretend für eine Vielzahl ähnlicher Projekte in der Bundesrepublik und wurden parallel sowohl zum zeitlich wie auch inhaltlich geführten Prozess E&C in den letzten sechs Jahren in Leipzig implementiert.



Ich möchte Ihnen zunächst vier Projekte vorstellen, die federführend durch die Stadtverwaltung angestoßen und betrieben werden. Das sind zunächst:

- die „Bürgersprechstunde des OBM“,
- dann als ein Prozessbeispiel die Erstellung des Kinder- und Familienberichtes,
- als drittes ein Beispiel für die Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung im Leipziger Osten,
- und viertens das Quartiersmanagement

Im Anschluss möchte ich darstellen, wie die Stadtverwaltung auf das selbsttätige Engagement von Bürger/innen bzw. Bürgervertretern reagiert und ihnen Mitwirkung in eigener Sache ermöglicht. Hier stehen dementsprechend von Bürger/innen initiierte Aktivitäten im Mittelpunkt.

### **Bürgersprechstunde**

Dies sind keine Sprechstunden im klassischen Sinne, in denen alle angeführten Probleme qua Anweisung des Oberbürgermeisters an die Verwaltung gelöst werden. Darum bemühen sich die Mitarbeiter/innen des Stadtbüros, die verwaltungsintern die Behandlung der aufgeworfenen Fragen verfolgen. Wir verstehen die Bürgersprechstunde vor allem als einen Seismografen, der erzählt, welche Ansichten und Meinungen die Bürger bewegen. Dies sind häufig gänzlich andere als die, die auf unserer politischen Agenda ganz oben stehen.

Dennoch: Zwischen 30 und 40 Bürger/innen machen regelmäßig von der Möglichkeit Gebrauch, mit unseren städtischen Entscheidungsträgern zu diskutieren und eigene Überlegungen und Anregungen beizusteuern.

Dies führt mich zu meiner ersten These: Bürgerbeteiligung ist kein Allheilmittel gegen Entpolitisierung, wohl aber gegen Desinformation und Desinteresse am Gemeinwesen. Die Bürger/innen werden ernst genommen. Im gemeinsamen Gespräch entsteht Respekt, Vertrauen, Verständnis.

In diesem Zusammenhang hat das Stadtbüro begonnen, eine spezielle kommunale Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen. Sie will keine klassische Informationspolitik sein, sondern den Dialog zwischen den Leipziger/innen und ihrer Verwaltung anregen. Wenn sich im Stadtbüro Hinweise zu einem Thema häufen, werden dort Gespräche, Workshops und Schlichtungsrunden organisiert. Das Stadtbüro bietet eine Plattform für Initiativen jeder Art und leitet deren Einzelanfragen an die entsprechenden Ämter weiter. Das Stadtbüro ist zu einer festen Größe geworden, die von Bürger/innen, Politik und Verwaltung als Vermittlungsinstanz eine immer größere Anerkennung erfährt.

### **Kinder- und Familienbericht**

Aus dem Bereich der Fachplanung stammt das zweite Beispiel, von dem ich berichten will: der Kinder- und Familienbericht. Er ist nicht, wie bei solchen Berichten ansonsten üblich, durch ein wissenschaftliches Institut erarbeitet worden. Wir sind hier andere Wege gegangen.

In einem Prozess von fast zwei Jahren haben sich thematische Arbeitsgruppen, die mit Interessierten aus den unterschiedlichsten Bereichen – Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Vereinen und eben interessierten Bürger/innen – besetzt waren, über den aktuellen Status quo informiert und ausgetauscht. Insgesamt waren es ca. 130 Leipziger Bürger/innen.

Auf dieser Basis haben sie Entwicklungsdefizite herausgearbeitet und Leitlinien für den Stadtrat formuliert. Die inhaltliche Koordination fand durch einen Beirat statt, in dem Stadträte, wissenschaftliche Experten/innen und Fachleute saßen. Gerne stellen wir Ihnen den Bericht zur Verfügung.

Dies führt mich zu meiner zweiten These: Bürgerbeteiligung kann keine Mehrheiten mobilisieren, wohl aber das soziale Wissen qualifizierter Minderheiten in Entscheidungsprozesse einbringen. Der Verlauf des Prozesses garantiert so einen möglichst umfassenden Blick auf das zu lösende Problem.

Unser über 300-seitiger Bericht spiegelt die unterschiedlichen Facetten unseres Gegenstandes wider und entwickelt eine Palette von Vorschlägen, in denen sich die durchaus widersprüchlichen Einschätzungen der beteiligten Akteure reflektieren. Durch die basisorientierte Erstellung des Berichtes haben wir diese Pluralität der Stimmen ebenso bewusst einkalkuliert wie das Einstellen von Perspektiven, die sich von denen eines Wissenschaftlers, einer Wissenschaftlerin oder von Verwaltungsexperten/innen, die mit Kinder- und Familienpolitik betraut sind, unterscheiden.

Was wir wollten, war zweierlei: Zunächst die Erstellung eines lebendigen und lebensnahen Berichts und, darüber hinaus, die Bildung eines Netzwerks aus engagierten Experten/innen aus allen Feldern unserer Stadtgesellschaft. Der Bericht stellt daher die Zusammenfassung eines kontroversen Diskussionsprozesses dar. Seine Erkenntnisse fundieren auf einem Netzwerk sozialen Wissens und werden in die städtischen Entscheidungen einfließen bzw. sind bereits umgesetzt.

Diese Idee einer umfassenden Beteiligung von Laien/innen und Experten/innen, von Interessenverbänden und Vereinen zum jeweiligen Thema praktizieren wir auch bei der Erarbeitung anderer fachpolitischer Leitlinien, etwa zur Kulturpolitik der Stadt, zur Drogenpolitik oder zur Umweltpolitik. Zweifelsfrei: Dies geht

nicht immer in dem gewünschten Tempo. Diskussionen besitzen ihre eigene Zeitökonomie. Aber die Zeit, die wir hier investieren, um einen Konsens zu erzielen, gewinnen wir bei der politischen Umsetzung.

### **Forum Leipziger Osten**

Mein drittes Beispiel kommt aus dem klassischen Feld der Bürgerbeteiligung, der Stadtplanung und Umfeldgestaltung.

Schon vor Beginn die Betroffenen einzubinden, darin besteht die Planungslogik, die die Stadt in den Sanierungsgebieten, soweit als möglich, anwendet. Im Idealfall werden schon die Planungsthemen – Schule/Freizeit, Grünflächen, Parkplätze, Ordnung/Sicherheit – im Gespräch mit den Bewohner/innen bestimmt.

Reichen die Mittel nicht aus, wird unter Beteiligung der Bürger/innen eine Prioritätensetzung vorgenommen. Dieses Procedere ist nicht an einzelne Modellprojekte gebunden, sondern allgemeine Strategie der Stadt. In einigen Sanierungsgebieten werden hierfür besondere Stadtteilläden eingerichtet. Dort werden Versammlungen und Planungsworkshops durchgeführt und die Bürger/innen können sich über den aktuellen Stand der Vorhaben informieren.

Als Exempel für diese Planungskultur will ich das „Forum Leipziger Osten“ benennen, das eine beispielhafte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand, Wirtschaft und Bevölkerung symbolisiert.

Der Leipziger Osten war und ist ein typischer Sozialraum mit den für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf üblichen Defiziten

Ziel ist es, gemeinsam mit Experten/innen, der Bevölkerung und den verschiedenen Akteuren innerhalb des Sozialraumes „Leipziger Osten“ Zukunftsperspektiven für diesen Stadtteil zu finden. An gleichberechtigten „Bänken“ diskutieren Profis aus Verwaltung und Unternehmen mit Bürgervertreter/innen über Leitbilder, Projekte und deren Realisierung.

Dies führt mich zu meiner dritten These: Bürgerbeteiligung zwingt die Experten/innen, ihr Fachwissen in der konkreten Situation überprüfen zu lassen, es veränderbar zu halten. Bürgerbeteiligung ist in dieser Hinsicht ein Gegenmittel gegen bürokratische Verkalkung und den stets besserwisserischen Amtsschimmel.

Wir verfolgen diese Aktivitäten mit großem Interesse und wissen, dass das Engagement der daran Beteiligten außerordentlich ist. Die überaus positive Resonanz macht deutlich, wie wichtig es ist, sich als Verwaltung bei Planungen auf eine Diskussion mit den Bürger/innen einzulassen. Vielleicht hat auch das Forum entscheidend dazu beigetragen, ein Wir-Gefühl zu entwickeln und zu stärken.

Dennoch, auch bei einem so beispielhaften partizipatorischen Vorgehen muss immer wieder betont werden, dass es um Beteiligung durch Bürger/innen geht. Die Interessenabwägung zwischen Bürgervorstellungen, Planungsgrundsätzen, Vorstellungen anderer Institutionen und Ämter bleibt der Verwaltung und abschließend dem Stadtrat vorbehalten.

Dies führt mich zu meiner vierten These: Bürgerbeteiligung bedarf einer klaren Grenzziehung zwischen öffentlicher Beratung und parlamentarischer Entscheidung. Die Verantwortung gewählter Repräsentanten/innen lässt sich nicht delegieren.

### **Quartiersmanagement**

Mein letztes Beispiel einer durch die Verwaltung initiierten Bürgerbeteiligung ist das Quartiersmanagement. Ihnen allen ist dieses Instrument sicherlich bekannt.

Eine wichtige Aufgabe des Quartiersmanagements besteht darin, gerade Bewohnergruppen, die ihre Bedürfnisse nicht artikulieren können oder wollen, das Wort zu geben. Eine professionelle Moderation und ein räumlicher Anlaufpunkt im Quartier sind hierfür die minimalen Grundbedingungen.

Quartiersmanagement muss daher notwendigerweise langfristig angelegt sein. Es reagiert vorrangig nicht auf akute Krisen, sondern versucht behutsam Potentiale in benachteiligten Gebieten zu identifizieren und vorhandene Handlungsansätze zu entwickeln und zu fördern.

Dies führt mich zu meiner fünften These: Bürgerbeteiligung darf keine Illusionen wecken. Bürgerbeteiligung lotet die Möglichkeiten und Grenzen nicht parlamentarischer und parteiunabhängiger Politikformen aus. Sie ist auf kommunaler Ebene eine wünschenswerte Figur des politischen Engagements, aber nicht die „bessere“ oder „eigentliche“ Form politischer Aktivität.

### **Das Engagement der Leipziger Bürger/innen**

Mit diesen vier Beispielen wollte ich schildern, wie Politik und Verwaltung in Leipzig sich den Bedürfnissen und Anliegen der Bürger/innen öffnen. Wir haben uns das Ziel gesetzt, Strukturen aufzubauen, in denen die Mitwirkung an Entscheidungen, die das eigene Umfeld betreffen, möglich und sinnvoll ist.

Wie ich schon eingangs betont habe, ist aber nicht nur die Aktivierung von vormals passiven Bürger/innen wichtig. Ohne ein Potential von Menschen, die spontan und ohne „amtlichen“ Impuls etwas bewegen wollen, bleibt Bürgerorientierung eine Adresse ohne Anschrift. In Leipzig besitzen wir eine lange Tradition des bürgerschaftlichen Engagements.

So haben sich Bürger/innen recht zeitig in Vereinen zusammengeschlossen, um die Renovierung der Thomaskirche, des Gohliser Schlösschens und des Völkerschlachtdenkmal zu unterstützen.

Neben der Akquise von Finanzen geben die Fördervereine zudem ein unübersehbares Signal dafür, dass die Entwicklung unserer Stadt, die Herrichtung von gründerbauzeitlichen Gebäuden und Denkmälern nicht nur eine politische Aufgabe der Stadtväter darstellt, sondern Herzensangelegenheit der Leipziger/innen ist.

Um dieses Engagement zu erhalten und zu fördern, ist es besonders wichtig, dass Politik und Verwaltung eine Zusammenarbeit mit diesen Initiativen finden und sie in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Ein Beispiel hierzu ist der „Dialog zwischen Stadtverwaltung und Bürgervereinen“.

Die Leipziger Bürgervereine sind schwerlich mit Bürgerinitiativen westdeutscher Couleur zu vergleichen, die sich zur Interessenvertretung für eng umrissene Probleme zusammenschließen und nach deren Lösung oftmals zerstreuen. In Leipzig haben sich nach der Friedlichen Revolution Bürger/innen zu Vereinen in ihren Stadtteilen zusammengefunden, um das Leben dort mitzugestalten. Manche haben für eine gewisse Zeit auch Aufgaben übernommen, die die geschwächte Kommune nicht erfüllen konnte. Daher rühren die unterschiedlichen Profile der Vereine: Einige engagieren sich in planerischen Fragen, andere bieten Beratungsleistungen für die Bewohner/innen ihres Viertels an, wieder andere betreiben Seniorentreffs oder Jugendclubs.

Erfahrene Verwaltungsfachleute unter Ihnen haben das damit einhergehende Problem sicherlich schon erkannt: In die Ämterstrukturen, nicht zu reden von den Förderstrukturen, passen diese Vereine nicht hinein. Sie müssen sich für jedes Vorhaben neue Ansprechpartner suchen. Wenn sich ihre Schwerpunkte aus aktuellem Anlass verschieben, führt dies auch oft zu Irritationen in der Stadtverwaltung. Aus diesem Grund hat das Stadtbüro den „Dialog zwischen Stadtverwaltung und Bürgervereinen“ ins Leben gerufen. Zu jeder Veranstaltung werden Vertreter/innen eines Amtes, die Vorsitzenden aller Bürgervereine, die Vertreter/innen der Stadtratsfraktionen und der Stadtbezirksbeiräte eingeladen. Zu einem vorher festgelegten Thema versuchen die Teilnehmer/innen, konkrete Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit zu finden, an die dann sowohl die Vereine als auch die Ämter gebunden sind.

Der „Dialog zwischen Stadtverwaltung und Bürgervereinen“ soll die Initiative der Vereine fördern und Hilfe zur Selbsthilfe leisten, damit

wir im gemeinsamen Gespräch ergebnisorientiert zu konkreten Festlegungen kommen. Die Unterstützung der Stadtverwaltung reicht von der bewohnerbezogenen Grundfinanzierung der Vereine bis zum Rederecht in Stadtbezirksbeiräten.

Ein weiteres und für Leipzig sehr bedeutendes Ereignis war mit der Implementierung des „Lokalen Bündnisses für Familie“ gegeben. Die damalige Familienministerin Schmidt eröffnete die gleichnamige bundesweite Initiative hier in Leipzig – wir verstehen diesen Auftakt der Initiative auch als Anerkennung für das in Leipzig Geleistete.

Mit dem Ansatz, sich vor Ort durch gemeinsame Projekte für die Belange von Familien einzusetzen, in Partnerstrukturen aus Kommunalpolitik, Unternehmen, Verbänden, Kirchen, freien Wohlfahrtsträgern und Elterninitiativen zusammenzuarbeiten, trifft „Lokale Bündnisse für Familie“ in Leipzig den Nerv der Zeit. Es ist eine innovative Ideenschmiede und ergebnisorientierte Projektgemeinschaft, in der konkrete Vereinbarungen formuliert und gemeinsam in die Praxis umgesetzt werden.

Die Initiative hat sich mit bemerkenswerter Dynamik zu einem Erfolgsmodell entwickelt, das Schule macht und einen nachhaltigen Mentalitätswandel vorantreibt.

Die Erstellung der lokalen „Agenda 21“ ist ein weiteres Beispiel für eine Kooperation von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft. Seit vielen Jahren diskutieren Hunderte von Bürgern/innen aus allen gesellschaftlichen Gruppen in über 20 Arbeitsgruppen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung sind in den meisten dieser Arbeitsgruppen vertreten und tragen deren Ideen in die Stadtverwaltung. Wir selber haben zudem eine Arbeitsgruppe gebildet, in der das Verwaltungshandeln auf seine Nachhaltigkeit hin abgeklöpft wurde.

Die Stadt unterstützt den Agenda-Prozess aber auch in anderer Weise. Seit mehreren Jahren finanzieren wir gemeinsam mit Sponsoren/innen ein Agendabüro mit zwei Mitarbeiter/innen, die die Arbeitsgruppen moderieren, Öffentlichkeitsarbeit für den Prozess betreiben und ihn dokumentieren.

Ein für Leipzig ganz besonders wichtiges Projekt möchte ich bewusst an das Ende meiner Ausführungen stellen, und dieses Projekt zugleich besonders herausheben. Leipzig hat sich erfolgreich bei der Bertelsmann-Stiftung um die Umsetzung des Projektes „Mitwirkung – ein Projekt zur Partizipation von jungen Menschen an der Kommunalpolitik“ beworben und ist gegenwärtig in der Umsetzungsphase. Die heranwachsende Generation in die Verantwortung einzubeziehen, ist vor dem Hintergrund

der prognostizierten Bevölkerungsbewegung umso dringlicher, als immer weniger junge Menschen die Antworten auf die Fragen unserer Zeit entwickeln müssen. Partizipation ist das Lebenselixier der Bürgerkommune. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist konkrete Zukunftssicherung!

Dies führt mich zu meiner sechsten und letzten These: Im Zeitalter globaler Zusammenhänge ist Bürgerbeteiligung die Prüfung des Großen im Kleinen. Sie betrachtet die großen Projekte und Probleme unter dem Blickwinkel ihrer Alltäglichkeit. In dieser Hinsicht ist sie ein notwendiger Vorgang der Veranschaulichung und Komplexitätsreduktion: ein Musterbeispiel politischer Bildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in drei Gedanken die Notwendigkeit und die Chance des Forumthemas zusammenfassen:

- Die Praxis zeigt: Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung funktionieren. Entscheidend dafür sind allerdings Klarheit der Aufgabenstellung, Verbindlichkeit der Verfahren und förderliche Rahmenbedingungen.
- Verwaltung und Politik sind gehalten, unter Wahrung der gesetzlichen Regularien und Vorschriften den Rahmen bürgerschaftlichen Engagements flexibel zu halten und somit bürgernahe Kommunalpolitik gestaltbar zu machen.
- Die Brücke zur nachwachsenden Generation zu schlagen ist ein Eckstein der Kommunalentwicklung, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen und die Entwicklung tragfähiger Beteiligungsformen eine kommunalpolitische Schwerpunktaufgabe.

## **Kontakt**

Thomas Ehlert  
Stadt Leipzig  
Jugendamt – Planungscoordination/Statistik  
Naumburger Straße 26  
04229 Leipzig  
Tel: 0341/1234319  
E-Mail: tehlert@leipzig.de

## Kinder fördern heißt Eltern fördern: Unterstützung von Familien und Kindern durch integrierte Dienste im Stadtteil

### Ausgangslage: Armut und Benachteiligung

Die im Jahr 2000 im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt durchgeführte Studie des ISS Frankfurt „Gute Kindheit – Schlechte Kindheit“ weist Unterschiede in vier zentralen Dimensionen der Lebenslage von armen und nicht-armen Kindern auf:

- **Materielle Versorgung des Kindes:** Wohnen, Nahrung, Kleidung;
- **Kulturelle Versorgung des Kindes:** kognitive Entwicklung, sprachliche und kulturelle Kompetenzen, Bildung;
- **Situation im sozialen Bereich:** soziale Lage, soziale Kompetenzen;
- **Psychische und physische Lage:** Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung.

Abbildung 1 verdeutlicht eindrucksvoll die mehrdimensionale Beeinträchtigung der Lebenslagen armer Kinder im Vergleich zu nicht-armen Kindern.

Lebenslagenbereich	arme Kinder	nicht-arme Kinder
<b>Grundversorgung</b> (n = 220 arm; n = 598 nicht-arm)	<b>40 %</b>	<b>15 %</b>
<b>Gesundheit</b> (n = 225 arm; n = 640 nicht-arm)	<b>31 %</b>	<b>20 %</b>
<b>Kulturelle Lage</b> (n = 223 arm; n = 614 nicht-arm)	<b>36 %</b>	<b>17 %</b>
<b>Soziale Lage</b> (n = 219 arm; n = 618 nicht-arm)	<b>36 %</b>	<b>18 %</b>

Zu den zentralen Ergebnissen der Studie zählen:

- Kinderarmut ist verbreiteter, als gemeinhin angenommen wird.
- Sie beschränkt sich nicht allein auf unzureichendes Einkommen, sondern führt bei Kindern vor allem zu Entwicklungsdefiziten, sozialer Ausgrenzung und Unterversorgung.
- Armut prägt die kindliche Lebenssituation von Vorschulkindern zwischen Wohlergehen und multipler Benachteiligung, doch leiden auch Kinder aus nicht-armen Familien durchaus an vielfältigen Einschränkungen.
- Die Folgen von Armut müssen frühzeitig und umfassender wahrgenommen werden und könnten stärker durch ein präventiv wirkendes Hilfesystem aufgefangen werden.

Auf dieser Grundlage stellt sich die Frage, wie es möglich ist, eine Entwicklung aufzubrechen, die sich bei einem nicht geringen Anteil der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen lässt. Wie kann ein System, welches sich zur Aufgabe macht, Lebensbedingungen von Kindern und Familien zu verbessern und Benachteiligungen abzubauen, in Anbetracht genannter Fakten reagieren und Strukturen schaffen, die bei den betroffenen Familien die gewollte Unterstützung auch ankommen lassen?

Der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Heinz Hilgers nennt es eine verfehlte Familienpolitik, wenn mehr als eine Million Kinder in Deutschland allein durch ihre Herkunft schlechtere Bedingungen erhalten.

Die Erkenntnisse der AWO/ISS Studie belegen erschreckend, dass bereits im Kindergartenalter Defizite bestehen, die sich in der Schule

fortsetzen und die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Fortführung der Benachteiligung im Jugendalter führen.

Interessant ist hierbei auch die weiterführende Studie des ISS zu Kindern im Grundschulalter (Holz 2003), die verdeutlicht, dass sich Benachteiligungen beim Wechsel zur weiterführenden Schule nochmals fortsetzen und offensichtlich werden.

Abbildung 2 stellt sehr eindeutig die unterschiedlichen

Bildungswege armer und nicht-armer Kinder heraus. Sie zeigt, dass von Armut betroffene Kinder nach Beendigung der Grundschulzeit im Vergleich zu nicht-armen Kindern häufig eine Förderschule (4,7 %) besuchen oder durch Klassenwiederholungen o. ä. eine längere Zeit an der Grundschule (12,5 %) verbringen müssen. Beim Schulwechsel geht die Mehrzahl der Kinder aus benachteiligten Familien an die Haupt- oder Realschulen. Im Vergleich zu den nicht-armen Kindern (30,5 %) schafft nur ein geringer Anteil der armen Kinder (3,1 %) den Sprung zum Gymnasium.

Unter diesem Gesichtspunkt wird die Forderung des ISS nach einem präventiv wirkenden Hilfesystem verständlich. Die ganzheitliche Förderung des Kindes muss mit dem Ziel der Prävention in einem interdisziplinären Prozess verschiedener Institutionen und Professionen

Abb. 1: Anteil armer und nicht-armer Kinder mit Defiziten nach Lebenslagenbereich (absolut und auf- oder abgerundete Angaben in Prozent) (Quelle: Hock/Holz/Wüstendörfer 2000, S. 50)

Voraussichtlicher Schulbesuch nach der 4. Klasse	arm	nicht-arm
Förderschule	4,7 %	0,6 %
Weiterhin Grundschule (d.h. Klasse wiederholt)	12,5 %	6,8 %
Hauptschule	14,1 %	10,7 %
Realschule	26,6 %	21,5 %
Gymnasium	3,1 %	30,5 %
Gesamtschule	17,2 %	10,2 %
Förderstufe/Orientierungsstufe	9,4 %	11,3 %
Grundschule 5. Klasse (Berlin)	4,7 %	5,6 %
Weiterhin Grundschule (da erst 2000 eingeschult)	6,3 %	1,1 %
Sonstige	1,6 %	1,7 %

Abb. 2: Unterschiedliche Bildungswege armer und nicht-armer Kinder

münden, der das Kind in seiner gesamten Lebenslage erkennt. Hierzu bedarf es eines Konzeptes, welches Familien frühstmöglich erreicht, ihnen Information und Begleitung, Gesundheitsschutz und die Entwicklung von Gesundheitskompetenzen bietet.

Diese komplexe und langfristig angelegte Aufgabe kann nicht von einem Versorgungsektor allein, z. B. der Jugendhilfe oder dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), bewältigt werden, sondern muss in Kooperation mit sozialen Diensten, Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfe, Krankenkassen und anderen Partnern innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens in Angriff genommen werden.

Wirksame Prävention von Armutfolgen bei Kindern muss die verschiedenen kindlichen Lebensbereiche konkret ins Auge fassen und unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure ein Netzwerk der Prävention mit dem Ziel der Entwicklung familiärer Eigenkompetenzen aufbauen.

Gesunde Ernährung, Sprachkompetenz, soziales Verhalten und Fragen des Grenzensetzens bei Kindern sind nach Ansicht von Erzieher/innen die wesentlichen Themen, die Eltern näher gebracht werden sollten. In der Diskussion zu früher Förderung von Kindern und Familien ist besonders in sozialen Brennpunkten eine neue Herangehensweise zur Erweiterung familieneigener Ressourcen bedeutsam. Gelingt es, mit den Methoden der Jugendhilfe insbesondere benachteiligte Familien in der niederschweligen und familienbezogenen Kindertagesstätte anzusprechen, so ist die erste Schwelle zur Verbesserung der Lebensbedingungen von armen Kindern und Familien überwunden.

Wird die Kindertagesstätte durch das gesamte vielfältige System der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens als wichtiger Knotenpunkt erkannt und gelingt die Vernetzung mit unterschiedlichen Institutionen, dann stehen der Erzieherin die Partner/innen zur Seite, die

mit ihr gemeinsam die notwendige Qualität für Familien in Brennpunkten gestalten.

### Mo.Ki – Monheim für Kinder

#### *Die Strategie Mo.Ki – Monheim für Kinder*

In der Stadt Monheim am Rhein verdeutlichte eine Verdoppelung der Heimunterbringungszahlen im Jahr 2001 einen akuten Handlungsbedarf im sozialen Brennpunkt der Stadt. In 80 % der Unterbringungsfälle verstärkte die bestehende Kinderarmut die Notwendigkeit der Hilfe zur Erziehung, und 90 % der im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung untersuchten Kinder zeigten erhebliche Auffälligkeiten. Es wurde deutlich, dass hilfebedürftige Kinder bereits im Kleinkindalter Auffälligkeiten zeigten, ohne dass die klassischen Interventionsmöglichkeiten der Jugend- und Gesundheitshilfe diese zu beheben in der Lage waren. Erkenntnisse der Stadt Monheim am Rhein wurden durch die Studie des ISS Frankfurt zu Armutfolgen bei Kindern empirisch unterstützt.

Auf dieser Grundlage initiierte die Stadt Monheim am Rhein im Jahr 2002 eine Strategie der träger- und institutionenübergreifenden präventiven Ausrichtung der Jugendhilfeplanung.

Eingebettet in die gesamtstädtische Leitbilddebatte gelangten Verwaltung und Politik zu dem Entschluss, einen Perspektivenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfepolitik einzuleiten.

Als neuer fachlicher Standard der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe gilt nun „Prävention statt Reaktion“, um Kinder und ihre Familien in verschiedenen Entwicklungs- und Übergangsphasen frühzeitig und verlässlich zu begleiten und auf diese Weise die Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder zu stärken sowie Armutfolgen und soziale Benachteiligung abzubauen (Holz/Schlevogt/Klein 2005, S. 6).

Die Umsetzung der kommunalen Strategie



zur Vermeidung von negativen Auswirkungen von familiärer Armut auf die Lebenslage, Gesundheit und Entwicklungschancen von Kindern erfolgte in den Jahren 2002–2004 zunächst als Modell der Stadt Monheim am Rhein in Kooperation mit der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Form des Projektes „Mo.Ki – Monheim für Kinder“.

Seit 2005 ist die präventive Politik von Mo.Ki festgeschriebener Planungshintergrund der Rheingemeinde. Ziel der in Mo.Ki realisierten Unterstützungs- und Beratungsangebote für Eltern und Kinder in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, dem Berliner Viertel in Monheim am Rhein, ist die Aktivierung und Ausbildung familieneigener Ressourcen zur Verbesserung ihrer Lebenslage.

Um eine verlässliche und präventiv ausgerichtete Struktur zur Vermeidung bzw. Verminderung der negativen Auswirkungen von „Kinderarmut“ in Monheim am Rhein zu gewährleisten, wird die Arbeit der Kindertagesstätten als Knotenpunkt innerhalb des kommunalen Jugendhilfe- und Gesundheitssystems weiterentwickelt.

Seit 2001 gestaltet sich die Jugendhilfelandchaft der Stadt Monheim am Rhein zu einem zielorientierten Netzwerk der Prävention und Familienförderung.

Fünf Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt, der AWO, der katholischen und evangelischen Kirche bilden das Zentrum der Strategie. Aus ihnen heraus wirkt der präventive Gedanke und verbindet die Institutionen. Eine Koordination sichert den Ablauf und die Entwicklung der Planung.

Mittlerweile ist Mo.Ki zum bundesweiten Vorzeigemodell geworden und erhielt im Juni 2004 den deutschen Präventionspreis des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, der Bundeszentrale für gesundheitlichen Aufklärung (BZgA) und der Bertelsmann Stiftung. Die OECD erwähnt es in ihrem 2004 erschienen Bericht „Die Politik der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ (OECD 2004, S. 64f.) als beispielhaft in der Förderung benachteiligter Kinder.

#### *Förderung von Kindern und Eltern in der Kindertagesstätte am Beispiel Mo.Ki – Monheim für Kinder*

Kinder zu fördern und ihnen neue Chancen zu ermöglichen – in sozialen Brennpunkten muss dieses Ziel die beschriebenen Folgen der Lebenssituation Armut auf Kinder im Blick haben.

In Mo.Ki – Monheim für Kinder geht es in der Umsetzung um :

- Förderung von Eltern und Kindern,

- Qualifizierung der Erzieher/innen,
- Ausbau von Vernetzung,
- Weiterentwicklung der präventiven Jugendhilfeplanung.

Innovative Bausteine der Arbeit mit Eltern und Kindern wirken gezielt auf eine Verbesserung der Lebenslagen von armen Kindern und verknüpfen erfolgreich Inhalte des Jugendhilfe- und Gesundheitswesens.

So geht es in Mo.Ki konkret um die Installation von Sprachförderangeboten in der Kindertagesstätte, um Gesundheits- und Bewegungsförderung, aber auch um das Angebot von kultureller Bildung und sozialem Lernen, wie anhand nachfolgender Beispiele dargestellt.

#### *Sprachförderung*

Zur Prävention von Armutsfolgen und zum Abbau von Benachteiligungen ist der Erwerb größtmöglicher Sprachkompetenz von primärer Bedeutung.

Mo.Ki ist es gelungen, Sprachförderung in der Kindertagesstätte effektiv zu realisieren. Die Kinder erweitern spielerisch ihren Wortschatz und werden zum Sprechen aufgefordert. Türkischsprachige Kinder erhalten durch das Programm „Rucksack“ besondere sprachliche Förderung.

Geboten wird ein Angebot für Kinder, durch das die Muttersprache und zugleich die Zweitsprache Deutsch gelernt werden kann. Die Mütter werden zu Lehrerinnen ihrer Kinder und erhalten Unterstützung und Anleitung durch speziell ausgebildete Erzieher/innen der Kindertagesstätte.

„Rucksack“ wird gemeinsam mit dem Gesundheitsamt durchgeführt und findet regen Zulauf. In den türkischen Familien ist die Einsicht gewachsen, dass der Besuch einer Kindertagesstätte für die Entwicklung ihrer Kinder sehr förderlich ist.

Eine zweite Sprache neben der Muttersprache zu lernen – für viele Kinder in benachteiligten Quartieren bedeutet das: Deutsch als Zweitsprache. Mit deutschsprachigen Freunden/innen im Kindergarten lernen sich deutsche Wörter schneller. Unter Umständen gehen aber auch nach und nach geläufige Wörter der vertrauten Muttersprache verloren. Um diesem Effekt entgegenzuwirken und auch die „eigene“ Sprache zu fördern, Vertrautheit in den Kindergartenalltag zu bringen – dazu gibt es bei Mo.Ki Lesepaten/innen. Türkische Mütter lesen den Kindern türkische Märchen und Geschichten vor. Die Kinder freuen sich auf sie und hören ihnen gerne zu. Sprachliche Gewandtheit wird gelernt, etwas bislang Unbekanntes – das Vorlesen – kennen gelernt.

Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheits-

amt ist hierbei von unschätzbarem Wert. Die Erzieher/innen werden für den Gesundheitsdienst zu Partner/innen der Herausbildung wichtiger Fertigkeiten zur erfolgreichen Einschulung. Besondere sprachliche Förderung wird mit dem Ziel der regelmäßigen Teilnahme des Kindes durch Logopäden/innen in der Kindertagesstätte angeboten. Die Kontakte zu Therapeuten/innen werden erleichtert und der Sinn des Therapieangebotes in der Kindertagesstätte kann mit Unterstützung des Gesundheitsamtes den Eltern gut vermittelt werden.

Ein Erfolg für die Kinder, der nur durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit erreichbar ist.

#### *Vermittlung ins Gesundheitssystem*

Die regelmäßig angebotenen Vorsorgeuntersuchungen des Gesundheitssystems werden von Armutsfamilien vielfach nicht wahrgenommen. Dieser Umstand führt häufig zu einer verspäteten Diagnose von Entwicklungsverzögerungen oder Förderbedarfen. Im Baustein „Ich geh' zur U und Du?“ der BZgA übernimmt die Kindertageseinrichtung Mitverantwortung für den wichtigen Kinderarztbesuch. Eltern werden an anstehende Untersuchungen erinnert und deren Nutzen nochmals deutlich gemacht.

Die Mitarbeiter/innen in Kindertagesstätten beobachten, dass benachteiligte Eltern Entwicklungschancen bei unter dreijährigen Kindern übersehen. Auch Angebote der Geburtsvor- oder -nachbereitung werden selten wahrgenommen.

In Zusammenarbeit mit Hebammen, Geburtsvorbereiterinnen und Kinderkrankenschwestern wurden Kurse zur Geburtsvorbereitung und Nachsorge abgestimmt. Die Angebote werden in den Räumlichkeiten der Kindertagesstätten realisiert.

Örtlichen Gynäkologen/innen und Kinderärzten/innen wurde das Konzept vorgestellt, damit sie ihren Patientinnen das Angebot vorlegen und im Sozialraum schwangere Frauen und ihre Partner beraten können. Die ortsansässigen Kinder- und Frauenärzte/innen sollen in den Verbund miteinbezogen werden, da sie oftmals den ersten Kontakt der gefährdeten Familien mit dem Gesundheitssystem sicherstellen. Eine Sensibilisierung der Ärzte/innen für die Unterstützungsbedarfe „armer“ Familien könnte einen noch früheren Einstieg in die Prävention von Armutfolgen bei Kindern bedeuten.

#### *Förderung von Eltern in der Kindertagesstätte*

Gerade in problematischen Lebenssituationen erleben sich viele Eltern überfordert oder hilflos. Sie fühlen sich nicht ausreichend in der Lage, ihre Kinder in schwierigen Entwicklungsphasen zu unterstützen. Präventive Maß-

nahmen wie die Stärkung der Erziehungskompetenz tragen zur Verhinderung psychischer und physischer Gewalt bei. Im Rahmen von Elternabenden, Selbsthilfegruppen und Beratungsangeboten können sich Eltern mit unterschiedlichen Erziehungsstilen auseinandersetzen, neue Lösungswege aus Konfliktsituationen kennen lernen und sich über die Entwicklung ihres Kindes informieren.

Die regelmäßigen Elternabende beziehen unterschiedliche Akteure des Stadtteils mit ein. Die Familien lernen neben fachlichen Informationen auch Hilfsangebote und Institutionen im sozialen Nahraum kennen.

Dem Baustein „FuN – Familie und Nachbarschaft“ kommt im Kontext der Prävention von Armutfolgen bei Kindern eine besondere Bedeutung zu, da er sich gezielt an sozial benachteiligte Familien richtet und sich an deren Sozialraum orientiert.

Ziel des Gesamtprogramms ist es, die im Familiensystem vorhandenen Ressourcen zur Begleitung und Erziehung der Kinder sowie zur Gestaltung eines tragfähigen Familienlebens zu aktivieren.

Durch gemeinsame Aktivitäten erleben die Familien ein positives Familienklima, eine Stärkung ihrer Eigenpotentiale und des Familienzusammenhaltes.

Das achtwöchige Familienbildungsprogramm mit halbjähriger Nachbetreuung findet in den Kindertageseinrichtungen statt. Hierzu ausgebildete Erzieher/innen der Kindertagesstätte führen das Angebot durch, wählen Familien mit Unterstützungsbedarf gezielt aus und ermutigen sie zur Teilnahme an der Familienbildungsmaßnahme.

Hierdurch entstehen bei den Familien neue Kontakte, sie helfen und unterstützen sich gegenseitig. Eine beginnende Isolation kann abgewendet werden, und die Familien erfahren ihre Lage nicht mehr als einzigartig.

Ebenso verhält es sich mit Deutschkursen für ausländische Mütter in der Kindertagesstätte.

Frauen mit Kopftüchern büffeln Deutsch in einem Nebenraum der Kindertagesstätte: ein ungewohnter Anblick. Der Effekt für die Kinder ist jedoch unschätzbar. Diese Frauen würden nur im seltensten Fall den Weg in einen Sprachkurs finden, da ihnen die Erlaubnis der Männer möglicherweise fehlt. Die Kindertagesstätte ist jedoch ein Raum, der mit diesen Einschränkungen nicht zu kämpfen hat. Die Frauen sind hier unter sich und in der Nähe ihrer Kinder. Sie treffen sich und lernen mit einer Lehrerin der VHS dort die Zweitsprache Deutsch.

Die Frauen schaffen sich den Raum; der Kurs bedeutet ihnen viel. Treffen sie hier doch andere Mütter und können einen ungezwungenen Kontakt zur Erzieherin ihrer Kinder aufbauen.

Hier entstand die Idee des gemeinsamen Mo.Ki-Kochbuches: Eine Zusammenstellung unterschiedlicher Gerichte für Kinder mit dem Fokus auf gesundes Essen. Das Kochbuch findet mittlerweile reißenden Absatz und bietet Rezepte, die mit Kindern gemeinsam gekocht werden können.

Gemeinsames Kochen macht Spaß, schafft Kontakte und die Familien lernen gesundes Essen kennen. Gesundes, gemeinsames Kochen mit Kindern vermittelt Qualitätsansprüche, die zu Hause mitgeteilt werden. Kinderarmut bedeutet vielfach auch eine Benachteiligung im Bereich der Grundversorgung.

Vitaminreiches Essen und gesunde Nahrungsmittel werden den Kindern selten angeboten. Eine gemeinsame Initiative der Kindertagesstätten und des Jugendhilfeausschusses schafft hierzu flächendeckend durch den wöchentlich gesund gedeckten Frühstückstisch Abhilfe.

#### *Vernetzung und Qualifizierung*

Die in Mo.Ki umgesetzte präventive Jugendhilfepflege wird insbesondere durch die Gestaltung der Kindertagesstätten als Knotenpunkt der Prävention deutlich.

Das interdisziplinäre Zusammenspiel der verschiedenen Akteure mit der Zielsetzung der Prävention von Armutfolgen bei Kindern erreicht die gewünschte Bündelung aller Ressourcen in den Einrichtungen.

Ein gutes Beispiel für gelungene Synergieeffekte ist die Initiierung einrichtungsübergreifender Elternabende. Zu Themen wie Sprachförderung, Taschengeld oder Gesundheitsfragen organisieren jeweils zwei Kindertagesstätten zweisprachige Veranstaltungen (deutsch/türkisch) für alle interessierten Eltern im Quartier.

Soziale Kompetenz und weitere Fertigkeiten werden bei Schulanfang entscheidend für den weiteren Lebensweg der Kinder sein. Gemeinsame Abstimmung über Lerninhalte macht ein Gelingen des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule zumindest wahrscheinlicher.

Hierzu bedarf es gemeinsamer Absprachen und einer Zusammenarbeit, die Hand in Hand geht. Die Kindertagesstätte bekommt auch für Lehrer/innen immer größere Bedeutung, wenn es um Schlüsselqualifikationen der Kinder geht.

Gemeinsame Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Eltern über die benötigten Qualifikationen der Kinder schaffen zusätzlich ein Umdenken bei den Eltern.

Ausschlaggebend für den Erfolg des Ansatzes ist jedoch die gelungene Vernetzung der Akteure vor Ort und die gemeinsame Ent-

wicklung der präventiven Ausrichtung der Jugendhilfe. Unterschiedliche Akteure wie die Erziehungsberatungsstelle, Ergo- oder Sprachtherapie können die Arbeit der Kindertagesstätte ergänzen und sich abzeichnende Risiken positiv beeinflussen.

Durch die vielfältigen Qualifikationsbausteine für pädagogische Fachkräfte wird die Nachhaltigkeit der Strategie gesichert. Die Veränderung der Regelangebote schafft neue institutionelle Zugänge für sozial benachteiligte Familien und stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung von Chancengleichheit dar.

#### **Mo.Ki in der Grundschule**

Mo.Ki wird seit dem Jahr 2005 auf den Grundschulbereich ausgedehnt. Projektmittel der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Wohlfahrtspflege ermöglichen den Einstieg in eine frühestmögliche, trägerübergreifende und nachhaltige Förderung zur Erlangung von Chancengleichheit benachteiligter Kinder in der Offenen Ganztagschule.

Mit durch die Stiftung des Landes NRW zur Wohlfahrtspflege zur Verfügung stehenden Fördermitteln ist in Trägerschaft der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein ein Anschlussprojekt „Mo.Ki II“ zur frühen Förderung von Grundschulkindern gestartet, welches während seiner dreijährigen Laufzeit die Strukturen von Mo.Ki auf die Grundschule übertragen soll.

Es ist Absicht der Schule und Jugendhilfe, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Schnittstelle der Jugendhilfe zur Schule im Interesse der Kinder zu gestalten und die frühestmögliche Förderung von Kindern auch in der Grundschule fortzusetzen.

Hierzu werden durch das Projekt:

- ein/e zusätzliche/r Lehrer/in,
- ein/e Sozialarbeiter/in und
- zusätzliche Honorarkräfte eingesetzt,
- eine wissenschaftliche Begleitung ermöglicht
- sowie eine Erstausrüstung des Modells finanziert.

Genannten Personen obliegt in Anbindung an die Projektleitung Mo.Ki und an die Offene Ganztagschule die Aufgabe, Strukturen zur frühen Förderung von Kindern in die Grundschule zu übertragen.

Hierdurch soll langfristig eine neue Form der Zusammenarbeit Schule – Jugendhilfe geschaffen werden.

Auch hier gelten die Grundsätze:

- Familien fördern,
- Kinder fördern,
- Mitarbeiter/innen sowie Lehrer/innen qualifizieren,
- Vernetzung ausbauen.

Mit Mo.Ki I ist hierzu ein hervorragender Anfang gemacht.

#### *Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule*

Im Modell „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“ geht es um den Aufbau ebensolcher präventiver Strukturen in Kooperation der Schule mit der Jugendhilfe sowie um die vorgesehene Fortführung des Mo.Ki-Ansatzes in der Altersgruppe 6-10 Jahre.

Ein Anspruch des Modells Mo.Ki II ist es, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder im Alter von 6-10 Jahren und ihre Familien, aber auch die Strukturen des Bildungs- und Gesundheitssystems in die Arbeit der Grundschule mit einzubeziehen. Dabei gilt es, das bereits für das Projekt Mo.Ki I entwickelte Netzwerk in Mo.Ki II weiterzuentwickeln.

Es geht um eine konsequente Fortführung der begonnenen Präventionskette für Grundschulkindern.

Ziel des Modells ist es, Bildungschancen zu erhöhen und in Koproduktion der Schule mit der Jugendhilfe einen besseren Schulerfolg des einzelnen Kindes zu erreichen. Gerade die Offene Ganztagschule bietet hierzu gute Möglichkeiten.

Das Modell „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“ macht es sich zur Aufgabe, die Schnittstelle der Jugendhilfe zur Schule intensiver zu gestalten und zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu führen.

Die dreijährige Laufzeit ermöglicht hierbei die Heranführung der Schule als auch der Jugendhilfe an ein neues Verständnis einer gemeinsamen Arbeit zum Wohl der Kinder.

Die gemeinsame Zielsetzung zur Förderung und Bildung von Kindern und Familien steht im Mittelpunkt der Handlungen. Hierzu sollen:

- gemeinsame Förderprogramme im Vor- und Nachmittag entwickelt und umgesetzt werden,
- eine intensive Begleitung von Kindern mit Bildungsdefiziten beim Übergang Kita – Grundschule erreicht werden,
- Lehrer/innen für Förderbedürfnisse benachteiligter als auch besonders begabter Kinder sensibilisiert und qualifiziert werden,
- Eltern in ihrer Erziehungs- und Mitwirkungspflicht aktiv unterstützt werden,
- Bildungschancen armer und benachteiligter Kinder verbessert werden,
- die Strukturen des Vor- und Nachmittags miteinander verknüpft werden,
- eine Veränderung der Lehrerrolle erreicht werden.

#### *Die Chance für die Zukunft der Grundschule(n) Monheim am Rhein*

Durch die Offene Ganztagschule sollen gemäß

Erlass des Landes NRW zur Offenen Ganztagschule sowohl eine intensivere Förderung der Kinder erreicht werden als auch Betreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern aufgebaut werden.

In der Offenen Ganztagschule sollen Bildung, Erziehung und Betreuung ein ganzheitliches Angebot in und im Umfeld der Schule werden, die sich neuen Lernformen und Kooperationspartnern öffnet. Durch die Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Trägern soll ein neues Verständnis von Schule entwickelt werden, welches eine neue Lernkultur und die bessere Förderung der Schüler/innen unterstützen soll.

Im Mittelpunkt des Modells „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“ soll die Integration von Bildung, Erziehung und Förderung als pädagogisches Leitbild stehen.

Durch die Fortführung des Ansatzes Monheim für Kinder/Mo.Ki für Familien und Kinder im Alter von 6-10 Jahren in der Grundschule soll auch hier die individuelle Förderung des einzelnen Kindes durch das Zusammenwirken unterschiedlichster Professionen erreicht werden.

#### **Schlussfolgerungen**

Die Präventive Ausrichtung der Jugendhilfeplanung in Monheim am Rhein hat vieles erreicht:

- Zum einen sind es die Kinder, die sehr großen Nutzen davon tragen, wenn ihnen eine ganzheitliche Förderung in der Kita zuteil wird.
- Immer mehr Familien mit Migrationshintergrund sehen die Notwendigkeit des Kindergartenbesuchs für die Bildung ihrer Kinder und melden sie bereits im Alter von drei Jahren in einer Tagesstätte an.
- Die Werte der Schuleingangsuntersuchung zeigen im Bereich der Sprachfähigkeit ein um 10 % verbessertes Ergebnis.
- Die Kindertagesstätten sind zum Mittelpunkt der sozialen Arbeit geworden.
- Der erste Kontakt zu den Familien mit großem Förderbedarf konnte in über 1000 Fällen hergestellt werden.
- Die Eltern sehen in den Mitarbeiterinnen kompetente Frauen in Sachen Gesundheitsförderung und Erziehung.
- Einrichtungen unterschiedlicher Trägerschaft bilden ein Netzwerk der Prävention.
- Unterschiedliche Trägerinteressen werden auf den Nenner der Prävention vereint.

Die Entscheidung des Rates der Stadt Monheim am Rhein zur Ausrichtung der Jugendhilfe auf die Zielrichtung der Prävention, die Einbindung aller Akteure und die Bereitstellung einer Koor-

dination sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Verstetigung des Projektes Mo.Ki.

Prävention von Armutfolgen bei Kindern meint im Kern die Vermeidung und/oder Bewältigung von Folgen familiärer Armut. Sie zielt auf die Herausbildung von Potentialen und Ressourcen ab und soll die Selbstkompetenzen, die sozialen und die Alltagskompetenzen fördern. Grundlage dafür sind allgemeine Bildungsziele entsprechend dem Motto: Stärken stärken und Schwächen begrenzen.

Mit der Strategie „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ werden Möglichkeiten und Effekte eines neuen Weges der Prävention und Gesundheitsförderung in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf durch eine Kommune bestritten. Präventions-, Querschnitts- und Vernetzungsansprüche sind Leitprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe. Sie gelten jedoch nicht nur dort, sondern für alle Institutionen, die mit und für Minderjährige tätig sind.

Als Schwerpunkt der Jugendhilfeplanung bündelt die zentrale Zielsetzung der frühestmöglichen Intervention bei Kindern und Familien alle verfügbaren Ressourcen der Jugendhilfe und stellt somit deren Nachhaltigkeit sicher. Der in § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes formulierte Anspruch zur Verbesserung kindlicher Entwicklungschancen und Lebensbedingungen kann in Anbetracht der kommunalen Haushalte ausschließlich durch ein angebots- und trägerübergreifendes Setting nachhaltig erreicht werden.

Mo.Ki I und II eröffnen für Kinder und Familien des Stadtteils Berliner Viertel in der Stadt Monheim am Rhein neue Chancen zur Erlangung von Bildungschancen, die nachweislich derzeit noch häufig über die soziale Herkunft bestimmt sind.

Die Ermittlung und Beschreibung in der Kommune vorhandener Versorgungsdefizite sowie die sozialkompensatorische Hinwendung zu den Menschen im sozialen Abseits sollte auch langfristig zu den wichtigsten Aufgaben kommunaler Kinder- und Jugendhilfe gehören.

## Literatur

Hock, B./Holz, G./Wüstendörfer, W. (2000): Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen. Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. ISS-Pontifex 2, Frankfurt a. M.

Holz, G. (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Frankfurt a. M.

Holz, G./Schlevogt, V./ Klein, E. (2005): Armutsprävention vor Ort – „Mo.Ki – Monheim für Kinder“. ISS-Pontifex 3, Essen

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2004): Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 64f.

## Kontakt

Annette Berg

Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein

Rathausplatz 10a

40789 Monheim

Tel: 02173/9515550

E-Mail: [aberg@monheim.de](mailto:aberg@monheim.de)

## Hürden nehmen – Übergänge gestalten: Lokale Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter

Der Text basiert auf theseartig zugespitzten Gliederungspunkten, die kursorisch anhand der Konzeptentwicklung und Praxiserfahrungen der Jugendberufshilfe in Wiesbaden ausgeführt werden.

### Erfahrungen und Ergebnisse des allgemeinbildenden Schulsystems bestimmen die Chancen und Risiken der Bewerber/innen im Übergang Schule – Beruf

#### These 1:

Der Übergang Schule – Beruf ist ein stark segmentiertes, wenig übersichtliches und institutionell zersplittertes Feld. Die Bewerber/innen erhalten ihre Zugangschancen wie im Bildungssystem primär aus ihrem familialen Sozi-

alstatus und aus ihrer Position beim Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems.

Die Bildungsteilhabe und die Bildungsergebnisse in den allgemeinbildenden Schulen sind, wie bereits die PISA-Studie (PISA-Konsortium 2001) zeigt, stark durch die soziale Position der Eltern beeinflusst. Der Wiesbadener Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung (Landeshauptstadt Wiesbaden 2005) macht diese Bedingungen auch für die Dimensionen Nationalität und der Stadtteilmilieus deutlich.

Die soziale Selektion findet jedoch nicht nur beim Übergang auf die weiterführenden Schulen statt, sondern setzt sich in der Sekundarstufe 1 fort. Auch die Förderstufe führt benachteiligte junge Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Hauptschule.

Von Grundschulen in Stadtteilen mit ...	wechselte auf ein(e)				
	Hauptschule	Förderstufe	Realschule	Gymnasium	IGS
(100%)	davon in %				
geringer sozialer Bedarfslage	5,5	2,2	22,9	52,3	17,1
mittlerer sozialer Bedarfslage	5,1	2,8	32,4	46,0	13,6
besonderer sozialer Bedarfslage	14,5	18,0	23,2	24,6	19,7

Schaubild 1: Milieuabhängigkeit der Bildungsbeteiligung

Quelle: Landeshauptstadt Wiesbaden 2005

	Hauptschule		Gymnasium		Integr. Gesamtschule	
	5. Klasse	8. Klasse	5. Klasse	8. Klasse	5. Klasse	8. Klasse
	davon in %					
Ingesamt	8,0	17,9	40,6	35,9	20,1	18,6
Deutsche	6,0	13,5	47,8	42,0	20,4	18,6
Ausländer	14,8	33,9	16,8	13,6	19,1	18,8
deutsche Jungen	6,5	15,8	46,5	38,6	19,6	19,0
deutsche Mädchen	5,4	11,2	49,2	45,8	21,3	18,2
ausländische Jungen	16,0	35,7	17,1	14,1	16,7	16,6
ausländische Mädchen	13,7	32,0	16,5	13,1	21,2	20,9

Schaubild 2: Fortsetzung der sinkenden Bildungsbeteiligung von Migranten/innen in der Sekundarstufe 1

Quelle: Landeshauptstadt Wiesbaden 2005



Wenig überraschend ist die Tatsache, dass diese Prozesse ihre eindeutige Abbildung bei den Schulabschlüssen finden. Zumal auch in der integrierten Gesamtschule viele Schüler/innen aus bildungsfernen Elternhäusern und insbesondere aus benachteiligten Stadtteilen nicht über einen Hauptschulabschluss hinauskommen.

Diese schulischen Bildungsverläufe insbesondere der Migranten/innen und anderer Schüler/innen aus bildungsfernen Familien dürfen nicht ignoriert werden, wenn wir nun das Feld „Übergang Schule – Beruf“ betrachten. Die uns hier besonders interessierenden benachteiligten jungen Menschen verlassen das allgemeinbildende Schulsystem nach 9 oder 10 Schulbesuchsjahren in der Regel

ohne oder mit einem Hauptschulabschluss. Direkte Übergänge in die betriebliche Berufsausbildung sind eher selten. Für westdeutsche Großstädte ist eine Übergangsquote direkt von der Hauptschule in eine ungeforderte duale betriebliche Ausbildung von 6 bis 8 % realistisch (vgl. auch Bertelsmann Stiftung 2005).

So ist es die Regel, dass Schulabgänger/innen ohne, aber auch mit einem Hauptschulabschluss entweder in das relativ unstrukturierte Übergangsfeld der berufsvorbereitenden Bildung eintreten oder – dies gilt insbesondere für Mädchen/junge Frauen mit besseren Noten – den Schulbesuch in diversen Schulformen und Angeboten zur Erreichung eines mittleren Bildungsabschlusses fortsetzen.

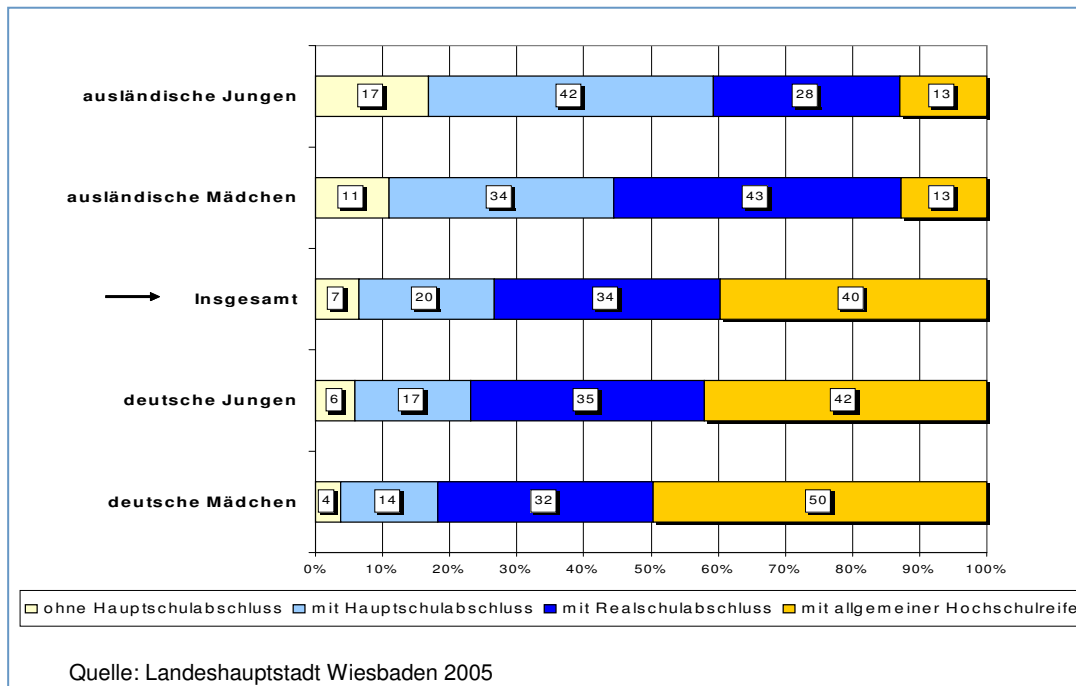


Schaubild 3: Schulabschlüsse im Jahrgang 2003

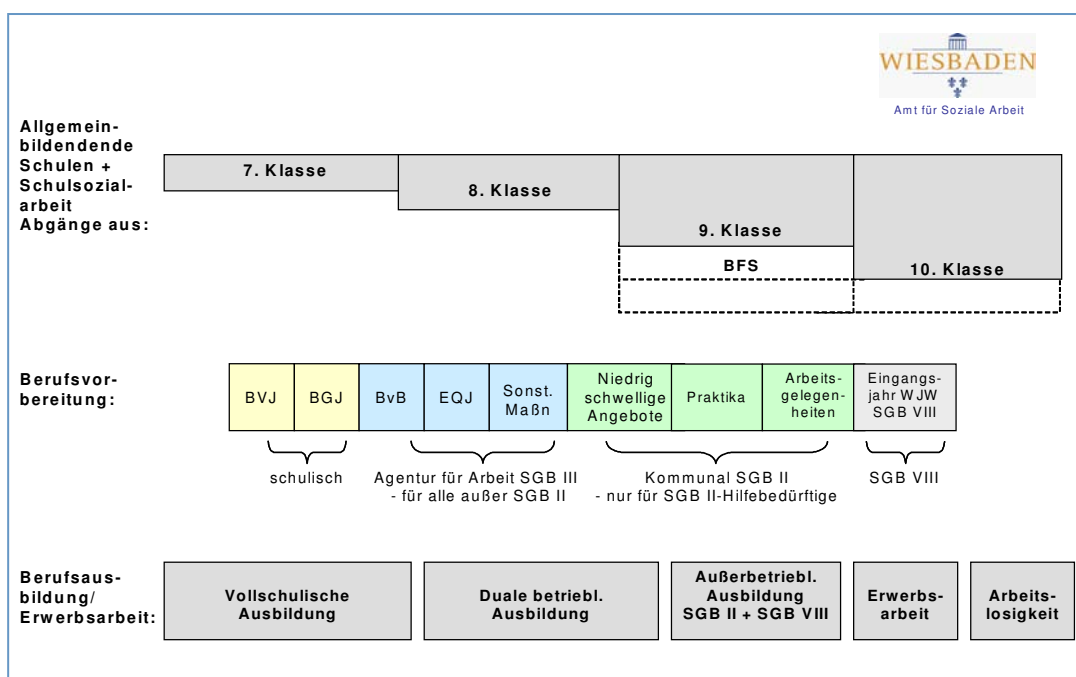


Schaubild 4: Institutionelle Angebote im Feld „Übergang Schule – Beruf“

Die abgebildeten Berufsvorbereitungsangebote stehen nicht notwendig alternativ zur Auswahl, sondern werden häufig auch nacheinander durchlaufen. Bewerber/innen mit 9 Schulbesuchsjahren münden in der Regel in das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) ein, bevor sie in berufsvorbereitende Angebote der Arbeitsagenturen oder des SGB II-Trägers gelangen. Das Feld zeigt sich sowohl von der institutionellen Anbieterseite wie von den inhaltlichen Angeboten ebenso differenziert wie unübersichtlich. Eine Koordination und Integration des Feldes und der Prozesse ist unbedingt erforderlich und muss angesichts der Vielfalt der beteiligten Institutionen und Akteure über Netzwerkbildung und eine systematische Netzwerksteuerung angegangen werden.

### Stadtteilarbeit und E&C-Projekte im Handlungsfeld Übergang Schule – Beruf

#### These 2:

Stadtteilprojekte, Jugendhilfe und bürgerschaftliches Engagement finden bei der Begleitung des Übergangs Schule – Beruf ein breites Handlungsfeld, ohne jedoch strukturelle Verbesserungen im Übergangsfeld zu erzielen.

Stadtteilbezogene Arbeit, insbesondere im Rahmen der E&C-Projekte, aber auch durch Jugendeinrichtungen oder Stadtteilinitiativen, hat in den letzten Jahren hier vielfältige und für die jungen Menschen hilfreiche Angebote etabliert. Nicht zuletzt die „LOS-Mikroprojektförderung“ hat in den benachteiligten Stadtteilen

zu einem breiten Set von Angeboten zur Berufsorientierung und Berufswahl, zum Bewerbungstraining, zur individuellen Kompetenzentwicklung und zur verstärkten Vernetzung von Schule und Wirtschaft beigetragen.

Diese Projekte und Angebote haben viele Schüler/innen beim Übergang in die berufliche Bildung unterstützt und sicherlich auch viele Schulen angeregt, die Berufsorientierung kompetenter und curricular integriert auszugestalten. Insbesondere haben Netzwerke der Schulen mit Betrieben und Verbänden die Übergangsergebnisse der Schüler/innen verbessert.

Aber es soll hier auch betont werden, dass ohne strukturelle Reformen, ohne eine umfassende Anhebung der Ressourcenausstattung des Bildungssystems im Allgemeinen und ohne strukturelle Veränderungen des Übergangsfeldes Schule – Beruf im Besonderen keine nachhaltigen Fortschritte für die Berufsbildung benachteiligter Bevölkerungsgruppen erzielt werden können. Die Erfordernisse einer umfassenden Neugestaltung der Institutionen und der Prozesse schulischer Bildung ist hier nicht unser Thema und liegt auch außerhalb der Reichweite kommunaler bzw. sozialpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten. Dagegen liegen strukturelle Veränderungen im institutionellen Gefüge und in den institutionellen Prozessen des Übergangsfeldes u. E. sehr wohl im Referenzrahmen kommunaler, sozialpädagogischer und sozialpolitischer Politikgestaltung.

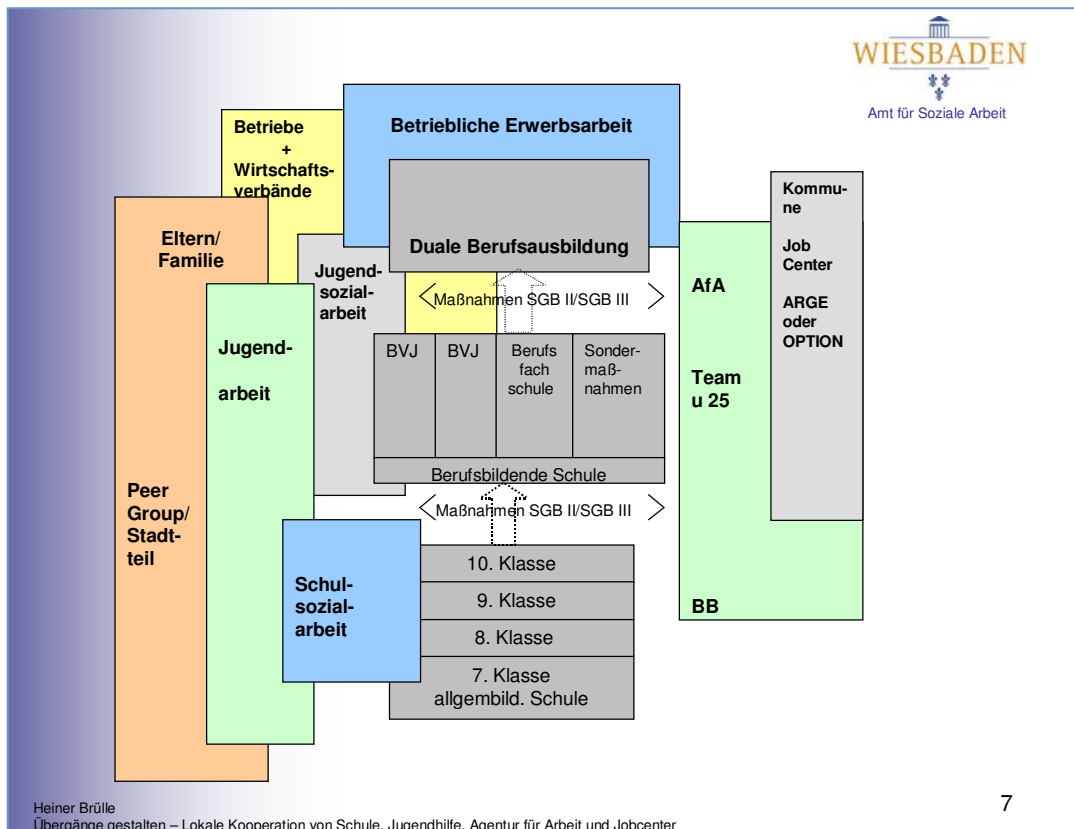


Schaubild 5: Bildung, Berufsorientierung und Berufsausbildung im lokalen institutionellen Gefüge

**Eckpunkte für Gestaltungsprozesse im Übergangsfeld Schule – Beruf zur Verbesserung der beruflichen Eingliederung benachteiligter junger Menschen**

- Leitbild der Jugendhilfe: Junge Menschen benötigen Raum, Zeit und Möglichkeiten, um sich zu erproben, und Begleitung bei ihrer persönlichen, sozialen und kognitiven Entwicklung.
- Individuelle institutionenübergreifende Integrationsstrategie: Junge Menschen benötigen individualisierte institutionenübergreifende Eingliederungswege zwischen Schule, Berufsbildung und Erwerbsarbeit.
- Systemkopplung der Institutionen im Feld: Zur Verbesserung der Integrationserfolge und zur Ausschöpfung der Bildungspotentiale ist eine institutionelle Vernetzung und Integration der Strategien der Institutionen und Akteure im Übergang von Schule in das Erwerbsarbeitssystem erforderlich.
- Lokalisierung bzw. Kommunalisierung: Stadt und Gemeinde sind der natürliche Ort, an dem diese Eckpunkte konkret und verbindlich geplant, gesteuert und umgesetzt werden müssen.

Im Folgenden können die konzeptionellen Implikationen dieser Eckpunkte nur sehr knapp und cursorisch anhand erster und noch unvollständiger Umsetzungsmaßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden skizziert werden.

*Leitbild der Jugendhilfe*

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden war die Wahl der optierenden kommunalen Träger-schaft des SGB II eine *ultima ratio*, um das in der Vergangenheit hoch entwickelte Zusammen-spiel von jugendhilfe-, sozialhilfe- und berufsbildungspolitischen Ansätzen (vgl. Brülle 2001) auch im rechtlichen Rahmen der Hartz-IV-Reform aufrechterhalten zu können. Die Verankerung der SGB II-Zuständigkeit im Amt für Soziale Arbeit (Jugend- und Sozialamt) und die Konstruktion der „Ausbildungsagen-tur der Landeshauptstadt Wiesbaden GmbH“ als beliehener Träger des Fallmanagements für junge Menschen des SGB II wie als Kom-petenzzentrum der Jugendhilfe für alle Fragen der Berufsbildung hat es ermöglicht, dass im Einzelfall und nach Bedarf Maßnahmen und Angebote im rechtlichen Rahmen des SGB II wie des SGB VIII ausgestaltet werden können. Das Schaubild 6 dokumentiert den SGB II-be-zogenen Leistungsprozess, während im Schau-bild 9 das institutionelle Arrangement skizziert wird.

Jugendhilfe muss in dieser Kooperation auch bereit sein, eigene Ressourcen ergänzend zu den Mitteln des SGB II und III bereitzustellen. In Wiesbaden beteiligt sich die Jugendhilfe so-wohl an den niederschweligen Maßnahmen wie durch eigene für ihre Klientel angepasste Berufsorientierungs- und insbesondere Berufs-ausbildungsangebote.

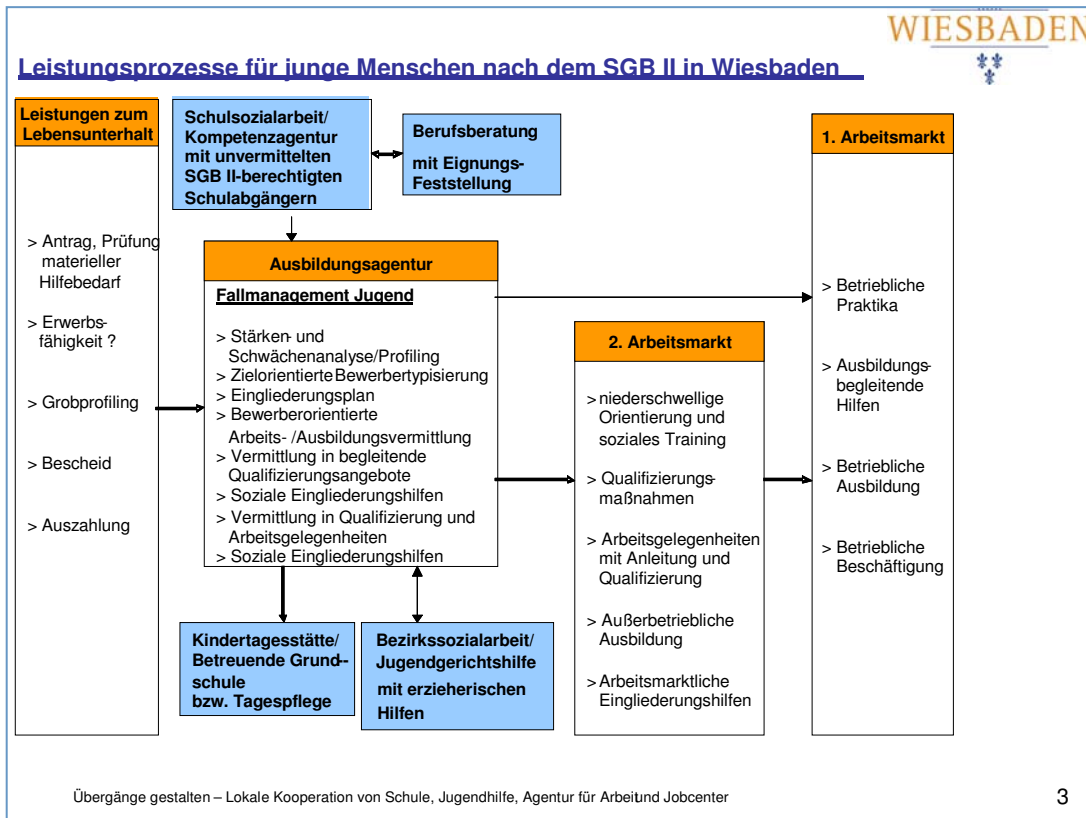


Schaubild 6: Leistungsprozesse für junge Menschen nach dem SGB II in Wiesbaden

*Individuelle institutionenübergreifende Integrationsstrategie*

Kern dieses Ansatzes in Wiesbaden sind drei Strategien für benachteiligte junge Menschen, an deren Umsetzung zurzeit gearbeitet wird:

- Die Etablierung der kommunalen Jugendhilfe mit Schulsozialarbeit in allen Hauptschulen und Integrierten Gesamtschulen.
- Ein frühzeitiges (ab Klasse 8) und systematisches Berufsorientierungs- und Kompetenzentwicklungsprogramm der Schulsozialarbeit im engen Zusammenspiel mit Lehrer/innen, Eltern, Berufsberatung, Wirtschaft und Ausbildungsagentur (siehe Schaubild 7)
- Die Einrichtung von Übergangskonferenzen der abgebenden Schulen mit den zuständigen „Förderungsstellen“ (Berufsberatung SGB III und Ausbildungsagentur SGB II) und den für die Berufsvorbereitung zuständigen berufsbildenden Schulen.

Das Schaubild 7 skizziert die geplante Prozessstruktur für die Schüler/innen mit und ohne Hauptschulabschluss.

2002; siehe Schaubild 8), der sowohl die Begleitprozesse der Schulsozialarbeit in der Kompetenzagentur wie in der Ausbildungsagentur auszeichnet.

Für das Case-Management für Benachteiligte im Feld Übergang Schule – Beruf lassen sich zusammenfassend folgende Anforderungen des Unterstützungsprozesses formulieren:

- Der Eingliederungsprozess wird verantwortlich von einer Fachkraft in enger Abstimmung mit dem jungen Menschen begleitet und gesteuert.
- Case-Management ist kein Case-Work; intensive sozialpädagogische und berufliche Förderangebote werden vermittelt und koordiniert, aber nicht selbst erbracht.
- Es besteht Zugriff auf Unterstützungsangebote und Maßnahmen nach dem individuellen Bedarf des/der Bewerber/in.
- Die abgebenden und aufnehmenden Systeme im Feld haben mit dem Case-Management verbindliche Vereinbarungen/Standards über Leistungsprozesse, Information/Kooperation und über wesentliche

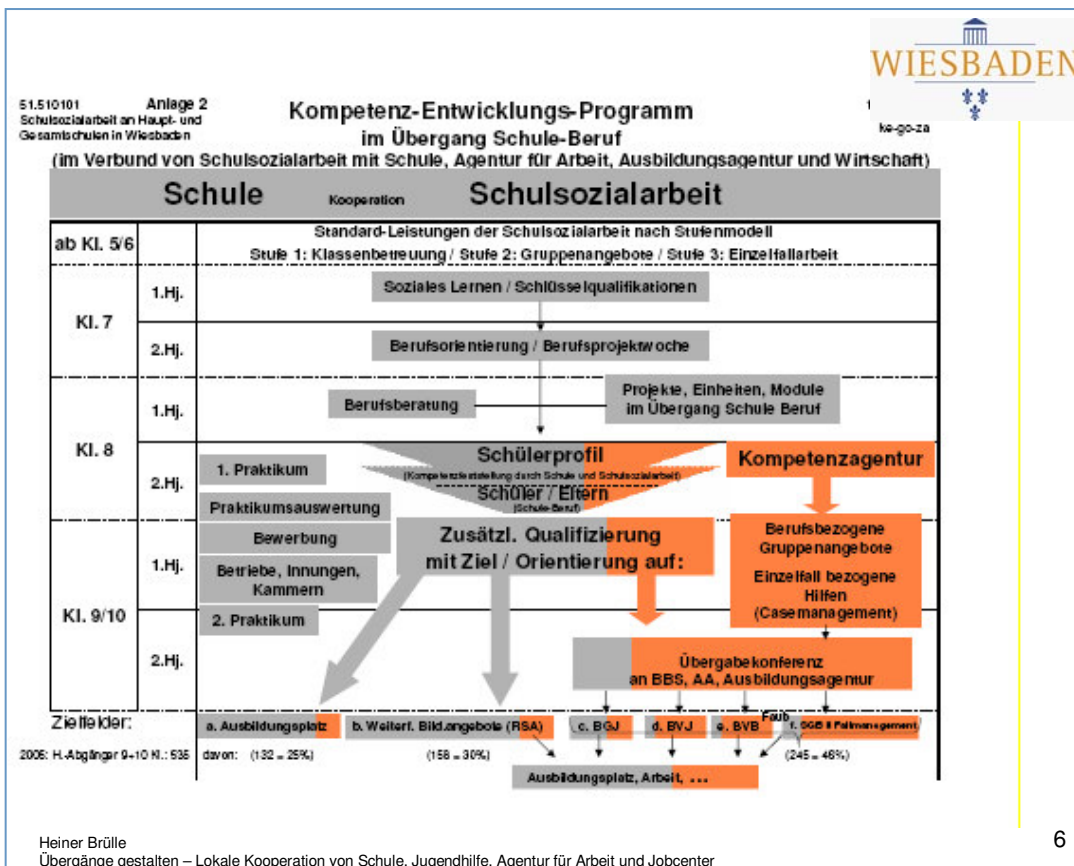


Schaubild 7: Kompetenz-Entwicklungs-Programm der Schulsozialarbeit im Übergang Schule – Beruf

In diesem Kompetenzentwicklungsprogramm sollen alle Schüler/innen der betroffenen Schulen betreut werden. Die Tatsache, dass besonders benachteiligte Jugendliche in der „Kompetenzagentur“ betreut werden, hat im Wesentlichen förderrechtliche Gründe.

Kern dieser Konzeption ist ein professioneller Case-Management-Ansatz (Brülle/Reis

Bewertungen getroffen.

- Die individuellen Bedarfe und Verläufe werden dokumentiert und bilden die Grundlage für ein kontinuierliches Monitoring der Einmündungsprozesse und für die Angebotsplanung.

### Systemkopplung der Institutionen im Feld

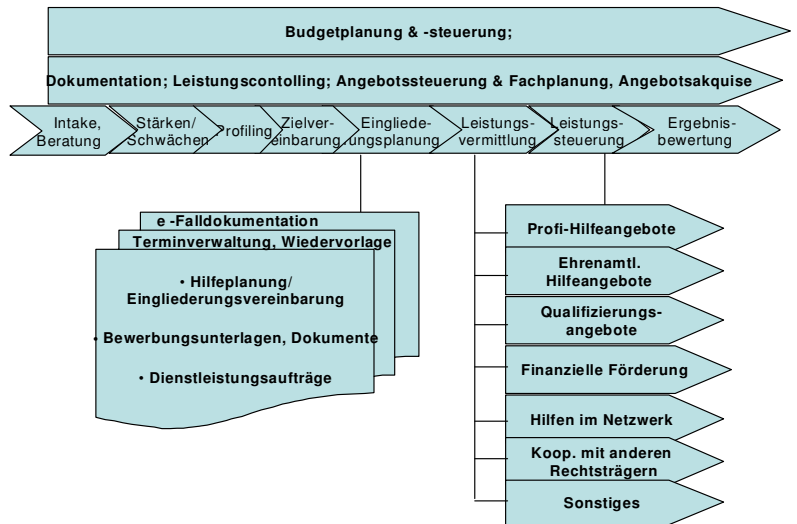
Das einzelfallbezogene Case-Management ist nur analytisch von der Systemkopplung der beteiligten Institutionen zu trennen (Brülle/Reis 2002). Verbindliche institutionenübergreifende Vereinbarungen, wie sie oben skizziert wurden, lassen sich nur auf der Basis verbindlicher Vereinbarungen und festgelegter institutioneller Arrangements entwickeln.

Das Schaubild 9 skizziert den bisher in Wiesbaden erreichten Standard. Während mit dem Start des Kompetenzentwicklungsprogramms, der Kompetenzagentur und der Schulsozialarbeit der institutionelle Rahmen für den Übergang von der Schule in das Ausbildungs- und Berufssystem gut entwickelt ist und auch die Schnittstelle zwischen dem SGB II und dem SGB VIII durch die Doppelbeauftragung der Ausbildungsagentur gut ausgestaltet ist, konnte die institutionelle Zuständigkeit zwischen Berufsberatung und Ausbildungsagentur bisher nur für die Frage der Berufsberatung und Eignungsprüfung im Ansatz abgegrenzt werden. Eine Kopplung der kommunalen Strukturen und der Strukturen der Bundesagentur ist noch unzureichend und bedarf trotz der offenen und angenehmen Kooperation der Akteure vor Ort noch konzeptioneller wie programmatischer Anstrengungen.

Diese Arbeit wird aber erst erfolgreich vor Ort umgesetzt sein, wenn auch die politische Ebene in Bund und Land und die Bundesagentur für Arbeit selbst erkennt, dass es unabhängig von der bundespolitischen Verankerung von SGB II und SGB III einer flexiblen lokalen Umsetzung bedarf.

### Lokalisierung und Kommunalisierung des Übergangsmagements im Feld Schule – Beruf

Während die zentralen Leistungsgesetze SGB III und SGB II ebenso wie die Schule selbst den benachteiligten jungen Menschen ihren Teil-



Übergänge gestalten – Lokale Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter

nehmer- oder „Kundenstatus“ entziehen oder die jungen Menschen in indirekter Form „vergrämen“ können, bleibt die Kommune der Ort, an dem sich die jungen Menschen aufhalten und zum Teil sehr eindrücklich „ihre Probleme zeigen“.

Auch eine Vernetzung der föderal komplexen Strukturen von Schule, Agenturen für Arbeit und Jobcentern (SGB II) mit örtlichen Betrieben oder Verbänden der Wirtschaft sowie der kommunal verantworteten Jugendhilfe kann nur im Kontext der Kommune gelingen. Hier treffen die Akteure und die individuellen Bedarfe zusammen.

Der Kern eines lokalen oder kommunalen Übergangsmagements Schule – Beruf besteht aus folgenden Elementen einer lokalen Vernetzung und Systemkopplung der beteiligten Akteure und Institutionen:

- weitgehende „Marktübersicht“ über Bewerber/innen; Ausbildungsstellen und intermediäre Systeme und Angebote sicherstellen;
- kontinuierliches Berichtswesen über alle Bewerber/innen, der Eingliederungs- und Qualifizierungsaktivitäten und -maßnahmen

Schaubild 8: Der Leistungsprozess des Case-Managements

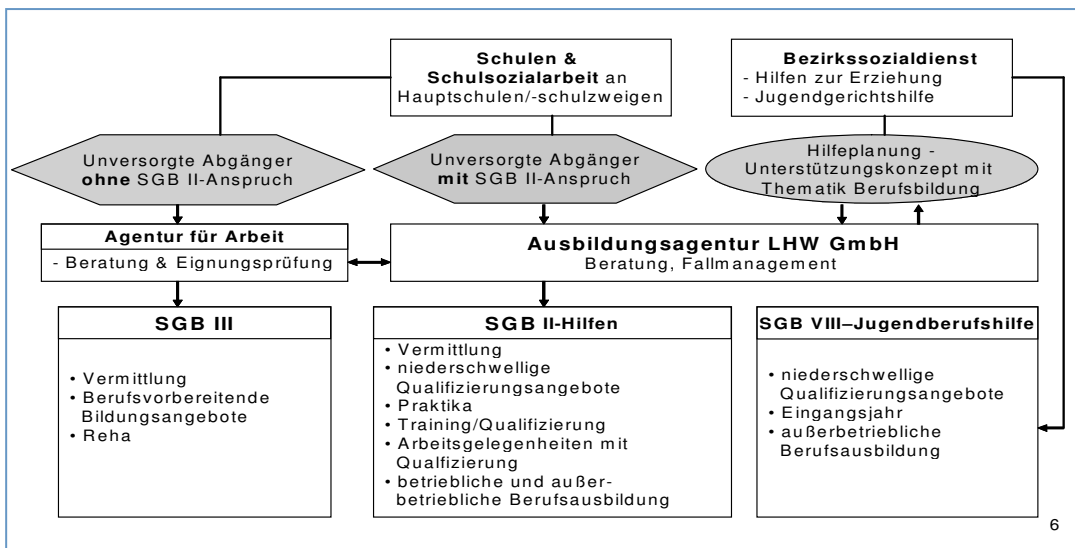


Schaubild 9: Institutionelle Kopplung der Jugendberufshilfe nach SGB II, III und VIII

men, der Ausbildungsstellen bzw. der vollschulischen Ausbildungsangebote in der Region und der konkreten Eingliederungsverläufe in berufliche Bildung und Erwerbsarbeit (Übergangsdatenbank);

- verbindliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Übergangsprozesse zwischen den zentralen „Vermittlern“ Agentur für Arbeit und Jobcenter (SGB II) und den Akteuren im Feld (insbesondere allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen, Jugendhilfe und Verbände der Wirtschaft (IHK, HWK);
- alle Akteure im Feld übernehmen Verantwortung für eine erfolgreiche und nachhaltige berufliche Bildung in der Kommune/Region (z. B. kommunaler Berufsbildungspakt).

Insbesondere der Aufbau eines Berichtswesens hat sich in Wiesbaden als wichtiger Baustein und als Initialzündung für den Aufbau systematischer und kontinuierlicher Kooperationsbeziehungen herausgestellt. So hat der oben zitierte umfassende Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung die ungleiche Chancenstruktur benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Sozialmilieus nachdrücklich dokumentiert und die Bedeutung der Bildungsbeteiligung auch im Rahmen der Jugendhilfe für die fachpolitische Diskussion konkretisiert. Erst wenn man die Abbildung der institutionell getrennten Geschäftsstatistiken ergänzt und zusammenführt zu systematischen Berichten und Verläufen, wird die starke Begrenzung der institutionellen Zuständigkeiten und Geschäftsdaten sichtbar und damit der Bedarf an übergreifenden wir-

kungsorientierten Berichten deutlich.

Allein das systematische Berichtswesen der Schulsozialarbeit über die Übergangsprozesse, wie im Schaubild 10 dargestellt, hat den einzelnen Schulen den Handlungsbedarf offengelegt.

Für die geplanten Projekte der Schulsozialarbeit können nun auf der Basis dieser Daten klare Wirkungsziele formuliert werden.

Neben dem Berichtswesen und der konkreten Formulierung von Wirkungszielen, die in der Regel nur institutionenübergreifend erreicht werden können, geht es auf der lokalen Ebene darum, einerseits strukturelle Maßnahmen und Angebote, wie z. B.:

- Inhalte, Formen und Zielgruppen von Maßnahmen und Angeboten der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- stadtteilbezogene Profilbildung und passgenaue Angebotsformen,
- Aufgabenklärung und Profilierung der beteiligten Institutionen und stadtteilbezogenen „freiwilligen“ Akteure, und andererseits prozessorientierte Verfahrensweisen, wie z.B.:
- Standards und Verfahren der Kompetenzfeststellung und -entwicklung,
- Benennung klarer Übergabepunkte und -verfahren an den institutionellen Schnittstellen

abzustimmen und kooperativ zu vereinbaren. Die abschließende Formulierung einer lokalen Jugendberufshilfe- bzw. besser gleich Bildungsplanung und ein integriertes Übergangmanagement Schule – Beruf ist mit diesen Skizzen noch nicht vollständig gelungen. Die

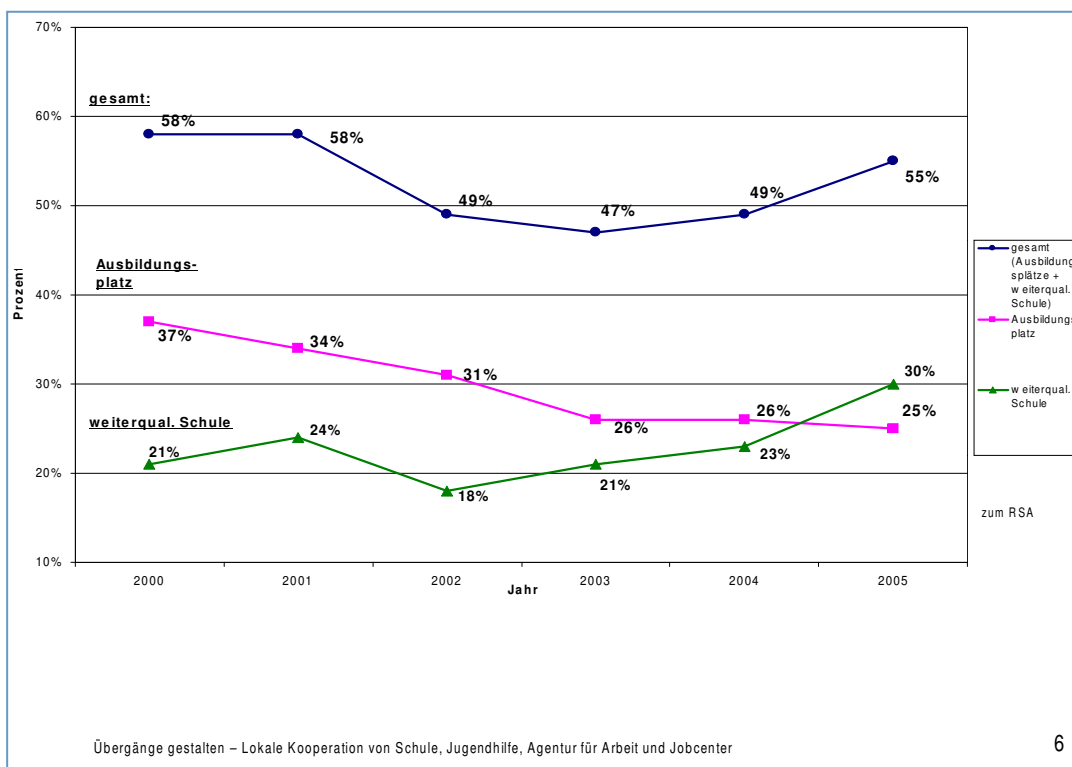


Schaubild 10: Anzahl der erfolgreichen Übergänge von Hauptschulabgänger/innen aus Klasse 9 und 10 von 5 Haupt- und 3 Integrierten Gesamtschulen mit Schulsozialarbeit in Prozent



Skizzen bieten jedoch nach den Erfahrungen in Wiesbaden einen tragfähigen Einstieg in die wirkungsorientierte Vernetzung und in eine prozessorientierte Systemkopplung der wesentlichen Institutionen und Akteure.

### **Literatur**

- Bertelsmann Stiftung (2005): Im Verbund neue Chancen schaffen. Forum 3/2005. Gütersloh
- Brülle, H. (2001): Wege zur Berufsbildung für Alle. Kommunale Strategien einer aktiven Berufsbildungspolitik für Benachteiligte. In: Weber, S. (Hg.): Netzwerkentwicklung in der Jugendberufshilfe. Opladen, S. 101–118
- Brülle, H./Reis, C. (2002): Der sozialpolitische Kontext des Modellprojektes „Sozialagenturen – Hilfe aus einer Hand. In: Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie (Hg.): Sozialagenturen – Hilfe aus einer Hand. Düsseldorf, S. 33–61
- Landeshauptstadt Wiesbaden (2005): Gleiche Bildungschancen für Alle? Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden. Wiesbaden
- Pisa-Konsortium (2001): Pisa 2000. Basiskompetenz von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen

### **Kontakt**

Heiner Brülle  
Landeshauptstadt Wiesbaden  
Amt für Soziale Arbeit  
Kurt-Schumacher-Ring 2  
65195 Wiesbaden  
Tel: 0611/313597  
E-Mail: heiner.bruelle@wiesbaden.de

## Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) – Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potentiale vor Ort

### Menschen beteiligen. Strukturen vernetzen. Mikroprojekte fördern.

Das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ des BMFSFJ fördert die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen in festgelegten Sozialräumen mit dem Ziel, benachteiligte Menschen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) sind seit September 2003 in 287 E&C/„Soziale Stadt“-Gebieten über 10.000 Mikroprojekte mit bis zu 10.000 Euro durch Lokale Koordinierungsstellen gefördert worden. Neben der beruflichen und sozialen Integration von Menschen setzt LOS auf die Stärkung der (sozialen) Infrastruktur und auf die Förderung von Toleranz und Demokratie.

Mit LOS sollen lokale Akteure als Projektträger erreicht werden, die im Rahmen der klassischen ESF-Intervention bisher wenig in Erscheinung getreten sind. Dazu gehören insbesondere informelle Gruppen, aktive, aber nicht organisierte Bürger, Ehrenamtliche, Selbsthilfegruppen und Freiwilligendienste oder vor bzw. in Gründung befindliche Organisationen.

Ein wesentlicher Aspekt von LOS ist die Beteiligung der Bewohner/innen vor Ort bei den Förderentscheidungen durch die Einbindung in den LOS-Begleitausschuss.

### Die Europäische Dimension von LOS

#### *Pilotphase von „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und Übergang in den Mainstream*

Das Instrument der Förderung von Mikroprojekten wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit im Juli 1998 als Maßnahme nach Artikel 6 der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds auf den Weg gebracht. Das übergeordnete Ziel der Pilotaktion bestand in der Förderung der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhaltes durch „Bottom-up“-Initiativen. Die Pilotaktion wurde in folgenden 12 Ländern der Europäischen Union an 30 Standorten von 1999 bis 2000 durchgeführt:

- Belgien,
- Dänemark,
- Spanien,
- Griechenland,
- Italien,
- Irland,

- Frankreich,
- Deutschland,
- Vereinigtes Königreich,
- Finnland,
- Portugal,
- Österreich.

„Im Rahmen der Pilotaktion ist unter ‚Lokalem Kapital für soziale Zwecke‘, die – auf regionaler oder lokaler Ebene tätige – zwischengeschaltete Einrichtung zu verstehen, die die Personen unterstützen soll, die gemeinsam Mikroprojekte zur Förderung der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts verwirklichen wollen‘. Das Konzept ‚Lokales Kapital für soziale Zwecke‘ betrifft eine Vorgehensweise, während das Ziel der ESF-Pilotaktion letzten Endes die soziale Eingliederung und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt war. Die Pilotaktion diente folglich dem zweifachen Ziel der Erprobung einer Methode zur dezentralen Umsetzung bestimmter Arten von ESF-Maßnahmen (über Globalzuschüsse und NRO als zwischengeschaltete Stellen) und des potentiellen Beitrags lokalen Kapitals für soziale Zwecke zur sozialen Eingliederung.“<sup>1</sup>

Die Evaluation der Pilotphase nach Artikel 6 hatte ergeben, dass die Umsetzung des Programms möglichst in abgegrenzten Gebieten erfolgen soll, die Zielgruppen genau definiert und die Ziele der „sozialen Eingliederung“ und der „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ miteinander verbunden sein müssen. Den Teilnehmer/innen sind vor allen Dingen Wege zur sozialen Integration und Beschäftigung aufzuzeigen. Da die Fähigkeit, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren dann besonders hoch waren, wenn die Zielgruppen mit eingebunden waren, wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Zielgruppen an der Planung und Umsetzung des Programms zu beteiligen.

In der laufenden ESF-Förderperiode (2000-2006) ist „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ als Politikfeld F in den Mainstream überführt worden und kommt in den folgenden Ländern der Europäischen Union zur Anwendung:

- Spanien,
- Italien,
- Irland,
- Frankreich,

1) Zit. nach [http://ec.europa.eu/employment\\_social/esf2000/article\\_6\\_1994\\_99\\_programme\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/esf2000/article_6_1994_99_programme_de.html) (Stand 24.09.2006) mit Bezug auf: Aufforderung zur Einrichtung von Vorschlägen für die Durchführung der Pilotaktion „Lokales Kapital für soziale Zwecke“. [http://ec.europa.eu/employment\\_social/esf/en/news/art6lsc/jode.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/esf/en/news/art6lsc/jode.htm)

- Deutschland,
- Vereinigtes Königreich,
- Schweden,
- Tschechien.

In Deutschland wird der Politikbereich F einerseits in den Bundesländern unter verschiedenen Namen in Form von Länderprogrammen<sup>2</sup>, andererseits durch den Bund als Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) umgesetzt. Die Programme unterscheiden sich teilweise in den Zielgruppen, die angesprochen werden (Bayern und Niedersachsen sprechen nur Jugendliche an) und im räumlichen Bezug. Während die meisten Länderprogramme jeweils im gesamten Bundesland durchgeführt werden können, sind in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und im Bundesprogramm LOS spezielle Fördergebiete ausgewiesen.

Grundlage dieser Programme ist die EU-Verordnung 1784/1999, Artikel 4 Absatz 2:

„(2) Bei der Planung der Interventionen des Fonds wird ein angemessener Betrag der für die Intervention gemäß Ziel 1 und 3 bereitgestellten Mittel des Fonds nach Maßgabe von Artikel 27 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 für die Verteilung geringer Zuschussbeträge vorgesehen, wobei besondere Zugangsvoraussetzungen für Nichtregierungsorganisationen und lokale Partnerschaften vorzusehen sind. Die Mitgliedstaaten können diesen Absatz gemäß den Finanzierungsregelungen nach Artikel 29 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 ausführen“ (Verordnung (EG) Nr. 1784/1999, L213/7).

#### *Beschäftigungspolitische Leitlinien*

Als Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) spielt für LOS die Europäische Beschäftigungsstrategie, die zur Aufstellung der beschäftigungspolitischen Leitlinien führte, eine wesentliche Rolle. Diese Leitlinien, die am 12.07.2005 durch den Europäischen Rat auf Vorschlag der Kommission verabschiedet wurden, sind Teil der „Integrierten Leitlinien“ für Wachstum und Beschäftigung und damit auch ein wesentlicher Beitrag zur Neuausrichtung der Lissabon Strategie (Europäische Kommission 2005), zu deren Einhaltung sich alle EU-Staaten verpflichtet haben.

Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie sind:

- Vollbeschäftigung,
- Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität,
- Sozialer und territorialer Zusammenhalt.

LOS ist insbesondere dem Ziel der Verbesse-

rung des sozialen und territorialen Zusammenhanges verpflichtet. Durch die Initiierung und Umsetzung von Mikroprojekten auf lokaler Ebene erfüllt LOS wie kein anderes Programm den lokalen Ansatz der Europäischen Beschäftigungsstrategie mit praktischem Leben. Insbesondere die Leitlinien 18, 19 und 23 sind für LOS relevant:

#### *Leitlinie 18: Lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern*

- Junge Menschen in Beschäftigung bringen,
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen,
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben,
- Das aktive Altern, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz fördern, Frühverrentung beseitigen.

#### *Leitlinie 19: Integrative Arbeitsmärkte schaffen/Benachteiligte fördern*

- Aktive und präventive Arbeitsmarktmaßnahmen,
- Integration von Personen, die auf dem Arbeitsmarkt am schwersten zu vermitteln sind,
- Erschließung neuer Beschäftigungspotentiale im Bereich der personen- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen, insbesondere auf lokaler Ebene.

#### *Leitlinie 23: Die Investitionen ins Humankapital steigern und optimieren*

- Integrative Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Senkung der Quote von Schulabbrechern
- Wirksame Strategien für lebenslanges Lernen.

Jeder Mitgliedstaat legt einmal im Jahr einen Nationalen Aktionsplan vor, in dem er darlegt, wie die beschäftigungspolitischen Leitlinien in einer dem Land angemessenen Weise umgesetzt werden sollen.

### **Die Nationale Dimension von LOS**

Neben der beschriebenen europäischen Dimension unterstützt LOS auch die Ziele der Bundesregierung bezüglich einer Aktivierung von besonders benachteiligten Menschen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der LOS-Programmschwerpunkt „Lokales Kapital in der Sozialen Stadt“ wird als Teilprogramm der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den Gebieten der Bund-/Länder-

2) Siehe auch [http://www.los-online.de/content/e14/index\\_ger.html](http://www.los-online.de/content/e14/index_ger.html)

Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ umgesetzt. Wie in vielen europäischen Städten existieren auch in Deutschland Stadtteile, die sich in einer Krisensituation befinden. Dafür wird in der Regel neben unbestreitbaren Ursachen wie Armut, fehlenden Zukunftsperspektiven u. a. vor allem die soziale Exklusion verantwortlich gemacht. Mit sozialer Exklusion wird der fehlende Status der Bewohner/innen dieser Gebiete als vollberechtigtes und teilhabefähiges Gesellschaftsmitglied beschrieben. Früher gab es in den spezifischen Milieus schlagkräftige und gesellschaftlich anerkannte Organisationen wie z. B. Gewerkschaften oder Kirchen. Diese Organisationen spielen aber in diesen Gebieten heute keine Rolle mehr.

Für soziale Exklusion werden in der Regel drei entscheidende Faktoren genannt:

- „politische Organisationsdefizite der Betroffenen,
- staatliche Steuerungsdefizite in Hinblick auf die Ursachen von Exklusion und
- das Zusammenspiel von verschiedenen persönlichen und kollektiven Merkmalen der Exkludierten und der Dynamik marktvermittelter Ungleichheit“ (Haus 2005).

Bund und Länder haben mittlerweile [Stand 2005] bundesweit 392 Stadtteile bestimmt, die besonderer Förderung bedürfen. Neben diesen Stadtteilen sind in der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) weitere 13 Landkreise ausgewählt. Wie schon gesagt, beschreibt die Festlegung auf die Gebietskulisse nicht nur den Ort, sondern auch den Inhalt der Förderung. Durch LOS soll vor allem soziale Ausgrenzung bekämpft und der Erwerb von Zukunfts- und/oder beruflichen Kompetenzen gefördert sowie Eigenverantwortung und soziales Engagement gestärkt werden. Die Strategien aller drei genannten Programme zeichnen sich durch eine kooperative, partizipative und dezentrale Umsetzung aus, die eine Kommunalpolitik im Sinne von *urban governance*<sup>3</sup> unterstützen sollen. Es ist also auch nicht verwunderlich, dass sich die Grundlagen der einzelnen Programme, abgesehen von der individuellen Zielstellung, ähneln.

*„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*

Das Programm „Soziale Stadt“ lässt sich unter folgende Stichwörter fassen:

- Integriertes Handlungskonzept,
- Beteiligung der Bewohner/innen,
- Quartiersmanagement.

„Gegenstand der Förderung sind (...) investive Maßnahmen in den Bereichen Bürgermitwirkung, Stadtteileben, Lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Quartierszentren, soziale, kulturelle und bildungsbezogene Infrastruktur, Wohnen, Wohnumfeld und Ökologie. Die Fördermittel können auch eingesetzt werden für den stadtteilbedingten Mehraufwand zur Ansiedlung von Handel, Dienstleistungen und Gewerbe sowie zur Lösung der städtebaulichen Probleme, die sich aus dem Leerstand von Wohnungen ergeben, aber auch für das vor Ort tätige Stadtteil-/Quartiersmanagement. Das Stadtteil-/Quartiersmanagement ist zentrales Instrument und treibende Kraft in der Programmumsetzung „vor Ort“. Es fördert die Beteiligung und Selbstorganisation der Bürger, bündelt die im Quartier vorhandenen sowie die im Rahmen von Förderprogrammen bereitgestellten Ressourcen und vernetzt die lokal bedeutsamen Akteure“ (Krautzberger/Richter 2002, S. 3).

*„Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten“ (E&C)*

Das Programm E&C lässt sich unter folgende Stichwörter fassen:

- Soziale Arbeit als Koproduktion,
- Kooperation verschiedener Ämter,
- Einbeziehung freier Träger, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe,
- Einbeziehung des Quartiersmanagement,
- Beteiligung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen und deren Eltern,
- Lokaler Aktionsplan als Steuerungsinstrument.

„Ziel des Programms E&C ist es zum einen, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren, die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen qualifizieren und weiterentwickeln zu helfen sowie den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen zu richten. Zum anderen sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die zur Förderung der sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen beitragen“ (Brocke 2006).

*Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)*

Das Programm LOS lässt sich unter folgende Stichwörter fassen:

- Funktionierendes Ämternetzwerk,
- Lokales Netzwerk,
- Beteiligung der Bewohner/innen,
- Aufstellung eines Lokalen Aktionsplans,

3) Siehe auch Projektgruppe E&C und LOS, Governance-Strategien auf kommunaler Ebene, Dokumentation zum Workshop am 8. und 9. Dezember 2004 in Halle.

- Einrichtung einer Lokalen Koordinierungsstelle durch die Gebietskörperschaft,
- Einrichtung eines Begleitausschusses mit Vertreter/innen von Ämtern, freien Trägern, Betrieben und insbesondere Bewohner/innen aus den Fördergebieten,
- Förderung von Mikroprojekten.

Ein wesentliches Erfolgskriterium der durch LOS geförderten Mikroprojekte ist deren Einbindung in ein Gesamtsystem unter dem Dach der Lokalen Aktionspläne. Lokale Aktionspläne sind aus vielen Bereichen bekannt (Schwamborn 2006b), vor allem im Bereich Verkehr, Umwelt und Gesundheit und insbesondere bei der Beschäftigungsförderung durch den ESF. Auch die Stiftung SPI hat schon viele Erfahrungen mit lokalen Aktionsplänen und Verfügungsfonds im Jugendhilfebereich im Rahmen von Teilprogrammen der Programm-Plattform E&C sammeln können.

Mit der Aufstellung des Lokalen Aktionsplans kommt neben der europäischen und der nationalen Dimension der Stadtteil als dritte Dimension von LOS zum Tragen. Das Lokale Netzwerk agiert in enger Abstimmung mit dem Ämternetzwerk der Stadt/des Landkreises, die/der eine Lokale Koordinierungsstelle einrichtet. Die Lokale Koordinierungsstelle koordiniert und moderiert die Umsetzung des Programms auf Gebietsebene und übernimmt den Informationstransfer innerhalb der Verwaltung.

Der Lokale Aktionsplan ist im Programm LOS ein Instrument der kommunalen Politik, mit dessen Hilfe die Vernetzung von Bürger/innen, Politik, Verwaltung, lokaler Wirtschaft, freien Trägern, Bildungseinrichtungen etc. vor Ort intensiviert und verstetigt werden soll. Vorrangiges Ziel ist es, die lokale Kooperation zu stärken, neue Impulse aus den Gemeinden heraus zu erzeugen und die Beteiligung von betroffenen und/oder engagierten Bürger/innen sicherzustellen. Der Lokale Aktionsplan beinhaltet eine Situationsanalyse des Fördergebietes, die Aufstellung von Entwicklungszielen und ein darauf abgestelltes Handlungskonzept. Darüber hinaus werden Strukturdaten der Gebiete abgefragt.

In den LOS-Konzeptwettbewerben 2003 und 2004 sind insgesamt 287 Fördergebiete zur Teilnahme an LOS ausgewählt worden. Davon gehören 278 Gebiete auch der Bund-/Ländervereinbarung „Soziale Stadt“ an, 9 Gebiete sind E&C-Landkreise<sup>4</sup>. In der überwiegenden Mehrheit liegen die Fördergebiete in einer Großstadt (132) bzw. Mittelstadt (116). Nur 32 kleinstädtische bzw. 7 ländliche Gemeinden werden durch LOS gefördert. Die Einwohnerzahl der Gebiete variiert sehr stark und reicht

vom kleinsten Gebiet mit 304 bis zum größten Gebiet mit fast 100.000 Einwohner/innen. Im Durchschnitt wohnen 13.780 Einwohner/innen in einem LOS-Fördergebiet.

Knapp die Hälfte der Lokalen Koordinierungsstellen, die durch die Gebietskörperschaften eingerichtet werden mussten, wird von Jugendämtern, jeweils 10 % von Sozialämtern bzw. von Jugend- und Sozialämtern gestellt. Bei dem restlichen knappen Drittel haben entweder Bauämter, Querschnittsämter, Ämter für Stadtentwicklung etc. die Federführung bei LOS. Die Ämternetzwerke werden ebenfalls durch Jugend- bzw. Sozialämter angeführt, aber auch die Stadtplanungsämter und Agenturen für Arbeit sind dort vorrangig vertreten.

Das Programm LOS soll maßgeblich durch die Gebietskörperschaften gesteuert werden. Dazu soll neben dem federführenden Amt auch ein Ämternetzwerk gebildet werden. Die nachfolgende Grafik zeigt den Vergleich zwischen den drei bisher stattgefundenen Fortschreibungen und den Daten aus den beiden Konzeptwettbewerben. Die Auswirkungen der Verwaltungsreformen sind an dem Anstieg der Rubrik „Andere Ämter“ deutlich zu erkennen. Die Reformen am Arbeitsmarkt und die Zusammenlegung von Leistungen nach dem BSHG und der Arbeitslosenhilfe führen ebenfalls zu Veränderungen, wie die Reduzierung des Anteils der Sozialämter und der Anstieg des Anteils der Agentur für Arbeit zeigen. Bei der aktuellen Fortschreibung hat neben dem Sozialamt nur das Gesundheitsamt an Einfluss verloren. Allerdings gab es bei einzelnen Ämtern im Vergleich zu den Konzeptwettbewerben bzw. zur ersten Fortschreibung Einbußen.

Der Anteil der Ausländer/innen ist in den geförderten LOS-Gebieten im Vergleich zu anderen städtischen Quartieren überdurchschnittlich hoch, wobei ein klarer Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern besteht. Insgesamt liegt der Anteil der Ausländer/innen an der Wohnbevölkerung der Fördergebiete bundesweit bei 18,8 %, in den neuen Bundesländern (ESF-Zielgebiet 1) liegt er mit rund 3,6 % weit darunter, in den alten Bundesländern (ESF-Zielgebiet 2/3) mit 24,1 % darüber. In mehr als einem Drittel der westdeutschen LOS-Gebiete liegt der Anteil höher als 25 %.

Die Arbeitslosen- (Ziel 1: 20,96 %, Ziel 2/3: 13,65 %) bzw. Sozialhilfequoten<sup>5</sup> (Ziel 1: 7,06 %, Ziel 2/3: 12,82 %) in den Fördergebieten differieren ebenfalls zwischen den neuen und den alten Bundesländern.

Der zweite wesentliche Erfolgsfaktor von LOS ist die Einbindung der Bewohner/innen bzw.

4) Siehe auch [http://www.eundc.de/seiten/info/netz\\_01.html](http://www.eundc.de/seiten/info/netz_01.html) (Stand 24.09.2006).

5) Zur Zeit der LOS-Konzeptwettbewerbe gab es noch keine Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

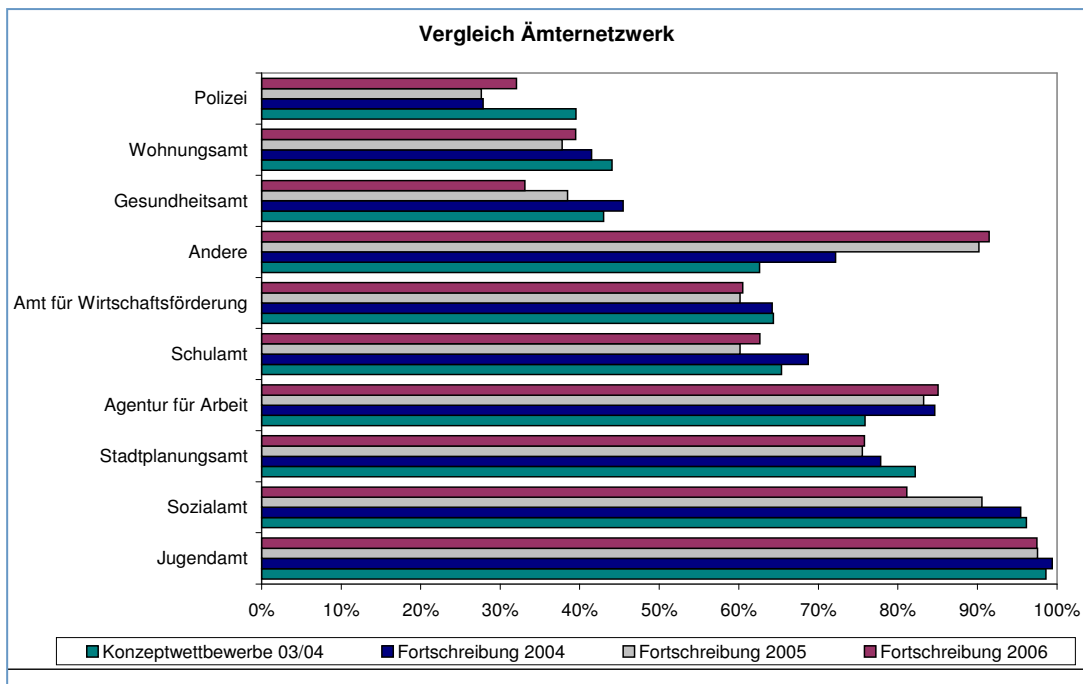


Abb. 1: Vergleich Ämternetzwerk

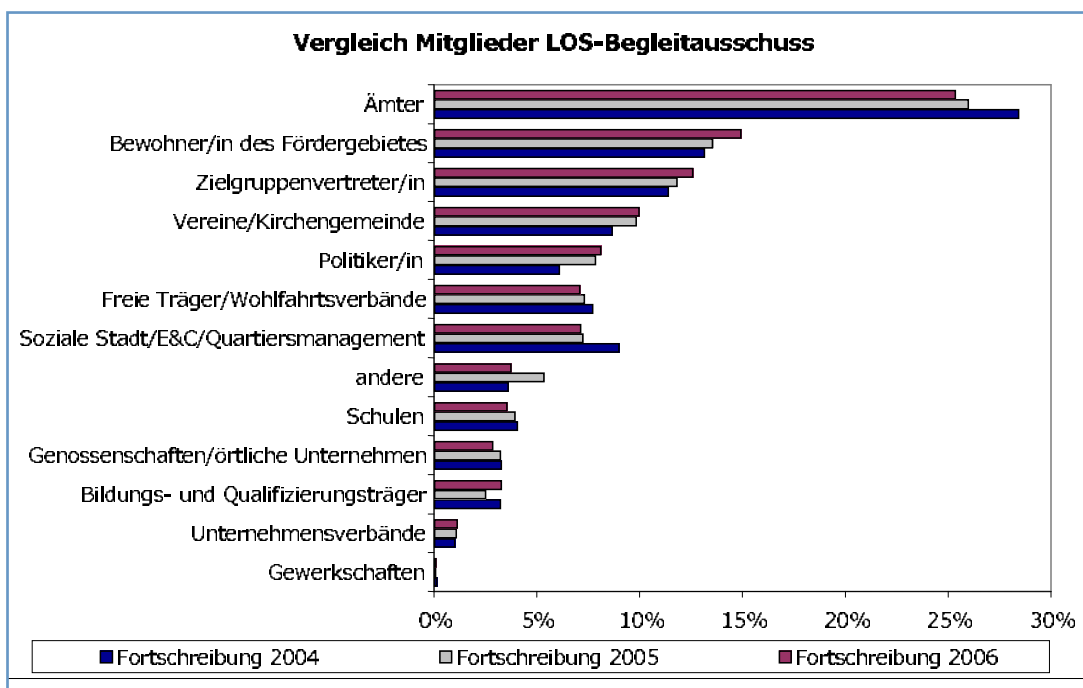


Abb. 2: Vergleich Mitglieder LOS-Begleitausschuss

der Zielgruppenvertreter/innen in den LOS-Begleitausschuss. LOS verfolgt insbesondere das Ziel, die Beteiligung von Bürgern/innen und Betroffenen an kommunalen Entscheidungen zu stärken. Aus diesem Grund werden die Mikroprojekte nicht von den Vertretern/innen der Politik oder der kommunalen Verwaltung allein ausgewählt, sondern von Vertretern/innen aller relevanten Akteure. Dazu zählen ausdrücklich auch die Bewohner/innen des Fördergebietes und Vertreter/innen der Zielgruppen von LOS.

Die Besetzung der Begleitausschüsse kann insgesamt als gut bezeichnet werden, obwohl wichtige Partner, wie die lokale Ökonomie, aber auch die Quartiersmanager/innen seltener vertreten sind. Insgesamt waren 4226

Personen als Mitglieder von Begleitausschüssen ehrenamtlich mit dem Thema LOS befasst. Das bedeutet, dass der Durchschnittsbegleitausschuss aus etwa 15 Personen besteht. Die Verteilung der einzelnen Kategorien in den Begleitausschüssen auf alle Fördergebiete bezogen ist, wie der nachfolgenden Grafik entnommen werden kann, ausgewogen. Spitzenreiter sind die Ämter mit 25,37 %, gefolgt von potentiellen Mikroprojekträgern mit 28,07 % (Vereine, Kirchengemeinden, freie Träger, Schulen, örtliche Unternehmen und Bildungs- und Qualifizierungsträger). Die Vertreter/innen der Bewohner/innen bzw. der Zielgruppe erreichen 27,55 %, die restlichen rund 20 % teilen sich verschiedene Gruppen (Politik, Quartiers-



management, andere und Soziale Stadt/E&C).

Abschließend lässt sich sagen, dass die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von LOS in der Bereitschaft der gewählten Vertreter/innen, der gewählten Funktionsträger/innen wie der Leitungen der Fachämter liegt, integriertes Handeln mit dem Instrument des Lokalen Aktionsplans zu wollen und zu legitimieren. Die Einbindung oder der Aufbau eines lokalen Netzwerkes ist unabdingbar. Dabei geht es nicht um den Aufbau von Parallelstrukturen, sondern um die Beteiligung vorhandener Gruppen, wie Lokale Agenda-21-Gruppen, Stadtteilgruppen, lokale Beschäftigungsbündnisse etc.

Wie schon beschrieben, ist der Lokale Aktionsplan das Dach, unter dem in der lokalen Umsetzung von LOS die Mikroprojekte durchgeführt werden. In den ersten drei Förderperioden haben fast 9000 Mikroprojekte stattgefunden, mit denen über 250.000 Menschen erreicht wurden. In der laufenden Förderperiode sind schon über 1000 Mikroprojekte gestartet.

Das Programmziel, die Berücksichtigung bzw. Aktivierung von neuen, vorzugsweise kleinen Trägern und Einzelpersonen bzw. ESF-unerfahrenen Trägern, konnte schon in der ersten Förderperiode erreicht werden. Insgesamt hatten nur 27 % der Träger ESF-Erfahrung. Durch Nachsteuerung seitens der Regiestelle in den Gebieten, die einen höheren Anteil aufwiesen, konnte dieser Wert auf 19,9 % weiter reduziert werden. Dies korreliert auch mit der Entwicklung in Bezug auf die Art der Träger. Den höchsten Anteil der Mikroprojekträger stellen kleine stadtteilbezogene Vereine. Der Anteil der größeren Träger (Bildungs- und Qualifi-

zierungsträger bzw. Wohlfahrtsverbände) hat deutlich abgenommen.

Die LOS-Mikroprojekte haben eine große Bandbreite, was die Thematik, die Adressaten und die finanzielle Ausstattung betrifft (Schwamborn 2006a). Durchschnittlich planen die Mikroprojekte mit Ausgaben in Höhe von 6500 Euro. Das bedeutet, dass sie mit weit weniger Geld auskommen als maximal möglich wäre.

In den Programmplanungsdokumenten EPPD hatte der Bund den Programmrahmen für LOS festgeschrieben. Danach dienen die Mittel drei Oberzielen, an denen sich die Mikroprojekte orientieren müssen:

- Unterstützung einzelner Aktionen zur Förderung der beruflichen Eingliederung,
- Unterstützung von Organisationen und Netzen, die sich für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt einsetzen,
- Unterstützung bei der Existenzgründung und bei der Gründung von sozialen Betrieben.

Folgende Zielgruppen sollen von LOS profitieren:

- Langzeitarbeitslose,
- Aussiedler/innen, Migrant/innen,
- Sozial benachteiligte Jugendliche,
- Alleinerziehende, Berufsrückkehrer/innen, Wiedereinsteiger/innen,
- Ältere Arbeitnehmer/innen,
- Behinderte Menschen,
- Wohnungslose, Suchtmittelabhängige, Straffällige.

Mit fast 100.000 Teilnehmer/innen sind Jugendliche unter 25 Jahren eine zentrale Zielgruppe von LOS (39 %). Die Verteilung auf die einzel-

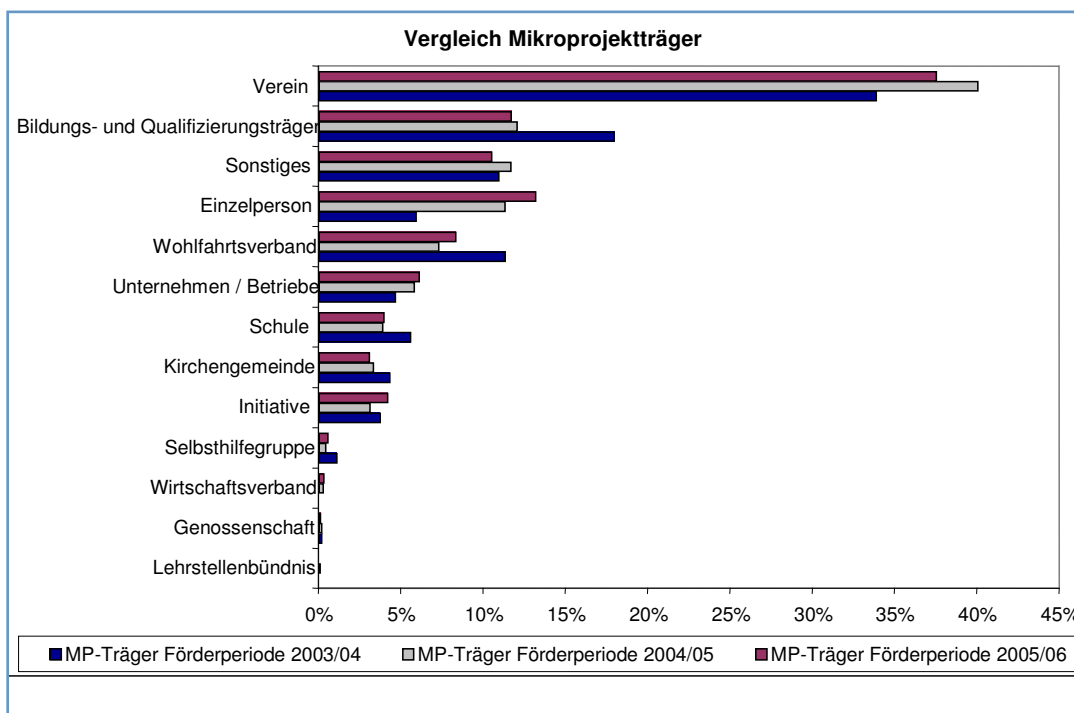


Abb. 3: Vergleich Mikroprojekträger

nen Projekttypen bzw. deren Unterkategorien sind wie bei den anderen Zielgruppen sehr heterogen. Durch den Projekttyp III werden z. B. nur 26 Jugendliche gefördert. Existenzgründungsbeihilfen erhalten nur vier Jugendliche. Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Jugendlichen naturgemäß bei Maßnahmen gegen den Schulabbruch bei fast 90 %. Bei den Integrationsmaßnahmen und der beruflichen Qualifizierung durch Projekte entspricht der Anteil der Jugendlichen der Gesamtaufteilung, bei den Projekten zur Förderung von Toleranz und Demokratie haben die Jugendlichen mit 52 % die Mehrheit.

Folgende drei Handlungsfelder haben sich für Jugendliche als Zielgruppe herauskristallisiert:

- Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf,
- Maßnahmen zur Vermeidung des Schulabbruchs,
- Angebote für arbeits- oder ausbildungssuchende Jugendliche,
- Förderung von Toleranz und Demokratie.

Durch die beiden ersten Handlungsfelder kommt die Institution Schule in den Blickpunkt von LOS. Gerade der Übergang von Schule zu Ausbildung bzw. Beruf ist eine der Schnittstellen, die sich für die Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten als schwierig erweist. Die Zahl der Schüler/innen, die ohne qualifizierten Schulabschluss bzw. ohne eigene realistische Vorstellung ihrer Möglichkeiten und damit ohne eine berufliche Perspektive die Schulen verlassen, ist dementsprechend sehr hoch. In fast 80 % der geförderten Gebiete waren Schulen an der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne beteiligt. Auf der Durchführungsebene spielen Schulen ebenfalls eine Rolle. In 1503 Mikroprojekten waren Schulen als Kooperationspartner beteiligt, in 137 fungierten sie selbst als Mikroprojekttträger und in 166 Mikroprojekten waren Fördervereine von Schulen Träger der Mikroprojekte.

Im Wesentlichen hatten die Projekte folgende Themen zum Inhalt:

- Gezielte Maßnahmen gegen den Schulabbruch benachteiligter Jugendlicher,
- Aufbau von Schülerfirmen,
- Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Demokratie,
- Sicherstellung von außerschulischer Betreuung,
- Berufsorientierung,
- Netzwerke zwischen Schule/Jugendhilfe/Wirtschaft,
- Stärkung von Schlüsselkompetenzen.

Auch für die Gruppe der arbeits- oder ausbildungssuchenden Jugendlichen gibt es eine breite Palette von Angeboten durch die Mikroprojekte. Der § 3, Abs. 2 des neuen SGB II

sieht ja für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, besondere Leistungsgrundsätze vor. Für diesen Personenkreis muss unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit vermittelt werden. Für die unter 25-Jährigen wird damit festgeschrieben, dass diese keine passiven Leistungen ohne gleichzeitige aktivierende Leistung erhalten. Hier waren folgende Themen interessant:

- Berufsorientierung, Bewerbungstraining,
- Qualifizierung in verschiedensten Bereichen,
- Stärkung von Schlüsselkompetenzen,
- Vermittlung in Praktika,
- Förderung des freiwilligen Engagements,
- Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Demokratie.

Bevor im folgendem Beitrag von Frau Nölke-Schaufler aufgezeigt wird, wie die Umsetzung eines beispielhaften Lokalen Aktionsplans aussehen kann, möchte ich die Gelegenheit nutzen, einen Kritiker zu Wort kommen zu lassen. Die Kritik von Herrn Wolfgang Hinte wendet sich zwar nicht gegen LOS als Programm zur Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potentiale vor Ort, sondern gegen die Idee, Sozialräume, wie die LOS-Fördergebiete, seien überhaupt steuerbar:

„Mit Interesse habe ich in der Einladung zu dieser Konferenz<sup>6</sup> folgenden Satz gelesen: ‚Durch entsprechendes Setzen von Rahmenbedingungen für Förderprogramme [...] gelang es, im Rahmen von E&C sozialräumliche Ressourcensteuerung zu etablieren.‘ – Wohlgemerkt: „etablieren“! Liebe Leute vom SPI, wer hat Ihnen denn diesen Bären aufgebunden? (...) Ein paar Worte zu der von mir wahrgenommenen, inzwischen aber auch durch mehrere Untersuchungen eingefangenen Realität. Die Wirksamkeit der durch E&C angestoßenen Entwicklungen in den Kommunen bezüglich einer systematischen Orientierung der kommunalen Strukturen auf den Sozialraum halte ich für begrenzt. Die Kommunen fördern mit ihrem Geld oder eingeworbenen Drittmitteln zum Teil fachlich hochwertige, tendenziell mittelfristig angelegte aber auch fachlich wenig überzeugende Projekte, die allenfalls marginalen Einfluss auf die systematische Veränderung der Steuerungsparameter haben. Die Mehrheit der ohnehin sozialraumkritischen Akteure in den Kommunen delegiert den Gebietsbezug an die durch die Programmfelder gestützten Akteure – mit der Folge, dass einige wenige

6) Gemeint ist die Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen der Städte und Gemeinden aus E&C-Gebieten: „Der Sozialraum als Steuerungsgröße – Strategien stadtteilbasierter kommunaler Steuerung in Soziale Stadt/E&C-Gebieten“ am 26. und 27. April 2005 in Stuttgart.

Menschen mit viel Sachverstand, Herzblut und hohem Arbeitszeit-Einsatz zum Teil erstklassige Projekte durchführen, deren Einfluss auf eine dauerhaftere ‚sozialräumliche Ressourcensteuerung‘ jedoch relativ marginal ist.

Die einzelnen Projekte sind absolut überfordert mit dem Transfer einer sozialräumlich inspirierten Innovation. Im Grunde fehlt es an einer anschlussfähigen lokalen Struktur für diese anspruchsvollen Programme. Und zu hoffen, durch die Programme würden irgendwelche Innovatoren/innen die lokale Struktur auch nur mittelfristig so beeinflussen, dass sozialräumliche Gesichtspunkte stärkere Beachtung finden, entbehrt jeglicher Grundlage. Ich bin jedes Mal aufs Neue belustigt, wenn ich mir die Konzeptvokabeln der Programme sowie die Erfolgsberichte aus den Kommunen anschau und diese vergleiche etwa mit meinen Erfahrungen in genau diesen Kommunen oder auch mit systematisch angelegten Evaluationen. (...) Damit sage ich nicht, dass diese Programme wirkungslos sind oder gar eine schlechte Praxis unterstützen. Keineswegs! Aber der systematische Aufbau sozialräumlicher Strukturen wird durch das ‚Setzen von Rahmenbedingungen‘ in keiner Weise gefördert. (...) Allenfalls diejenigen Kommunen, die ohnehin schon auf dem Weg einer sozialräumlichen Orientierung waren, haben die Impulse aus dem Bundesprogramm systematischer aufgenommen und verarbeitet – aber diese Kommunen können Sie in Deutschland mit der Lupe suchen“ (Hinze 2005).

Diese Diskussion erinnert ein wenig an die Frage, wer oder was früher da war, die Henne oder das Ei. Müssen erst Strukturen verändert werden, damit darauf aufbauend Förderprogramme gute Ergebnisse bringen, oder werden Strukturen durch Förderprogramme weiterentwickelt? Einmal davon abgesehen, dass das BMFSFJ nicht für kommunale Strukturen verantwortlich gemacht werden kann, hat das BMFSFJ eine Anreizfunktion auszufüllen, die es durch Programme wie E&C bzw. LOS auch erbringt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Programme ist, wie oben schon genannt, die Bereitschaft zur Strukturveränderung, zur Zusammenarbeit auf Ämter- bzw. Stadtteilebene und vor allen Dingen die Bereitschaft der Bewohner/innen zur Beteiligung. Dieser Veränderungsprozess ist in den einzelnen Kommunen sicherlich an unterschiedlichen Punkten angelangt. LOS hat jedoch in jeder Kommune dazu beigetragen, den Blick auf eine sozialräumliche Planung und Herangehensweise zu schärfen und eine Strukturveränderung voranzutreiben.

Weitere Erkenntnisse wird die Evaluation des Deutschen Jugendinstituts (DJI) erbringen.

## Literatur

- Brocke, Hartmut (2006): Soziale Arbeit als Ko-Produktion. Online-Publikation unter: [http://www.eundc.de/download/journal\\_12.pdf](http://www.eundc.de/download/journal_12.pdf) (Stand 24.09.2006)
- Europäische Kommission (2005): Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates: Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze – Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon, KOM (2005) 24 vom 02.02. 2005
- Haus, M. (2005): Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 03). Online-Publikation unter [http://www.bpb.de/publikationen/Df8TP1,2,0,Zivilgesellschaft\\_und\\_soziales\\_Kapital\\_im\\_st%E4dtischen\\_Raum.html](http://www.bpb.de/publikationen/Df8TP1,2,0,Zivilgesellschaft_und_soziales_Kapital_im_st%E4dtischen_Raum.html) - art2
- Hinze, W. (2005): Sozialraumorientierte Steuerung Sozialer Arbeit – zwischen Illusion und Innovation – eine polemische Auseinandersetzung. In: Dokumentation der Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen der Städte und Gemeinden aus E&C-Gebieten: „Der Sozialraum als Steuerungsgröße – Strategien stadtteilbasierter kommunaler Steuerung in Soziale Stadt/E&C-Gebieten“ am 26. und 27. April 2005. Online-Publikation unter: [http://www.eundc.de/download/doku\\_sozialraum.pdf](http://www.eundc.de/download/doku_sozialraum.pdf) (Stand 24.09.2006)
- Krautzberger, M./Richter, B. (2002): „Die Soziale Stadt“ – Neuorientierung in der Stadtentwicklungspolitik und in der Sozialarbeit. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 1. Online-Publikation unter: <http://www.tup-online.com/media/md2697D.pdf>
- Schwamborn, C. (2006a): Stand der Umsetzung von LOS. In: Dokumentation des 2. LOS-Kongresses am 13. und 14. Dezember 2004 in Berlin. [http://www.los-online.de/content/e326/e4454/e4456/los\\_kongress\\_2004\\_ger.pdf](http://www.los-online.de/content/e326/e4454/e4456/los_kongress_2004_ger.pdf) (Stand 24.09.2006)
- Schwamborn, C. (2006b): Der lokale Aktionsplan als Instrument kommunaler, auf den Sozialraum bezogener Steuerung. In: Dokumentation der Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen der Städte und Gemeinden aus E&C-Gebieten: Der Sozialraum als Steuerungsgröße – Strategien stadtteilbasierter kommunaler Steuerung in Soziale Stadt/E&C-Gebieten am 26. und 27. April 2005. Online-Publikation unter: [http://www.eundc.de/download/doku\\_sozialraum.pdf](http://www.eundc.de/download/doku_sozialraum.pdf) (Stand 24.09.2006)

## Kontakt

Christoph Schwamborn  
Regiestelle LOS  
Elberfelder Straße 6  
10555 Berlin  
Tel: 030/39063477  
E-Mail: [Regiestelle@los-online.de](mailto:Regiestelle@los-online.de)

## Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) – Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potentiale in Augsburg

### Augsburg

Augsburg hat eine über 2000-jährige wechselhafte Geschichte mit historischer Bedeutung z. B. als erste freie Reichsstadt (15. Jahrhundert), als Industriestandort, insbesondere der Textilindustrie des 19. Jahrhunderts, und heute als Luftfahrt- und Umweltechnologiestandort. Nach München und Nürnberg ist Augsburg die drittgrößte Stadt in Bayern.

Statistische Zahlen und Fakten zeichnen das typische Bild einer Großstadt mit ca. 280.000 Einwohnern/innen:

Jugendquote (0–18 Jahre):	15,9 %
Altersquote (über 65 Jahre):	18,7 %
Quote Nichtdeutscher:	16,7 %
Anteil Migrantinnen/innen:	32,0 %

### Augsburg-Oberhausen

Das einzige Gebiet der Sozialen Stadt befindet sich im Nord-Westen, der Stadtteil Oberhausen ist gleichzeitig der älteste Teil der Stadt. Die LOS-Koordinationsstelle ist beim Amt für Kinder, Jugend und Familie (ASD) angesiedelt, das zum Sozialreferat gehört. Das Sozialreferat ist verantwortlich für Kinder-, Jugend-, Senioren-, Arbeitsmarkt- und Integrationsfragen.

### Lokaler Aktionsplan

Die Lokalen Aktionspläne für Oberhausen wurden im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Gebietes aufeinander aufbauend entwickelt und fortgeschrieben. Die Idee war, zunächst eine verstärkte Identifikation der Bewohner/innen mit dem Stadtteil zu bewirken (LOS I). Mit den im Stadtteil vorhandenen Institutionen wurde im zweiten Schritt ein Schwerpunkt auf die Schaffung verbindlicher Kooperationen bzgl. Qualifikation gelegt, um nachhaltige Strukturen für den Stadtteil zu etablieren (LOS II). Durch diese Netzwerke konnte dann die Selbstorganisation der Bewohner/innen unterstützt und vorangetrieben werden (LOS III), die im letzten Schritt von LOS durch Kontinuität stabilisiert und gesichert werden soll (LOS IV).

### Förderschwerpunkte

In der Umsetzung von LOS stellten sich Förderschwerpunkte heraus, welche in unterschiedlicher Ausprägung ihre Umsetzung in Mikroprojekten fanden:

- Übergang von der Schule in den Beruf: Drohende oder bestehende Jugendarbeitslosigkeit macht einen koordinierten und intensivierte Übergang von der Schul- in die Berufsphase für Jugendliche notwendig.

Schule als Ort des ganzheitlichen Lernens versteht sich in diesem Kontext als Ort von Wissensvermittlung und Vermittlung von sozialer Kompetenz.

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Aufbau einer Versorgungsstruktur, insbesondere bei Randzeiten der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen durch alternative Versorgungsmodelle.
- Oberhauser/innen machen mit: Oberhauser/innen können und sollen sich einmischen und aktiv werden, ihren Stadtteil zu gestalten – so sind insbesondere Aktivitäten mit nachbarschaftlichem, interkulturellem und/oder interreligiösem Schwerpunkt hier zu finden.
- Beschäftigungsmöglichkeiten vor einer Arbeitsaufnahme: Menschen haben oft aus persönlichen Gründen sehr lange keinen festen Arbeits- oder Beschäftigungsvertrag gehabt. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben ist für diesen Personenkreis sehr schwer.
- Sprache als Basis für Integration: Sprache als Schlüsselkompetenz für eine gelingende Integration nimmt hier einen besonderen Stellenwert ein, um Arbeitsmarktfähigkeit zu bewirken.
- Wirtschaftsstandort Oberhausen: Die Erhöhung von Beschäftigungschancen für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt hängt eng mit der Wirtschaftskraft einer Region oder eines Stadtteils zusammen. In diesem Sinne unterstützt LOS die wirtschaftliche Entwicklung von Oberhausen durch Mikroprojekte, die sich an Existenzgründer/innen und solche, die es werden wollen, ebenso richtet wie an Kleinst- und Kleinunternehmen, die ihre Unternehmerkompetenz stärken und damit etwas Gutes für den Stadtteil insgesamt beitragen wollen.

Doch was bedeutet dies für LOS in Augsburg-Oberhausen im Einzelnen?

### LOS I: „Identifikation“

Der Lokale Aktionsplan sah für das erste Jahr Entwicklungsziele vor, die vor allem durch individuelle Maßnahmen umgesetzt wurden. Die Stärkung des Selbstbewusstseins des Einzelnen (und so ganzer Personengruppen und des Stadtteils insgesamt) standen im Vordergrund, z. B.:

- Förderung des sozialen Zusammenhaltes,
- Soziale Integration von benachteiligten Personengruppen, insbesondere Sozialhilfeempfänger/innen und Migrantinnen/innen,

- Aufbau einer beschäftigungsfördernden Metaebene.

29 Projektanträge gingen ein, 18 wurden vom fast ausschließlich mit Bewohnerinnen und Bewohnern zusammen gesetzten Begleitausschuss genehmigt:

Übergang Schule – Beruf	6
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	0
Oberhauser machen mit	1
Beschäftigungsmöglichkeiten vor einer Arbeitsaufnahme	2
Sprache als Basis für Integration	5
Wirtschaftsstandort Oberhausen	4

Parallel dazu wurde im Sinne des 3. Entwicklungszieles eine Metaebene aufgebaut, die in der nächsten LOS-Phase ihren Niederschlag finden sollte.

#### LOS II: „Qualifikation“

Oberhausen erwachte! Die ersten städtebaulichen Maßnahmen konnten abgeschlossen werden, so z. B. der Quartiersplatz, der im Oktober 2004 eingeweiht wurde. Die Projekte von LOS stellten einen weiteren Anreiz da, aus dem destruktiven Teufelskreis des „Schmuddelkindes“ auszubrechen und etwas auszuprobieren. Die Ziele der 2. Förderphase wollten besonders die Qualifikation der Menschen im Stadtteil fördern, so z.B.:

- Förderung des Zweitsprachenerwerbs und Multiplikatorensysteme,
- Aufbau von Netzwerkstrukturen,
- Vermeidung von inneren und vollzogenen Schulabbrüchen durch den Aufbau von geeigneten Präventions- und Hilfsmaßnahmen,
- Existenzgründung als Alternative zur abhängigen Beschäftigung.

Oberhausen wurde in Augsburg und darüber hinaus plötzlich positiv wahrgenommen. Die Aktivitäten einzelner Mikroprojekte wurden in der Öffentlichkeit kommuniziert, Veranstaltungen wie die „Internationale Woche“ oder die Ausstellung „Menschen, Bilder, Momente“ setzen neue Akzente auf einen bislang eher negativ in den Schlagzeilen vorhandenen Stadtteil. Die Mikroprojekte aus 24 Anträgen im Überblick:

Übergang Schule – Beruf	8
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	1
Oberhauser machen mit	2
Beschäftigungsmöglichkeiten vor einer Arbeitsaufnahme	0
Sprache als Basis für Integration	1
Wirtschaftsstandort Oberhausen	4

Der 4. Schwerpunkt wurde ab der 2. Förderphase nicht mehr mit Mikroprojekten umgesetzt, da die ARGE Beschäftigung mit entsprechenden Maßnahmen gesamtstädtisch das Problem anging.

#### LOS III: „Selbstorganisation“

2005/2006 wurde vor der Erwartung der vermeintlich letzten Förderperiode der Schwerpunkt auf die Selbstorganisation des Stadtteils gelegt. Begünstigt wurde dies durch den Bau der Drei-Auen-Grundschule, dem ersten Schulneubau in Augsburg seit 20 Jahren, und der darin konzeptionell berücksichtigten schulergänzenden Bereiche der Kinderbetreuung und des Bürgertreffs. Als Beispiele für Entwicklungsziele Oberhausens im Lokalen Aktionsplan sollen hier aufgeführt werden:

■ Verstetigung der Netzwerke,  
 ■ Verbindlichkeiten im Einzelfall auf struktureller Ebene und im Prozess herstellen,  
 ■ Aufbau des Familienstützpunktes und des Bürgertreffs.

Übergang Schule – Beruf	2
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	0
Oberhauser machen mit	5
Beschäftigungsmöglichkeiten vor einer Arbeitsaufnahme	0
Sprache als Basis für Integration	1
Wirtschaftsstandort Oberhausen	2

Ein weiterer Baustein musste nicht mehr mit Mikroprojekten versorgt werden: Die Familienstützpunkte waren in der gesamten Stadt als Anlaufstelle für die Versorgungssituation von Kindern etabliert worden.

#### LOS IV: „Ausbau und Kontinuität“

Überraschenderweise ergab sich noch ein 4. Förderjahr, das in Augsburg insbesondere mit der Stabilisierung begonnener Prozesse genutzt wird. Demzufolge ergab sich bei den Entwicklungszielen wie im Jahr zuvor der Projektschwerpunkt der Berufsvorbereitung und Selbstorganisation im Stadtteil, z.B.:

- Einbindung insbesondere der türkischen Community in berufsvorbereitende Aktivitäten,
- Ausbau des Familienstützpunktes,
- Etablierung des Bürgertreffs als Teil der selbstorganisierten, schulerg...

Tabelle 1: Geförderte Mikroprojekte 2003

Tabelle 3: Geförderte Mikroprojekte 2005

Tabelle 2: Geförderte Mikroprojekte 2004

gänzenden Angebote in der 2007 fertig gestellten Drei-Auen-Schule. Da nur 60.000 Euro statt der bislang 100.000 Euro als Budget zur Verfügung stehen, konnten aus den 20 Projektanträgen bislang nur 7 genehmigt werden:

Übergang Schule – Beruf	2
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	0
Oberhauser machen mit	3
Beschäftigungsmöglichkeiten vor einer Arbeitsaufnahme	0
Sprache als Basis für Integration	2
Wirtschaftsstandort Oberhausen	0

### Kommunalpolitische Strategien zur Förderung von Integration, Qualifikation und Selbstorganisation in Augsburg

Die Anforderungen an unsere Großstädte sind immens. Augsburg befindet sich seit 2003 in einem Umbauprozess, um den Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung zu begegnen und aktiv Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

Dieser Umbauprozess wird Augsburg zukunftsfähig werden lassen, Fragen der Interkulturalität, des Wertewandels und der demografischen Entwicklung aufgreifen und durch strukturelle Maßnahmen wie Projekte lösungsorientiert angehen.

Die Parallelen zu den Zielen von LOS sind offensichtlich. Durch LOS sollen:

- besonders benachteiligte Menschen gefördert und aktiviert werden,
- Netzwerke entstehen zwischen professionellen und Selbsthilfeinstitutionen und
- Gebiete lokal bedarfs- und ressourcenorientiert entwickelt werden.

Dies sind in Augsburg Entwicklungsziele für die gesamte Stadt, und sie werden konsequent Schritt für Schritt in einzelnen Bausteinen umgesetzt:

#### Sozialraumorientierung als Handlungs- und Organisationsprinzip

Das Stadtgebiet Augsburg ist in 4 Sozialregionen eingeteilt mit je etwa 70.000 Einwohner/innen. Im Vergleich: Die nächste größere Stadt ist Kempten im Allgäu mit ca. 60.000 Einwohner/innen. Diese 4 Sozialregionen mit den jeweiligen 3 Sozialräumen sind Planungsgrundlagen in allen weiteren Verwaltungsorganisationen geworden:

- Die neugegründete Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung (ARGE) ist sozialräumlich gegliedert. Die ARGE ist in den jeweiligen Regionen vor Ort angesiedelt.
- Die gleichzeitige Neustrukturierung des Amtes für Soziale Leistungen erfolgte eben-

falls sozialräumlich.

- Das schon in 4 regionalen Außenstellen arbeitende Amt für Kinder, Jugend und Familie wurde mit der „Neuen Jugendhilfe“ 2005 fachlich neu ausgerichtet.

- Der Fachbereich Kindertagesstätten ging mit Regionskonferenzen neue Wege in der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten städtischer und freier Trägerschaft.

- Das Staatliche Schulamt orientierte sich an den Sozialregionen bei der Neuausrichtung der Zuständigkeitsregelung der Schulräte.

Tabelle 4: Geförderte Mikroprojekte 2006

#### Themenorientierung

Die Lebenswelt der Menschen orientiert sich nicht an städtischen Zuständigkeitsregelungen. So wurde im Sozialreferat jedem Problem mit der Frage nachgegangen: Wer kann etwas zur Klärung beitragen? Die Bündelung von Ressourcen ergab sich in Folge der veränderten Herangehensweise:

- Sozialraumplanung wurde eingerichtet, nicht nur bedarfs-, sondern auch ressourcenorientiert,
- Sozialplanungsrunden ämterübergreifend verwaltungsintern und in den Regionen,
- Projektbezogener Jour fixe mit allen notwendigen Hierarchieebenen.

#### Arbeitsmarkt- und Familienpolitik

Lokale Lösungsansätze für Problemlagen zu finden, ist ein Leitbild von LOS. Augsburg nutzte die gesetzlichen Änderungen im SGB II, um mit Bausteinen die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik aktiv zu gestalten:

- Pro Jugend – in den 4 Sozialregionen werden junge Menschen unter 25 systematisch mit beschäftigungsfördernden Maßnahmen auf eine Tätigkeit vorbereitet, qualifiziert und vermittelt.
- K.I.D.S-Stützpunkte: Kinder in der Stadt heißt das Projekt, das in den 4 Sozialregionen sogenannte „Familienstützpunkte“ aufgebaut hat. Die Familienstützpunkte sollten bei der Suche nach kindgerechten Versorgungssituationen helfen, Bedarfe ermitteln und bürgerschaftliche Ressourcen aufspüren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Grundlage einer familienfreundlichen Stadtentwicklung. Die Stützpunkte sind Anlaufstelle vor Ort.

#### Integration als Handlungsmaxime

Die Weiterentwicklung unserer Stadt als Bürgerstadt, in der die Teilhabechancen aller gege-



ben sind, setzt eine Erweiterung des Integrationsbegriffes auf alle Personengruppen voraus, die bislang (noch) nicht über entsprechende Kompetenzen verfügen. Wie bei LOS ist die Aktivierung von Bewohner/innen Augsburgs ein zentrales Element, um eine Antwort auf Fragen der Interkulturalität, des Wertewandels und der demografischen Entwicklung zu finden:

- Im „Bündnis für Augsburg“ ist eine ideelle Plattform entstanden, um eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürger/innen, Politik/Verwaltung und Wirtschaft zu bilden. Es ermöglicht und unterstützt die Mitwirkung und Beteiligung aller an Projekten und Aktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Bürgerschaftliches Engagement als „sozialer Kitt“ in der Stadtgesellschaft ist ein Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt.
- In interkulturellen Projekten wie „SMENA“ (= russisch für Seitenwechsel) oder „Pusul-la“ (= türkisch für Kompass) wird eine Brücke zwischen den Parallelgesellschaften gebaut. Mit einzelnen Bausteinen wird ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Migranten/innen übernehmen Verantwortung für die Integration ihrer jeweiligen Community. Interkulturelles Verständnis bleibt keine Phrase, sondern wird zur erlebten Begegnung.
- Prozesse der Integration benötigen Verständigungsprozesse. Nach der Herangehensweise der EU wurden in Augsburg die Fragen der Integration in einem Grün- bzw. Weißbuch öffentlich diskutiert. Das Weißbuch liegt derzeit den Ausschüssen des Stadtrates zur Beratung vor und soll Anfang 2007 vom Stadtrat verabschiedet werden.

#### *Augsburg als Soziale Stadt*

Die Stadtentwicklung zeigt mit vielen Beispielen, dass die Zukunftsfähigkeit von Augsburg in einer aktiven Gestaltung der Stadtgesellschaft liegt. Nur wenn eine Stadt ihre Problem-bereiche im Blick hat, ihre Stadtteile mit tragfähigen Netzwerken entwickelt und trotz knapper Haushaltslagen ihre Ressourcen entdeckt und nutzt, ist sie attraktiv und lebendig. Die Verantwortung dafür liegt in unserer Hand.

#### **Kontakt**

Sabine Nölke-Schaufler  
Stadt Augsburg  
Sozialreferat – Kompetenzzentrum Integration  
Maximilianstraße 4  
86150 Augsburg  
Tel: 0821/3243043  
E-Mail: [integration@augzburg.de](mailto:integration@augzburg.de)

## Kompetenzagenturen – Arbeitsweltorientierte Jugendsozialarbeit

Im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Modellphase Kompetenzagenturen 2002–2006“ hat das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS GmbH) als Regiestelle die Aufbau- und Entwicklungsarbeit von zeitweise 16 Kompetenzagenturen organisatorisch und inhaltlich gesteuert sowie beratend begleitet.

Die Kollegen/innen von E&C haben uns gebeten, das Modellprogramm auf dieser Bilanzkonferenz vorzustellen – mit einem Stand auf der Projektmesse und mit einem kurzen Beitrag im Forum. Zunächst werde ich Ihnen einen Überblick und einige Einblicke in die Arbeit des Modellprogramms geben. Frau Hauck von der elan GmbH (Träger der Kompetenzagentur in Fürth), die für Konzeption und Realisierung der Kompetenzagentur in Fürth verantwortlich ist, wird die praktische Umsetzung des Modells aus ihrer Erfahrung schildern.

Die Modellprogramme Kompetenzagenturen und E&C haben, abgesehen davon, dass beide Programme von Regiestellen umgesetzt werden, noch einige weitere gemeinsame Merkmale:

- Beide Programme schöpfen die Ressourcen für die Umsetzung der innovativen Ansätze aus den gleichen Fördermitteln, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Verfügung gestellt werden.
- Die Arbeit beider Modelle wird vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet.
- Beide Programme arbeiten an dem Ziel, die Lebensperspektiven und beruflichen Chancen für junge Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. Für die 15 Kompetenzagenturen war es Bedingung, dass sie in ausgewiesenen E&C-Gebieten angesiedelt waren.
- Gemeinsam können Kompetenzagenturen und E&C auf erfolgreiche Modellphasen zurückblicken und
- beide verbindet auch der etwas wehmütige Umstand, dass die Modellprogramme am Ende ihrer Erprobungsphase stehen und dieses Jahr vorerst auslaufen.

In den vergangenen vier Jahren gab es einige Berührungspunkte zwischen den Regiestellen und die Begegnungen mit unseren Kollegen/innen aus dem Partnerprogramm waren immer sehr konstruktiv und kollegial. An dieser Stelle erst einmal einen herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit.

Im Modellprogramm Kompetenzagenturen fand bereits im Sommer dieses Jahres eine große Bilanz- und Transfertagung statt. Dort wurden die Ergebnisse und Erfolge des Modells vorgestellt und die besonderen Schwerpunkte der Arbeit der Kompetenzagenturen in verschiedenen Praxisforen präsentiert. Ein Ausschnitt daraus soll hier in kurzer Form wiedergegeben werden.

Zunächst ein paar Worte dazu, vor welchem Hintergrund die Arbeit der Kompetenzagenturen konzipiert wurde und heute immer noch erfolgt.

Die Kompetenzagenturen befassen sich mit einem schwierigen Thema, denn Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nur durch das Zusammenwirken von individueller Hilfe und strukturellen Änderungen lösbar scheint.

Im August 2006 gibt die Bundesagentur für Arbeit an, dass 573.700 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos sind. Davon sind fast 143.000 (also ein Viertel) länger als sechs Monaten ohne Arbeit oder Ausbildung. Allein im Bundesland Sachsen trifft dies auf über 12.500 junge Menschen zu.

Das sind bedrückende Zahlen, die seit Jahren zwar immer mal wieder geringfügig nach unten oder oben abweichen, aber dennoch zeigen, dass offensichtlich die Chancen auf Bildung, Ausbildung und damit auf ein befriedigendes Berufsleben für viele junge Menschen nach wie vor höchst verbesserungswürdig sind.

Das knappe Angebot an Ausbildungsplätzen ist selbst für viele Jugendliche mit Hauptschul- oder gar Realschulabschluss ein Hindernis beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wie viel schwerer haben es dann erst Jugendliche ohne Schulabschluss, mit sozialen Benachteiligungen und persönlichen Beeinträchtigungen.

An diese Jugendlichen richtet sich das Angebot der Kompetenzagenturen. Angesprochen werden in erster Linie junge Menschen, die bisher von Hilfsangeboten kaum erreicht wurden oder bereits regelrechte Maßnahmekarrieren erfolglos hinter sich gebracht haben.

Das sind Jugendliche, deren komplexe Problemlagen eine intensive Begleitung verlangen, bei denen soziale, persönliche und Bildungsbenachteiligungen zusammenkommen. Diese Jugendlichen werden von den Case-Managern/innen der Kompetenzagenturen angesprochen und unter Nutzung der verschiedensten – vor

allem auch aller verfügbaren – Hilfsangebote bis in eine Ausbildung geführt.

Und wie Lotsen, die das Schiff wieder verlassen, sobald es wieder in sicheren Gewässern schwimmt, führen und begleiten die Mitarbeiter/innen der Kompetenzagenturen ihre Jugendlichen mit Geduld und hoher Beratungskompetenz so lange, bis sie ihr Leben und ihre eigene berufliche Zukunft selbst in die Hand nehmen können.

*(An dieser Stelle wurde der 8-minütige Film des Filmemachers Ottmar Hitzelberger vorgeführt.)*

### **Zum Film: „Kompetenzagenturen – lotsen in ausbildung und beruf“**

Der von der Regiestelle „Kompetenzagenturen“ (INBAS GmbH) in Auftrag gegebene und im September 2006 erschienene Film von Ottmar Hitzelberger skizziert die Konzeption und Effizienz des Modellprogramms „Kompetenzagenturen“ sowie die tägliche Praxis der Kompetenzagenturen.

Jugendliche mit multiplen Problemlagen sehen in den Kompetenzagenturen oftmals die letzte Möglichkeit, sich Zukunftschancen zu eröffnen. „Hier findet man echtes Vertrauen“, umschreibt ein junger Mann im Film seine Motivation. Den Kontakt zu ihren Klienten/innen zu halten und diese immer wieder zu ermutigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Mitarbeiter/innen der Kompetenzagenturen. Vor allem sorgen sie verlässlich dafür, dass die Jugendlichen, wenn nötig, bei der Schuldnerberatung, beim der/dem Psychologen/in, in der Drogenhilfe oder beim JobCenter der Agentur für Arbeit ankommen.

Auch die institutionellen Partner wie die örtlichen ARGEn, Jugendämter und Schulen – deren Zusammenspiel die Kompetenzagenturen koordinieren – bauen auf das Know-how und die Arbeit der Kompetenzagenturen. So erzählt eine Mitarbeiterin der ARGE Schwerin, ohne die Unterstützung der Kompetenzagentur Schwerin bekäme sie ihre Klientel häufig gar nicht erst zu Gesicht. Ein Sozialdezernent des Kyffhäuserkreises berichtet, dass sein Landkreis durch die Kompetenzagenturen bisher allein bei den Kosten der Unterkunft 50.000 Euro einsparen konnte. Schulen schätzen hingegen u. a. die Identifizierung gefährdeter Schüler/innen, denn diese würden in der Regel keine Hilfe einfordern, sondern einfach abtauchen.

Der Film kann in Kürze bei der Regiestelle (INBAS GmbH) unter [www.kompetenzagenturen.de](http://www.kompetenzagenturen.de) bestellt werden. Ein achtminütiger Videostream kann auf der genannten Seite auch heruntergeladen werden (WMF-Format, ca. 23 MB)

Die Interviews und Bilder der jungen Men-

schen im Filmbeitrag machen besser spürbar als ein Vortrag, wie Chancenlosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Identitätskrisen die betroffenen Individuen und ihr Umfeld belasten.

Aber nicht nur die Betroffenen leiden darunter. Die aktuellen Schäden und die Folgekosten können auch gesamtgesellschaftlich eine große Bedeutung gewinnen, wenn es nicht gelingt, diese Jugendlichen zu erreichen und mit ihnen zusammen Zukunftschancen aufzuspielen und in Angriff zu nehmen.

Jeder weiß, wie wichtig in Deutschland eine abgeschlossene Ausbildung für die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt ist. Ohne Ausbildung läuft ein junger Mensch Gefahr, langfristig arbeitslos zu werden. Ohne eine Berufsausbildung ist es äußerst schwierig, ein stabiles Erwerbsleben und damit eine unabhängige Lebensführung aufzubauen.

Insofern ist es konsequent, wenn sowohl in der Jugendhilfe als auch in der Arbeitsmarktpolitik der Schwerpunkt auf die Hinführung zu einer Ausbildung und zu einem erfolgreichen Ausbildungsabschluss gelegt wird.

Beim Bemühen um die soziale und berufliche Integration von besonders benachteiligten Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten sind jedoch einige Schwierigkeiten zu berücksichtigen:

- Viele der besonders benachteiligten Jugendlichen haben den Anschluss an das Unterstützungssystem verloren. Es ist nicht nur so, dass sie nicht wissen, wer ihnen helfen könnte. Häufig kommt es auch vor, dass sie den helfenden Erwachsenen kein Vertrauen entgegenbringen können.
- Die Lebenssituation dieser Jugendlichen hat sich sehr ausdifferenziert. Nicht jede Lösung ist für jede/n Jugendliche/n die richtige.
- Den betroffenen Jugendlichen sowie ihrem Umfeld stehen viele destruktive (aber auch manche konstruktive) Kräfte und Ressourcen zur Verfügung, die nicht immer klar zu erkennen sind.
- Die Jugendlichen sind häufig sehr vielen unterschiedlichen Belastungsfaktoren ausgesetzt.
- Lösungsstrategien können nur greifen, wenn die verschiedensten Institutionen einbezogen werden.

Das Konzept der Kompetenzagenturen setzt genau bei diesen Schwierigkeiten an:

- Über unterschiedliche Konzepte aufsuchender Arbeit, in enger Zusammenarbeit mit den abgebenden Schulen und über Absprachen mit kooperierenden Institutionen werden die Jugendlichen erreicht.
- Die Kompetenzagenturen gehen vom Individuum aus und setzen bei den ganz per-

sönlichen Biografien der einzelnen Jugendlichen an.

- Sie bemühen sich um das Vertrauen der jungen Menschen und bauen gemeinsam mit den Jugendlichen einen realistischen Hilfeplan auf, der die individuellen Ressourcen und Kompetenzen berücksichtigt.

Das Hilfeangebot der Kompetenzagenturen ist nicht eine Einzelmaßnahme, sondern es handelt sich um ein komplexes Förderinstrumentarium, das alle zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote einbezieht, um zusammen mit dem/der Jugendlichen eine passgenaue Abfolge von Hilfestellung zu planen und umzusetzen. Die Kompetenzagentur übernimmt dabei eine Mittlerrolle, eine Lotsenfunktion zwischen dem/der Jugendlichen und dem Spektrum der verfügbaren Hilfsangebote.

Ich hatte eingangs angedeutet, dass die Kompetenzagenturen im Modellprogramm erfolgreiche Arbeit leisten, und möchte das anhand einiger Zahlen vom Juli dieses Jahres aufzeigen, die das deutsche Jugendinstitut ermittelt hat:

- Bundesweit haben sich 15 Kompetenzagenturen etabliert; sie arbeiten durchschnittlich mit ca. 3 Mitarbeitern/innen.
- Mittlerweile wurden über 5.800 Jugendliche erreicht, von denen weit über die Hälfte (3.266) in die langfristige Fallbegleitung übernommen wurden. Bei 17,5 % ist noch nicht abschließend geklärt, ob sie ins Fallmanagement aufgenommen werden.

Von den Jugendlichen, die das Fallmanagement beendet haben,

- konnten 42 % in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden,
- gehen 23 % weiter oder wieder in die Schule,
- wurden 25 % in weiterführende Förderangebote vermittelt.

Die Begleitung kann sich in schwierigen Fällen und abhängig von den zur Verfügung stehenden passenden Angeboten durchaus auch über ein bis zwei Jahre erstrecken. Errechnet wurde eine durchschnittliche Dauer von 9,5 Monaten im Case-Management.

Die Kompetenzagenturen haben Arbeitsformen entwickelt, die von den Jugendlichen angenommen werden. Ein beständiger Kontakt zwischen dem Klientel und den Profis konnte wirksam gewährleistet werden.

Das Rahmenkonzept des Modellprogramms „Kompetenzagenturen“ ist vor den jüngsten grundlegenden Reformen der Arbeitsmarktpolitik entstanden. Aber die Konzeption ist mit den Vorgaben des SGB II kompatibel. In der Arbeit der Kompetenzagenturen wird gegenwärtig eine sehr konstruktive Verbindung zwischen den Aktionsfeldern der Jugendhilfe und

des SGB II hergestellt.

Die aktuellen Erfahrungen zeigen, dass eine aktivierende Arbeitsmarktförderung für besonders benachteiligte Jugendliche am besten dort funktioniert, wo die Kommunalpolitik ihre Gestaltungsmöglichkeiten so aufgreift, dass sie die Konzepte der Jugendhilfe – insbesondere die der Jugendsozialarbeit – mit den Ressourcen aus dem SGB II verbindet.

In Zukunft wird die Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe, der Agentur für Arbeit und den Institutionen, die nach SGB II arbeiten, unumgänglich sein, wenn man nachhaltige Integrationserfolge erreichen will.

Präventiven Arbeitsweisen muss mehr Gewicht verliehen werden. Die allgemeinbildenden Schulen – vor allem die Hauptschulen – werden verstärkt in eine lokale Gesamtkonzeption eingebunden sein.

Vier Jahre Kompetenzagenturen zeigen, dass sogar bei Jugendlichen mit extremen Belastungsfaktoren konstruktive Integrationsstrategien greifen können. Eine wichtige Voraussetzung war die lokale Zusammenarbeit mit allen Institutionen, die zur Problemlösung einen Beitrag leisten konnten.

Die Kompetenzagenturen nutzen die ganze Bandbreite der lokalen und regionalen Unterstützungsangebote für ihre Klientel.

Hier geht es nicht nur um die so genannten Maßnahmen zur beruflichen Integration, sondern auch um die ganze Palette der zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote. Zur Arbeit der Kompetenzagenturen in Netzwerken gehört die enge Zusammenarbeit nicht nur mit den ARGE n und den Agenturen für Arbeit, sondern auch mit Schulen, den Schülern, dem Jugendamt, der Sozialverwaltung, den Trägern der Jugendberufshilfe. Darüber hinaus kooperieren sie auch mit den Unternehmen in der Region, mit Kammern und Wirtschaftsverbänden.

Häufig werden auch die Quartiersmanager/innen, Migrantenvereine, Sportvereine, Jugendtreffs und Familienberatungsstellen in die lokale Zusammenarbeit einbezogen.

Die Kompetenzagenturen haben mit ihrer Arbeitsweise und den Ergebnissen ihrer Arbeit die lokalen Entscheidungspersonen in ihren Kommunen überzeugt. Nahezu alle Kompetenzagenturen kooperieren fallbezogen sehr eng mit den ARGE n und Jobcentern. Sie sind für die Institutionen der Grundsicherung nach SGB II in Fragen der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen wichtige Gesprächspartner.

Auf der lokalen Ebene haben es die Kompetenzagenturen geschafft, in der Kommune als wichtige Institution für die berufliche Integration von besonders benachteiligten Jugend-

lichen akzeptiert zu werden. Sie haben gute Aussichten, dass ihre Arbeit auch nach der Förderphase des Modellprogramms durch lokale Geldgeber (oft Institutionen nach SGB II) weiterfinanziert wird.

Auf der Bundesebene hat das Konzept der Kompetenzagenturen eine positive Resonanz in der Fachöffentlichkeit erhalten. Auch die Leitung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist mit der bisherigen Arbeit der Kompetenzagenturen zufrieden. Frau Bundesministerin Ursula von der Leyen beabsichtigt, die Anzahl der Kompetenzagenturen mit ESF-Mitteln auf bis zu 200 auszuweiten. Zurzeit ist das Bewerbungsverfahren im Gange.

In Kürze müssen die Anträge der interessierten Träger beim Programmmanagement bei der DLR-PT eingereicht werden. Bei den beiden Informationsveranstaltungen in Bonn und Berlin in der ersten Septemberwoche war das Interesse mit jeweils über 300 Teilnehmern/innen ausgesprochen groß. Die ersten neuen Kompetenzagenturen sollen bis zum 1.11.2006 ihre Arbeit aufnehmen.

Wir gehen davon aus, dass wir unsere Erfahrungen, Materialien und Ergebnisse aus den vergangenen vier Jahren der Modellerprobung in die neue Phase einfließen lassen können. Es ist auch zu wünschen und sehr wahrscheinlich, dass die meisten der 15 Modellstandorte ihr Angebot aufrechterhalten und ihre Erfahrungen und ihr Know-how an die neuen Kompetenzagenturen weitergeben werden.

An eine dieser Kolleginnen, die an Planung, Aufbau und Praxis einer Kompetenzagentur verantwortlich mitgewirkt hat, an Hermine Hauck, will ich nun das Wort gerne weitergeben.

## Praxisbericht aus Fürth

### Ausgangslage

#### Planungsbeteiligte

Hintergrund für den Entschluss der elan GmbH<sup>1</sup>, sich am Konzeptwettbewerb der Pilotphase, ausgeschrieben im Frühsommer 2002 durch das BMFSFJ, zu beteiligen, war die Erfahrung der Praktiker/innen, dass es an den Übergängen zwischen Schule und Beruf und zwischen Berufshilfemaßnahmen verschiedener Träger immer wieder zu Ab- und Einbrüchen der Jugendlichen kam. Perspektivische Integrationsplanung war unter diesen

1) elan GmbH ist die kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft der Stadt Fürth, gegründet 1997 auf Initiative des Stadtjugendamtes, beauftragt mit Planung und Durchführung berufsvorbereitender Bildungs- und Integrationsangebote für Jugendliche und Erwachsene nach dem SGB VIII, SGB III und SGB II.

Bedingungen schwierig und musste immer wieder von unterschiedlichen Anbietern neu begonnen werden. Jugendliche mussten trotz vorheriger erfolgreicher Verläufe immer wieder aufs Neue aktiviert und stabilisiert werden. Dadurch ging kostbare Zeit verloren, die bei allen Beteiligten Kosten verursachte. Jugend-, Arbeits-, Sozialamt und Sozialplanung waren deshalb leicht dafür zu gewinnen, gemeinsam anhand konkreter Fälle nach Lösungsansätzen für dieses unerwünschte Phänomen zu suchen und damit die Grundlage für eine Fürth-spezifische Kompetenzagentur zu schaffen.

### Sozialraumanalyse

Die dem Konzept zugrunde gelegten Sozialplanungsdaten ergaben ein Bild, das die Notwendigkeit eines stabilen Beratungs- und Unterstützungsangebotes, wie es die Kompetenzagentur zu werden versprach, bestätigte. Die „westliche Innenstadt Fürth“ ist ein Quartier mit wenig Grün, hohem Individualverkehr in den engen Straßen und baudenkmalgeschützten geschlossenen dreistöckigen Jugendstilfassaden, hinter denen sich Wohnungen mit außergewöhnlich niedrigem Standard verbergen. Das hat eine spezifische Sozialstruktur zur Folge: Der Stadtteil weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Migranten/innen (79 Nationalitäten), Alleinerziehenden, Geringverdienenden und Armen, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern/innen und Bildungsbenachteiligten auf. Hinzu kommt eine signifikante Häufung von Jugendgerichtshilfefällen, erzieherischem Hilfebedarf und sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf für Familien. Der Stadtteil bindet viele Ressourcen der sozialen Dienste. Trotzdem sind kaum Änderungen bemerkbar, da individuelle Hilfen durch eine hohe Anwohnerfluktuation scheinbar wirkungslos absorbiert werden und zwar die Gesichter, nicht aber die Problemlagen wechseln. Strukturelle Änderungen, die nachhaltig stabilere Übergangswege zur Folge hätten, z. B. ein verbindlich gesteuertes Übergangsmanagement und eine systematisierte Programmplanung, fehlten bislang. Soziale Dienste, Familien, Nachbarschaften und Schulen fühlen sich häufig überlastet und stehen unter Dauerdruck.

### Jugendliche im Sozialraum

Es leben in der Innenstadt überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche, die unter den Folgen mangelnder Ressourcen leiden und Symptome entwickeln, die in Bildungs- und Sozialberichten mit folgenden Begrifflichkeiten umschrieben werden:

- verzerrte, häufig negative Selbstbilder,
- Versagensängste,
- Lernblockaden und Schulversagen,



- Existenzängste,
- Orientierungslosigkeit,
- Resignation, Depression, u. a. psychische und gesundheitliche Beeinträchtigungen,
- Bindungs- und Verlustängste,
- (Auto)aggressives Verhalten,
- Straffälligkeit,
- Obdachlosigkeit,
- schlechte oder gar keine Schulabschlüsse,
- fehlende Berufsabschlüsse,
- mangelnde berufliche Perspektiven.

Jugendliche aus diesem Stadtteil erhalten selten passende Unterstützung durch ihre Herkunftsfamilien, da diese sich häufig selbst überfordert fühlen. Junge Benachteiligte verfügen nur über ein geringes Selbsthilfepotential und entwickeln Vermeidungs- oder Problemlösungsstrategien, die kaum geeignet sind, ihre Lebenssituation zu verbessern.

#### Netzwerkstrukturen

Fürth ist mit ca. 113.000 Einwohnern/innen überschaubar geblieben, „man kennt sich“ und trifft sich zu gemeinsamen Planungen in den Arbeitskreisen Soziale Stadt, BQN, Lernende Regionen, LOS, Jugendhilfe Innenstadt, Migrationsforum, AK Wirtschaft-Schule, Ziel 2 u. a. in immer ähnlicher Zusammensetzung und mit verwandten Anliegen. Es herrscht grundsätzlich Konsens darüber, dass positive Entwicklungen in der westlichen Innenstadt nur erreichbar sind durch eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Mitgestaltenden (Sozial-, Wirtschafts-, Bildungs- und Baureferat, Integrationsbeirat, Arbeitsagentur und ARGE, Verbände und Kammern, Initiativen, freie Träger, Vereine u. a.), die alle Bereiche umfasst und alle vorhandenen Ressourcen nutzt. Man bemüht sich trotz aller Unterschiedlichkeit um eine gemeinsame problemlösungsorientierte Sichtweise und Sprache und entwickelt zunehmend wertschätzendes Verständnis für die Professionalität der jeweils „Anderen“. Trotz kontroverser Diskussionen und Konflikte gibt es gemeinsame Erfolge zu feiern, die zu weiterer Zusammenarbeit motivieren. In diesem Geflecht hatte die Fürther Kompetenzagentur im Januar 2002 einen erleichterten Start, da die Mitarbeiter/innen z. T. persönlich bekannt waren und in unterschiedlichen Arbeitskreisen bereits aktiv mitarbeiteten oder aber über den Träger vertreten sind.

#### Ziele

„Übergänge zwischen Schule und Beruf sicherer gestalten“, hieß der Auftrag durch das BMFSFJ. Konkret bedeutete dies für uns, dass erreicht werden sollte, dass

- die Anzahl erfolgreicher (Haupt-) Schulkarrieren steigt,

- die Anzahl erfolglos abgebrochener Schulbemühungen sinkt,
- die Zahl erfolgreicher nahtloser Übergänge in Ausbildung und Arbeit steigt,
- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen als Trittsteine bei zu großer Distanz zwischen Schule und Beruf zielsicher genutzt werden und Abstürze vermieden werden.

#### Zielgruppe

Neben den bereits beschriebenen benachteiligten jungen Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren, die individuelle Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Lebens- und Ausbildungssituation brauchen und die ermutigt werden sollen, ihre Kompetenzen nutzbringend zu erweitern, sollen auch Erwachsene aus dem Lebensumfeld der Jugendlichen erreicht werden, um ein stabilisierendes System zu gestalten mit Personen,

- die an den Entscheidungsprozessen dieser jungen Menschen beteiligt sind,
- die die Lebensbedingungen junger Menschen individuell und/oder strukturell beeinflussen (können),
- und/oder als Multiplikatoren/innen in den Fachdiensten und Gremien Entscheidungen in der Stadt auf unterschiedlichen Ebenen fällen, die direkt oder indirekt Einfluss auf die Sozialisationsbedingungen junger Menschen haben.

#### Methoden

Vom Auftraggeber BMFSFJ waren die Methoden und Aufgabenfelder Kompetenzfeststellung, Case-Management, Netzwerkarbeit und Prävention vorgegeben, die jedoch vom Team den Bedarfen vor Ort und den Standards des Trägers angepasst und entsprechend modifiziert wurden. Leitlinie und Schwerpunkte der Arbeit sind bis heute geblieben: Die Jugendlichen bleiben immer Handelnde und Entscheidende. Es wird nichts übergestülpt, sondern jeder Lösungsschritt gemeinsam erarbeitet im Rhythmus der jungen Menschen. Nur so kann erreicht werden, dass über die aktuelle Problemlösung hinaus das Handlungsspektrum der Jugendlichen als Kundige ihres Lebens sich auch für die Zukunft erweitert.

Einzelelemente sind:

- Situationsklärende, aktivierende, systemische Beratung zur Standortbestimmung der jungen Menschen und Erkunden ihrer Möglichkeiten, Fähigkeiten und Herausforderungen, verbunden mit einem wertschätzenden Blick auf die eigene Person und einem mutigen, aber realistischen und aktivierenden Blick in die persönliche (berufliche) Zukunft.
- Kompetenzfeststellungsinterviews und



„Miniassessment“, um besondere Fähigkeiten und beruflich verwertbare, ausbaufähige Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten herauszuarbeiten und Lust auf Tätigsein zu wecken.

- Kooperative und aktivierende Integrations- und Berufswegeplanung, die die Handlungskompetenz stärkt und Entscheidungsspielraum, Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Leben bewusst macht sowie Schritt für Schritt die Entscheidungs- und Handlungskompetenz weitet.
- Sozialpädagogische Einzelfallhilfe zur Überwindung existenzieller Problemlagen (Obdachlosigkeit, Schulden, Sucht, gesundheitliche Einschränkungen usw.), die Überlastungssituationen entzerrt, entlastet und Selbsthilfekompetenz stärkt.
- Case-Management, um Angebote im Hilfenetzwerk zeitlich und inhaltlich gut aufeinander abzustimmen und passgenau zu erschließen, Hilfe zu steuern, zu evaluieren und Optimierung im Netzwerk anzustoßen.
- Systemisch aktivierende Begleitung im Sinne einer „Schatzsuche“ im Lebensumfeld der jungen Menschen, die unterstützende Menschen, Orte und Beschäftigungsmöglichkeiten aufspürt und nutzbar macht und den Blick der jungen Menschen für diese Ressourcen sensibilisiert und den Zugriff darauf trainiert.
- Vermittlung von Jobs, Praktika, Ausbildungsstellen.

Für die Zielgruppe der Erwachsenen werden von der Kompetenzagentur folgende Angebote zur Verfügung gestellt:

- Beratung und Informationsveranstaltungen zu Berufswegen und Ausbildungssystem,
- fachliche Mitarbeit in Gremien und „Netzwerkpflege“ durch Einspeisen von Ressourcen,
- Aufbereitung von Informationsmaterialien für die Zielgruppe und Multiplikatoren, z. B. „Elternempowerment“,
- Aktivierung und fachliche Begleitung von „Bildungspaten/innen“,
- Unterstützung von Lehrkräften beim Aufbau und der Durchführung von Tutorenprogrammen an Brennpunktschulen,
- Daten und fachliche Impulse für neue ergänzende Angebote und Projekte.

## Struktur

### *Gesetzlicher Rahmen*

Durch die Neuordnung der Sozialgesetzgebung entstand nicht nur bei Klienten/innen, sondern auch bei Fachkräften Unsicherheit darüber, wer

mit welcher Kompetenz in welchen Bereichen zuständig sei für die Entwicklung und Steuerung von Hilfeangeboten am Übergang zwischen Schule und Beruf. Nach Klärungsprozessen mit ARGE, Arbeitsagentur und Jugendamt wurde bis vor kurzem folgender Standpunkt vertreten:

- Weder Jugendsozialarbeit noch die Arbeitsagentur können sich mit dem Verweis auf die Zuständigkeit der ARGE(n) (bzw. optierenden Kommunen) ganz aus der Verantwortung zurückziehen, da allen Genannten ein „Restkundenstamm“ benachteiligter junger Menschen bleibt, für den sie jeweils alleine zuständig sind.
- Kooperative Angebote für die Zielgruppen entsprechen auch zukünftig dem tatsächlichen Bedarf, da die Lebensrealität junger Menschen sich nicht (immer) über eine maßnahmedefinierte Zeitdauer auf den Rechtskreis eines Gesetzesbuches eingrenzen lässt.
- Komplexe Integrationsprozesse sind gemeinsam zeitgleich zu gestalten, um mit Kofinanzierungsmodellen umfassende Angebote, die der sozialen und beruflichen Integration benachteiligter Menschen dienen, unter Einbeziehung aller dafür notwendigen Professionen realisieren zu können.
- Die Praxis der überregionalen Ausschreibungen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, der die Arbeitsagenturen z. Zt. unterworfen zu sein scheinen, verhindert allzu oft zielführende pragmatische Lösungen vor Ort. Vorhandene Spielräume (über § 10 SGB III) sollten ausgeschöpft und sukzessive erweitert werden. Die Möglichkeit, Ausschreibungen durch Kofinanzierungsmodelle zu umgehen, ist zu prüfen.

Als Konsequenz aus dieser Sichtweise war u. a. die gemeinsame anteilige Projektfinanzierung der Kompetenzagentur ab 2007 beabsichtigt. Leider hat sich inzwischen, Stand September 2006, die „Geschäftspolitik der Arbeitsagentur“ lt. Aussage der Verantwortlichen in Nürnberg geändert und man sieht aktuell keine Chance, das fachlich anerkannte Projekt finanziell zu unterstützen, obwohl nachweislich ca. 10 % der Kompetenzagenturen/innen zum Rechtskreis des SGB III gehören. In diese Bresche kann aktuell nur das SGB VIII springen, um den Anspruch benachteiligter Jugendlicher auf Unterstützung bei ihrer schwierigen beruflichen Integration geltend zu machen. Die Entscheidung der Bundesagentur für Arbeit wird von den Praktikern/innen aller beteiligten Institutionen bedauert, da sie die Möglichkeit konstruktiver Kooperation beschneidet.

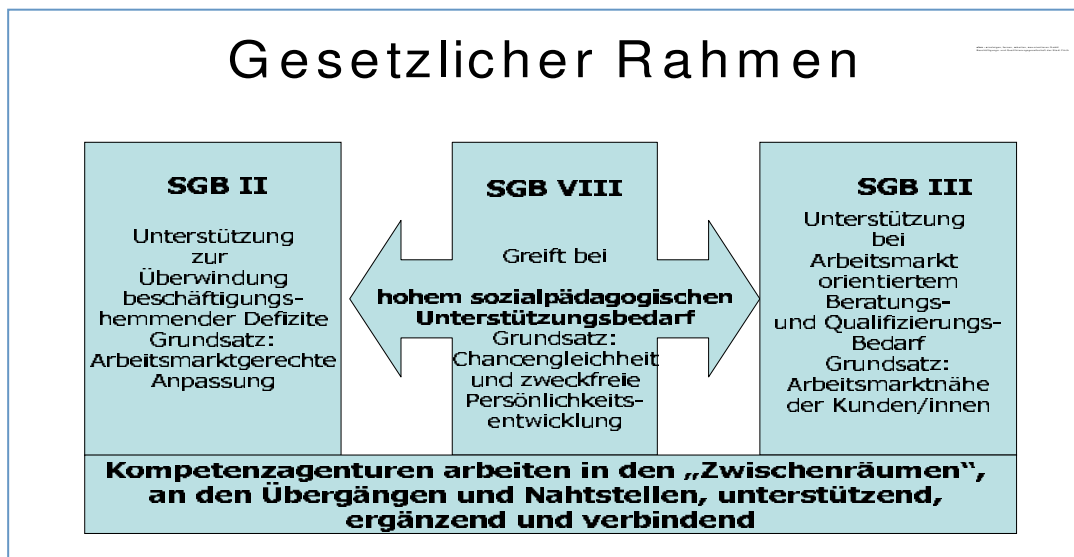


Abb. 1: Bildhaft dargestellt ergibt sich aus Fürther Sicht folgende Systematik bei der Überprüfung von Zuständigkeiten:

### Zugänge zur Kompetenzagentur

Ein Teil der Kunden/innen kommt aus eigenem Antrieb, da in der Clique gute Erfahrungen mit dem Angebot gemacht wurden oder im Freundes- und Familienkreis entsprechende Hinweise gegeben wurden. Die anderen Jugendlichen werden von den Kollegen/innen anderer Institutionen an die Kompetenzagentur verwiesen. Daraus ergibt sich die enge Kooperation mit Schulen, Jugendhilfe, Arbeitsagentur (wie sich dies zukünftig entwickeln wird, ist noch offen), ARGE, Jugendgerichtshilfe und freien Trägern.

### Kooperative Problemlösungsstrategien

Die Kompetenzagentur nutzt bestehende Angebote und Strukturen, verknüpft, überbrückt und moderiert Klärungsprozesse und sucht mit den Beteiligten nach effizienten Lösungen bei komplexen Fragen im Integrationsprozess junger Menschen, die sowohl aus der Einzelfallbegleitung entstehen als auch aus der Runde der beteiligten Institutionen an die Kompetenzagentur herangetragen werden können. Es gilt das einfache Prinzip: Die zur Lösung notwendigen Fachleute müssen zur Klärung von Fragestellungen an einen Tisch gebracht werden, um alle Facetten beleuchten und optimale Antworten finden zu können, da das versammelte spezifische Wissen verschiedener Professionen in der Regel schneller zum Ziel führt. Die Ergebnisse dieser Klärungsprozesse werden dokumentiert und sind als exemplarische Muster auf andere Fälle übertragbar. An dieser Zusammenarbeit beteiligen sich Arbeitsagentur, ARGE, Berufshilfeträger, Jugendtreffs, Jugendamt (v. a. Allgemeiner Sozialdienst und Jugendgerichtshilfe), Beratungsstellen, Schulen, Eltern, Vereine, Bildungspaten/innen, Betriebe und kommunale Dienststellen.

### Ressourcen

#### Räume

Vermittelt durch das Quartiersmanagement, konnte eine zentral gelegene, 130 qm große, leer stehende Bäckerei angemietet werden, die mit planerischer und finanzieller Unterstützung des Baureferats und Muskelkraft des elan-Renovierungstrupps (berufsvorbereitende Maßnahme) den Bedürfnissen der Kompetenzagentur angepasst wurde. Es entstand eine einladende Beratungsstelle mit Foyer, Teeküche, drei Büroräumen und Beratungszimmer für Einzelgespräche, in direkter Nachbarschaft zu Schulen und Kooperationspartnern.

#### Personal

Es wurden vier Sozialpädagogen/innen (3,5 Stellen) eingestellt, die über sehr gute Kenntnisse im Berufsfeld Jugendberufshilfe und über hohe Beratungskompetenz verfügen. Unterstützung erhält das Team durch eine Verwaltungskraft und die Geschäftsführung der elan GmbH.

#### Finanzen (angepasst an das aktuelle Tarifsystem des öffentlichen Dienstes)

Overheadkosten des Trägers sind nicht berücksichtigt. 2006 erhält die Fürther Kompetenzagentur durch das BMFSFJ 85.000 Euro, 40.000 Euro werden von der ARGE Fürth (§ 16 SGB II) beigesteuert, und die restlichen Kosten übernimmt die Stadt Fürth (§ 13 SGB VIII).

#### Arbeitsergebnisse bis August 2006

800 junge Benachteiligte wurden durch das Angebot erreicht, zusätzlich wurden ca. 200 Informationsgespräche geführt, die lediglich zum Ziel hatten, junge Menschen, die nicht zu den Benachteiligten zählen, an die richtige Stelle (Arbeitsagentur, Schulen u. a.) weiterzuleiten. 240 wurden intensiv beraten, 269 wur-

Personalkosten	1 Dipl.-Sozpäd. Leitung, Netzwerkarbeit TVöD 10 1 Dipl.-Sozpäd. 50 % Aufsuchende Berufshilfe und 50 % Case-Management TVöD 9 1 Dipl.-Sozpäd. Case-Management TVöD 9 0,5 Dipl.-Sozpäd. Prävention an Schulen TVöD 9 0,25 Verwaltungsstellen TVöD 8	130.000,- €
Betriebs-, Verwaltungs- und Durchführungskosten	Raumkosten Verwaltungskosten Angebote, direkte Projektkosten	30.000,- €
<b>Gesamt jährlich</b>		<b>160.000,- €</b>

Abb. 2: Finanzbedarf der Kompetenzagentur Fürth

den im Case-Management durchschnittlich 7,7 Monate begleitet. 28 % von ihnen mündeten in eine Erwerbsarbeit, 29 % in eine berufliche Ausbildung, 6 % in eine Umschulung, 27 % in ein berufliches Qualifizierungsangebot der Arbeitsagentur oder ARGE und Jugendsozialarbeit, 6 % in schulische Ausbildung. 2006 kamen 126 CM-Kunden/innen neu hinzu.

Nicht alle positiven Effekte der Netzwerkarbeit sind direkt messbar, aber folgende Ergebnisse der Arbeit mit Multiplikatoren/innen wurden dokumentiert:

- 100 Multiplikatoren/innen nahmen an SGB II-Schulungen teil. Beratungseingänge wurden dadurch entschärft und die Qualität der sozialen Arbeit verbessert.
- 20 Bildungspaten/innen wurden aktiviert und ergänzen die Angebote der sozialen Dienste.
- 100 Schüler/innen nahmen an einem Tutorenprojekt teil und verbesserten dadurch nachweislich ihre schulischen Leistungen im Klassenverband.
- Sozialplanungs- und Gremienarbeit wirkt in neu initiierten Projekten und/oder beschleunigte deren Realisierung (Produktionsschule, Schülertreff, Berufsorientierungsangebote über LOS, Elternempowerment, Bildungspass, Bildungspatenmodell).

### Perspektive

Durch die erneute Ausschreibung des Projektes (auf ESF-Förderbasis, gesteuert durch das BMFSFJ) hat die Fürther Kompetenzagentur wie alle anderen 15 Modellpartneragenturen die Möglichkeit, sich erneut um eine Kofinanzierung zu bewerben. Dies wird genutzt, um das Angebot zu erweitern und Berufswegeplanung und Case-Management an Schulen aufzubauen, da uns auch aus dem Erfahrungstransfer mit Kompetenzagenturen anderer Regionen bewusst wurde, wie wichtig präventive Ansätze unserer Arbeit sind. Die Weiche frühzeitig richtig zu stellen, kann kostbare Zeit für die

jungen Menschen sparen helfen. Gleichzeitig wird auf der Systemebene das Ziel forciert, das Übergangsmanagement zu standardisieren, um Übergänge durch erhöhte Transparenz und Verbindlichkeit für alle Beteiligten effizienter zu gestalten. ARGE, Schulen, Jugendamt und Arbeitsagentur unterstützen diese Entscheidung aus fachlicher Sicht. Stadt und ARGE Fürth übernehmen verbindlich die Kofinanzierung mit 55 % der Gesamtkosten. Die Arbeitsagentur wird sich an gemeinsamen Planungsgesprächen auch zukünftig beteiligen und steht als Experte für Berufsberatungsfragen und Arbeitsvermittlung mit begrenzter Kapazität zur Verfügung.

Für benachteiligte junge Menschen sind allerdings in diesem Jahr die Zugangshemmschwellen zu diesem Angebot deutlich gestiegen, denn die den Beratern/innen in der Arbeitsagentur zur Verfügung stehende Zeit entspricht nicht dem Erklärungsbedarf benachteiligter Jugendlicher. Daraus ergibt sich, dass der vorbereitende Unterstützungsbedarf unserer Kunden/innen gestiegen ist, und der Zuständigkeitsbereich der Jugendsozialarbeit gegenüber der arbeitsmarktnahen Berufsberatung erweitert wurde, denn Lücken zwischen den Systemen dürfen den Jugendlichen nicht zum Verhängnis werden. Handlungsleitendes Prinzip bleibt, dass jede Fachstelle das anbieten soll, wofür sie den Auftrag und die Ressourcen (Personal, Zeit, Geld) hat und dass man diese Nahtstellen eng miteinander verzahnen muss, um benachteiligten Jugendlichen passgenaue Unterstützung durch zielgerichtete Koproduktion erfolgreicher Integrationsprozesse zu bieten. Dafür wird auch zukünftig hohe Flexibilität und u. U. auch eine Umschichtung finanzieller Mittel notwendig sein, die sich an den tatsächlichen Verhältnissen orientiert.

Weitere Informationen unter: [www.kompetenzagenturen.de](http://www.kompetenzagenturen.de) oder [www.elan-fuerth.de](http://www.elan-fuerth.de)

## **Kontakt**

Hardy Adamczyk  
INBAS – Institut für berufliche Bildung  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH  
Regiestelle Kompetenzagenturen  
Herrnstraße 53  
63065 Offenbach  
Tel: 069/2722459  
E-Mail: adamczyk@inbas.com

Hermine Hauck  
Kommunale Beschäftigungs- und  
Qualifizierungsgesellschaft elan GmbH  
Kapellenstraße 47  
90762 Fürth  
Tel: 0911/74325930  
E-Mail: elan\_ggmbh-fue@odn.de

## Schulverweigerung – Die 2. Chance: Schulverweigerung als gesellschaftliche und jugendpolitische Herausforderung

- Erfolgreichen Schulabschluss sichern
- Junge Menschen begleiten und aktivieren
- Eltern ermutigen und stärken
- Netzwerke entwickeln und Synergien nutzen

### Das ESF-Modellprogramm: „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat sich mit dem Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ das Ziel gesetzt, schulverweigernde Kinder und Jugendliche in die Regelschule zu reintegrieren und so ihre Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluss zu erhöhen.

Das Programm wird gefördert aus Mitteln des BMFSFJ und Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Der Europäische Sozialfonds ist der Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investitionen in die Humanressourcen.

### Die Zielgruppe

Insgesamt sollen 1.450 Kinder und Jugendliche, die anhaltend den Schulbesuch verweigern, durch das Programm erreicht werden.

### Die Umsetzung

Freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe werden gemeinsam mit Schulen und Eltern junge Menschen, die schulabstinentes Verhalten zeigen, wieder in die Schule zurückführen.

Das BMFSFJ fördert mit Projektstart im September 2006 an 74 Standorten Koordinierungsstellen, die sich regional ausgewogen auf das gesamte Bundesgebiet verteilen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. betreut das Programm fachwissenschaftlich und koordiniert die Umsetzung. Dafür hat er eine Zentrale Regiestelle eingerichtet.

### Die Programmziele

- Schulische und soziale Reintegration von Schülern/innen
- Begleitung zum Schulabschluss
- Familien stärken und aktivieren
- Lokale Ressourcen ausbauen
- Netzwerke entwickeln und Synergien nutzen

### Was geschieht in den Koordinierungsstellen?

Den Kindern, Jugendlichen und Eltern stehen

verbindliche Ansprechpartner/innen zur Verfügung. Als persönliche Case-Manager/innen der Schüler/innen planen und begleiten sie deren gesamte Bildungs- und Förderprozesse, welche „maßgeschneidert“ auf die individuelle Lebenssituation der jungen Menschen zugeschnitten werden.

Die einzelfallbezogenen schulischen und pädagogischen Unterstützungsleistungen sind in eine Ganztagsbetreuung eingebunden. Sie werden ergänzt durch eine verbindliche und partnerschaftliche Elternarbeit.

Durch die Fachkräfte der Koordinierungsstellen sollen die Kooperation von Schule und Jugendhilfe gefördert und lokale Netzwerke (z. B. mit Betrieben, Ehrenamtlichen, Vereinen etc.) etabliert werden.

### Die wichtigsten Aufgaben der Koordinierungsstellen sind

- Case-Management: individuelle Begleitung der Schülerin/des Schülers
- Intensive Eltern- und Familienarbeit
- Organisation eines Ganztagsangebotes
- Koordination des Netzwerkes vor Ort

### Ein Problemaufriss

Das Problem der Schulverweigerung lässt sich quantitativ nur sehr schwer zuverlässig einordnen. Eine bundeseinheitliche statistische Erfassung gibt es bisher nicht – die Statistiken der Länder weisen zwischen drei und 15 % der jeweiligen Gesamtschülerschaft als Schulverweigerer aus.

Aus dem aktuellen Berufsbildungsbericht 2006 geht hervor, dass jährlich ca. 82.000 Schüler/innen die Schule ohne Abschluss verlassen. In besonderem Maße sind Jungen betroffen, von denen im Jahr 2004 ca. 11 % – von Jungen mit Migrationshintergrund sogar 20 % – die Schule ohne Abschluss verließen. Der Anteil der Mädchen ohne Schulabschluss ist mit ca. 6 % nur etwa halb so hoch (Mädchen mit Migrationshintergrund 12 %).

Für junge Menschen ohne Schulabschluss besteht derzeit kaum eine Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden:

Lediglich 16 % der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss münden nach der Schulpflicht in Ausbildungsverhältnisse. Damit besteht für diese Zielgruppe ein erhöhtes Risiko der Jugendarbeitslosigkeit.

Nicht selten geht dem schulischen Scheitern eine Phase der Leistungsverweigerung und

ein längerfristiges Fernbleiben von der Schule voraus. Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche in benachteiligten sozialen, familiären und materiellen Lebenslagen. Besonders gefährdet sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Aktive Schulverweigerung tritt gehäuft in der Regel erst bei Schülern/innen der 5. bzw. 6. Klassen auf. Insofern sind Kinder und Jugendliche ab dieser Altersgruppe besonders gefährdet bzw. „anfällig“ für schulaversives Verhalten und deshalb vorrangige Zielgruppe des Programms.

### **Kontakt**

Reiner Müller  
Programm „Schulverweigerung –  
Die 2. Chance“  
Zentrale Regiestelle  
Deutscher Verein für öffentliche und  
private Fürsorge e. V.  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin  
Tel: 030/62980517  
E-Mail: [r.mueller@deutscher-verein.de](mailto:r.mueller@deutscher-verein.de)  
Weitere Informationen:  
<http://www.zweite-chance.eu>



## entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechts- extremismus

### Zielsetzung und Aufgaben des Programms

Mit der Installierung des Aktionsprogramms wurden im Jahr 2001 einmalig Mittel für das Teilprogramm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ auf der Grundlage des Kinder- und Jugendplanes des Bundes nach Punkt 1.2 „Politische Bildung“ zur Verfügung gestellt. Mit diesem Programmteil wurde der Schwerpunkt auf die Förderung der politischen Bildung gelegt, die in der Fachdiskussion als wichtiges Instrument zur Prävention und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit anerkannt ist.

Die Diskussion zu diesem Themenbereich hat nicht zuletzt seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – vor allem auch bezüglich der Auseinandersetzung um Wertesysteme, Kulturen und Religionen – eine nicht mehr von der Hand zu weisende enorme Aktualität bekommen.

Auf der Grundlage der Erfahrungen und Ergebnisse aus der Umsetzung in 2001 wurde dieser Programmteil durch die beteiligten Akteure weiterentwickelt und die Intentionen und Rahmenbedingungen zur Fortführung in den Leitlinien unter dem neuen Namen „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ festgeschrieben.

Der Begriff „entimon“ stammt aus dem Griechischen und steht für „würdevoll, Respekt“.

In den Leitlinien des Programms wurden die Ziele wie folgt definiert:

- Die Fähigkeit zu entwickeln und zu stärken, Offenheit für Fremde und für die Vielfalt kultureller, ethnischer und religiöser Überzeugungen und Lebensformen zu verbinden mit dem Eintreten für die Verfassung und für Menschenrechte (Einübung in Toleranz).
- Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu entwickeln und zu stärken, sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenden und Minderheiten zu schützen (Gewalt bekämpfen).
- Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzubinden (Integration).
- Die Bereitschaft zu fördern, sich für Aufgaben des Gemeinwesens zu engagieren (Verantwortung übernehmen).
- Die Fähigkeit zu entwickeln und zu stärken, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen (Demokratie erfahren durch demokratisches Handeln).

- Mut zu machen, die eigene Überzeugung auch öffentlich zu vertreten (Zivilcourage).
- Eine verlässliche politische Grundbildung zu vermitteln (Wissen).

Mit den Erfahrungen und Ergebnissen aus der Umsetzung des Sonderprogramms in 2001 wurden mit der (Weiter-)Entwicklung der Programmleitlinien entimon ab 2002 auch die Aufgaben und Schwerpunkte fokussiert und neu definiert.

Nach den Leitlinien des Programms entimon sind die zentralen Förderschwerpunkte und deren Aspekte:

- Lokale Netzwerke: Projekte, die verschiedene Aspekte auf lokaler Ebene kombinieren, um wirkungsvoll und nachhaltig gegen soziale, kulturelle und politische Diskriminierung vorgehen zu können – Etablierung von nachhaltigen Netzwerkstrukturen vor Ort.
- Interkulturelles Lernen: Projekte, die der Förderung und Weiterentwicklung von inter- bzw. transkulturellen und interreligiösen Praxiskonzepten dienen – Wissensvermittlung über andere Kulturen und Religionen.
- Politische Bildungsarbeit: Projekte, die der (Weiter-)Entwicklung von geschlechterbewusster Bildungsarbeit, Partizipation sowie langfristig angelegter Kooperation mit der Jugend(sozial)arbeit und Jugendbildung sowie mit der Schule, insbesondere Haupt- und Berufsschulen, dienen – zeitgemäße und praxisorientierte Wissensvermittlung durch interdisziplinäre Netzwerke.

Die Hauptzielgruppen des Programms entimon sind:

- Junge Menschen,
- Haupt- und Berufsschüler/innen,
- Migrantinnen/innen,
- Rechtsextremistisch gefährdete (vor allem männliche) Jugendliche,
- Eltern und andere Erziehungsberechtigte und
- Multiplikatoren/innen.

### Laufzeit und Ausstattung des Programms

Unter Berücksichtigung des Sonderprogramms „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ in 2001 hat die Bundesregierung für das Teilprogramm entimon bis 2006 ca. 65,34 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt.

Die Aufteilung nach den sechs Haushaltsjahren stellt sich unter Berücksichtigung der Umsetzungsakteure wie folgt dar:

2001 – ca. 15,34 Mio. Euro:

- Umsetzung durch Länder und Kommunen – ca. 7,62 Mio. Euro;
- Implementierung von Lokalen Aktionsplänen im Rahmen der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Stadtteilen und Landkreisen mit besonderem Entwicklungsbedarf (E&C-Programm)“ durch die Stiftung SPI – ca. 1,79 Mio. Euro;
- Umsetzung der Maßnahmen der Jugendbildung durch die bundeszentralen Träger der Jugendbildung sowie Förderung von modellhaften integrationsfördernden Maßnahmen durch die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) mbH – ca. 3,94 Mio. Euro;
- Umsetzung von modellhaften, bundeszentral bedeutsamen Maßnahmen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – ca. 1,99 Mio. Euro;

2002 bis 2006 – 50 Mio. Euro:

- Umsetzung des Programms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ 2002 durch die gsub mbH als Servicestelle entimon.

### Programmpartner

Die Fachaufsicht und Steuerung für das Programm entimon liegt beim BMFSFJ.

Seit 2002 wird das Programm entimon durch einen übergeordneten Programmbeirat beratend begleitet. Der Beirat besteht aus 15 Mitgliedern, die

- ausgewiesene Fachexperten/innen in den Themengebieten des Programms sind,
- als Multiplikator/innen für die zu treffenden Entscheidungen wirken können sowie
- repräsentativ für bestimmte Bereiche sind.

Dem Beirat gehören an: Vertreter/innen der AG der Obersten Landesjugendbehörden, der Beauftragten der Bundesregierung für Integrationsförderung, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden, der katholischen und evangelischen Jugendbildung, der interkulturellen Arbeit, der politischen Bildung, der Wissenschaft sowie der XENOS- und CIVITAS-Koordinierungs-/Servicestelle.

Er tritt in der Regel zweimal im Jahr zusammen und hat im Einzelnen folgende Aufgaben:

- Entwicklung von Vorschlägen zur konzeptionellen Umsetzung der Förderschwerpunkte des Programms,
- Entwicklung von Vorschlägen für Kriterien zur Bewertung der Anträge,
- Begleitung der Arbeit der Servicestelle entimon bei der Umsetzung des Programms,
- Beratung der seitens der Servicestelle entimon vorgelegten Bewertung zu den eingereichten Interessenbekundungen,

■ Beratung des BMFSFJ bei der Weiterentwicklung des Programms.

Zur administrativen Umsetzung des Programms wurde eine externe Servicestelle bei der gsub mbH eingerichtet.

Das Aufgabenprofil der Servicestelle entimon ist in den Leitlinien des Programms dargestellt. Es umfasst die treuhänderische Verwaltung der Bundesmittel sowie die organisatorische und technische Administration des Programms.

Im Programmzeitraum hat die Servicestelle entimon im Auftrag des BMFSFJ auch programmübergreifende Aktivitäten übernommen, wie die Organisation und Durchführung der Projektmesse zum Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in 2004.

Das Deutsche Jugendinstitut als ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zur Unterstützung und Förderung untersucht, hat die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Programms entimon übernommen.

Neben der Beratung des im BMFSFJ für das Programm zuständigen Referats arbeitet die wissenschaftliche Begleitung eng mit der Servicestelle entimon und dem programmbegleitenden Beirat zusammen. Darüber hinaus kooperiert die wissenschaftliche Begleitung für das Programm entimon mit den wissenschaftlichen Begleitungen der Programme CIVITAS und XENOS, insbesondere in Bezug auf Effekte und Nachhaltigkeit von Interventionsprogrammen. Weiterhin arbeitet die wissenschaftliche Begleitung mit der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Jugendinstituts zusammen, vor allem bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Modellprogrammen und der langzeitpädagogischen Arbeit in diesen Themenfeldern im Bereich der Regelförderung und der Frage nach geeigneten Evaluationsmethodiken für beide Bereiche.

### Projektförderung

Das Antragsverfahren wurde seit dem Start des Programms in 2001 ständig weiterentwickelt.

In 2001 wurden die Fördermittel vergeben

- durch die Landesministerien nach dem Königsteiner Schlüssel und den entsprechenden Bedarfen in der Region,
- durch die Stiftung SPI im Rahmen der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Stadtteilen und Landkreisen

mit besonderem Entwicklungsbedarf (E&C-Programm)“,

- durch die gsub mbH auf der Grundlage des Kinder- und Jugendplanes (KJP) des Bundes nach einem vorgeschalteten Auswahl- und Entscheidungsverfahren durch das BMFSFJ und
- durch das BMFSFJ auf der Grundlage des Kinder- und Jugendplanes des Bundes in Abstimmung und Kooperation mit ausgewählten Erfahrungsträgern bezüglich der Thematik des Sonderprogramms.

Ab 2002 wurde durch das BMFSFJ mit der inhaltlichen Fortschreibung als Modellprogramms das Antrags-, Bewertungs- und Auswahlverfahren vereinheitlicht.

Entsprechend den Leitlinien zur Umsetzung des Programms entimon erfolgt die Vergabe der Fördermittel auf der Grundlage eines zweistufigen Antragsverfahrens.

In der ersten Stufe wurden interessierte Antragsteller auf der Grundlage einer Interessenbekundung zur Einreichung von Projekt-Angeboten unter Nutzung eines dafür durch die Servicestelle entwickelten und mit dem BMFSFJ abgestimmten Antragsformulars aufgerufen. Die Antragsteller hatten die Möglichkeit, ihr Angebot im Online-Verfahren direkt im Internet abzugeben bzw. sie konnten sich das entsprechende Formular von der programm-eigenen Homepage als Word-Dokument downloaden.

Die eingegangenen Projekt-Angebote wurden durch die Servicestelle entimon administrativ entsprechend aufbereitet und auf der Grundlage eines mit den beteiligten Programmpartnern

Die endgültigen Entscheidungen durch das BMFSFJ erfolgten zeitnah.

Im Rahmen der finanziellen Ausstattung des Programms entimon konnten seit 2002 insgesamt fünf Interessenbekundungsverfahren<sup>1</sup> durchgeführt werden.

Der bundesweite Bedarf bezüglich einer Förderung durch das Programm entimon stellt sich nach Haushaltsjahren wie folgt dar:

- 2002: 913 Projekt-Angebote mit einem Mittelbedarf von rd. 34,07 Mio. Euro;
- 2003: 410 Projekt-Angebote mit einem Mittelbedarf von rd. 15,60 Mio. Euro;
- 2005: 247 Projekt-Angebote mit einem Mittelbedarf von rd. 15,05 Mio. Euro;
- 2006: 237 Projekt-Angebote mit einem Mittelbedarf von rd. 13,34 Mio. Euro.

Nach der Auswahlentscheidung wurden entsprechend den Leitlinien des Programms – zweite Stufe des Verfahrens zur Vergabe von Fördermitteln im Rahmen des Modellprogramms entimon – die Träger von ausgewählten Projekt-Angeboten zur Einreichung von detaillierten Förderanträgen bei der Servicestelle entimon aufgefordert.

Im Rahmen des Programms entimon war eine Förderung von Projekten mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren möglich. Der Zuwendungsbescheid wurde jedoch nur haushaltsjahrbezogen, d. h. bis zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres, erteilt. Eine Weiterförderung mehrjähriger Projekte stand in Abhängigkeit der Ergebnisberichterstattung im jeweiligen Berichtsjahr und dem sich anschließenden Bewertungs- und Entscheidungsverfahren der beteiligten Programmpartner.

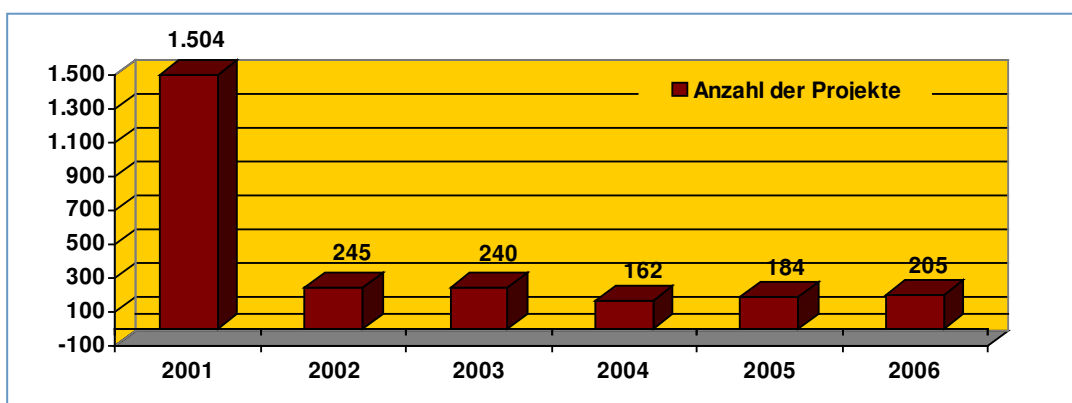


Abb. 1: Fördermittelverwaltung und Verteilung der Projekte im Programmzeitraum

abgestimmten Bewertungsverfahrens beurteilt sowie den beteiligten Programmpartnern zur Beratung und Abstimmung zur Verfügung gestellt.

Die Entscheidungen zur Förderung von eingegangenen Projekt-Angeboten im Rahmen von entimon wurden im Rahmen von Beirats-sitzungen ausführlich beraten und im Ergebnis wurde jeweils eine Entscheidungsempfehlung für das BMFSFJ getroffen.

Unter Berücksichtigung eines einheitlichen Antrags- und Auswahlverfahrens ab 2002 wurden die meisten Projekte in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, „länderübergreifend/bundesweit“, Brandenburg, Bayern, Sachsen und Hessen gefördert (vgl. Abb 2).

1) 2002 wurden zwei Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. 2004 wurde kein Interessensbekundungsverfahren durchgeführt.

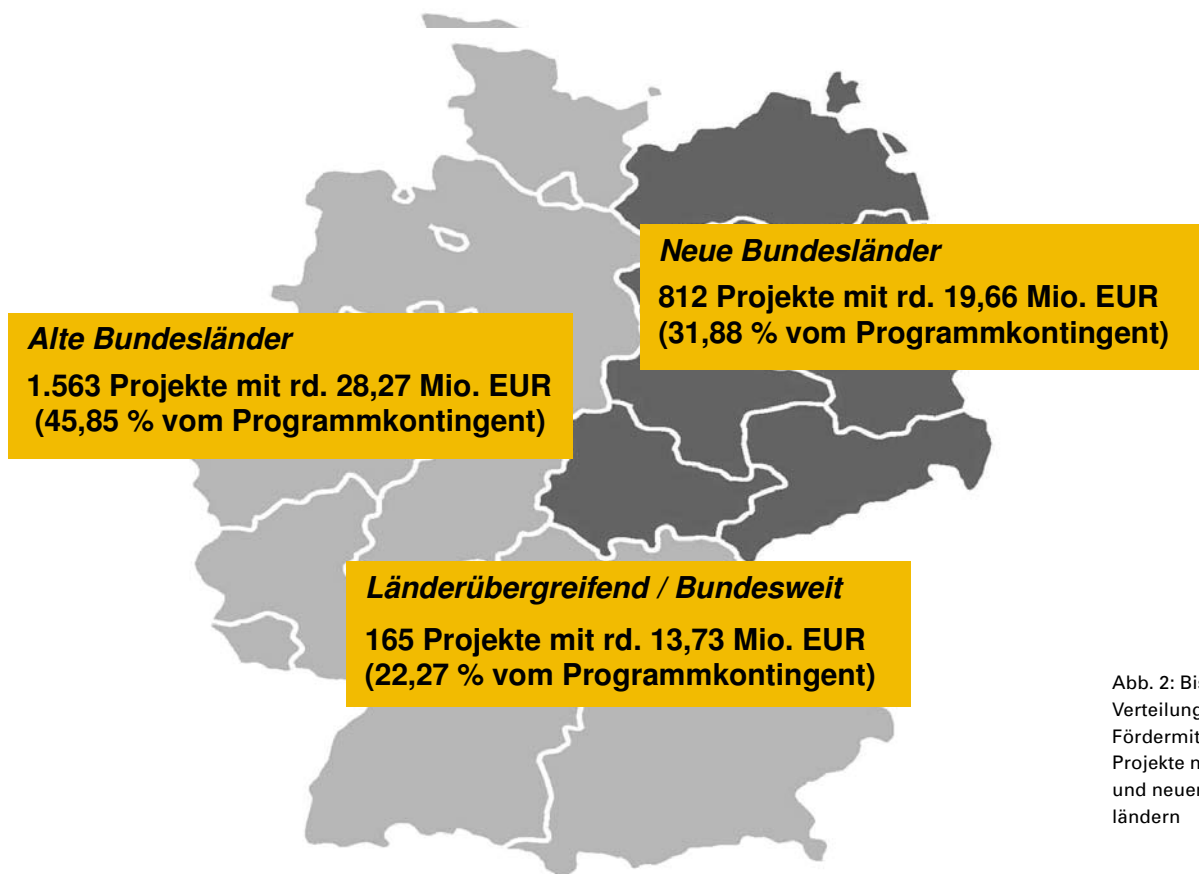


Abb. 2: Bisherige Verteilung der Fördermittel und der Projekte nach alten und neuen Bundesländern

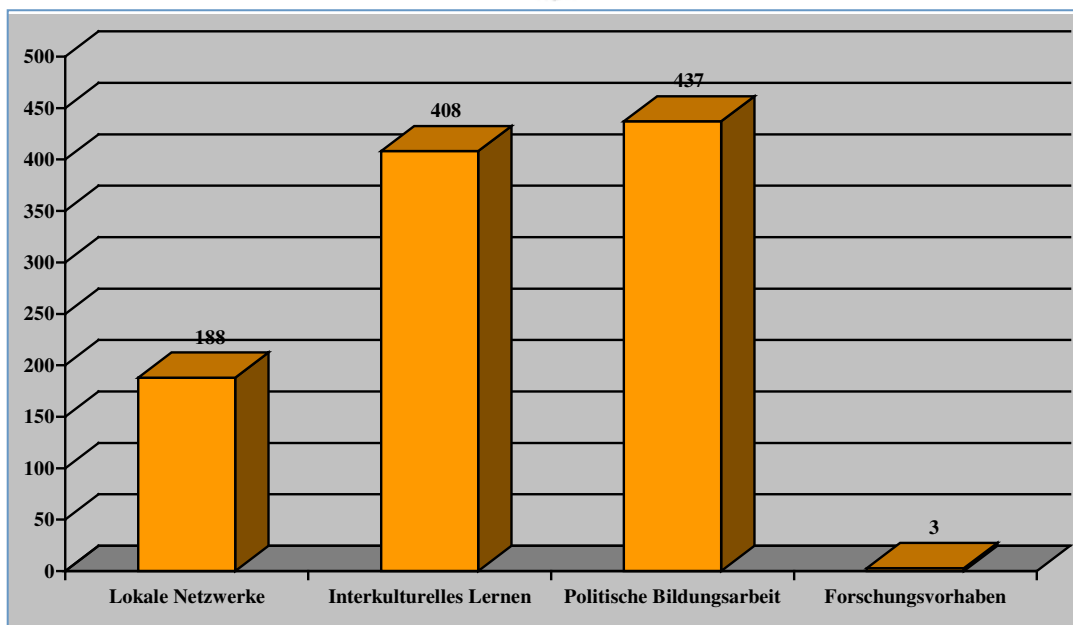


Abb. 3: Bisherige Verteilung der Projekte nach den Hauptförderschwerpunkten (ab 2002)

Im Programmzeitraum wurden durch die Projektträger die beiden Förderschwerpunkte „Interkulturelles Lernen“ und „Politische Bildungsarbeit“ vergleichbar angesprochen. Der Förderschwerpunkt „Forschungsvorhaben“ war nur in 2002 ein Zuordnungskriterium (vgl. Abb. 3).

Entsprechend der Intention des Programms wurde die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene mehrheitlich angesprochen (vgl. Abb. 4).

#### **Erfahrungen und Ergebnisse – Ein kurze Zwischenbilanz**

Im Fokus stehen hier die Projektstruktur, die Zielgruppenarbeit sowie die Entwicklung und der Ausbau von Netzwerkprozessen.

Zu Beginn der Programmevaluation wurden durch die wissenschaftliche Begleitung Kategorien zur inhaltlichen Strukturierung der geplanten und umgesetzten Projekte entwickelt. Während des Programmverlaufs wurden diese Kategorien fortgeschrieben und bildeten

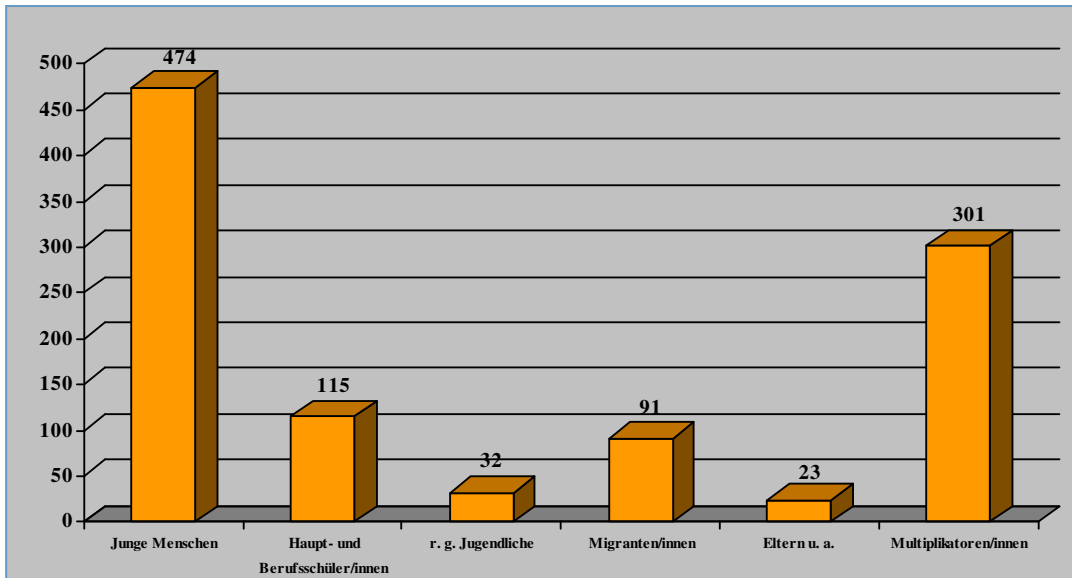


Abb. 4: Bisherige Verteilung der Projekte nach den Hauptzielgruppen (ab 2002)

gleichzeitig die Grundlage zur Typologisierung der Projektpraxis im Programm.

In ihrem letzten Zwischenbericht stellt die wissenschaftliche Begleitung diesbezüglich fest: „Wird die Entwicklung der einzelnen Projekttypen über den vierjährigen Förderzeitraum hinweg betrachtet (...), so ist das Charakteristische die kontinuierliche Zunahme an Projekten, die Beratungs- und/oder Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote offerierten.“

Die Verteilung der Projekttypen nach Rangfolge der Nennungen verdeutlicht, dass primär Formen der Qualifizierung/Weiterbildung und außerschulischen Bildungsarbeit für die Umsetzung der Projekt- und Programmziele gewählt werden. Unterstützend wird dabei auf die Nutzung vorhandener Ressourcen strukturell durch den Aus- und Aufbau von Netzwerkstrukturen und personell durch einen partizipationsorientierten Zielgruppenansatz gesetzt.

Oft wurde das Ziel, einen Bildungsprozess auszulösen, in andere Angebotsformen wie z. B. Ausstellungs- und Medienprojekte integriert (2002: 20 %, 2005: 22 %) oder eine über die Projektlaufzeit hinausgehende tragende Struktur in Form eines Netzwerkaufbaus (2002: 33 %, 2005: 35 %) angestrebt. Das verdeutlicht die inhaltliche Komplexität der pädagogischen Arbeit innerhalb der einzelnen Projekte“ (Strukturdaten zum Programm „entimon“, Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung).

Im Jahr 2005 ist die Anzahl der Projekte wieder angestiegen. Gleichzeitig wurde die Projektstruktur komplexer, und damit stieg auch die Anzahl der methodischen Ansätze in einem Projekt. Auch hier macht die wissenschaftliche Begleitung in ihrem letzten Zwischenbericht deutlich, dass bei den Projekten „in den Jahren 2002 wie 2003 (...) 40 % ausschließlich einem methodischen Ansatz zugeordnet werden“

konnten. „Im Jahr 2005 waren es 30 %. Der Schwerpunkt der Zuordnung lag auf interkulturellen (2002: 20 %, 2005: 13 %), bildungsorientierten (2002: 12 %, 2005: 40 %) und Ansätzen zur gewaltfreien Konfliktlösung (2002: 20 %, 2005: 15 %), wobei es im Programmverlauf deutliche Verschiebungen gab. Mehrheitlich arbeiteten die „Entimon“-Projekte mit einer Kombination aus verschiedenen methodischen Herangehensweisen. (...) Auffällig an der prozentualen Verteilung ist der deutliche Anstieg des bildungsorientierten Ansatzes, der in Zusammenhang mit der dargestellten Zunahme an Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten zu lesen ist“ (Ebenda).

Weiterhin hat die wissenschaftliche Begleitung entimon im Rahmen ihrer Erhebungen im Programmverlauf 2002 bis 2005 einen prozentualen Anstieg bei gemeinwesenorientierten und geschichtsorientierten Projekten festgestellt. Gleichzeitig waren Projekte mit antirassistischem Projektansatz oder Ansätzen zur Friedens-, Demokratie- und Menschenrechtserziehung weniger vertreten.

Wie an einer anderen Stelle bereits erwähnt, wurde die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsenen mehrheitlich angestrebt und erreicht.

Im Rahmen der Programmevaluation hat die wissenschaftliche Begleitung erfolgreiche und weniger geeignete Zugänge für die Erreichung der Zielgruppe festgestellt.

**Erfolgreiche Zugänge zur Zielgruppe:** Die Analyse der Angaben der befragten Projektmitarbeitenden zeigt auf, dass die direkte persönliche Kontaktaufnahme durch das Projekt selbst sowie die Ansprache und Information der Zielgruppe durch Multiplikatoren/innen von Partnereinrichtungen als die erfolgreichsten Zugangswege eingeschätzt werden. Im Bereich der persönlichen Kontaktaufnahme durch das

eigene Projekt werden insbesondere die Vorstellung des Projekts in Schulklassen und bei Elternabenden, Familienbesuche bzw. direkte Kontaktaufnahmen zu den Eltern, die direkte Kontaktaufnahme außerhalb der Schule sowie Werbung in den persönlichen Netzwerken von Jugendlichen als erfolgreiche Zugangswege zur Zielgruppe genannt. Auch bei den Konkretisierungen in Bezug auf die Ansprache von potentiellen Teilnehmenden durch Partnereinrichtungen wird die bevorzugte Stellung der persönlichen Kontaktaufnahme durch die entsprechenden Multiplikatoren/innen deutlich. In einigen Fällen erwies sich auch die Weitervermittlung von Adressaten/innen durch Kooperationseinrichtungen an das eigene Projekt als geeignet. Aus der Analyse der Angaben der Projektmitarbeitenden wird weiterhin deutlich, dass sich Projektinformationen über neue Medien – hier insbesondere das Internet, E-Mail und bei Jugendlichen über SMS – in vielen Fällen als erfolgreich erwiesen. In mehreren Fällen wird darüber hinaus die positive Mund-zu-Mund-Propaganda von Teilnehmenden und Multiplikatoren/innen in ihrem sozialen, schulischen und beruflichen Umfeld, insbesondere die Peer-to-Peer-Ansprache, als besonders erfolgreich bewertet. Die aufsuchende Arbeit durch Familienbesuche, Streetwork oder im Rahmen mobiler Angebote erwies sich bei einigen Zielgruppen als unabdingbare Voraussetzung für ihre Einbindung in das Projekt.

Weitere wichtige Charakteristika des Zugangs zur Zielgruppe sowie die darauf einflussnehmende Anlage der Projektangebote und die Qualifikation der Mitarbeiter/innen werden in der Niedrigschwelligkeit des Erstkontakts bzw. der Angebote (z. B. Hotline, telefonische Erstberatung, Infopoint im Stadtteil, Schülerbüro), in der Flexibilität und der Konkretheit der Projektangebote, in zeitgemäßen Projektinhalten und -darbietungen, einem geeigneten Zeitpunkt der Ansprache (z. B. bei Schulwechsel, aber auch Tageszeit) sowie einer zielgruppenspezifischen Qualifizierung der Mitarbeiter/innen (z. B. interkulturelle Kompetenz, Sprachkenntnisse) identifiziert.

*Weniger geeignete Zugangswege zur Zielgruppe:* Bei der Beschreibung der weniger erfolgreichen Zugangswege zu den Adressaten/innen zeichnet sich das Kriterium der Unpersönlichkeit als „roter Faden“ ab. Sowohl die ausschließlich schriftliche Ansprache sowie Einladungen ohne persönliche Ansprache werden in zahlreichen Fällen als wenig bis gar nicht erfolgreich bei der Teilnehmerakquise beschrieben. Die einfache Versendung von Flyern an Schulen und andere Institutionen („freie Ausschreibung“) sowie deren Auslage bewirkten nach Angabe mehrerer Projekte in

zahlreichen Fällen keine oder kaum Resonanz, da diese vor dem Hintergrund von Informations- und Papierflut selten wahrgenommen und gelesen würden (Ebenda).

Kooperations- und Netzwerkarbeit war und ist integraler Bestandteil der entimon-Projekte. Zivilgesellschaftliche Potentiale sind gerade im Rahmen von Vernetzungsprozessen aktiviert und genutzt worden.

Ein wichtiges Potential „von Netzwerken und Netzwerkarbeit wird – sowohl in der Literatur als auch im Programm entimon – in der Herstellung oder Verbesserung der gegenseitigen Kenntnis übereinander bzw. des Informationsflusses untereinander, in Kompetenzbündelung und dem Erkennen von Doppelkapazitäten gesehen“ (Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „entimon“, Stand Dezember 2004).

Von den beteiligten Netzwerkpartnern sind bei der Entwicklung und beim Ausbau von Netzwerkprozessen vielfältige Aufgaben zu lösen. Die wissenschaftliche Begleitung entimon hat festgestellt, dass in diesem Prozess vor allem die nachfolgenden Aufgaben anzugehen sind:

- Herstellung von Vertrauen – nicht nur zwischen den einzelnen Netzwerkpartner/innen, sondern auch in das Netzwerk und sein Potential,
  - Herstellung eines „Wir-Gefühls“ und einer Netzwerkidentität,
  - Entwicklung einer Kooperationskultur,
  - Klärung von gegenseitigen Erwartungen,
  - Aufstellung von Spielregeln für Konflikte,
  - Ermöglichung von „Erfolgserlebnissen“.
- Schaffung von Synergien, der Ermöglichung kreativer Prozesse und Lösungsansätze, der Steigerung von Strategiefähigkeit und des Durchsetzungspotentials von Akteuren sind gem. der wissenschaftlichen Begleitung entimon weitere wichtige Potentiale erfolgreicher Netzwerkarbeit.

Im Rahmen des Programms entimon wurden durch die wissenschaftliche Begleitung nachfolgende vier Umsetzungsformen und -strategien von Netzwerkarbeit identifiziert, die besonders stark vertreten waren:

- Virtuelle Netzwerke bzw. Netzwerkprozesse,
- Kooperationen und Netzwerke zwischen Jugend(sozial)arbeit, außerschulischer Bildungsarbeit und Schule,
- Transkulturelle und interreligiöse Netzwerke und Netzwerkprozesse,
- Lokale bzw. regionale Netzwerke und Netzwerkprozesse.

An dieser Stelle soll vor allem auf Potentiale und Herausforderungen bei der Entwicklung



und beim Ausbau von transkulturellen und interreligiösen Netzwerken und Netzwerkprozessen eingegangen werden, da Aktivitäten zur Förderung des interkulturellen/religiösen Dialogs im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit seinen drei Teilprogrammen eine besondere Berücksichtigung fanden.

Viele evaluierte Projekte in diesem Themenfeld betonten, dass sie im Rahmen der Netzwerkarbeit das eigene interkulturelle Handeln durch Wissenszuwachs und Erhöhung der interkulturellen Aufmerksamkeit verbessern konnten.

Durch die von der wissenschaftlichen Begleitung evaluierten Projekte wurden in diesem Zusammenhang nachfolgende positiven Ergebnisse und Potentiale formuliert:

- Interkulturelle/interreligiöse Öffnung der beteiligten Träger,
- Erweiterung ihres Angebots durch Kooperation und Vernetzung mit Migrant(en)selbstorganisationen,
- Professionalisierung der eigenen interkulturellen/interreligiösen Arbeit,
- Erschließung neuer Zielgruppen durch Kooperation mit Partnern,
- Stärkung der „Sichtbarkeit“ und des Durchsetzungspotentials von Akteuren und Akteursgruppen,
- Stärkung von Selbstorganisationen,
- Integration von Akteuren und Akteursgruppen.

Auf der anderen Seite hat sich vor dem Hintergrund des Datenmaterials bei der wissenschaftlichen Begleitung herauskristallisiert, dass die maßgeblichen Herausforderungen

- in der Gewinnung und der Auswahl von Netzwerkpartnern, insbesondere die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen und/oder Glaubensgemeinschaften,
- im Einfluss von politisch aufgeladenen Diskussionen im gesellschaftlich/lokalen Umfeld des Netzwerks,
- im Umgang mit unterschiedlichen Zielen und Erwartungen und
- in der Kulturalisierung persönlicher Konflikte/Personalisierung kultureller Konflikte im Netzwerk liegen.

In Bezug auf Nachhaltigkeit der Projektaktivitäten im Rahmen des Programms entimon kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt festgestellt werden, „dass insgesamt 94 Prozent der 108 „Entimon“-Projekte, die an der Befragung teilgenommen haben, ursprünglich geplant hatten, nach Auslaufen der Programmförderung die inhaltliche Arbeit im Bereich „Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ bzw.

„Stärkung von Demokratie und Toleranz“ fortzusetzen; 80 % (86 Projekte) konnten dies realisieren.“ (Befragungszeitraum 2002–2004)

Die Befragung dieser Projekte ergab weiter, „dass Schwerpunkte der Weiterführung der inhaltlichen Arbeit auf den Bereichen „interkulturelles und antirassistisches Lernen“, „bildungs- und geschichtsorientierte Ansätze“, „Friedens-, Demokratie- und Menschenrechtslernen“, „Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung“ sowie der Umsetzung partizipativer Angebote liegen“ (Strukturdaten zum Programm „entimon“ für den Förderzeitraum 2002 bis 2005, Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung).

In ihrem letzten Zwischenbericht stellt die wissenschaftliche Begleitung u. a. abschließend fest: „Die Analysen förderlicher und hinderlicher bzw. fehlender Rahmenbedingungen und Ressourcen der Projektarbeit machen deutlich, dass vielfältige – und darüber hinaus komplex zueinander in Beziehung stehende – Faktoren Einfluss auf das Gelingen und die Umsetzbarkeit der geplanten Projektpraxis nehmen. Hier tragen Kooperations- und Netzwerkbezüge, infra- und soziostrukturelle Charakteristika, der Bekanntheitsgrad, die Wertschätzung und ideelle Unterstützung des Projekts insbesondere im Gemeinwesen und durch die lokale Administration und Politik, das (gesellschafts-)politische Klima, die geografische und sozialräumliche Lage des Projektstandorts, personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen sowie das Income der Beteiligten mit dazu bei, inwiefern Projektinhalte umgesetzt und Ziele erreicht werden können.“

## Literatur

Der Kurzbericht zum Programm „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ wurde u. a. aus den nachfolgenden Zwischenberichten zusammengestellt:

Strukturdaten zum Programm „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ für den Förderzeitraum 2002 bis 2005 – Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung.

Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“. Quantitative und qualitative Ergebnisse (Stand Dezember 2004)

Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Programms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ 2001–2003

Zwischenbericht zum Stand des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Frem-

denfeindlichkeit und Antisemitismus“ Stand:  
31.12.2004

Diese und weitere Zwischenberichte können  
auf der programmeigenen Homepage [www.  
entimon.de](http://www.entimon.de) eingesehen werden.

### **Kontakt**

Andrea Keppke  
Gesellschaft für soziale Unternehmens-  
beratung (gsub)  
Servicestelle entimon  
Oranienburger Straße 65  
10117 Berlin  
Tel: 030/28409306  
E-Mail: [andrea.keppke@gsub.de](mailto:andrea.keppke@gsub.de)

## Einblicke in das Bundesprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“

„Toleranz und Demokratie“ – sollte das nicht eine Selbstverständlichkeit sein? Die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre mit den drei Teilprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit unter dem Motto „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ belegen klar, wie nötig entschiedenes Auftreten ist: für Demokratie und aktive Beteiligung, gegen Gleichgültigkeit, gegen Rechtsextremismus, aber auch gegen die Bagatellisierung von rassistischen Sprüchen und diffusen Fremdenängsten. Dieses entschiedene Auftreten benötigt Unterstützung, die durch die Bundesprogramme gewährleistet wird.

Mit der Einrichtung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Jahr 2001 hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt. Mit diesem Aktionsprogramm will die Bundesregierung Demokratie, Engagement und Zivilcourage stärken und Toleranz und Weltoffenheit fördern. Mit der Ausrichtung des Aktionsprogramms auf die Stärkung von demokratischen Prozessen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements werden neue, modellhafte Wege beschritten, rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken.

Bestandteil des Aktionsprogramms sind die Teilprogramme „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „CIVITAS – gemeinsam gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“, in Programmverantwortlichkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Teilprogramm „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“, für das das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständig ist.

„CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“ wird durch die Stiftung Demokratische Jugend umgesetzt, wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird das Programm durch die Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (die Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitung sind auf den Internetseiten des CIVITAS- Programms [www.jugendstiftung-civitas.org](http://www.jugendstiftung-civitas.org) zu finden).

Mit dem CIVITAS-Programm soll den zunehmenden rechtsextremistischen Tendenzen in

den Neuen Bundesländern entgegengesteuert werden. Zentraler Leitsatz des Programms ist die Anerkennung, der Schutz und Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten. Diese Maxime prägt die konkreten Ziele des CIVITAS-Programms. So soll mit Hilfe der geförderten Projekte eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den Neuen Bundesländern entwickelt werden, die sich dezidiert gegen eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen abgrenzt, wie sie sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt. Die Arbeit in den Projekten orientiert sich an den Menschenrechten und soll dabei die Perspektive der Opfer rechtsextremistischer Gewalt einbeziehen. Im Rahmen des Programms werden vorrangig lokale Initiativen initiiert, unterstützt und vernetzt sowie professionelle Beratungsstrukturen aufgebaut.

Das CIVITAS-Programm beinhaltet die Förderschwerpunkte Mobile Beratung, Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten, Zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf lokaler Ebene, Vernetzung zivilgesellschaftlichen Engagements (Netzwerkstellen) sowie überregionale Modellprojekte. Seit 2001 wurden mehr als 1600 Projekte mit knapp 44 Mio. Euro gefördert. Prozentual entfielen auf regionale Gemeinwesenprojekte rund 55 % der Fördersumme und 45 % auf die Strukturprojekte (als Strukturprojekte werden die Mobilien Beratungsteams, die Opferberatungen sowie die Netzwerkstellen bezeichnet).

### Inhaltliche Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen des Programms

„CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“ wurde im Sommer 2001 mit anfangs drei Förderungsschwerpunkten gestartet. Zum Aufbau von Opferberatungsstellen, Mobilien Beratungsteams (MBT) und zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf lokaler Ebene standen im ersten Jahr des Programms 10 Mio. DM zur Verfügung. Im Folgejahr 2002 wurde das Programm inhaltlich wie auch materiell aufgestockt: Mit insgesamt 10 Mio. Euro konnten neben den bestehenden weitere Förderbereiche aufgenommen werden, etwa die Einrichtung von regionalen Netzwerkstellen und die Unterstützung überregionaler Modellprojekte. 2003 wurde das CIVITAS-Programm mit dem gleichen Fördervolumen und identischen Schwerpunkten fortgesetzt. In den Jahren 2004, 2005 und 2006 stellte die Bundes-

regierung jeweils 9 Mio. Euro pro Haushaltsjahr für das Programm zur Verfügung.

Bei der Umsetzung des Programms CIVITAS wurde deutlich, dass Maßnahmen, die der Stärkung und Entwicklung einer demokratischen und toleranten Kultur dienen, besonders erfolgreich sind. Wirkungsvoll sind dabei kommunale Netzwerke, die den Erfordernissen sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen Rechnung tragen und zur gemeinwesenorientierten Perspektiventwicklung initiiert oder/und genutzt werden.

### **Beispiele für die Projektarbeit im Rahmen des CIVITAS-Programms**

#### *Perspektiv-Netzwerkstelle in Märkisch-Oderland*

Märkisch-Oderland ist ein Landkreis im Osten von Brandenburg, der direkt an Polen grenzt. Der Kinder- und Jugendring im Kreis Märkisch-Oderland wollte den Erfordernissen und Problemen der strukturschwachen Regionen Rechnung tragen und initiierte im Jahr 2005 ein kommunales Netzwerk. Durch ein aktives Wirken des Netzwerkes vor Ort sollen neue Rahmenbedingungen zur Kompetenzstärkung von engagierten Bürgern/innen und institutionellen Akteuren geschaffen werden, die in ihrem Tätigkeitsfeld Beteiligungsprojekte zur Stärkung einer demokratischen Kultur im Gemeinwesen für Jugendliche, Bürger/innen und Familien initiieren. Dabei steht die Netzwerkbildung mit den folgenden Kernaufgaben im Aufgabenzentrum des Projektes:

- Entwicklung von Perspektiven für junge Menschen in der Region,
- Vernetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren,
- Initiierung und Begleitung von Beteiligungsprojekten,
- Konzipierung, Organisation und Durchführung von Fortbildungsangeboten für Multiplikatoren/innen und bürgerschaftlich Aktive.

#### *Lokales Projekt „Aktion Zivilcourage Pirna“*

Sächsische Schweiz 1999: Rechtsextreme Parteien wie die NPD oder die Republikaner erzielen erschreckend hohe Wahlergebnisse. Nichtrechte Jugendliche und Ausländer/innen werden vermehrt angegriffen. Organisierte Kameradschaften streuen rechtsextremes Gedankengut in öffentlichen Diskussionen auf lokaler Ebene. Aus dieser Situation heraus hat sich eine Gruppe von Jugendlichen in Pirna zusammengetan und auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht. „Aktion Zivilcourage“ ist nicht nur Name, sondern Programm. Dafür holten sich die nunmehr mehr als 30 Jugendlichen

nicht nur Vertreter/innen der Stadtverwaltung und des Landkreises, den DGB und Vereine ins Boot, sondern fanden auch Anklang bei der örtlichen Wirtschaft und der Polizei. Die Gegenstrategien sind vielfältig:

- Stärkung der demokratischen Strukturen in der Sächsischen Schweiz,
- Information, Aufklärung und Beratung über Ziele, Symbole und Vorgehen von Rechtsextremisten,
- Entwicklung eines lokalen Handlungskonzeptes,
- Fortbildung für Multiplikatoren/innen, Jugendliche und Interessierte,
- politische/historische Bildung.

#### *Überregionales Modellprojekt „Jugendkulturnetz in den Neuen Bundesländern“*

Die Bedeutung von Musik als Identifikation und Orientierungshilfe bei der Suche nach Gruppenzugehörigkeit für Jugendliche ist unbestritten. Diesen Weg haben rechtsextreme Organisationen schon länger erkannt und offensive Strategien, wie z. B. die Verteilung einer „Schulhof-CD“ mit rechter Musik, gestartet. Dabei wird die Musik zum Transportieren von rechten Botschaften missbraucht – Musik als Einstiegsdroge für rechtsextreme Einstellungen. Umso wichtiger ist es, die alternative Jugendkulturszene zu stärken und ein bewusstes Auftreten für Demokratie zu fördern.

Die Errichtung eines Jugendkulturnetzes in den sechs Ländern als länderübergreifendes Kompetenznetzwerk mit dem Fokus „Jugendmusik als Popular-, Rock- und Jazzmusik“ hat zum Ziel:

- ein musikkulturelles länderübergreifendes Netzwerk zu bilden,
- kulturpolitische Bildung zu entwickeln und durchzuführen,
- junge Musiker/innen zu begleiten und zu fördern,
- Peerleader als Multiplikatoren/innen zu stärken,
- Rock- und Popmusik als Mittel der Demokratieförderung zu implementieren.

Die Projekte tragen ganz wesentlich dazu bei, gezielt demokratische Werte im Gemeinwesen zu fördern und dort langfristige Wirkungsmöglichkeiten lokaler Netzwerke für die Perspektiventwicklung junger Menschen zu entwickeln.

### **Kontakt**

Ute Seckendorf  
Stiftung Demokratische Jugend  
Servicestelle CIVITAS  
Grünberger Straße 54  
10245 Berlin  
Tel: 030/20078930

## Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialräumliche Integration als Aufgabe der Jugendmigrationsdienste

### Hintergrund

*E&C-Gebiet Jena-Lobeda: ein sozialer Brennpunkt?!*

Der Stadtteil Jena-Lobeda ist von den typischen städtebaulichen und sozialen Problemen ehemaliger DDR-Plattenbausiedlungen geprägt. In den 70er und 80er Jahren als moderne und attraktive „Wohnstadt“ vorwiegend für die Beschäftigten des Carl-Zeiss-Kombinats erbaut und entwickelt, verlor der Stadtteil nach 1989 nicht nur fast die Hälfte seiner Bewohner/innen, sondern vor allem an Image. Die bis heute verbliebenen knapp 23.200 Einwohner/innen<sup>1</sup> gehören vor allem sozial schwächeren und älteren Bevölkerungsschichten an und stellen etwa ein Viertel der Bevölkerung Jenas dar. Die Abwanderungstendenzen von Lobeda konnten dank der positiven Entwicklung Jenas als Universitäts- und Technologiestadt zwar aufgehalten werden und es gibt zurzeit wieder mehr Zuzüge, die Bevölkerungsprognose weist langfristig jedoch weitere Einwohnerrückgänge auf.<sup>2</sup>

Gekennzeichnet ist der Stadtteil einerseits durch städtebauliche Defizite wie dichte Bebauung, fehlende Freiraumqualitäten und verkehrliche Mängel, andererseits durch eine attraktive landschaftliche Lage und eine relativ gut entwickelte Infrastruktur in den Bereichen Einkaufen, Dienstleistung, soziale Einrichtungen sowie Fach- und Beratungsdienste. Im Stadtteil gibt es mehrere Kindertagesstätten und Schulen, eine Stadtteilbibliothek mit Zweigstelle der Musik- und Kunstschule, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie Sporthallen und Sportplätze.

Insbesondere seit der Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ wurden umfangreiche Investitionen im Freiraum sowie der Erhalt bzw. die Sanierung von Gemeinbedarfseinrichtungen möglich. Parallel dazu flankierende Förderprogramme (z. B. über E&C) ermöglichen zusätzliche Projekte zur Ver-

besserung der Lebenssituation insbesondere benachteiligter Bewohner/innen.

Trotz umfangreicher Sanierungs- und Aufwertungsstrategien mit dem Ziel, Lobeda als attraktiven Wohnstandort zu erhalten und zu entwickeln, muss der Stadtteil als sozialer Brennpunkt betrachtet werden. Ein Blick auf die Sozialdaten verdeutlicht im Vergleich zur Gesamtstadt die Zunahme sozialer Problemlagen.<sup>3</sup> Zu den Kernproblemen zählen ein hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien mit deutlich geringeren Bildungschancen und eingeschränkten beruflichen Perspektiven sowie eine Vielzahl von Familien und Alleinerziehenden, die Hilfen zur Erziehung beziehen. Im Verhältnis zur Gesamtstadt leben in Lobeda die meisten Bewohner/innen mit Migrationshintergrund. Der Ausländeranteil beträgt 6,1 % (Reststadt 2,9 %); nahezu alle seit 1991 aufgenommenen Spätaussiedler/innen, jüdischen Einwanderer/innen aus der ehemaligen Sowjetunion und andere Migrantengruppen leben auf Grund der Belegungsbindung im sozialen Wohnungsbau und der Wohnungsmarktmechanismen in Lobeda. Die sich dadurch ergebende Konzentration in einzelnen Quartieren führt teilweise zu ablehnenden Reaktionen der einheimischen Bewohner/innen. Insgesamt finden wenige Begegnungen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund statt. Viele Migranten/innen leben zurückgezogen, beispielsweise in russischsprachigen Communities und nutzen nur zögerlich das vorhandene soziale Netz im Stadtteil. Deutlich wird die Konzentration von Migranten/innen im Stadtteil beispielsweise an einem Anteil von Schülern/innen mit Migrationshintergrund von bis zu 40 % in der Staatlichen Regelschule des Wohngebietes „Alfred Brehm“. Im Stadtteil Lobeda findet sich die Kindertagesstätte mit dem höchsten Migrantenanteil in Thüringen.

### *Migranten/innen in Lobeda – Junge Migranten/innen im Quartier*

Vor allem junge Menschen mit Migrations-

1) Altersstruktur der Einwohner/innen Lobedas: 4,1 % zwischen 0 und 5 Jahren, 7,9 % zwischen 6 und 17 Jahren, 19,0 % zwischen 18 und 26 Jahren, 19,2 % zwischen 27 und 44 Jahren, 22,0 % zwischen 45 und 59 Jahren, 27,9 % über 60 Jahre (Statistik Jena 04/2006).

2) Die Statistikstelle der Stadt weist in der Prognose 2003 für die Gesamtstadt im Jahr 2020 ca. 90.600 Einwohner/innen auf (2005 = 100.871), im Stadtteil Jena-Lobeda wird ein Rückgang auf 17.380 Einwohner/innen prognostiziert (2005 = 23.194) (Statistik Jena 04/2006).

3) Sozialdaten Lobedas im Vergleich zur Gesamtstadt (Angaben in Klammern): Sozialhilfeempfänger/innen 5,9 % (3,0 %), Arbeitslose 15,1 % (10,3 %), Langzeitarbeitslose, 7,1 % (4,3 %), arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren 6,2 % (4,9 %), Empfänger/innen von Hilfen zur Erziehung 5,1 % (3,4 %), Jugendkriminalität 7,5 % (5,3 %) (Jena Statistik 8/2005).

hintergrund sind in erhöhtem Maße von den sozialen Problemlagen im Stadtteil betroffen.

Die Kernprobleme in den Lebenslagen gerade junger Migranten/innen im Stadtteil lassen sich schlaglichtartig wie folgt zusammenfassen:

- erschwelter Spracherwerb durch wenige zielgruppenspezifische Angebote bzw. Mängel in der Umsetzung entsprechender Vorgaben bspw. in Schulen,
- Herausforderung im Übergang von Schule zu Beruf, insbesondere durch Zugangsbarrieren im Bereich der betrieblichen Ausbildung, Orientierungslosigkeit, mangelnde Deutschkenntnisse, im Ausland erworbene Abschlüsse und fehlende Ausbildungsplätze,
- Eingeschränkter Zugang zu Erwerbstätigkeit, u. a. durch einen begrenzten Arbeitsmarkt und Problemlagen, die sich aus den vorgenannten Punkten ergeben,
- Einkommenssituation, die häufig durch Randständigkeit und/oder Armut gekennzeichnet ist,
- Wohnraum im sozialen Sektor, dadurch Segregation,
- eingeschränkte Mobilität auf Grund geringer Einkommen,
- Herausforderungen in der Identitätsentwicklung durch Marginalisierung, Erfahrung von Ausgrenzung und Migration,
- eingeschränktes soziales Netz und mangelnde Teilhabechancen durch fehlende interkulturelle Öffnung sozialer Dienste.

Unterstützung erfahren die jungen Menschen durch den Jugendmigrationsdienst Jena (JMD), der seit 15 Jahren (bis 2003 als Jugendgemeinschaftswerk) in Jena-Lobeda tätig ist.

#### *Aufgaben und Handlungsmaxime des Jugendmigrationsdienstes*

Der JMD ist Teil des Fachdienstes für Migration und Integration des AWO-Kreisverbandes Jena-Weimar e.V. und sieht sich als ganzheitlich orientierte, zentrale Anlaufstelle, die jungen Menschen mit Migrationshintergrund gezielte und individuelle Integrationsbegleitung und -beratung bietet. Zum Fachdienst zählt ferner die Migrationserstberatung der AWO im gleichen Haus. Der JMD befindet sich in Jena Lobeda-Ost/Mitte. Insgesamt ist der JMD für Jena sowie den angrenzenden Landkreis (Saale-Holzland-Kreis) zuständig. Etwa 68 % der durch den JMD betreuten jungen Migranten/innen stammen aus Spätaussiedlerfamilien, 32 % sind Kontingentflüchtlinge oder sonstige Ausländer/innen. Im JMD sind vier hauptamtliche Sozialpädagogen/innen mit Migrationshintergrund mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten beschäftigt. Darüber

hinaus sind in der Einrichtung Honorarkräfte, Praktikanten/innen und Ehrenamtliche tätig.

Das Aufgabenprofil des JMD Jena umfasst:

- individuelle Integrationsförderung für junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren durch Case-Management, Einzelhilfen, sozialpädagogische Begleitung von Integrationskursen und zielgruppenspezifische Gruppenangebote,
- Netzwerk- und Sozialraumarbeit in entsprechenden Arbeitskreisen, Gremien und Einzelkooperationen,
- Initiierung und Begleitung der interkulturellen Öffnung anderer Dienste und Einrichtungen durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und gezielte Kooperationsprojekte,
- Angebot eines Freiwilligendienstes für junge Migranten/innen im JMD,
- Sozialpädagogische Begleitung von berufsvorbereitenden Sprachkursen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund.

Handlungsmaxime des JMD sind Integration, Ganzheitlichkeit, Sozialraumorientierung, Interkulturelle Öffnung und Netzwerktaetigkeit.

- Integration: Die soziale, sprachliche, schulische, berufliche, kulturelle und gesellschaftliche Integration ist sowohl Aufgabe der neu zugewanderten jungen Menschen mit Migrationshintergrund als auch der aufnehmenden Gesellschaft und ihrer Akteure. Sie beginnt im Stadtteil.
- Ganzheitlichkeit: Die individuelle Integrationsförderung und die damit verbundene Vermittlung an Dienste und Einrichtungen durch den JMD bedürfen eines ganzheitlichen, systemischen Blicks, der sämtliche Bedürfnisbereiche junger Menschen berücksichtigt.
- Sozialraumorientierung: Der JMD kennt die relevanten Dienste und Einrichtungen im Sozialraum. Er ist stets bedacht, Bedarfslücken, Ressourcen und potentielle Partner in der Integrationsarbeit zu identifizieren. Die Aktivitäten des JMD beziehen sich nicht nur auf junge Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch auf die Akteure im Sozialraum Stadtteil/Stadt.
- Interkulturelle Öffnung: Die individuelle Integration kann nur dann gelingen, wenn junge Menschen neben spezialisierten Beratungs- und Begleitungsangeboten Zugang zu Regeldiensten und Einrichtungen im Sozialraum erhalten und diese über notwendige Kompetenzen im Umgang mit der Zielgruppe verfügen. Zu diesem Zweck initiiert und begleitet der Jugendmigrationsdienst gezielt deren interkulturelle Öffnung.
- Netzwerke und Kooperation: Grundlage für die Umsetzung der benannten Maximen



sind zielorientierte Kooperationen und Vernetzungen. Entsprechend ist der JMD aktiv und z. T. federführend in Netzwerken tätig und strebt Kooperationsprojekte mit Einrichtungen und Diensten im Sozialraum an. Er ist bestrebt, Synergieeffekte zu nutzen und kompetente Partner „mit ins Boot“ zu holen.

Gemeinsames Ziel mit den Netzwerkpartnern vor Ort ist es, die Lebenslagen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

### **Sozialraumorientierung und Netzwerkarbeit im Stadtteil**

Um das Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität, der Förderung der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen und der Förderung der beruflichen und sozialen Integration zu verwirklichen, sind gemeinsame Strategien von Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen und Akteuren der sozialen Arbeit notwendig. Dazu sind der Aufbau und vor allem die inhaltliche Ausgestaltung von Netzwerken erforderlich, die Bedarfslücken identifizieren und Lösungsansätze entwickeln. Quartiersmanagement, in diesem Fall das Stadtteilbüro Lobeda, nimmt dabei eine wichtige Schlüsselrolle ein, indem es Vernetzungen zwischen den verschiedenen Themenbereichen und Akteuren vor Ort herstellt, Anregungen aus der Bewohnerschaft aufgreift und Öffentlichkeit herstellt.

Das verhältnismäßig dichte Netz von sozialen Einrichtungen mit einer vielfältigen Angebotsstruktur und der Bereitschaft zur Kooperation und Vernetzung zählt zu den wohl wichtigsten Ressourcen des Stadtteils. In den vergangenen Jahren wurden themenspezifische Netzwerke wie die „Vernetzungsgruppe Kinder- und Jugendarbeit“, „Arbeitskreis Elternschule“ und andere ins Leben gerufen. Positive Effekte für die Netzwerkarbeit vor Ort ergaben sich durch die Anforderungen der über E&C geförderten Begleitprogramme. So haben z. B. die im Rahmen von „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ geforderten Standards zur Netzwerkarbeit positive Rückkopplungen auf die vorhandenen Strukturen im Stadtteil ergeben.

#### *Netzwerk „Junge Migranten/innen“*

Ein für die Integrationsarbeit inzwischen unverzichtbares Netzwerk vor Ort ist der „Arbeitskreis junge Migranten/innen“, der vom Jugendmigrationsdienst Jena in Kooperation mit dem Jugendamt koordiniert wird. Der Arbeitskreis tagt nach einer Phase der Umstrukturierung und Einschränkung der Aufgabenstellung sehr effektiv und ergebnisorientiert. Die darin

vernetzten Akteure<sup>4</sup> sind bemüht, Strategien und Konzepte zur Förderung der Integration junger Migranten/innen zu entwickeln, deren Umsetzung zu fördern und Lobbyarbeit zur Sensibilisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auf lokaler Ebene zu leisten. Der Arbeitskreis konzentriert sich vor allem auf junge Migranten/innen im Alter von 12 bis 27 Jahren und widmet sich folgenden Schwerpunkten:

- Kooperation mit Schule,
- Kontakt und Austausch zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund,
- Partizipation von jungen Migranten/innen,
- Aktivierung und Bündelung von Ressourcen in der Migrationsarbeit,
- Interkulturelle Öffnung von Diensten und Einrichtungen,
- Sensibilisierung und Öffnung der Bevölkerung und Fachöffentlichkeit.

Eine sehr effektive und zielgerichtete Arbeitsweise konnte über die Bildung von themenspezifischen Untergruppen erreicht werden, die sich (z. T. zeitlich befristet) mit der Planung und Umsetzung konkreter Projektideen und -inhalte beschäftigen. Auf diesem Wege konnte insbesondere die Kooperation mit der Regelschule des Wohngebietes erreicht werden, die bis zu diesem Zeitpunkt den hohen Anteil an Schülern/innen mit Migrationshintergrund offiziell lieber als problemfrei beurteilte. Gemeinsam mit den beteiligten Netzwerkpartnern<sup>5</sup> und der Schule wurde das Projekt „Bunte Schule“, das im Folgenden noch detailliert vorgestellt wird, entwickelt und umgesetzt.

#### *Sozialräumliches Handeln des Netzwerkes*

Folgende Handlungsmaximen bestimmen die Netzwerkaktivitäten des Arbeitskreises „Junge Migranten/innen“ im Stadtteil:

- Nur regelmäßiger, kontinuierlicher und in-

4) Folgende Akteure sind neben Vertretern/innen des Jugendamtes und des JMD als ständige Partner oder Partner am Arbeitskreis beteiligt: Streetwork Lobeda, Kinder- und Jugendzentrum Klex, Stadtteilbüro Lobeda, Schulamt Jena, Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, Ausländerbeirat, Institut für Interkulturelle Kommunikation e.V. (Integrationskursträger), Kontakt- und Koordinierungsstelle des Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Sozialamt, Ausländerbeauftragte Stadt Jena, Ausländerbehörde, Schulsozialarbeit, Kindersprachbrücke Jena e.V., Migrationserstberatung der AWO, Migrationserstberatung der Diakonie, Evangelisch-Methodistische Kirche, Landessportbund Programm „Integration durch Sport, midnighfun e.V., Jugendgerichtshilfe, ambulante Drogenhilfe Chamäleon/DRK, Sozialmanagement Jenawohnen GmbH (Wohnungsgesellschaft) sowie das Übergangwohnheim Jena.

5) Feste Kooperationspartner der „Bunten Schule“ sind der Jugendmigrationsdienst der AWO Jena, das Kinder- und Jugendzentrum Klex des KOMME e.V., der Verein Kindersprachbrücke Jena e.V. und die Tischtennisabteilung des SV Schott JENAer Glas e.V.

haltlich fundierter Austausch im Rahmen einer intensiven Netzwerkarbeit führt zur exakten Beschreibung von Problemlagen, zur Identifizierung von Bedarfslücken und zu sachlichen Lösungsansätzen.

- Lösungsansätze müssen in konkrete Handlungen übersetzt, schrittweise umgesetzt und in Projekten auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.
- Der Arbeitskreis profitiert von den fachlichen, personellen und sachlichen Ressourcen aller Träger.
- Kooperation ist die Stärke in der Entwicklung und Umsetzung von Projekten, aber auch in der Gewinnung weiterer Partner/innen.

Aus den im Rahmen der Netzwerkarbeit definierten Bedarfslagen und Lösungsansätzen heraus entwickelte sich eine Reihe von konkreten Projekten zur Förderung der Integration und Partizipation von jungen Migranten/innen. Unter dem Motto „Kreative Räume eröffnen“ wurden verschiedene Projekte aus dem Arbeitskreis „Junge Migranten/innen“ heraus entwickelt, geplant und durchgeführt. „Kreativ“ bedeutete dabei vor allem das Ausprobieren neuer Ideen und die Gewinnung neuer Partner, die unter Nutzung gemeinsamer Ressourcen neue Lösungen umsetzen wollten. Die Projekte führten u. a. zu einer engen Verzahnung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Quartiersmanagement, Jugendmigrationsdienst, Jugendhilfe und Schule.

#### *Konkrete Projekte und Maßnahmen*

Aus dem Arbeitskreis heraus entwickelte Projekte waren bzw. sind neben der „Bunten Schule“ das Projekt „JUMI“ – ein Zeitungsprojekt mit jungen Migranten/innen, „Claro“ – ein jugendspezifischer, berufsorientierender Sprachkurs – oder „MigraMedia“ – ein Theater und Medienprojekt mit einheimischen und zugewanderten Jugendlichen.

Insbesondere mit dem aus der Untergruppe Schule und Migration heraus entwickelten Projekt „Bunte Schule“, das über den ersten Projektcharakter hinaus als Regelangebot im Rahmen des Ganztagsunterrichts etabliert werden soll, ist ein beispielhaftes Kooperationsprojekt von Jugendhilfe und Schule gelungen.

Die Staatliche Regelschule „Alfred Brehm“ wird derzeit von 340 Schülern/innen besucht. Davon haben ca. 35 % einen Migrationshintergrund, sind also nicht in Deutschland geboren. Sie stammen aus insgesamt 13 verschiedenen Nationen. Ihre Aufenthaltszeit in Deutschland, ihr schulisches Leistungsvermögen, ihre sozial-biografischen Hintergründe sowie ihre Deutschkenntnisse variieren stark. Schon seit vielen Jahren sind Schulleitung und Lehrer/innen

bestrebt, gerade den Schülern/innen aus Zuwandererfamilien die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen zur erfolgreichen Gestaltung der Schullaufbahn zu gewährleisten. Hierbei bestehen jedoch nach wie vor große Herausforderungen.

Durch das Projekt wird ein erster Schritt zur Umsetzung des Integrationskonzepts, welches die Schule mit Hilfe des Arbeitskreises „Junge Migranten/innen“ entwickelte, getan. Das Integrationskonzept will vermitteln, dass ein Zusammenleben verschiedener Kulturen, Religionen und Nationalitäten nicht nur möglich ist, sondern zugleich neue Perspektiven für Erziehung, Bildung und Freizeit aller Beteiligten in Schule, Jugendhilfe und Gemeinwesen eröffnet.

Während die teilnehmenden Schüler/innen durch eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Themen Vielfalt, Ausgrenzung, Anderssein usw. für Aspekte der interkulturellen Begegnung und das gleichberechtigte Miteinander sensibilisiert werden, agieren sie gleichzeitig als Multiplikatoren/innen im Lebensraum Schule.

Die einzelnen Ziele des Projekts werden in vier Teilprojekten umgesetzt:

- Interkulturelles Medienprojekt (Film),
- Erzählcafé/Radioprojekt,
- Integration durch Sport,
- Interkulturelles Spiel/Kreatives.

Die fachliche Umsetzung der vier Projekte erfolgt durch die vier Kooperationspartner. Alle Teilprojekte werden in ihrer Umsetzung niederschwellig gehalten, um jeder Schülerin und jedem Schüler den Zugang zu ermöglichen. Der interkulturelle Austausch als Hauptschwerpunkt zieht sich als Querschnittsaufgabe durch die verschiedenen Themen. Alle Angebote finden dabei in Form von Arbeitsgemeinschaften im Rahmen von Ganztagssschule in der Schule und im nahe gelegenen Kinder- und Freizeitzentrum „Klex“ statt.

Nach einer ersten Finanzierung durch „Aktion Mensch“ ist das Projekt inzwischen in eine kommunale Finanzierung übergegangen, die perspektivisch in eine Regelfinanzierung überführt werden soll. Weitere Projekte, z. B. zur Fortbildung von Lehrern/innen in Fragen der interkulturellen Öffnung, sind geplant.

#### **Sozialräumliche Ressourcen – die Trägerlandschaft im Stadtteil**

Durch die Verzahnung konnten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Trägern im Sozialraum und dem JMD über einen begrenzten Zeitraum erprobt werden. Dies bewies u. a. das vorgestellte Projekt. Es zeigte sich, dass Kooperation zu wertvollen Synergieeffekten führte, die dem Ziel, die Integra-

tion von Migranten/innen im Stadtteil zu fördern und deren gleichberechtigte Teilhabe zu sichern, entgegenkommen. Die beteiligten Träger öffneten sich für die Zielgruppe und gewannen damit auch neue Nutzer/innen, gleichzeitig wurden Ressourcen wie Zeit, Finanzen und Kreativität effizient und effektiv genutzt und Perspektiven für ähnliche künftige Projekte entwickelt. Die Ergebnisse der gemeinsamen Aktivitäten motivierten die Träger zur weiteren Zusammenarbeit. Inzwischen bringen ständige Mitglieder und Partner regelmäßig Themen ein und arbeiten gemeinsam in themenspezifischen, lösungsorientierten Arbeitsgruppen. Standards, wie verbindliche Dokumentation und Rückkoppelung, trugen zur Festigung und Transparenz der Netzwerkarbeit bei.

#### *Ergebnisse für die Arbeit vor Ort*

Eine wichtige Erkenntnis für die Arbeit vor Ort ist die Erfahrung, dass durch die Nutzung gemeinsamer Ressourcen große Projekte umgesetzt werden konnten, die bisher als nicht machbar erschienen. Die Mitglieder des Arbeitskreises fühlen sich ernst genommen und können sich in ihrer Arbeit beweisen, was auch zu neuen Perspektiven in der Arbeit führt. Für die Stadtteilarbeit wurde die Notwendigkeit niederschwelliger Angebote, um junge Migranten/innen zu erreichen und einzubinden, und die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen durch Verzahnung von Regeldiensten deutlich. Von der gegenseitigen Nutzung von Kompetenzen und Ressourcen können die Träger wiederum für ihre jeweilige Arbeit profitieren. Ziel des Netzwerkes ist es, Angebote auf hohem fachlichem Niveau zu konzipieren und gemeinsame Strategien zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil zu entwickeln, was wiederum zu Rückkopplungen auf die derzeit in Bearbeitung befindliche Gesamtstrategie zum Integrationskonzept führt.

#### *Probleme und Chancen der Netzwerkarbeit*

Die Netzwerkarbeit im Stadtteil ist einerseits durch eine hohe Bereitschaft der beteiligten Partner zur gegenseitigen Vernetzung, ein zunehmend zielgerichtetes und strategisches Denken, steigende Verbindlichkeit der Zusammenarbeit und vor allem durch eine positive Außenwahrnehmung gekennzeichnet. Andererseits bleibt sie stark abhängig vom individuellen Interesse und Engagement der jeweiligen beteiligten Personen. Das bisherige Fehlen einer den einzelnen Netzwerken übergeordneten Struktur und städtischen Gesamtstrategie zur Integration von Migranten/innen wird von den Akteuren genauso thematisiert wie der mit einer intensiven Netzwerkarbeit verbundene

Zeitaufwand, der zu Lasten anderer Aufgabenbereiche geht. Bedingt durch die mittlere Größe Jena ist eine Konzentration der Netzwerkarbeit ausschließlich auf den Sozialraum Lobeda kaum möglich. Sozialräumliches Handeln erfordert daher stets die Einbindung der Gesamtstadt, was neue Herausforderungen mit sich bringt.

#### **Fazit und Ausblick**

So positiv die Ergebnisse gemeinsamer Projekte auch sind, muss dennoch angemerkt werden, dass die Kooperation vor allem kurzfristig mit einem erhöhten Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Energie der beteiligten Mitwirkenden verbunden ist. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Vernetzung perspektivisch die Nutzung von Ressourcen effektiver gestaltet und letztlich die Arbeit der beteiligten Partner bereichert und erleichtert. Nichtsdestotrotz ist ein gutes Zeitmanagement genauso notwendig wie verbindliche, ggf. durch Kooperationsvereinbarungen gestützte Absprachen. Ein bereits bestehendes Netzwerk erleichtert die Kooperation erheblich.

Nicht zuletzt durch LOS verfügt der Sozialraum Lobeda heute über ein stabiles Netzwerk, welches für die Belange von jungen Migranten/innen sensibilisiert ist und dessen Akteure gemeinsam „an einem Strang ziehen“. Die Partner setzen sich für die Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit im Stadtteil ein; dies kann als Beginn einer gemeinsamen Strategie zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil gewertet werden.

#### **Literatur**

AWO Kreisverband Jena (2004): Jugendmigrationsdienst Jena. Konzeption. Jena  
KOMME e.V./Stadtteilbüro (Hg.) (2002):  
Konzeption. Jena  
Stadt Jena (2005): Stadtteilübersichten.  
Online-Publikation unter:  
[www.jena.de/statistik/bericht/stadtteil.pdf](http://www.jena.de/statistik/bericht/stadtteil.pdf)

#### **Kontakt**

Katja Glybowskaja  
Jugendmigrationsdienst Jena  
AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V.  
Kastanienstraße 11  
07747 Jena  
Tel: 03641/331291  
E-Mail: [jmd@awo-jena.de](mailto:jmd@awo-jena.de)

Astrid Horbank  
Stadtteilbüro Jena-Lobeda/Komme e.V.  
Karl-Marx-Allee 14  
07747 Jena  
Tel: 03641/361057  
E-Mail: [sblobeda@t-online.de](mailto:sblobeda@t-online.de)

# Podiumsdiskussion und Ausblick: „Die Soziale Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien“

## Schlaglichter der Podiumsdiskussion (Zusammenfassung)

### 1. Was hat E&C erreicht?

- E&C hat die Idee integrierter Strategien etabliert und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Strukturen, Ämter und Träger vor Ort verbessert.
- E&C hat vor Ort analysiert, was wie funktioniert, und sich als Programm entwickelt, das seine eigenen Lernmöglichkeiten schafft. Damit ist die Idee sozialer Brennpunkte im Sinne der Stadtteilorientierung mehrheitsfähig geworden.
- E&C hat den Mitteleinsatz effizienter gestaltet, auf den Erwerb von Erfahrungswissen gesetzt und Strukturen verändert.

### 2. Was hat E&C vor Ort gebracht?

- Die Jugendämter wurden als zentrale Akteure gewonnen, das Selbstbewusstsein des Jugendamtes wurde gestärkt, und darauf lässt sich aufbauen.
- E&C lieferte sehr viele Impulse, wie Kinder- und Jugendpolitik gestaltet werden kann, insbesondere die Idee der strategischen Planung und der gemeinsamen Präventionsarbeit.
- Durch E&C wurde die Integration der Stränge „soziale Benachteiligung“ und „Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche“ unterstützt.
- Der Ansatz von E&C hat den sozialräumlichen Blick in der Politik gefördert, z. B. auch beim Thema Integration.
- E&C hat die Vernetzung (Ämter etc.) vor Ort forciert und soziale Belange in die Stadt(teil)entwicklung eingebracht.
- E&C als nicht investives Programm – insbesondere mit seinen Schwerpunkten Kooperation und Bündelung – ist eine wichtige Ergänzung zum investiven Programm „Soziale Stadt“.
- Die E&C-Teilprogramme (z. B. LOS) dienen dabei als nützliche Unterstützung.
- Durch die E&C-Programmbausteine wurde die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen verstärkt, wie beispielsweise in den LOS-Begleitausschüssen.
- E&C hat zu einem Umdenken geführt und Unterstützung gegeben, Dinge aktiv einzufordern (z. B. Kooperation mit dem Stadtentwicklungsamt).
- Wichtig ist und bleibt, dass es um die Kinder geht und nicht um die Strukturen.
- Insgesamt wurde ein einfacherer, leichter

Umgang mit dem Begriff sozialer Brennpunkt erreicht sowie ein gewachsenes Selbstbewusstsein in den Brennpunkten. Auch hat sich eine andere Kultur der Zusammenarbeit entwickelt, insbesondere bei den Behörden.

- E&C hat eine einzigartige Teilnehmerstruktur in Bezug auf die regionale (Ost/West) und fachliche Zusammensetzung.
- E&C hat die Chance geboten, das gleiche Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu bearbeiten.
- E&C hat zur Sichtbarmachung dessen, was vor Ort passiert, beigetragen.
- Durch E&C ist das Selbstbewusstsein der Akteure vor Ort gestiegen.

### 3. Was ist für die Zukunft für/nach E&C wichtig?

- Die Vernetzung zwischen den Ebenen Bund-Länder-Kommune muss weiter vorangetrieben werden.
- Die engere Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen (z. B. Stadtplanung und Jugendhilfe), die Kooperation und Bündelung muss weiterhin unerstützt werden.
- Auch andere Entscheider (Kommunalpolitik) müssen stärker einbezogen werden.
- Interessant ist die Frage, nach welchen Kriterien kommunale Politik über die Mittelvergabe entscheidet. Kurz: Was kommt wo an?
- Die Zuweisung von Mitteln sollte als eine Form der Steuerung an bestimmte Maßnahmen gekoppelt werden.
- Eine Typologisierung von Brennpunkten sollte angedacht und stärker verfolgt werden.
- Die Regelsysteme Kita und Schule müssen als Experten der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen systematisch einbezogen werden.
- Das Engagement der lokalen Akteure muss geweckt und weiter gestärkt werden.
- Die entwickelten Fachstandards müssen umgesetzt werden.
- Die vom BMVBS zur Verfügung gestellten 40 Mio. Euro für innovative Modellvorhaben sollten tatsächlich genutzt.
- Die Teilhabemöglichkeiten der Jugendlichen vor Ort müssen ausgeweitet werden. Die Einbeziehung der Jugendkultur sollte noch verstärkt werden (Jugendkulturgruppen, Filmclubs, Theaterarbeit usw.). Auch Projekte, die die Jugendlichen selbst initiieren, sollten finanziert werden.
- Kulturaspekte insgesamt sollten stärker ein-

- bezogen und genutzt werden.
- Das Element „Dialog der Generationen“ sollte noch verstärkt werden.
  - Bundesmodellprogramme dienen nicht der Entlastung kommunaler Haushalte durch Bundesmittel. Programme wie LOS oder FSTJ haben eine „Anregungsfunktion“. Sie sollen exemplarisch zeigen, wie man Probleme lösen kann.
  - Als Herausforderung bleibt bestehen, dass die Menschen vor Ort die Strukturen auch nutzen und das Programm weiterhin umsetzen. Die Menschen müssen im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen; die Engagierten in ihrem Engagement unterstützt werden.
  - Der durch E&C organisierte Prozess des Austauschs darf nicht zu lange unterbrochen werden.

# Podiumsdiskussion und Ausblick: „Die Soziale Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien“

**Moderation: Matthias Bartscher**

**Teilnehmer/innen:**

Annette Berg, Stadt Monheim  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI  
Dr. Heike Förster, DJI  
Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig  
Thomas Hartmann, BMVBS  
Peter Kupferschmid, BMFSFJ  
Dr. des. Simone Weyers, BZgA

**Matthias Bartscher**

Ich bin Matthias Bartscher, bin seit 1992 im Hammer Norden, zum Anfang nicht als Stadtkoordinator, aber in diesem Stadtteil aktiv. Und freue mich, diesen Auftrag bekommen zu haben, hier durch die Podiumsdiskussion zu führen.

Und ich habe mir vorgestellt, wie macht man so was und habe gedacht, vielleicht wäre es ganz gut, den Logiken so einer Tagung zu folgen. Diese Logiken sind ja eher, glaube ich, bundesministeriell bestimmt.

Dann habe ich es mir versucht so vorzustellen, wie ich so was machen würde, wenn ich es vor Ort im Stadtteil machen müsste. Das hieße automatisch, der Unterhaltungswert müsste erhöht werden. Und ich hoffe, das wird Ihnen auch gefallen.

Bevor ich jetzt zu Ihnen hier auf dem Podium komme, möchte ich das Plenum einfach mal fragen, wer hier eigentlich so zusammengekommen ist. Und ich bitte Sie aufzustehen!

Wer von Ihnen kommt aus den alten Bundesländern?

Danke schön. Setzen Sie sich.

Und die aus den neuen Bundesländern?

Ja. Das ist nicht proportional. Danke.

Dann wollte ich Sie fragen, wer von Ihnen ist eigentlich seit Anfang an bei E&C dabei, also seit 2000, 2001, besucht die Konferenzen, war irgendwie aktiv. Stehen Sie bitte mal auf?

Ja. Nicht schlecht.

Wer ist vielleicht so seit drei Jahren dabei?

Danke.

Und dann gibt es ja auch noch welche, ich bin z. B. mit so einem Kollegen im Zug hierher gekommen, der ist eigentlich das erste Mal hier. Wer ist das erste oder zweite Mal hier und fängt überhaupt erst an, sich mit E&C zu beschäftigen oder teilzunehmen?

Danke.

Dann wollte ich Sie fragen, wie viele Kinder haben Sie? Wer von Ihnen hat 3 und mehr Kinder? Das ist ja so der klassische Indikator für asozial.

Jetzt trauen sich wahrscheinlich einige nicht.

Wer von Ihnen hat zwei Kinder?

Ah ja. Sie haben noch das Reproduktionssoll erfüllt.

Und wer von Ihnen hat ein Kind?

Ja. Wer von Ihnen ist kinderlos?

Ah ja. Okay.

Dann wollte ich Sie fragen, wer von Ihnen hat persönliche Migrationserfahrung. Also, wer ist in Deutschland zugewandert?

Ja? Danke.

Bei wem von Ihnen gibt es in der Generation Ihrer Eltern einen Migrationshintergrund? Wer von Ihren Eltern ist zugewandert?

Okay.

Und bei wem sind die Großeltern zugewandert?

Ja. Da kommen wir so langsam Richtung 50 %.

Noch eine Bitte: Ich habe ja selber schon oft an so einem Podium teilgenommen und kenne daher die Verführung, viel zu sagen. Jedoch als Zuhörer denkt man immer, die sollen nicht so lange reden. Als Teilnehmer versucht man, möglichst viel unterzubringen. Ich hätte da gerne eine kleine Hilfe von Ihnen. Hier vorne die ersten Reihen. Das ist wie beim Kabarett, die erste Reihe muss immer was machen. Meine Bitte ist einfach: Wenn Sie das Gefühl haben, es wird jetzt lang, er oder sie könnte zum Punkt kommen, dann heben Sie die gelbe Karte und wenn es viel zu lang wird, heben Sie die rote Karte.

Okay?!

Nun zu unseren Podiumsgästen: Ich möchte Sie bitten, dass Sie sich ganz kurz persönlich vorstellen. Als Frage für die Vorstellung hatte ich mir gedacht, sagen Sie doch einfach, haben Sie eigentlich als Kind Erfahrung mit sozialen Brennpunkten gemacht? Wenn ja, welche? Oder sind Sie eher in einer Heilen-Welt-Kindheit aufgewachsen?

**Thomas Hartmann**

Nein. Ja.

**Matthias Bartscher**

Sie dürfen mehr als zwei Sätze sagen!

**Thomas Hartmann**

Also, mein Name ist Thomas Hartmann. Ich bin Referent im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in dem Referat Soziale Stadt, Wohnen in der Stadt. Soziale Brennpunkte habe ich in meiner Kindheit nicht erlebt. Ich könnte sagen, dass ich eher in einer



heilen Welt aufgewachsen bin.

### **Simone Weyers**

Mein Name ist Simone Weyers. Ich bin Medizinsoziologin und bin zum Teil bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und zum Teil an der Universität Dortmund im Fachbereich Medizinsoziologie beschäftigt. Und auch ich kann von Glück sagen, dass ich nicht mit sozialen Brennpunkten in Berührung gekommen bin und auch ein recht behütetes Elternhaus hatte.

### **Siegfried Haller**

Ich heiße Siegfried Haller. Ich habe 4 Kinder. Leite hier in Leipzig das Jugendamt, bin Mitglied im Sächsischen Landesjugendhilfeausschuss, und seit wenigen Tagen hat mich der Deutsche Städtetag nominiert als Vertreter in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe für das kindergerechte Deutschland. Eine spannende Aufgabe: Die Umsetzung des nationalen Aktionsplans. Darauf freue ich mich sehr. Mit sozialen Brennpunkten habe ich als Kind keine Erfahrung gesammelt. Aber während meiner Studienzeit habe ich Alphabetisierungsunterricht für deutschsprachige Erwachsene gemacht und habe dort zwei soziale Brennpunkte in Ludwigshafen am Rhein im Kerngeschäft kennen gelernt. Das hat mich für mein ganzes Leben geprägt.

### **Annette Berg**

Mein Name ist Annette Berg. Ich leite das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein zwischen Köln und Düsseldorf. Ich habe während meiner Kindheit auch zum Glück keine Erfahrung im sozialen Brennpunkt gemacht. Eher mit der heilen Welt des behüteten Aufwachsens.

### **Peter Kupferschmid**

Peter Kupferschmid. Referatsleiter im BMFSFJ, zuständig unter anderem für E&C. Ich bin in einer Stadt mit 35.000 Einwohnern groß geworden. Wir hatten im Stadtzentrum einen kleinen sozialen Brennpunkt. Ein Teil meiner Grundschulklasse kam daher. Der Brennpunkt ist dann an den Stadtrand verlagert worden, und ich habe später in meiner Freizeit zusammen mit anderen Schüler/innen dort bei der Kinderbetreuung in einem überkonfessionellen Projekt geholfen. Das Thema hat mich dann während meines Studiums in den USA wieder ereilt, als ich sowohl die ländlichen Regionen der amerikanischen Weite als auch die sozialen Brennpunkte in den Großstädten erlebte.

*(Rote und Gelbe Karten werden gezeigt)*

Hab ich noch einen Bonus? Ja?

Ich finde es nicht unwichtig, auch deutlich zu

machen, dass z. B. soziale Brennpunkte in anderen Gesellschaften wie gerade in den USA eine ganz andere Qualität als die bei uns haben.

### **Hartmut Brocke**

Hartmut Brocke, ich leite die Stiftung SPI. Ich bin nicht in einem sozialen Brennpunkt aufgewachsen, sondern in der Nachkriegszeit. Da war sowieso alles ein bisschen anders. Und meine ersten Berührungspunkte kommen über das Studium der Sozialarbeit und dann über das Thema „Hausbesetzung in Berlin“ bei der Stiftung SPI. Seit 1983 bin ich hier tätig.

### **Heike Förster**

Mein Name ist Heike Förster. Ich komme vom Deutschen Jugendinstitut und repräsentiere hier die Projektgruppe E&C, die die wissenschaftliche Begleitung für dieses Modellprogramm gemacht hat. Ich bin in der DDR groß geworden, in einer kleinen Stadt. Da gab es eigentlich so was wie soziale Brennpunkte nicht, zumindest wurden sie nicht so thematisiert. Und die Neubaugebiete, die heute die Brennpunkte ausmachen, waren damals eigentlich privilegierte Wohngebiete.

### **Matthias Bartscher**

Danke schön.

Wie steigt man nun in so eine Diskussion ein? Ich habe mir 3 Blöcke vorgenommen. Der erste Block ist vielleicht so etwas wie eine Bilanz zu E&C. Der zweite Block: Was hinterlässt E&C für Spuren, also die Frage nach der Nachhaltigkeit. Und der dritte Block: Ausblick.

Wir haben jeweils so ungefähr 20 Minuten Zeit. Von daher müssten wir uns auch wirklich in den Wortbeiträgen immer relativ konzentrieren. Ich habe die Gruppen daher für mich sortiert. Hier ist der Tisch mit den Gründungsvätern des Programms. Und ich würde hier auch gerne mal anfangen und möchte Euch oder Sie gerne nach einem persönlichen Rückblick fragen. Hätten Sie sich vorgestellt, ich weiß nicht, wann hat das angefangen mit den Vorarbeiten – 1998/99 oder wann – haben Sie sich damals vorgestellt, dass das so laufen würde?

### **Peter Kupferschmid**

Nein, aber das kann man sich wahrscheinlich nie exakt vorstellen, wenn man so etwas startet.

### **Matthias Bartscher**

Hatten Sie eine Idee? Wie sollte das aussehen? Wie hätte es sein sollen?

### **Peter Kupferschmid**

Was wir erreicht haben und was wichtig ist,

ist, dass das mit den integrierten Strategien geklappt hat. Das zeigt auch das Echo. Da ist ein deutlicher Fortschritt zu spüren in der Zusammenarbeit unterschiedlicher Strukturen, Ämter, Träger, Netzwerke vor Ort.

**Matthias Bartscher**

War Ihnen das damals schon so klar? Oder ist das auch erst eine Einsicht, die Ihnen so mit der Zeit gewachsen ist?

**Peter Kupferschmid**

Nein. Das war klar das Minimalziel, dass wir das erreichen mussten.

**Matthias Bartscher**

Ah ja. Danke. Hartmut?

**Hartmut Brocke**

Ich denke, wir waren 2000 so klug, eine Programmstruktur zu entwickeln, die sich ihre eigene Lernmöglichkeit schafft. Das war der zentrale Schlüssel. Und dieser bewusste Verzicht darauf, über die Programmplattform E&C Geld zu verteilen, sondern auf die Idee zu setzen und zu sagen, hier gibt es eine aktuelle Situation, wo wir Sorge haben. Wir wissen, dass die Kinder und Jugendlichen in solchen sozialen Brennpunkten schlechte Zukunftschancen haben. Dagegen müssen wir angehen. Und auf diese Idee haben wir gesetzt. Diese Idee ist mehrheitsfähig.

**Matthias Bartscher**

Aber das heißt, die Idee war tatsächlich, das Programm entwickelt sich selber, und es war eben auch wirklich nicht abzusehen, was kommt.

**Hartmut Brocke**

Nein, das wäre ja dann auch fahrlässig. Man kann ja nicht ein Programm machen und sagen, mal gucken, was da kommt. Natürlich ist das immer eine zweiseitige Angelegenheit. Was wir auch gemacht haben, ganz strukturiert und systematisch ist, genau hingeschaut und mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort gesprochen. Wir haben also nicht behauptet, wir wüssten, wie es geht, sondern haben versucht herauszubekommen, wie funktioniert es dort und dort, was funktioniert gut – was funktioniert schlecht. Und woran liegt das. Dieses Erfahrungswissen haben wir uns systematisch erarbeitet.

Darüber hinaus gibt es natürlich die fachpolitische Steuerung des Ministeriums. Das heißt, wir sind mit der wissenschaftlichen Begleitung, mit Herrn Kupferschmid, mit dem Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, regelmäßig in Klausur gegangen, haben Steuerungsunden ge-

macht und die Akzente so neu gesetzt.

Wenn man so will, ist das der eigene „lokale Programmaktionsplan“, d. h. wir haben stetig nachgesteuert und so hat sich das Programm entwickelt.

**Matthias Bartscher**

Nein, ich meinte auch dieses Prinzip „lernendes Programm“. Also darauf kam es mir an.

Ich will bei Ihnen noch mal nachfragen Herr Kupferschmid. Ich habe ja gesagt, Sie sind Gründungsvater des Programms. Das ist jetzt so eines Ihrer Kinder. Wenn Sie jetzt als Vater mal Ihr Kind betrachten: Auf welchem Entwicklungsstand ist es? Kommt es gerade in den Kindergarten, oder hat es gerade Abitur gemacht? Was würden Sie sagen?

**Peter Kupferschmid**

Nein, das ist ein zu linearer und einfacher Vergleich. Unsere Zeile waren mehrdimensional. Die Zielsetzung „bessere Vernetzung, Strukturen vor Ort“ ist gut umgesetzt.

Die zweite Zielsetzung, die wir hatten, den Miteinsatz effizienter zu gestalten, Programme aufeinander zu beziehen, ist auch umgesetzt worden. Mit unserem ehrgeizigsten Ziel haben wir noch Probleme. Dabei geht es darum, so weit zu kommen, dass die Menschen vor Ort selbst initiativ werden und sich für ihren Stadtteil engagieren.

Deshalb habe ich vorher auch den Vergleich zu Amerika gezogen. Wenn Sie Brasilien sehen, wo es im Grunde Stadtteile gibt, in die keine Polizei mehr reingeht. Das sind Räume geworden, in denen Recht und Ordnung von der Mafia organisiert werden und nicht mehr vom Staat – also werden diese auch nicht mehr demokratisch kontrolliert. So sind in Rio de Janeiro Favelas entstanden, wo Menschen wohnen, die sich jeglicher Staatsgewalt entziehen und denen jeglicher staatlicher Schutz vorenthalten ist. Diese Menschen leben auch nicht mehr in der offiziellen Gesellschaft. Das ist auch ein Endstadium von Stadtteilentwicklung.

Wir sind noch an einem Punkt, wo es gelingen kann, solche Entwicklungen aufzuhalten. Das geht aber nur, wenn die Menschen es selber wollen. Wir können viel helfen als Staat, alle hier in diesem Saal, aber es geht nur, wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen. In dieser Hinsicht gibt es noch viel zu tun, da bin ich nicht so ganz zufrieden.

Es passiert immer wieder, dass wir aktive Bürger oder Bürgerinnen gefunden hatten, die sich im Stadtteil engagierten, und dann sind sie abgewandert. So müssen immer immer wieder aufs Neue die Multiplikatoren gefunden werden, die Kinder und Jugendlichen, die etwas wollen und sich dafür einsetzen.

## **Matthias Bartscher**

Danke schön. Bevor ich hier mit Ihnen weitermache, habe ich etwas vorbereitet. Ich bin gestern, einige haben das bestimmt bemerkt, rumgelaufen und habe Teilnehmer/innen befragt. Ich würde jetzt gerne einige eingefangene Teilnehmerstimmen zu der Frage zu Gehör bringen, „Was ist Ihre persönliche Bilanz von E&C“?

*„Teilnehmer*

*Ich mache das für den Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit und sehe einfach, dass dieses Programm ein Anschub ist, sich Gedanken zu machen. Auch mit finanziellen Mitteln, aber das steht gar nicht so sehr im Vordergrund, sondern die Netzwerkstrukturen zu schaffen und zu gucken, dass wir in so einem sozialen Raum, der durchaus auch mit Benachteiligung zu tun hat, der aber teilweise über Programme auch immer stigmatisiert wird oder werden muss, dass man da rauskommen muss.*

*Und das wollen wir auch mit Hilfe des Programms machen. Aber der Hintergrund für uns in der Jugendarbeit ist wirklich, den Jugendlichen was erfahrbar zu machen, zu sehen, dass Qualifizierung sich lohnt und sie tun zu lassen, ihre eigene Erfahrung machen zu lassen. Und da war eben E&C ein Anstoß. Und das mündet auch lokal in Netzwerken.*

*Teilnehmerin*

*Ich glaube, das Wichtigste ist, gelingende Beispiele darzustellen und deutlich zu machen, wie die übertragbar sein können. Und dass ich solche Anregungen mitnehmen könnte. Vor allem auch in Verbindung zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die bei uns ein bisschen dürftig sind.*

*Teilnehmer*

*Für mich ist das Wichtigste, dass mal praktisch ausprobiert wird, was man so theoretisch entwickelt hat und dass man da gute Beispiele hat. Und dass man eine mittelfristige Perspektive in die Projekte reinbekommt.*

*Teilnehmer*

*Ja, das war eine sehr interessante und differenzierte Programmplattform in den letzten Jahren, die in den Kommunen und beteiligten Stadtteilen, glaube ich, sehr viel bewegt hat, sehr viel Initiative gebracht hat und auch sehr viel Ressourcen gebündelt und vernetzt hat.*

*Teilnehmer*

*Die Entwicklung der integrierten Strategien in den Stadtteilen, also die Verbindung von Stadtplanung, Stadtentwicklung, sozialer Stadt und die Verbindung zu den LOS-Programmen, wo mit sehr wenig Geld sehr viel bewegt werden*

*konnte.*

*Teilnehmer*

*Also, ich arbeite selbst am sozialen Brennpunkt und leite eine Schule in einem sozialen Brennpunkt. Und alle diese Einrichtungen, auch Kindergarten oder Schule, sind abhängig davon, wie das soziale Umfeld strukturiert ist. Wie es sich weiterentwickelt. Schule alleine wäre verloren ohne die Rückkoppelung in dieses Gebiet hinein. Und von daher sind diese Maßnahmen und diese Programme für uns wichtig, um so etwas wie Stabilität und auch Fortschritt in diese Stadtteile reinzubringen, ohne die auch gute Schule nicht gelingen kann.*

*Teilnehmer*

*Ja, einmal fachpolitisch ist meine Bilanz, dass die in den 70er Jahren entwickelte sozialräumliche Arbeit ja mal kurz aus dem fachpolitischen Hintergrund gedrängt und jetzt durch das E&C-Projekt wieder nach vorne gekommen ist, quasi als der Fachstand der Jugendhilfe. Das ist, denke ich, so ein projektübergreifendes Resümee, und für die Teilprojekte finde ich die Finanzierung LOS ganz interessant, da so reinzugehen.*

*Teilnehmer*

*Und meine Bilanz sind einige Projekte, die auch umgesetzt wurden, also auch in Dortmund, die also auch einiges erreicht haben, auch viel innerhalb der Kommune in Bewegung gesetzt haben und die auch Kooperation geschaffen und vorangetragen haben.*

*Teilnehmer*

*Es ist schön, dass es wenigstens ein Ministerium geschafft hat, zu Soziale Stadt mit ins Boot zu kommen, obwohl ja eigentlich noch andere Ministerien mit ins Boot gehört hätten.*

*Teilnehmerin*

*Und ich finde die Verbindung zwischen ganztätig Lernen und Entwicklung und Chancen junger Menschen eine ganz spannende Geschichte. Gerade die Verbindung und Vernetzung, Schnittstellen zu finden, das finde ich eine schöne Sache und finde das so toll, dass wir dabei sein dürfen. Wir sind eingeladen worden und haben auch schon viele gute Gespräche geführt an unserem Stand.*

*Teilnehmer*

*Meine Bilanz ist, dass es sehr praxisorientierte Programme waren oder E&C ein sehr praxisorientiertes Programm war, für das ich mir als Praktiker eben auch immer noch Anregungen holen konnte für meinen Stadtteil Dortmund Nordstadt. Ich habe hier viele Kollegen getroffen.“*

### **Matthias Bartscher**

Ich möchte noch eine Anmerkung zitieren, bei der doch tatsächlich mein Gerät versagt hat. Ich glaube, mein Gerät ist männlich und ein Chauvi. Eine Teilnehmerin hat angemerkt und ich finde, das sollte nicht verloren gehen, dass die Referentenauswahl doch sehr männlich dominiert war. Stimmt, habe ich dann auch gedacht, wenn wir ein LOS-Projekt in dieser Art konzipiert hätten und hätten gesagt, das ist 50:50, da hätten wir einen Anruf aus Berlin gekriegt.

Hier an diesem Tisch habe ich Leute, die zumindest noch an der kommunalen Basis arbeiten bzw. mit ihr zu tun haben. Ich möchte Sie beide noch mal nach Ihrer Bilanz von E&C fragen.

Frau Berg, ich fange mit Ihnen an.

### **Annette Berg**

Ja, meine Bilanz von E&C ist – ich bin auch seit Anfang an mehr oder weniger auf den Tagungen dabei gewesen – ich habe sehr viele Impulse bekommen, wie Kinder- und Jugendhilfepolitik in einer mittelgroßen Stadt im Rheinland entsprechend gestaltet werden kann. Insbesondere, wie die Idee der strategischen Planung, der gemeinsam produzierten Präventionsarbeit letztlich umgesetzt werden kann. Hierzu kamen sehr viele Impulse. Ich bin immer voller Energie und Elan dann wieder nach Monheim zurückgefahren und habe da versucht, die Dinge in den Griff zu kriegen.

### **Matthias Bartscher**

Haben Sie ein persönliches Highlight in diesen sechs Jahren, wo Sie sagen, das war besonders wichtig?

### **Annette Berg**

Kann ich jetzt so nicht sagen. Also, es gab verschiedene Etappen, und viele Impulse. Dann natürlich auch LOS. Dieses Programm wurde in Monheim zusätzlich implementiert und ist sehr erfolgreich.

### **Matthias Bartscher**

Danke. Wie ist es bei Ihnen? Sie haben ja so ein bisschen gestern schon erzählt, aber vielleicht noch mal so eine persönliche Bilanz?

### **Siegfried Haller**

Ich bin immer für Entertainment. Aber es muss in der Sache Substanz haben. So geht es mir als Zuschauer und Zuhörer. Und es ist ein schwieriges Thema, deswegen würde ich vielleicht, ein bisschen ernster, mal zwei, drei Dinge sagen.

Was mir ganz besonders an diesem Prozess gefallen hat, ist die Teilnehmerstruktur und die Mischung West und Ost. Ich habe im We-

sten ein Jugendamt geleitet und leite jetzt im Osten ein Großstadtjugendamt. Es ist höchste Zeit, dass wir hier uns sehr viel stärker fachlich durchmischen. Diese Plattform, und da will ich mich auch bei Hartmut Brocke bedanken, hat das geschaffen. Toll. Punkt 1.

Dabei kann es natürlich nicht stehen bleiben. Wir müssen weitermachen. Und glauben Sie mir, aus einer ostdeutschen Perspektive in den Westen zurückgeblickt, erlaube ich mir auch etwas ketzerisch anzumerken: Ich bin gerne hier, ich arbeite gerne hier, weil hier mehr Bewegung drin ist und mehr Flexibilität. Was ich hier bewegen kann, hätte ich im Westen nie bewegen können. Einfach als Anregung, durchaus provozierend zugespitzt.

Dritte Anmerkung. Ich finde es absolut überfällig, und das ist mit dieser Plattform gelungen, dass man aus verschiedenen Blickwinkeln zum gleichen Thema spricht. Zum gleichen Thema, zur gleichen Zielgruppe, zu den gleichen Anforderungen, zur gleichen Zukunft. Die nachwachsende Generation ist unsere Zukunft. Wir haben keine andere Chance, als auf sie zu setzen. Das ist in dieser Plattform ganz deutlich geworden.

Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Jugendhilfe, Streetwork, Sozialpolitik und viel zu wenig Kultur, wie ich finde. Vielleicht kommen wir noch mal auf dieses ganz besonders spannende Thema. Lange im Westen in den 70er, 80er Jahren diskutiert, hier im Programm eigentlich nicht vorgekommen, was ich insbesondere unter Migrationsgesichtspunkten für einen fatalen Fehler halte. Das wäre ein wichtiges Thema aus meiner Sicht mit sehr viel Potential und sehr vielen Ressourcen, die man hier aufbauen kann. Aber diese Plattform hat etwas Neues geschaffen. Sie hat uns eine ganze Qualitätsstufe weitergebracht. Und das ist das Bemerkenswerte, wenn ich überlege, was waren die letzten sechs Jahre: Die Menschen, die Themen, aber wir sind auch eine Stufe weitergekommen. Und das ist toll.

### **Matthias Bartscher**

Super. Danke.

Ja, hier am Tisch haben wir eher so die kooperierenden Fachdisziplinen, und ich würde Sie einfach auch noch mal um Stellungnahmen bitten, die Bilanz zu E&C aus Ihrer Sicht. Frau Weyers, ich fange mal mit Ihnen an.

### **Simone Weyers**

Ich möchte den Gewinn für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in zwei Strängen argumentativ herbeileiten. Einerseits hat sich die Bundesgesundheitszentrale Ende der 90er Jahre Kindergesundheit auf die Agenda geschrieben. Angesichts der Zunahme von psy-

chischen und chronischen Erkrankungen hat man gesagt, Ernährung, Bewegung und Stressregulation sind die gesundheitlichen Themen, die es zu behandeln gilt. Andererseits hat seit Beginn der 2000er Jahre, d. h. genau genommen seit 2001, die Bundeszentrale weiter festgestellt: Wir müssen die Gesundheitsförderung sozial Benachteiligter, d. h. die Thematik soziale Ungleichheit als Querschnittsthema behandeln. Die BZgA tut dies auch in Kooperation mit dem BKK-Bundesverband, Gesundheit Berlin, Landes- und Bundesvereinigung für Gesundheit, zentralen Akteuren der Spitzenverbände der Krankenkassen, NGOs usw. im Rahmen eines Kooperationsprojektes Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte. Ich will jetzt nicht länger darauf eingehen, sonst kriege ich die rote Karte. Wenn es Sie interessiert, was die Bundeszentrale hinsichtlich der Thematik gesundheitliche Ungleichheit macht, lade ich Sie ein, an unseren Stand rechts am Ausgang zu gehen und sich einen Flyer mitzunehmen. Es gibt eine lebendige Datenbank [www.gesundheitliche-chancengleichheit.de](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de). Da können Sie alles, was ich Ihnen jetzt hier angesichts der Kürze der Zeit nicht erzählen kann, nachlesen. Und E&C bedeutet eben jetzt die Integration dieser beiden thematischen Stränge. Auf der einen Seite die Kinder- und Jugendgesundheit, auf der anderen Seite soziale Benachteiligung. Wenn Sie darüber nachdenken, was wir gerade gestern in den Medien gehört haben – ich meine die neuesten Ergebnisse des Robert-Koch-Instituts über ihre repräsentative Bevölkerungserhebung über Kinder- und Jugendgesundheit mit einer Stichprobengröße von 20.000 – glaube ich, dass es einen ganz klaren Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und Gesundheit gibt. Diese Studie zeigt z. B., dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche schlechtere motorische Fähigkeiten haben, häufiger übergewichtig sind, häufiger psychologische und Angststörungen aufweisen. Daran sieht man, mit Kindern und Jugendlichen Gesundheitsförderung in sozial benachteiligten Stadtgebieten durchzuführen, ist von ganz zentraler Bedeutung.

Da ist einiges in den letzten Jahren erfolgt: Das Projekt Apfelklops ist eine musikalische Revue für Kinder und Jugendliche zum Thema Ernährung, Bewegung, Körper, Gefühl. Es geht also Gesundheitsförderung im weitesten Sinne. Dieses Projekt Apfelklops, diese Revue, wird im Rahmen der E&C-Kooperation in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf durchgeführt, zum Beispiel in Berlin, Bremen, Flensburg, Itzehoe, Augsburg, Zwickau, Karlsruhe. Hierfür wurden die Gegebenheiten angepasst, d. h. günstigere Eintrittspreise in Kooperation mit vorhandenen Strukturen. Das ist ein ganz

wichtiges Outcome für uns als Bundeszentrale.

#### **Matthias Bartscher**

Also könnte man zusammengefasst sagen, das Thema Gesundheit ist bei E&C schon in der ersten Runde in die Plattform gekommen. Dennoch gibt es noch viel zu tun, aber auch viele Chancen, das gemeinsam zu tun.

#### **Simone Weyers**

Das hat mich persönlich erstaunt. Ich bin in der Thematik E&C eine Quereinsteigerin. Ich beschäftige mich bei der Bundeszentrale u. a. in der Medizin-Soziologischen Forschung mit dem Thema gesundheitliche Ungleichheit. Und das hat mich sehr erstaunt, dass in der Stadtteilentwicklung und Jugendhilfe das Thema Gesundheit erst so spät auf die Tagesordnung gekommen ist, so spät Einzug gehalten hat.

#### **Matthias Bartscher**

Danke.

Herr Hartmann, Sie haben ja eben schon einiges dazu gesagt. Ich denke, der Jugendhilfebereich und der Stadtentwicklungsbereich haben ja doch eine gute und lange Tradition, in der Stadtteilarbeit zu kooperieren. Wie ist Ihre Bilanz von E&C?

#### **Thomas Hartmann**

Ich bin kein Urgestein der E&C-Veranstaltung. Auch die Soziale Stadt betreue ich erst seit 1 ½ Jahren. Vielleicht doppelt sich einiges zu dem was wir eingespielt gehört oder hier bisher gesagt haben. Ich will noch einmal deutlich machen: Die Soziale Stadt ist ein Investitionsprogramm, E&C ist nicht investiv. Es ist eine besondere Leistung, dass beide Programme so erfolgreich kooperieren, obwohl, wie wir gehört haben, die Bündelung auf Bundesebene durchaus verbesserungswürdig ist. Das ist das erste.

Das zweite ist, dass E&C erreicht hat, dass die Jugendämter vor Ort als Akteur gewonnen werden konnten, also der Sozialraumbezug noch mal deutlich Einzug gehalten hat, und drittens, nicht zuletzt durch die Veranstaltung, wird natürlich der politische Blick auf den Sozialraumbezug verstärkt, auf die Bedeutung dieses Bezugs, das merkt man eben dann auf solchen Veranstaltungen wie dem Integrationsgipfel. Das ist eben auch eine Leistung von E&C durch seine vielfältigen Fachveranstaltungen.

#### **Matthias Bartscher**

Danke.

Ich würde jetzt überleiten zur Fragestellung, was hat E&C eigentlich vor Ort gebracht? Oder was hat E&C auch insgesamt gebracht? Das,

denke ich, ist auch so ein bisschen der Part der wissenschaftlichen Begleitung und daher geht diese Frage zuerst an Frau Förster: Sie dürfen durchaus auch Ihre persönliche Bilanz einbringen, aber was würden Sie sagen, hat E&C uns gebracht?

#### **Heike Förster**

Wir haben ja vorhin schon ein bisschen was gehört davon, was die wissenschaftliche Begleitung festgestellt hat. Ich selbst bin auch von Beginn an in verschiedenen Projekten oder Baustellen von E&C tätig gewesen. Ich habe am Anfang das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) mit begleitet auf der wissenschaftlichen Seite. Und ich denke, da gab es sehr konkrete Ergebnisse. Bei E&C ist es immer etwas schwieriger, konkret festzumachen, was ist eigentlich passiert. Woran macht man Erfolg oder Misserfolg fest?

Ich denke, was es gebracht hat, das wurde mehrfach schon gesagt, ist die Vernetzung auf der Ämterseite. Ich denke, dass hierfür ganz wichtig war, dass E&C als Synergieprogramm zur Sozialen Stadt flankierend eingesetzt wurde. Insbesondere weil die Soziale Stadt doch noch sehr städtebaulich dominiert war und der soziale Aspekt am Anfang zumindest doch relativ zu kurz gekommen ist. Das hat dann auch die erste Zwischenevaluation der Sozialen Stadt gezeigt. Nicht umsonst gibt es jetzt auch die Aufstockung des nicht-investiven Bereichs der Sozialen Stadt. Ich denke, es war ganz wichtig, dass E&C flankierend agierte, um die anderen Ämter vor Ort stärker zu machen und nicht die Städtebauer zu den allein dominierenden Akteuren in den Brennpunktgebieten werden zu lassen.

Die andere Seite ist, wie wichtig es ist, vor allem an die Bewohnerinnen und Bewohner ranzukommen. Hierfür sind natürlich die Einzelbausteine von E&C relevant, weil die Konferenzen, die einberufen wurden über die Regiestelle sich natürlich eher an die zentralen Akteure, an die Ämter oder an institutionelle Vertreter wendeten, während die Bausteine sich an die Bewohnerinnen, Bewohner, die Jugendlichen und Kinder vor Ort gewendet haben und man dort auch besser die Effekte sehen kann. Aber klar ist, das eine hätte ohne das andere nicht funktioniert.

#### **Matthias Bartscher**

Herr Kupferschmid hat das brasilianische Beispiel gebracht und es gab viel Diskussionen um die Vorfälle in Paris, die lokale Gewalt, die da ausgebrochen ist. Glauben Sie, dass es etwas mit E&C und Sozialer Stadt zu tun hat, dass es derartige Erscheinungen faktisch in Deutschland nicht gibt? Ich will jetzt nicht über Wir-

kungsforschung reden, aber sagen Sie einfach mal Ihre Meinung.

#### **Heike Förster**

Also ich denke schon, dass es wichtig und relevant ist, dass seit einigen Jahren auch den Bewohner/innen sichtbar gemacht wird, es passiert was in den Stadtteilen. Sie werden also nicht vergessen. Dazu kommen die vielen Kleininitiativen, die Mikroprojekte, die sehr wichtig sind, weil man dort am ehesten die Bewohner/innen vor Ort aktivieren kann und vielleicht auch von der einen oder anderen Schandtat abhalten kann.

Was wir natürlich nicht vergessen dürfen, wir haben diese streng homogenen Belastungsgebiete, wie wir sie in Frankreich in den Banlieues haben, hier so nicht.

#### **Matthias Bartscher**

Danke schön.

Ich komme noch mal zu Ihnen, den Programmgründern. Was würden Sie sagen, was für Spuren bleiben bzw. sind hinterlassen worden? Sie haben gerade ja schon mal gesagt, viele Leute gehen wieder weg aus den Stadtteilen, Bewohner/innen, wenn sie es sich leisten können, ziehen in bessere Viertel. Aber gibt es nicht doch vielleicht Spuren, wo Sie denken, das hat was mit Ihrer Arbeit zu tun gehabt?

#### **Peter Kupferschmid**

Wir haben inzwischen einen sehr viel unkomplizierteren, vernünftigen Umgang mit dem Wort sozialer Brennpunkt. Das war, als wir 1999 das Wort als Jugendministerium in den Mund nahmen, fast schon ein Sakrileg für die Fachwelt, während uns draußen die Bürger verstanden haben. Wir wissen heute, wahrscheinlich in Deutschland auch durch Mithilfe von E&C, dass es so was auch in unserer Gesellschaft gibt und dass man etwas tun muss.

Das ist, in unserer modernen Mediengesellschaft ein Fundament, auf dem wir aufbauen können.

Das zweite, was bleibt und sicherlich irreversibel ist, ist dass wir eine andere Kultur der Zusammenarbeit zumindest bei den Behörden vorfinden und dass ein gewisses Selbstbewusstsein in den Brennpunkten entstanden ist. Das gelang dadurch, dass wir in den Teilmodulen sehr viel mit den Leuten selbst gemacht haben. Die Menschen, die dort leben, müssen aktiviert werden. Ich verdeutliche das gern an einem Stadtteil in Duisburg, den ich relativ gut kenne. Die Jugendlichen türkischer Herkunft aus diesem Stadtteil waren vielleicht, wenn sie 18 sind, dreimal im Stadtzentrum von Duisburg, aber 20-mal in der Türkei. Aber es ist natürlich besonders wichtig, dass sie außer-



halb dieser engen Welt Erfahrungen sammeln können und damit gesellschaftsfähig werden. Dazu gehört das Mutmachen und dazu müssen diese Jugendlichen auch erfahren haben, dass sie durchaus erfolgreich sein können, dass sie die Kompetenzen haben. Also muss man diese fördern.

#### **Matthias Bartscher**

Danke.

Hartmut. Was ist der Punkt, auf den Du am meisten stolz bist? Wo denkst Du, da bleibt was? Also wie der Schreiner, der seinen Tisch gebaut hat, der weiß, der ist fertig. Das ist ja bei uns im Sozialbereich immer schwierig. Gibt es da irgendwas, was Du nennen möchtest?

#### **Hartmut Brocke**

Ach da gibt es ganz viel. Und da gibt es auch ganz viele persönliche Beziehungen, die wir im Laufe der Zeit geknüpft haben. Anders gesagt: Es gibt viele Freunde mehr jetzt. Aber das ist natürlich nicht der zentrale Punkt. Ich denke, der zentrale Punkt ist, was kommt bei den Kindern an. Nutzt es den Kindern und Jugendlichen? Schließlich sind diese Netzwerkgeschichten und die Kooperationen doch kein Selbstzweck. Sondern die entscheidende Frage ist, kommen unsere Anstrengungen bei den Kindern an?

Das, denke ich, ist ein Punkt gewesen, den wir lange und anregend, also mit hohem Anregungsfaktor diskutiert haben mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort: Wie können wir weitestgehend ergebnisorientiert agieren? Und alle, die dabei waren, mögen sich erinnern, wir haben genau das mit dem Konzept Sozialer Arbeit als Koproduktion gemeint. Koproduktion heißt, ein Gemeinschaftsergebnis erzielen. Ich finde, wir müssen noch ein paar Strecken zurücklegen: Da hilft kein allgemeines Gerede über die Persönlichkeitsentwicklung und so weiter. Nein, wir müssen dafür sorgen, dass gerade diese Kinder den höchstmöglichen Schulabschluss erreichen, denn sonst haben sie keine echten Chancen. Und so klipp und klar muss man das auch sagen und nicht permanent diese Augenhöhediskussion zwischen Schule und Jugendhilfe führen. Diese Diskussionen kann ich nicht mehr hören. Es geht um die Kinder und nicht um die Strukturen.

#### **Matthias Bartscher**

Das finde ich einen schönen Fokus, zu sagen, noch stärker wirklich den Blick darauf zu richten, was kommt unter dem Strich für die jungen Menschen dabei heraus.

Jetzt komme ich noch mal zu den Praktikern, wobei, wenn ich mir Ihren Alltag so vorstelle, Sie ja auch nicht mehr ganz so vor Ort sind. Aber, Frau Berg, wir haben ja gestern darüber

gesprochen. Wenn Sie Ihrer Tochter erklären müssten, was hat E&C gebracht, was würden Sie sagen?

#### **Annette Berg**

Wenn ich meiner Tochter erklären müsste, was hat E&C gebracht (...) Da muss ich mal eben kurz nachdenken. Also für Monheim ganz speziell, was hat es gebracht oder was hat es für meine Arbeit als Jugendamtsleiterin gebracht. Es hat ein Umdenken gebracht. Es hat eine Unterstützung gebracht, Dinge einzufordern, hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt und anderen Ämtern. Das hat sicherlich sehr viel Auftrieb gegeben. Es hat, denke ich, auch als Ergebnis gebracht, dass man als Jugendamt sich mehr ins Spiel bringt. Diese Prozesse sind mehr als je zuvor unterstützt worden. Wenn ich das meiner Tochter so sagen würde, ich weiß es nicht, ob sie mich verstanden hätte. Ich glaube fast nicht, weil es doch sehr allgemein und abstrakt ist. Ich habe mir eben mal einiges notiert, natürlich kann ich auch heute noch nicht sagen, durch E&C ist das Berliner Viertel in Monheim heile Welt. Es gibt, wie Sie eben auch schon sagten, viele Kinder, die gesundheitlich sehr problematische Befunde aufweisen in der Schuleingangsuntersuchung. Es gibt im Bereich Bildung viel zu tun. Es geht ganz konkret um die Frage, wie können die Kinder, die hier aufwachsen, dahin gebracht werden, das Bestmögliche aus sich zu machen. Das sind so die Fragen, an die wir rangehen müssen. Und da kann man auf das, was mit E&C passiert ist, sehr gut aufbauen, insbesondere auf das Selbstbewusstsein, das man als Jugendhilfe bekommen hat und auf die kooperativen und sozialräumlichen Strukturen, die man aufgebaut hat. Es geht darum, wirklich ganz pragmatisch zu sagen, wo soll es hingehen, was sind unsere strategischen Ziele und diese auch mit allen gemeinsam zu entwickeln. Und ich kann Hartmut Brocke nur unterstützen, die Diskussion, was Schule angeht, das kann ich auch nicht mehr hören. Ich finde, es geht nur noch gemeinsam und im Hinblick auf die bestmögliche Entwicklung von Potentialen für uns alle.

#### **Matthias Bartscher**

Herr Haller. Sie dürfen wieder ernst.

#### **Siegfried Haller**

Vielleicht noch mal zum Thema Koproduktion. Ich finde, das ist ein ganz schwieriger Begriff, Soziale Arbeit als Koproduktion. Dazu fällt mir immer der alte Sozialarbeiterwitz ein, in dem ein Sozialarbeiter nach dem Weg zum Bahnhof gefragt wird und er antwortet: „Ich weiß es nicht, aber ich bring dich hin.“

### **Matthias Bartscher**

Nein, der geht anders, Herr Haller.

### **Siegfried Haller**

Das war die Kurzfassung. Ich kann ja hier nicht so lange erzählen.

Das also fällt mir immer ein, wenn es um Ko-Produktion geht. Also, der Witz hat eine Tiefe, die ich für die Sozialarbeit oder auch für andere Berufe wunderbar finde, dass man Lösungen gemeinsam findet und dass man Menschen vor allen Dingen niemals dabei bevormunden darf, was ihr Lebenszweck ist. Das ist eine ganz wunderbare Rolle, die die Sozialarbeit hat. Und dennoch haben wir das Problem, dass wir beim Thema E&C natürlich mit Stadtteilen zu tun haben. Für Leipzig habe ich gestern versucht, die Situation ein bisschen zu beschreiben. Diese ist, ob im Plattenbau oder in den klassischen Arbeitersiedlungen, ganz, ganz schwierig, ganz heikel. Wir sind hier in komplexen Veränderungsprozessen und natürlich gibt es auch Überfremdungsängste. Ich habe es gestern kurz angesprochen. Dies ist ein sehr heikles Thema.

Für mich als Jugendamtsleiter gibt es zwei Dinge, die entscheidend sind. Die Bedeutung des Jugendamtes in der kommunalen Verwaltung ist durch den E&C-Prozess gewachsen. Jetzt müssen wir es aber auch halten, und das wird schwer genug. Es ist ja auch eine neue Verantwortung, die man damit kriegt, mit dem größeren Einfluss. Also, wenn wir darüber nachdenken, was kommt unter dem Strich heraus, der Einfluss alleine bewirkt ja noch nichts.

Ich gehöre auch zu den Selbstkritikern in der Jugendhilfe. Wir schimpfen zu viel über andere und fassen uns zu wenig selber an die Nase. Wir haben alle Aufträge, die wir brauchen. Das SGB VIII finde ich, ist ein hervorragendes Leistungsgesetz. Manches andere Gesetz kann sich davon etwas abschneiden. Es ist wirklich ein gutes Gesetz. Die Frage jedoch ist: Was verstehen wir in der Umsetzung unter diesem Gesetz? Ist es nicht nur Administration? Das SGB VIII stellt einen Gestaltungsauftrag. Und das wünsche ich mir in der Jugendhilfe sehr viel stärker gesehen und nach vorne gedacht.

### **Matthias Bartscher**

Danke schön.

Ich möchte nun auch schon überleiten zu den Perspektiven. Was brauchen wir in Zukunft? Wie soll es weitergehen mit E&C? An dieser Stelle würde ich gerne noch mal die Meinung aus dem Publikum einspielen, sowohl zu der Frage „Was hat E&C gebracht?“, als auch „Was für Wünsche gibt es hinsichtlich der Weiterentwicklung des Programms?“.

*„Teilnehmer*

*... dann kommen die Eltern der Jugendlichen, protestieren und sagen, warum ist da jetzt Schluss. Lass dir was einfallen. Macht irgendwie weiter.*

*Das Problem ist, dass man die Programme eben nicht über einen langen Zeitraum fortführen kann, sondern dass man dann immer wieder neue Projekte entwickeln muss. Das bindet eine wahnsinnige Kraft.*

*Matthias Bartscher*

*Was würden Sie sagen, was bewirkt E&C vor Ort?*

*Teilnehmer*

*Einmal direkt bezogen auf den Stadtteil ganz viel. Das muss man wirklich sagen. Bezogen auf den Stadtteil ist es, dass die Bewohner und auch die sozialen Einrichtungen sehen, dass man durch Eigeninitiative etwas verändern kann, wo wirklich heutzutage, und das ist ja ein Hauptdilemma, wenn wir uns die Bevölkerungsschicht in sozialen Brennpunkten anschauen, es daran mangelt. Eigeninitiative wird mitgefördert durch dieses Programm. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Denn dort, wo solche Programme nicht laufen, wissen wir durch wissenschaftliche Untersuchungen, wie sich dort also diese Bevölkerungsschichten verhalten. Und das hat eben eine direkte Kopplung an das Ressort Schule. In so einem Gebiet kann sie sich nur in den Stadtteil hinein öffnen. Und dadurch, dass wir finanziell unterstützt werden, hat es eine Ausstrahlung in den Stadtteil, so dass beide Komponenten aneinander docken. Sehr wichtig, diese Partnerschaft.*

*Matthias Bartscher*

*Was würdest Du Dir von einem Nachfolgeprogramm wünschen?*

*Teilnehmer*

*Es muss handhabbar sein, einfach, vor Ort. Das hoffe ich, dass es so gestaltet ist. Dass die Rahmenbedingungen klar sind, dass man nicht hin- und herfeilschen muss, darf man das, darf man das nicht. Wer kann das machen? Wen braucht man dazu noch im Boot? Sondern es ist direkt möglichst bei uns vor Ort, ja, dass es auch arbeitserleichternd ist.*

*Teilnehmer*

*Mein Resümee wäre auch das von Hartmut Brocke, jetzt zu sagen: So und das nächste Mal versuchen wir mal direkt, noch direkter die Jugendlichen zu beteiligen. Vielleicht noch direkter sogar den Jugendlichen, und nicht den Trägern, das Geld zu geben für Projekte.*

*Teilnehmerin*

*Es sollte weitergeführt werden, wie ich sagte, die höchstmöglichst große Vernetzung von verschiedenen Trägern, verschiedenen Institutionen. Ich denke, dass das sehr gewinnbringend ist. Und ich denke, dass man da auch langfristig denken muss, damit sich Effekte zeigen.*

*Teilnehmer*

*Es sollte zur Unterstützung dieser wunderbaren Hilfe zur Selbsthilfe erhalten bleiben.*

*Teilnehmerin*

*Ich finde, es sollte ein Schwerpunkt auf dem Übergang Schule, also Sek. 1 und Beruf gelegt werden, starke Berufsorientierung und auch Vernetzung Richtung erster Ausbildungsmarkt.*

*Teilnehmer*

*Interessantes Program, sollte unbedingt weitergeführt werden, um der Praxis weitere Hilfestellung zu geben.*

*Teilnehmer*

*Sagen wir mal ganz praktisch das, was der Herr Brocke vorhin auch schon angesprochen hat, dass Programme, die nachkommen, einen geringen bzw. gar keinen Kofinanzierungsanteil haben. Die Kofinanzierung wird immer schwieriger, die einzuwerben und zu organisieren.*

*Teilnehmer*

*Ja, und die Praxisorientierung. Ich finde diesen Austausch wunderbar, dass auch an verschiedenen Orten zu tun, in verschiedene Regionen zu kommen. Das wäre mal eine Anforderung. Außerdem ist das Essen sehr lecker.“*

#### **Matthias Bartscher**

Ich glaube, das finden alle so. Nicht? Das Essen ist immer sehr gut, und darüber freuen wir uns auch.

Aber ich mache jetzt mal bei Ihnen weiter, Herr Hartmann. So aus der Sicht der kooperierenden Fachdisziplinen: Stellen Sie sich vor, E&C geht weiter. Was würden Sie für Impulse setzen wollen oder was wünschen Sie sich, wenn E&C weitergeht?

#### **Thomas Hartmann**

Wir haben vor kurzem eine dritte Gebietsbefragung gemacht, die noch nicht veröffentlicht ist. Befragt haben wir diejenigen, die offensichtlich das Programm Soziale Stadt in den Kommunen verwalten – die Stadtplaner. Als Ergebnis kam heraus, dass zu rund 23 % das Programm E&C eingesetzt wird. Was natürlich nach den Zahlen, die wir heute hier gehört haben, etwas verwundert. Das zeigt möglicher-

weise zwei Dinge. Zum einen kommt es darauf an, wen man fragt. Fragt man die Jugendhilfe, ergeben sich offensichtlich andere Zahlen als bei den Stadtplanern. Das kann bedeuten, dass man zwar irgendwo miteinander arbeitet, aber doch noch nicht so kooperiert, wie wir uns das eigentlich vorstellen würden. Die Bündelung, die Zusammenarbeit kann hier möglicherweise noch enger werden.

Wenn nur 23 % der Stadtplaner angeben, dass E&C eingesetzt wird, so zeigt das möglicherweise aber auch, dass die Verbindungen nicht nur darin gesehen werden, parallel im Gebiet der Sozialen Stadt zu agieren, sondern dass als eine echte Kooperation mit den Maßnahmen von E&C nur eine Investition baulicher Art, die in dem Stadtteil getätigt wird, und der Jugendhilfe betrachtet wird.

Und das dritte wäre vielleicht, dass die Strukturen, die E&C zumindest in der Jugendhilfe angeschoben hat, verstetigt werden, tragfähige Partnerschaften entstehen. Dazu will ich dann aufrufen, die zusätzlichen 40 Millionen zu nutzen, dass hier wirklich im Rahmen der Modellvorhaben diese Strukturen weiter vorangetrieben werden.

#### **Matthias Bartscher**

Danke.

Frau Weyers, Sie haben vorhin festgestellt, das Thema Gesundheit hat in E&C gute Chancen. Was würden Sie sich von E&C wünschen?

#### **Simone Weyers**

Nach der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation ist Gesundheit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Man ist dazu übergegangen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsförderung anzunehmen, dass Gesundheit dadurch gekennzeichnet ist, dass man soziales, geistiges und körperliches Wohlbefinden aufweist. Das heißt also, im Rahmen der Prävention und Gesundheitsförderung findet ein Umdenken statt. Gesundheit wird nicht unter der Glasglocke hergestellt und bezieht sich eben nicht nur auf die Verbesserung des Gesundheitsverhaltens, sondern Gesundheit passiert in einem Setting, in einer Nachbarschaft, in einem Kindergarten, in einer Schule, an einem Arbeitsplatz. Gleichzeitig zeichnet sich gute Gesundheitsförderung dadurch aus, dass sie Menschen befähigt, dass sie Menschen an der Planung von Programmen teilhaben lässt und durch intersektorale Zusammenarbeit. Und das sind, denke ich, genau die Grundlagen, auf denen die Stadtteilentwicklung, die Jugendhilfe aufbaut und auf denen auch wir mit unseren Projekten der Gesundheitsförderung aufbauen können. In diesen Strukturen kann man auch in Zukunft gemeinsam sehr viel mehr erreichen.

Also ich denke, dass eine gegenseitige Sensibilisierung für jeweils das andere Thema noch viel deutlicher werden muss. Auf der einen Seite muss das Gesundheitssystem erkennen, dass es auch noch etwas außerhalb des Individuums gibt. Es gibt den sozio-ökonomischen Status, das soziale Umfeld. Auf der anderen Seite denke ich, muss auch den Quartiersmanagern klar werden, dass Gesundheit auch eine wichtige Voraussetzung für Bildung, für Schulabschlüsse, für Erwerbstätigkeit usw. ist. Und da gibt es eine gegenseitige Befruchtung, die noch sehr viel Potential hat.

#### **Matthias Bartscher**

Danke.

Frau Förster, ich komme mal zu Ihnen. Können Sie so aus Ihrer Sicht noch mal sagen, gibt es Impulse zur Weiterbildung oder zu dem, was eigentlich kommen müsste?

#### **Heike Förster**

Ich denke, dass gerade das Thema Übergang Schule-Beruf sehr präsent in diesem Programm E&C war, z. B. über das Freiwillige Soziale Trainingsjahr und über die Kompetenzagenturen. Mit den Kompetenzagenturen geht das Ministerium jetzt in die Breite mit 200 neuen Agenturen. Hier wird sehr deutlich, dass das Ministerium schon erkannt hat, wo Handlungsbedarf besteht. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg, dieses Thema auch nicht hinten runterfallen zu lassen.

Auch noch relevant ist: Wir haben nicht die Jugendlichen befragt, was die Verbindung von LOS und Soziale Stadt betrifft. Wir haben die Koordinatoren, wir haben die Quartiermanager gefragt. Da denke ich, sind wir sogar näher an der Umsetzungspraxis dran als Sie, wenn Sie das Stadtplanungsamt oder die Planer fragen. Weil die Quartiermanager vor Ort eigentlich ja die sind, die die Soziale Stadt auch umsetzen und ihr Leben einhauchen. Aber ich möchte mich jetzt nicht streiten, welche Zahlen die wahren Zahlen sind. Man muss sicherlich überlegen, welche Standorte man in welcher Untersuchung einbezogen hat und dann gucken, wo vielleicht Ursachen für so unterschiedliche Befunde liegen. Erst dann wird Forschung ja richtig spannend.

Wir haben beim Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr die Adressaten sehr hautnah befragt und darum konnten wir auch sehr schön zeigen, welche Effekte der E&C-Baustein FSTJ für die Jugendlichen hatte. Ich denke, wir müssen auch in anderen Bereichen, z. B. bei LOS, stärker dahin kommen zu ermitteln, welche Effekte hat das auf der Seite der Kinder und Jugendlichen. Nicht nur zu sehen, was haben die Träger davon, dass sie LOS-Projekte ma-

chen, sondern was passiert dort in den Stadtteilen, was kann verstetigt werden.

Und es gibt ja sehr wohl Hinweise darauf, dass es Projekte gibt, die auch nach der Förderphase weiterlaufen, die ein Ehrenamt oder eine Entwicklung angeschoben haben, die auch weiterbesteht. Und ich denke, da muss es noch stärker hingehen.

#### **Matthias Bartscher**

Ich komme noch mal zu Ihnen, den Kommunenvertreter/innen. In den Wortbeiträgen war ja der Hinweis, den ich spannend fand, es muss mehr Programme geben, wo Jugendgruppen selber Projekte machen, auch eigene Projekte finanziert werden. Könnte das ein Weg sein oder was wären sonst in Ergänzung zu dem, was hier aus dem Publikum schon gekommen ist, wichtige Hinweise zur Weiterentwicklung von E&C?

#### **Annette Berg**

Also ich denke, dieser Schritt, den Sie eben angesprochen, die Zuweisung von Mitteln zu koppeln an eine gewisse Programmatik, das halte ich für eine ganz sinnvolle Herangehensweise an die Planung im Rahmen von Sozialer Stadt, auch im Hinblick auf Stadtplanung allgemein. Ich denke, dass man über diese Form von Steuerung weiterkommen kann.

Ich weiß nicht, ob das ein kleines Projekt ist, das dann endet, welches die Situation vor Ort verändert. Ich glaube, die Überlegung oder der Transport dieser Idee oder der Strategie, könnte noch weiter als Handwerkszeug an die Entscheider/innen gegeben werden, also Jugendhilfepolitiker vielleicht mal mit einzubeziehen oder andere relevante Entscheider/innen aus den einzelnen Prozessen vor Ort und dann eine Motivation zu schaffen, dass die sich auch entsprechend zu der Thematik stellen.

#### **Matthias Bartscher**

Okay. Herr Haller?

#### **Siegfried Haller**

Ich glaube, dass man vor Ort eine Programmatik braucht, die von der Stadtpolitik mitgetragen wird. Das ist meine feste Überzeugung. Man kann mit Programmen alleine nicht über die Runden kommen, wenn die Stadtpolitik nicht über einen Beschluss nachhaltig hinter diesem Thema steht. Das ist eine wichtige Erfahrung aus Leipzig. Das reicht nicht. Aber man braucht diese Rahmenbedingung.

Das zweite, das Stichwort Partizipation.

#### **Matthias Bartscher**

Wie würden Sie denn sagen, wie ist die Wechselwirkung zwischen lokalen Beschlüssen, Pro-

grammen und Bundesprogrammen?

### **Siegfried Haller**

Das ist natürlich ein ganz dichtes Geflecht. Ich mache mir da gar nichts vor. Wenn Bundes- und Länderprogramme oder auch EU-Programme ganz wegfallen würden, hätten wir vor Ort im Grunde genommen die Situation, dass wir sehr stark von der Hand in den Mund leben. Wir brauchen diese Wechselwirkungen. Und ich bin Kollegen wie Herrn Hartmann und Herrn Kupferschmid außerordentlich dankbar, dass sie auf Bundesebene dafür kämpfen. Ich weiß, wie schwierig das ist, solche Projekte auch voranzubringen und weiter zu fördern. Der neue Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Herr Engelbert Lütke Daldrup, war unser Baudezernent, natürlich bringt er viele Ideen aus Leipzig jetzt auch mit auf die Bundesebene. Vieles wird noch diskutiert werden und alles kann man nicht umsetzen, aber ich glaube, dass es wichtig ist, die Vernetzung Bund, Land, Kommune weiter so zu praktizieren und voranzutreiben, um auch wirklich in einen Austausch zu kommen.

Wir wären nicht dazu in der Lage, das sage ich auch für den deutschen Städtetag, eine solche Plattform wie diese hier auch nur zwei Tage zu finanzieren. Undenkbar. Das Geld muss woanders herkommen.

Aber ich möchte noch etwas zum Thema Partizipation sagen. Wir gehören mit Essen und Saalfeld zu den drei Städten, die bei der Bertelsmann-Stiftung in einem Bundesmodellprojekt zum Thema Partizipation in der zweiten Phase sind, weil wir fest davon überzeugt sind, dass unsere Instrumente der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (die Eltern lasse ich jetzt mal weg) bei weitem noch nicht hinreichend entwickelt sind. Wir stellen unsere Instrumente zur Verfügung und auf den Prüfstand und wir haben in Leipzig viele davon ausprobiert. Wir wollen hier sehen, wo das Thema Beteiligung und Teilhabe an Prozessen noch weiter verbessert werden kann.

Ich weiß, dass das Bundesfamilien- und Jugendministerium an diesem Thema auch dran ist. Das halte ich für absolut richtig und wichtig. Das ist für mich der so genannte weiche Faktor an den harten städtebaulichen Kriterien. Dieses Moment der Teilhabe und da können wir, glaube ich, auch noch vieles Sinnvolles in der nächsten Zeit entwickeln.

Eine letzte Anmerkung, die ich noch machen möchte. Für die Jugendhilfe, auch aus der Sicht der Vertretungskörperschaften, Städtetag, aber auch Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund: Wir brauchen dringend die intensive fachliche Diskussion, wie es diese Plattform geschafft hat, mit Land- und mit Bundesebenen.

Ich erlebe es als ein Riesendefizit, dass wir ein Bundesgesetz umzusetzen haben mit Landesausführungsgesetzen und kaum Plattformen, das auch wirklich vernünftig zu diskutieren.

### **Matthias Bartscher**

Danke schön.

Ich würde gerne diesen Kreis des Podiumsgesprächs abschließen. Aber jetzt sind ja auch bestimmt alle gespannt. Herr Kupferschmid, was sagen Sie? Wie sind die Perspektiven? Soweit Sie hier dazu etwas sagen können und wollen?

### **Peter Kupferschmid**

Es ist natürlich immer etwas schwierig. Vielleicht, um das jetzt noch mal zusammenfassend auf den Punkt zu bringen. Wenn man zurückblickt auf die letzten Jahre, muss ich sagen, ist das natürlich eine tolle Leistung. Das muss ich erst mal an alle zurückgeben, die hier im Saal sitzen. Denn man kann sich am Schreibtisch in der Blaupause vieles ausdenken. Wenn die Menschen das nicht wollen und es nicht umsetzen, dann ist das alles nur sehr wenig wert. Aber Sie haben, und das habe ich häufig mit viel, viel Bewunderung gesehen, sich weit über die Maßen engagiert und Sie haben viel erreicht. Deshalb will ich allen, die vor Ort gekämpft, gerackert, gearbeitet und sich engagiert haben, danken.

Ich will drei Punkte nennen, wo man vielleicht weitermachen kann. Der erste Punkt ist, wenn ich in einer Großstadt wie in Hannover oder Leipzig über Budgets entscheide, über Geld z. B. über Kindergarten, weiß ich nie, wo der einzelne Euro ankommt, im sozialen Brennpunkt oder einem anderen Stadtteil.

Im Budget einer solchen Großstadt, die um die 500.000 Einwohner hat, bleibt unbekannt, was im sozialen Brennpunkt, aus welchen Teilbudgets genau ankommt.

Wenn ich mich dagegen an meine schwäbische Heimat erinnere, weiß man im Landkreis relativ genau, welche Kommune wie viel kriegt und diese Kommunen haben häufig viel weniger Einwohner als in einem sozialen Brennpunkt leben.

Wir haben diese Diskussion immer wieder versucht anzustoßen. Dies ist nicht aufgegriffen worden. Leider auch nicht die Fachdiskussion, die in den USA oder in Großbritannien geführt wird.

Zweiter Punkt. Sozialer Brennpunkt ist ganz sicherlich nicht gleich sozialer Brennpunkt. Wir haben in den 400 Programmgebieten in der Sozialen Stadt ganz unterschiedliche Bedingungen. Wir haben eigentlich nie diskutiert, ob wir nicht eigentlich die sozialen Brennpunkte in ein paar unterschiedliche Typen klassifizie-

ren können. Ob wir nicht sagen können z. B., dort haben wir eine völlige Segregation und eigentlich nur noch Migrationshintergrund, d. h. fast niemanden mehr mit deutscher Herkunft. Das führt in der Sozialisation für die Kinder und Jugendlichen, die hier aufwachsen, zu einer Lebenswelt, die total anders ist. Von dem Blickwinkel her hätte ich mir vielleicht mal ein bisschen mehr Diskussion über die Typen von Brennpunkten gewünscht, mit denen wir es zu tun haben und für die wir Konzepte anbieten. Der letzte Punkt ist in den Teilnehmer/innen-Echos heute schon angeklungen. Wir haben ja Regelsysteme in dieser Gesellschaft, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Das sind die Kindertageseinrichtungen, und das sind die Schulen. Da geht jedes Kind und jeder Jugendliche hin. Und da wissen wir ja eigentlich relativ genau in diesen Regelsystemen, was los ist, mit den Kindern und Jugendlichen. Wir haben nicht darüber diskutiert, wie man hier die Brücke schlägt. Wir haben es ein paar Mal angefangen. Es gibt ein paar Schulen, die das sehr intensiv gemacht haben. Die waren dann sehr erfolgreich.

Der der letzte Punkt: Fragen Sie einfach die Kinder und Jugendlichen. Wenn wir weitermachen wollen, müssen wir die Kinder und Jugendlichen auch selber in die Lage versetzen, uns z. B. zu bewerten, zu sagen, was sie selber wollen.

Matthias Bartscher

Danke schön. Hartmut? Darf ich Dich noch mal fragen?

#### **Hartmut Brocke**

Ich habe jetzt keinen Entwurf für die nächsten sechs Jahre hier, sondern ich denke, dass es nach sechs Jahren durchaus angemessen ist, dass man sich das noch mal alles genau anguckt, auswertet, die wissenschaftliche Begleitung zu Rate zieht. Wichtig finde ich, dass dieser angeschobene Prozess der Zusammenarbeit, des Erfahrungsaustauschs auf lokaler Ebene, nicht zu lange unterbrochen wird. Das finde ich äußerst wichtig.

Und der zweite Punkt ist der, wenn es eine Neuauflage wird, dann wird es nicht E&C, sondern C&A oder so was sein ...

Matthias Bartscher

Chancen und Aktivierung. Entschuldigung.

#### **Hartmut Brocke**

... dann ist wichtig, dass es die Akteure vor Ort stärkt, und zwar in dem Sinne, dass es eben mehr ergebnisorientiert ist. Also, wie können wir uns ein methodisches Setting erarbeiten, das wir vor Ort ergebnisorientierter, zielorientierter gemeinsame Projekte entwickeln, um-

setzen, überprüfen und nachsteuern können. Fachstandards haben wir jetzt entwickelt. Aber bezüglich der Instrumente gibt es noch ein Defizit an systematischer Aufarbeitung. In diese Richtung würde ich denken, dass man nachdenken muss.

Matthias Bartscher

Danke schön.

Ich möchte Sie jetzt einladen, mitzudiskutieren oder zu sagen, was bisher noch nicht gesagt worden ist, oder Fragen zu stellen, die noch nicht gefragt worden sind.

#### **Teilnehmer**

Ich hätte einen Wunsch an das Förderprogramm. Ich fände es gut, wenn die Schulen in den sozialen Brennpunkten besser ausgestattet würden. Ich fand es einen Fehler, die Bundesförderung für die Ganztagschulen im Gießkannenprinzip zu vergeben. Wer als erstes kam, hat dann das Geld bekommen. Bei uns in der Stadt war es dann ein Gymnasium. Und die Brennpunktschule halt nicht. Und vielleicht, wenn es da noch mal eine Neuauflage gäbe, fände ich eine Kopplung an diese Schulen gut.

Bei uns in Baden-Württemberg, da war jetzt die Einschulung, und in der Brennpunktschule haben wir jetzt erste Klassen mit 30 Kindern. Und da denke ich mir: Diese Klassen haben einen Migrantenanteil von 50 %, und dann denke ich mir halt schon, wir machen da jetzt LOS im Stadtteil, wir machen Projekte, wir mühen uns da ab. Und dann werden die gleichen Fehler an anderer Stelle wieder von vorne gemacht. Und das finde ich sehr dramatisch. Drum fände ich das schön, man könnte da gucken, ob man da auch Einfluss auf die Bildungspolitik in den Ländern nehmen könnte.

Matthias Bartscher

Ich glaube, das war genau das, was Sie gesagt haben, Herr Kupferschmid. Nicht? Aber ich gebe Ihnen gleich noch mal das Wort. Ich würde erst vielleicht ein paar Publikumsbeiträge sammeln.

#### **Teilnehmerin**

Ich spreche für einen Bundesverband. Ich möchte nur eine kleine Anmerkung machen. Und zwar hat mich die Aussage zu den Gender-Aspekten dazu motiviert. Also ich denke, dass die Gender-Gesichtspunkte vielleicht bei den Referentinnen oder Referenten noch mal anders anzugucken sind, denn jeder weiß, da hat man nicht immer so viel Einfluss darauf. Aber ich finde schon, dass die Rolle der Freien Träger hier insgesamt doch sehr vernachlässigt wird.

Wir haben insgesamt über 200 Standorte, und



in der wissenschaftlichen Begleitung treten sie nur einmal als Begriff auf. Aber was es wirklich heißt, was dort für Arbeit geleistet wird, das wird nicht deutlich. Das fände ich also wichtig, dass das auch noch ein bisschen offensiver mit einbezogen wird.

Wir haben z. B. als Bundesverband im Rahmen des E&C Programms Qualitätsstandards für Netzwerkarbeit entwickelt. Das ist z. B. ein ganz konkreter Beitrag. Aber auch in den Standorten selber, denke ich, ist ja eine ganze Menge zu sehen. Wir haben auch maßgeblich den Wettbewerb Soziale Stadt mit Organisationen aus der Wohnungswirtschaft 2000 aus der Taufe gehoben. Der Herr Dr. Hunger vom GdW-Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., mit dem und anderen wir das zusammen machen, ist ja auch hier. Also, das sind so Punkte, die denke ich auch, eine Wirkung entfalten, und da fände ich es wichtig, dass man das, wenn man so eine Gesamtschau macht, auch mit einbezieht, aber auch dass man für zukünftige Entwicklung diese Bereiche mit integriert.

#### **Matthias Bartscher**

Danke schön. Weitere Beiträge?

#### **Teilnehmer**

Also, mir hat sehr gefallen, Herr Dr. Haller, was Sie vorhin gesagt haben. Die bisher noch zu wenig praktizierte Einbeziehung der Jugendkultur in den ganzen Bereich. Ich erinnere mal stichwortartig, Simon Rattle in Berlin, was der gemacht hat, gerade mit Jugendlichen, die sonst wahrscheinlich nie irgendwie an Kultur ran gekommen wären. Das denke ich wäre auch unter Einbeziehung von Jugendkulturgruppen, die vor Ort eine ganze Menge Sachen machen, Filmclubs, Theaterarbeit usw., die würden vielleicht gerne auch ein Forum haben, wo sie sich dann noch anderweitig darstellen und andere auch einbeziehen können.

Das zweite wäre, Herr Kupferschmid, Sie haben von Ihren Erfahrungen in Amerika gesprochen, in Mexiko. Es gibt die Erfahrungen, die Sie geschildert haben. Es gibt aber auch Erfahrungen positiver Art, die es durchaus lohnen würde, mal mit uns in die Kommunikation einbezogen zu werden. Es gibt vielleicht auch die Ebene, dass man den internationalen Bezug auch mit aufnimmt. Aber vielleicht viel stärker auch vor Ort in Zusammenarbeit, da kann man die Städtepartnerschaft mobilisieren oder sonstige Dinge, vor Ort den Vergleich und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und deren Erfahrungen mit hineinnehmen.

Und dann noch was anderes, das sprengt vielleicht den Rahmen der Möglichkeiten von Herrn Kupferschmid oder vom Ministerium. Es

gab lange Jahre bei Ihnen im Haus den Dialog der Generationen. Und genau den Dialog zwischen Jung und Alt und die Erfahrungen, die dann der einen Seite von der anderen übermittelt wurden und umgekehrt. Es wäre vielleicht lohnenswert, darüber nachzudenken, wie man diese Ebene noch verstärken könnte.

#### **Matthias Bartscher**

Danke schön.

Dann gucke ich noch mal, wer möchte was dazu sagen?

#### **Peter Kupferschmid**

Dialog der Generationen, das kann man z. B. in LOS-Projekten zu machen. In Deutschland gibt es wenige Senioren die Jugendlichen helfen, insbesondere was Berufsorientierung betrifft. Es ist sinnvoll, wenn ältere Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, ihre Erfahrungen aus dem Erwerbsleben an Jugendliche weitergeben. Gerade im Bereich sozialer Brennpunkte ist das besonders wertvoll, wo sie hohe Migrationshintergrundsanteile haben, wo sie relativ wenige Erfahrungen im Sozialraum, über traditionelle Beschäftigung haben. Ich kann Sie nur ermutigen, wenn Sie da initiativ werden.

Das zweite, Problem Schule.

Herr Hartmann hat vorher etwas zur Föderalismusreform gesagt. Das bedeutet, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesregierung nicht diese Kompetenzen hat. Nach der bundesdeutschen Verfassung hat der Bund keine Kontrollkompetenz gegenüber den Ländern.

#### **Thomas Hartmann**

Ich komme auch noch mal auf die Schule zurück. Herr Kupferschmid hat völlig recht. Der Bund hat keine Kompetenzen, kann also die Länder auch nicht zu einer besonderen Schulpolitik zwingen, aber er kann eben Anreize schaffen. Und nicht umsonst haben wir in den 40 Millionen vier Punkte genannt. Ein Punkt von diesen vier ist die Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen. Sie können also sehr wohl mit Hilfe von investiven Mitteln ein Modellvorhaben auflegen, in dem Sie z. B. die Kinder auch nachmittags mit Essen versorgen, etwas umbauen, die Küche ergänzen, bauliche Maßnahmen vornehmen. Und Sie können auch zusätzliche Sprachkurse aus diesen 40 Millionen finanzieren. Auch das ist ja genannt. Eines will der Bund nicht: Dass Lehrerstellen ersetzt werden durch das Geld. Also, Sie können natürlich keine Lehrerstellen einsparen an der Schule und die fehlenden aus den 40 Millionen ersetzen. Aber sie können ein Modellprojekt machen, an der Schule investieren und das

auch mit nicht-baulichen Maßnahmen koppeln, indem sie zusätzlichen Nachmittagsunterricht für Migrantenkinder dort als Modellvorhaben fahren, möglicherweise auch zusätzliche Mittel aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einwerben für solche Sprachkurse.

Deshalb mache ich noch mal Werbung. Natürlich ist die Soziale Stadt ein Investitionsprogramm, aber es eröffnet sehr viele Möglichkeiten, wenn man innovativ vorgeht, Dinge miteinander verschränkt. Und in der Investitionsförderung bei uns haben Sie dann immerhin im Mittelabfluss fünf Jahre gesichert, wenn Sie einmal ein Modellvorhaben reinbringen. Also, auch das ist anders als bei LOS, nicht ein oder zwei Jahre, sondern die Abwicklungsraten gehen über fünf Jahre. Aber Sie müssen, bitte schön, dieses Modellvorhaben auch entwickeln und auch von der Kommune das Land dazu drängen, sonst wird irgendwann der Mittelgeber überlegen, was ist denn rausgekommen. Er wird nach zwei, drei Jahren mal fragen, was habt Ihr denn aus diesen zusätzlichen 40 Millionen gemacht? Und wenn wir dann keine guten Modellvorhaben vorweisen können, überlegt sich auch der, der die Haushaltsmittel gibt, nämlich das Parlament: Na gut, wenn die Aufstockung nichts bringt, dann lassen wir es.

#### **Matthias Bartscher**

Wobei ich glaube, das würde ich gerne noch mal zusammenfassend sagen, das, finde ich, ist deutlich geworden, dass die Arbeit, so gut sie ist – und das ist hier, glaube ich, schon sehr gut gewürdigt worden –, doch immer noch etwas von Flickschusterei hat. Das heißt, wenn wir nicht kommunale Budgets wirklich mal sozialraumbezogen darstellen, um zu gucken, wo denn in den Kommunen das Geld wirklich hinfließt unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten, bleibt es auch bei der Flickschusterei. Und genauso fand ich Ihre Intervention wichtig zu sagen, wenn das nicht Auswirkung hat, dass so und so viele Migrantenkinder in der Schule sind und sich das auf Lehrerschlüssel und materielle Mittel in der Schule auswirkt, dann bleibt das immer nur temporär. Da können wir noch so gute Projekte machen, das ist ein Klasseprogramm, aber es ist immer temporär. Und nach fünf Jahren bricht wieder etwas weg. Ich glaube, das sollte man auch einfach mal so deutlich sagen.  
Hartmut?

#### **Hartmut Brocke**

Ich fürchte, hier braut sich langsam ein Missverständnis zusammen. Nur weil die Bundesmittel die einzigen sind, die irgendwie ein bisschen freier ausgegeben werden können. Die Bundesmittel haben nicht die Aufgabe, die

Finanzierung vor Ort zu ersetzen. Wenn über LOS geredet wird, wird manchmal gesagt, schade, das sind ja nur jährliche Projekte und nur 10.000 Euro. Das ist ein anderes Programmziel. Wir wollen Menschen erreichen und aktivieren, die vorher nicht erreicht worden sind. Wir wollen nicht die kommunalen Haushalte entlasten in anderen Bereichen. Wenn es dazu führt, dass durch die eingesetzten LOS-Mittel das kommunale Budget gekürzt wird oder die freien Träger darauf verwiesen werden, sie sollen keine Projektanträge mehr stellen, sondern nur noch Mikroprojektanträge, dann ist das verfehlt. Nur, um es mal klipp und klar und deutlich zu sagen.

Auch das Freiwillige Soziale Trainingsjahr hatte eine Anregungsfunktion. Es löst doch auch nicht alle Probleme und ersetzt doch auch nicht die Anstrengungen der Akteure vor Ort und der Bundesagentur, dass wir jetzt die Kompetenzagenturen in eine Verstetigungsphase in einer Größenordnung von 200 kriegen. Dass dies in dieser Größenordnung überhaupt passiert, finde ich schon ganz toll. Aber das Elend ist auch besonders groß, und der Bund muss Signale geben, länderweit Signale geben, wie man ein Problem lösen kann. Mehr ist das nicht.

Also, man kann an dieses E&C und seine Teilprogramme nicht die Erwartung richten, dass sie die Probleme vor Ort lösen. Die müssen nach wie vor vor Ort gelöst werden. Wir können nur dabei helfen und anregen.

#### **Matthias Bartscher**

Eine Wortmeldung habe ich noch. Dann würde ich gerne die Rednerliste schließen.

#### **Siegfried Haller**

Ich will mich einfach nur von der praktischen Ebene dem anschließen, was Hartmut Brocke vorgetragen hat. In der Praxis auf kommunaler Ebene – ich mache den Job jetzt schon 12 Jahre – können Bundes-, Landes- und EU-Programme niemals die Schwäche der Kommunalpolitik lösen, auch nicht die Schwäche eines Jugendamtes. Ein Jugendamt hat immer ein großes Budget von Rechts wegen. Die große Frage, und diese Diskussion ist ja eben auch aufgemacht worden, verfügen wir über die Daten, in welche Bereiche die Leistungen gehen? Natürlich wissen wir das. Wir versuchen, das auch aktiv zu diskutieren bei der Förderung nach § 11 bis 14 oder § 16. Also, was machen wir in den zehn Stadtbezirken hier in Leipzig, und wo gehen die Gelder hin, und wie priorisieren wir bei Sparhaushalten. Die Diskussion muss vor Ort zwingend geführt werden und daraus muss man konzeptionelle Stärke entwickeln, sich in den Kampf der Ressorts innerhalb der Kommunalpolitik begeben. Das kann eine Bundes- und

Landesebene nicht ausgleichen. Dort bekommt man Anregungen, Möglichkeiten, ein bisschen was auch neu zu denken, wie bei der E&C-Plattform. Aber es ist kein Ersatz, keine Substitution.

### **Matthias Bartscher**

Ich glaube, wir sind am Ende dieser Podiumsdiskussion. Ich möchte noch mal die Gelegenheit nutzen, wir stehen ja im Prinzip am Ende des Endes eines Abschnittes. Diese Bilanzkonferenz signalisiert den Abschluss dieser Phase von E&C, und wir sind am Ende der Veranstaltung.

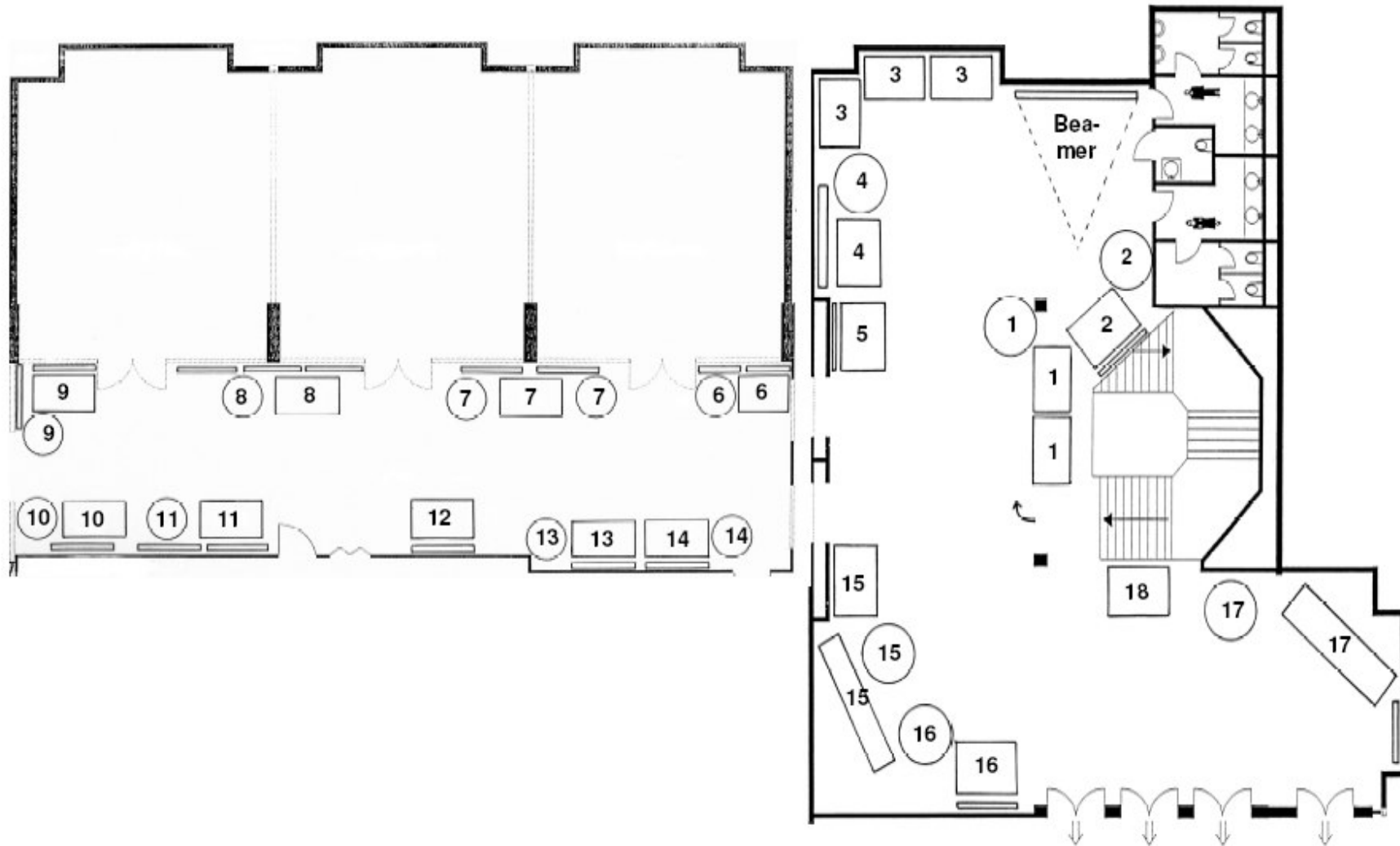
Ich möchte mich noch mal bei den beiden Vätern des Programms bedanken. Weil ich glaube, sie haben wirklich etwas Tolles in die Welt gesetzt.

Ich bedanke mich auch bei den Zeitwächtern. Die sind ganz wenig in Aktivität getreten. Ich hatte den Eindruck, es war durchweg in Ordnung. Ich bedanke mich bei Ihnen und übergebe jetzt das Wort.

## **E&C-Bilanzkonferenz „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ am 25./26. September 2006 in Leipzig**

Übersicht über die Infostände  
auf der Projektmesse

Kurzverzeichnis der Infostände auf der Projektmesse der E&C-Bilanzkonferenz 25./26. September 2006 in Leipzig



Kurzverzeichnis der Infostände auf der Projektmesse der E&C-Bilanzkonferenz 25./26. September 2006 in Leipzig

<b>Nr.</b>	<b>Programm/Projekt und Aussteller/in nach Standort</b>	<b>Seite</b>
01	Servicebüro: Lokale Bündnisse für Familie (JSB Dr. Jan Schröder Beratungsgesellschaft mbH)	3
02	Entwicklungsagentur Ganztagschulen mit dem Programm: Ideen für mehr! Ganztätig lernen. (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gGmbH)	3
03	Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)	4
04	Projektbüro der Bildungsinitiative: Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache (Microsoft Deutschland)	4
05	BildungsCent e.V. (Eine Initiative von Herlitz)	5
06	Programmagentur: Wir kümmern uns selbst (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung)	5
07	Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (Modellphase): Kompetenzagenturen (Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH)	6
08	Koordinierungsstelle: Perspektiven für junge Menschen – gemeinsam gegen Abwanderung (Stiftung Demokratische Jugend)	6
09	Transferstelle des BMBF-Programms: Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt)	7
10	Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit (SoFJA) (Diakonisches Werk der EKD)	7
11	Programmagentur: Schulverweigerung – Die 2. Chance (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.)	8
12	Freiwilligendienste von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendmigrationsdiensten (AWO KV Jena)	8
13	Servicestelle des Programms: CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern (Stiftung Demokratische Jugend)	9
14	Servicestelle des Programms: ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus (Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbh)	9
15	Regiestelle: Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS) (Stiftung Sozialpädagogisches Institut und Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbh)	10
16	Arbeitsgruppe: Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung	10
17	Prävention und Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)	11
18	Initiative: Mehr Gesundheit für alle (Bundesverband der Betriebskrankenkassen)	11



<p><b>Infostand: 01</b>  <b>Servicebüro: Lokale Bündnisse für Familie</b>  <b>Laufzeit des Programms:</b> seit 2004</p>	<p><b>Infostand: 02</b>  <b>Entwicklungsagentur Ganztagschulen mit dem Programm: Ideen für mehr! Ganztägig lernen.</b>  <b>Laufzeit des Programms:</b> 2004 - 2007</p>
<p><b>Kinder- und Familienfreundliche Städte und Gemeinden</b>  Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) steht für Innovation in der Familienpolitik. In über 330 Lokalen Bündnissen für Familie werden täglich neue Ideen und praktische Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für eine kinder- und familiengerechte Gestaltung des Lebens- und Arbeitsumfeldes in Städten und Gemeinden entwickelt.  Das Servicebüro unterstützt Kommunen, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, Kindergärten, Kirchengemeinden, Behörden, Vereine und Initiativen oder Gemeinderäte bei der Gründung neuer Bündnisse und unterstützt bestehende Bündnisse bei der Weiterentwicklung.</p>	<p><b>Das Begleitprogramm für Ganztagschulen und solche, die es werden wollen</b>  Schulen sind auf dem Weg, sich zu verändern, überall in der Bundesrepublik. Ganztagschulen spielen in diesem Reformprozess eine zentrale Rolle. Sie stellen die pädagogische Qualität des Lehrens und Lernens in den Mittelpunkt. Das Ziel ist: Schulen sollen anregende und herausfordernde Orte für Kinder und Jugendliche sein.  Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung entwickelt mit dem Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ in enger Zusammenarbeit mit Bund und Ländern seit Herbst 2004 ein Unterstützungssystem für alle Schulen, die ganztägige Bildungsangebote auf- oder bereits bestehende Angebote ausbauen und qualitativ verbessern wollen.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Lokalen Bündnissen für Familie wird die vom Familienbericht geforderte Verantwortung aller staatlichen Ebenen und unterschiedlicher gesellschaftlicher Partner seit geraumer Zeit gelebt.</li> <li>• In ihrer offiziellen Stellungnahme zum 7. Familienbericht hebt die Bundesregierung ausdrücklich hervor: die Lokalen Bündnisse haben sich „zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt“ und setzen neue Maßstäbe für „kooperatives Engagement, das künftig auch auf anderen Handlungsfeldern zum Standard gehören wird.“</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b>  Das Programm umfasst folgende Beiträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissen bündeln: Ganztagsschulportal <a href="http://www.ganztaegig-lernen.de">www.ganztaegig-lernen.de</a></li> <li>• Nah dran: Regionale Serviceagenturen in den Ländern</li> <li>• Umschlagplätze für Wissen: Fünf Werkstätten</li> <li>• Servicestelle Jugendbeteiligung</li> <li>• Gute Beispiele weitergeben und von ihnen lernen: Wettbewerb</li> <li>• Austausch, Vernetzung, neue Impulse: Jährliche Ganztagschulkongresse</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de">www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.ganztaegig-lernen.org">www.ganztaegig-lernen.org</a></p>
<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Meike Nienhaus, Nicole Rauschenberg, Servicebüro: Lokale Bündnisse für Familie, JSB Dr. Jan Schröder Beratungsgesellschaft mbH, Bonn</p>	<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Sabine Zubrägel, Katharina Zeißig, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Regionalstelle Sachsen, Dresden</p>

<p><b>Infostand: 03</b>  <b>Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI): Büchertisch</b></p>	<p><b>Infostand: 04</b>  <b>Projektbüro der Bildungsinitiative: Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache</b>  <b>Laufzeit des Programms:</b> seit 2003</p>
<p><b>Deutsches Jugendinstitut e.V.</b>  Das DJI ist ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht in Forschungsprojekten die Lebenslagen und Entwicklungen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie darauf bezogene sozialstaatliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung.  Auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse berät das DJI Politik (Bund, Länder und Kommunen) und Fachpraxis. Es stellt politisch relevante Daten und Orientierungshilfe bereit und führt Fort- und Weiterbildungen durch.</p>	<p><b>Förderung der Sprachentwicklung von Kindern</b>  Die Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“ von Microsoft und den Partnern Cornelsen-Verlag und Computerwerkstatt Berlin fördert die Sprachentwicklung von Kindern in Deutschland, insbesondere die Anbahnung des Schriftspracherwerbs bei Kindern im Alter von 4-6 Jahren in Kindertagesstätten. Mit der frühen Entfaltung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache einschließlich der Ausbildung sozialer und kommunikativer Fähigkeiten soll auch die Lernfähigkeit der Kinder gefördert und der Wissenstransfer innerhalb der Kindergruppen unterstützt werden. Die Initiative nutzt dafür neue Technologien, insbesondere die speziell für diese Zielsetzung entwickelte Lernsoftware „Neues von den Schlaumäusen“.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das DJI ist mit der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprogramme „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&amp;C)“ und „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ beauftragt.</li> <li>• Vom DJI wurden/werden folgende E&amp;C-Programmbausteine ebenfalls wissenschaftlich begleitet: das Modellprogramm „Netzwerke und soziales Ehrenamt“, das Modellprogramm „Kompetenzagenturen“ und das Modellprogramm „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)“.</li> <li>• Das DJI ist darüber hinaus mit der wissenschaftlichen Begleitung folgender BMFSFJ Modellprogramme beauftragt: „Wir kümmern uns selbst“ und „ENTIMON – gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“ will die Kinder bei der Entfaltung ihrer eigenen Möglichkeiten unterstützen und ihnen zeigen, dass Lernen Spaß macht. Kindergärten, die sich beteiligen, erhalten eine kindgemäße PC-Ausstattung und erfahrene Medienpädagogen/innen schulen die Erzieher/innen.</li> <li>• Durch das Netzwerk „Schlaumäuse – unterstützt durch Microsoft-Partner“ bietet Microsoft Deutschland seinen Vertriebspartnern die Möglichkeit, durch finanzielle wie personelle Unterstützung in Form einer Patenschaft dazu beizutragen, dass sich die Anzahl der mittlerweile fast 1.000 Schlaumäuse-Kindergärten in sozialen Brennpunkten kontinuierlich erhöht und die Initiative damit eine größere Reichweite erhält.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> www.dji.de</p>	<p><b>Internetadresse:</b> www.schlaumaeuse.de</p>
<p><b>Ansprechpartnerin am Infostand:</b> Heike Kießler, Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI), Halle</p>	<p><b>Ansprechpartnerin am Infostand:</b> Susanne Matthiesen, Microsoft Deutschland, Berlin</p>

<p><b>Infostand: 05</b>  <b>BildungsCent e.V. – Eine Initiative von Herlitz</b>  <b>Laufzeit des Programms:</b> seit 2003</p>	<p><b>Infostand: 06</b>  <b>Programmagentur: Wir kümmern uns selbst – Konfliktlösung im öffentlichen Raum</b>  <b>Laufzeit des Programms:</b> 2005 - 2008</p>
<p><b>Ein Cent, der Schule macht</b>  Der gemeinnützige Verein BildungsCent e.V. – eine Initiative von Herlitz – setzt sich bundesweit für die nachhaltige Förderung der Lehr- und Lernkultur in Deutschland ein. Der BildungsCent e.V. mobilisiert Partner aus Schulen, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, um gemeinsam notwendige Veränderungsprozesse im Bildungssystem voranzutreiben.  Unter dem Motto „Ein Cent, der Schule macht“ sammelt der BildungsCent e.V. Mittel, um die Realisierung innovativer und qualitätsverbessernder Schulprojekte zu unterstützen. Mit einem Mindestbeitrag von 365 Cent pro Jahr kann jede/r somit einen Beitrag für die Zukunft unserer Kinder leisten.</p>	<p><b>Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung im Sozialraum stärken</b>  Das Modellprogramm „Wir kümmern uns selbst“ entwickelt, erprobt und kommuniziert neue Wege zur Lösung von Konflikten im öffentlichen Raum, in die Kinder und Jugendliche involviert sind.  Das Programm zielt auf die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen einer frühzeitigen und niedrigschwelligen Konfliktbearbeitung mit den beteiligten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor Ort. Es ermutigt die Konfliktbeteiligten, eigene Wege zur Lösung ihrer Konflikte zu gehen. Unter Einbeziehung von unterschiedlichen Akteuren werden die Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung in den jeweiligen Sozialräumen entwickelt und gestärkt.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b>  Zu den aktuellen Programmen gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Partners in Leadership</li> <li>• Projekt Learning by viewing</li> <li>• Schule in Bewegung</li> <li>• Stärken stärken</li> <li>• Neue Medien</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Programm „Wir kümmern uns selbst“ wird an sechs Modellstandorten (Kommunen) erprobt.</li> <li>• Bei der Umsetzung wird an kriminalitätspräventive Netzwerke sowie Erfahrungen der sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe angeknüpft.</li> <li>• Die Entwicklung und Umsetzung erfolgt innerhalb bereits bestehender Strukturen und Netzwerke und mit vorhandenen Ressourcen.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.bildungscent.de">www.bildungscent.de</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.wir-kuemmern-uns-selbst.de">www.wir-kuemmern-uns-selbst.de</a></p>
<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Silke Ramelow, Julia Siesslack, Christin Träger, BildungsCent e.V.</p>	<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Marit Kukat, Beate Seusing, Programmagentur: Wir kümmern uns selbst, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies), Hannover</p>

<p><b>Infostand: 07</b>  <b>Regiestelle Kompetenzagenturen: Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Modellphase „Kompetenzagenturen“ (INBAS)</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2002 - 2006</b></p>	<p><b>Infostand: 08</b>  <b>Koordinierungsstelle: Perspektiven für junge Menschen – gemeinsam gegen Abwanderung</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2005 - 2007</b></p>
<p><b>Erreichen – Halten – Vermitteln</b>          Um besonders benachteiligte Jugendliche in Arbeit und Ausbildung zu bringen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Jahr 2002 Kompetenzagenturen eingerichtet.          Bundesweit arbeiten 15 Kompetenzagenturen im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit – Modellphase: Kompetenzagenturen“ daran, besonders benachteiligte junge Menschen durch das Spektrum der Hilfs- und Förderangebote zu lotsen, um ihre soziale und berufliche Integration passgenau zu unterstützen.          Ziel des Modellvorhabens ist es auch, Schwachstellen und Lücken in den lokalen Förderangeboten zu identifizieren und in Zusammenarbeit mit den Institutionen neue Angebote anzustoßen.</p>	<p><b>Zukunft in der Heimatregion</b>          Um der Abwanderung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern etwas entgegen zu setzen, hat die Stiftung Demokratische Jugend mit Unterstützung des BMFSFJ die Koordinierungsstelle „Perspektiven für junge Menschen – gemeinsam gegen Abwanderung“ eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit Partnern und Unterstützern Perspektiven für junge Menschen in den neuen Bundesländern zu entwickeln, die ihnen eine Zukunft in ihrer Heimatregion ermöglichen und Chancen zum Bleiben oder Wiederkommen eröffnen. Neben der Initiierung und Begleitung von Förderprogrammen möchte die Koordinierungsstelle mit ihren Aktivitäten auch für ein breiteres Interesse am Thema Abwanderung in der Öffentlichkeit sorgen und dieses Problemfeld stärker in das Bewusstsein der Bürger/innen ebenso wie der politischen Verantwortungsträger rücken.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (INBAS) wurde vom BMFSFJ beauftragt, die bundesweite organisatorische Umsetzung des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“, Modellphase „Kompetenzagenturen“ über die Regiestelle zu steuern.</li> <li>• Die Ausweitung der Kompetenzagenturen von bisher 15 auf bis zu 200 Standorte ist geplant.</li> <li>• Der neue Förderzeitraum beginnt am 1. November 2006 und endet am 31. Dezember 2007.</li> <li>• Das Programm wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b>          Wichtige Ansätze sind in diesem Zusammenhang:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendliche zu ermutigen, selbst Ideen für die Verbesserung der Attraktivität ihres Lebensumfeldes zu entwickeln und sie gemeinsam mit Unterstützern in ihrem Ort/in ihrer Stadt umzusetzen.</li> <li>• Junge Leute zu motivieren, sich in ihrer Region umzusehen und etwas für ihre Heimat und die dort lebenden Menschen zu leisten.</li> <li>• Jugendliche anzuregen, sich mit den historischen Ereignissen ihrer unmittelbaren Umgebung auseinander zu setzen und dabei ein Gespür für ihre Heimat zu entwickeln.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.kompetenzagenturen.de">www.kompetenzagenturen.de</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.jugendstiftung-perspektiven.org">www.jugendstiftung-perspektiven.org</a></p>
<p><b>Ansprechpartner am Infostand:</b> Hardy Adamczyk, Uwe Kirchbach, Regiestelle Kompetenzagenturen, INBAS, Offenbach; Hanjo Koop, Kompetenzagentur Aachen</p>	<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Jana Kellermann, Bettina Wegner, Koordinierungsstelle: Perspektiven für junge Menschen – gemeinsam gegen Abwanderung, Stiftung Demokratische Jugend, Berlin</p>

<p><b>Infostand: 09</b>  <b>Transferstelle des BMBF-Programms: Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2001 - 2007</b></p>	<p><b>Infostand: 10</b>  <b>Sozialräumliche Familien- und Jugendsozialarbeit (SoFJA)</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2002 - 2006</b></p>
<p><b>Von Neumünster bis Bad Tölz, von Aachen bis Görlitz – in den Netzwerken der Lernenden Regionen wird das Lebenslange Lernen Wirklichkeit.</b></p> <p>Für das Lebenslange Lernen müssen sich Bildungseinrichtungen öffnen, sich mit wichtigen Akteuren aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umfeld vernetzen. Hierzu bedarf es neuer, fließender Strukturen, durch die Lernen über die ganze Spannweite unseres Lebens leichter wird. Diesen Wandel unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“. Die auf Dauer angelegten, regionalen Bildungsnetzwerke schaffen Angebote von neuer Qualität, die für alle zugänglich sind.</p>	<p><b>Gemeinwesenvitalisierung als Rahmenkonzept</b></p> <p>„SoFJA“ geht davon aus, dass der Schlüssel für eine Verbesserung der sozialintegrativen Leistungsfähigkeit der Jugendhilfe eine konsequente und kontinuierlich angelegte Netzwerkarbeit aller Akteure in lokalen Nahräumen ist. Einen besonders hohen Stellenwert in diesem Konzept nimmt der Bereich der primären Netzwerkarbeit ein (Eltern, Geschwister, Verwandte, Nachbarn, Freunde, Peers etc.). Insbesondere der Arbeit an den familialen Strukturen kommt eine herausragende Bedeutung zu. Hier liegen Faktoren, die die soziale Desintegration Jugendlicher auslösen und vor allem „stabilisieren“. Daraus ergibt sich zwingend, dass die Helferinnen und Helfer das Gesamtsystem Familie erreichen und bearbeiten müssen, um die Basis für den Erfolg weitergehender Hilfen etwa zur Integration der Zielgruppe in Ausbildung und Arbeit zu schaffen.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auf Basis der Richtlinien 2001 werden derzeit 70 Lernende Regionen gefördert. Die Netzwerke wurden 2001 und 2002 ausgewählt (1. und 2. Welle) und für maximal fünf Jahre gefördert.</li> <li>• Mit der Richtlinie 2006 wird das Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ vertieft. Gefördert werden im Zeitraum Juli/Oktober 2006 bis Dezember 2007 integrierte Dienstleistungen in regionalen Netzwerken für Lebenslanges Lernen.</li> <li>• Antragsberechtigt sind Netzwerke, die in dieser Laufzeit nicht bereits im Rahmen des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ gefördert werden.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Zielgruppe des Modellprojektes sind überwiegend männliche Jugendliche im Alter zwischen 11 und 17 Jahren, die im gesellschaftlichen Diskurs gelegentlich als „Monster-Kids“, „Multi-Problem-Jugendliche“ oder im Bereich des Jugendstrafrechts als „Mehrfach- und Intensivtäter“ etikettiert werden.</li> <li>• SoFJA zielt auf eine sozialräumliche Vitalisierungsarbeit: Kooperation zwischen Mobiler Jugendarbeit und beratend-therapeutisch orientierter, aufsuchender Familientherapie.</li> <li>• So sollen möglichst hohe und nachhaltige Synergieeffekte bei der Sozialen Integration insbesondere von „Multi-Problem-Jugendlichen“ und ihren Familien erreicht werden.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.lernende-regionen.info/dlr/index.php">www.lernende-regionen.info/dlr/index.php</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.diakonie.de">www.diakonie.de</a></p>
<p><b>Ansprechpartnerin am Infostand:</b> Dr. Gertrud Wolf, Transferstelle des BMBF Programms: Lernende Regionen, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Bonn</p>	<p><b>Ansprechpartner/in am Infostand:</b> Matthias Bruckdorfer, Claudia Dubois-Reymond, Diakonisches Werk der EKD, Berlin</p>

<p><b>Infostand: 11</b>  <b>Programmagentur: Schulverweigerung – Die 2. Chance</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2006 - 2007</b></p>	<p><b>Infostand: 12</b>  <b>Freiwilligendienste von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendmigrationsdiensten (JMD)</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2005 - 2008</b></p>
<p><b>Reintegration von Schülern und Schülerinnen</b>  Das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ hat zum Ziel, junge Menschen, die schulabstinentes Verhalten zeigen, wieder in die Regelschule zu reintegrieren.  An 74 Standorten im gesamten Bundesgebiet werden seit dem 1. September 2006 lokale Projekte gefördert, die diese Schüler/innen dabei unterstützen, wieder regelmäßig die Schule zu besuchen und so ihre Chancen auf einen Schulabschluss und damit auch auf einen Ausbildungsplatz deutlich zu erhöhen.  Der Deutsche Verein hat zur fachlichen Begleitung und Koordinierung des Programms eine zentrale Regiestelle eingerichtet.</p>	<p><b>Freiwillig? Na klar!</b>  Ziel des Modellprogramms ist es, jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zu geben, ihre positiven Integrationserfahrungen im Rahmen eines Freiwilligendienstes neu eingewanderten jungen Migranten/innen zur Verfügung zu stellen.  Bundesweit nehmen zehn Jugendmigrationsdienste von vier Trägergruppen der Jugendsozialarbeit an dem Modellprogramm teil.  Das Programm wird vom BMFSFJ als Bestandteil des Programms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ mit Bezug auf die Empfehlungen der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ finanziert.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b>  In den Koordinierungsstellen vor Ort planen und begleiten die Fachkräfte den gesamten Bildungs- und Förderprozess individuell für die beteiligten Schüler/innen. Zu den wichtigsten Aufgaben der Koordinierungsstellen gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Case-Management: individuelle Begleitung des Schülers/der Schülerin,</li> <li>• Beratung und Aktivierung der Eltern,</li> <li>• Organisation eines Ganztagsangebotes,</li> <li>• Vernetzung der Jugendhilfe mit der Schule und den verschiedenen Kooperationspartnern auf örtlicher Ebene.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Jugendlichen leisten in der Regel wöchentlich mindestens drei Stunden freiwillige Tätigkeit über einen Zeitraum von mindestens drei Monaten.</li> <li>• Die Freiwilligen bieten individuelle Behördenbegleitungen, Übersetzungshilfen, Exkursionen, Bewerbungshilfen, Deutschnachhilfe, Tanzkurse und Ähnliches an.</li> <li>• Sie werden vom Jugendmigrationsdienst professionell betreut, geschult und nehmen an begleitenden Seminaren und Treffen teil.</li> <li>• Am Ende des Freiwilligendienstes erhalten die Jugendlichen ein Zertifikat.</li> <li>• Die bundesweite Koordination liegt bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JSA) in Bonn.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.zweite-chance.eu">www.zweite-chance.eu</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.jmd-jena.de">www.jmd-jena.de</a></p>
<p><b>Ansprechpartner/in am Infostand:</b> Reiner Müller, Dr. Barbara Mutke, Programmagentur: Schulverweigerung – Die 2. Chance, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin</p>	<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Valeri Hartwich, Dorit Müller, Nailia Mukmenova, Jugendmigrationsdienst des AWO Kreisverbandes Jena</p>



<p><b>Infostand: 13</b>  <b>Servicestelle des Bundesmodellprogramms: CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2001 - 2006</b></p>	<p><b>Infostand: 14</b>  <b>Servicestelle des Programms: ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2002 - 2006</b></p>
<p><b>Stärkung einer gemeinwesenorientierten demokratischen Kultur</b>  CIVITAS unterstützt Projekte und Initiativen in den neuen Bundesländern. Ziel des Programms ist es, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen.  Dabei stehen Maßnahmen und Projekte im Mittelpunkt, die Anerkennung, Schutz und Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zum Ziel haben. Sowohl die Professionalisierung von Beratungsstrukturen als auch die Entwicklung und Anerkennung örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen sind wichtige Elemente zur Stärkung der demokratischen Kultur in den neuen Bundesländern.</p>	<p><b>Stärkung des zivilen Engagements</b>  ENTIMON fördert bundesweit Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Verhinderung von Rechtsextremismus und Gewalt. Durch ENTIMON sollen modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen gefördert werden, die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben bzw. diesen im Laufe des Projektes entwickeln. Dabei sollen die in den Programmleitlinien festgelegten Ziele erreicht werden: Einübung in Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen, Entwicklung und Stärkung von demokratischem Handeln und Zivilcourage, Vermittlung eines verlässlichen politischen Grundwissens.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ besteht aus den drei Teilprogrammen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus,</li> <li>• CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern,</li> <li>• XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt.</li> </ul> </li> <li>• Die Ergebniskonferenz des Aktionsprogramms findet am 21. und 22. November 2006 in Berlin statt.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bund plant Fortsetzung seines Engagements zur Stärkung von Toleranz und Demokratie: In einem neuen Programm, vorrangig im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, sollen in Anknüpfung an die bisherigen Erfahrungen lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert, herausgehobene modellhafte Maßnahmen unterstützt und zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation zu Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus geschaffen werden.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.jugendstiftung-civitas.org">www.jugendstiftung-civitas.org</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.entimon.de">www.entimon.de</a></p>
<p><b>Ansprechpartnerin am Infostand:</b> Ines Große, Servicestelle CIVITAS, Stiftung Demokratische Jugend, Berlin</p>	<p><b>Ansprechpartnerinnen am Infostand:</b> Dr. Annedore Frenzel, Andrea Keppke, Servicestelle ENTIMON, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub), Berlin</p>

<p><b>Infostand: 15</b>  <b>Regiestelle: Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)</b>  <b>Laufzeit des Programms: 2003 - 2007</b></p>	<p><b>Infostand: 16</b>  <b>Arbeitsgruppe: Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtteilentwicklung</b>  <b>Laufzeit des Programms: seit 2002</b></p>
<p><b>Menschen beteiligen. Strukturen vernetzen. Mikroprojekte fördern.</b>  Das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert die Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen mit dem Ziel, benachteiligte Menschen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) werden seit 2003 Mikroprojekte in E&amp;C/Soziale Stadt-Gebieten mit bis zu 10.000 Euro gefördert.  Neben der Integration von Menschen, die am Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, setzt LOS auf die Stärkung der Infrastruktur in Stadtteilen mit sozialen Problemen. Mit Beteiligung der Bewohner/innen werden die Förderentscheidungen vor Ort getroffen.  Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub) und die Stiftung SPI agieren als Regiestelle für die bundesweite Umsetzung des Programms LOS.</p>	<p><b>Ein Netzwerk integrierter Gesundheitsförderung</b>  Erhebliche Zuspitzungen in allen Bereichen sozialer Devianz (psychische und somatosomatische Leiden, aggressive Verhaltensweisen und Kriminalität) sind zu erwarten, wenn es nicht gelingt, einen bürgerschaftlichen Konsens über stützende Rahmenbedingungen für eine gesundheitsfördernde Lebenskultur und ein gelingendes Leben zu schaffen. Die AGGSE verfolgt das Ziel der Integration von Gesundheitsförderung in die partizipatorischen Programme der Gemeinde- und Stadtentwicklung. Dabei will die AGGSE praxisorientierte Konzepte und Methoden einer gesundheitsfördernden, nachhaltigen Sozialraumentwicklung hinsichtlich ihrer theoretischen, praktischen und politischen Konsistenz und Nutzbarkeit bewerten, die Ergebnisse an Entscheidungsträger und Akteure vermitteln sowie diese in der (Fach-) Öffentlichkeit verbreiten.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 287 Lokale Aktionspläne wurden seit dem Programmbeginn im Jahr 2003 gefördert.</li> <li>• In fast 9.000 Mikroprojekten haben schon mehr als 250.000 Personen bewiesen, dass der Ansatz von LOS richtig ist.</li> <li>• Die laufende vierte Förderperiode hat am 1. Juli 2006 in bundesweit 281 Gebieten begonnen.</li> <li>• Über 1.000 Mikroprojekte sind bereits gestartet.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die AGGSE verknüpft anwendungsorientierte Wissenschaft mit kommunaler Praxis.</li> <li>• Sie leistet Beratung, Fortbildung, Forschung und Entwicklung.</li> <li>• Sie vermittelt ihre Ergebnisse in Politik, Verwaltung, Länder, Bund sowie europäische Organisationen.</li> <li>• Die AGGSE setzt sich aus einem interdisziplinären Team aus Theorie und Praxis zusammen.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.los-online.de">www.los-online.de</a></p>	<p><b>Internetadresse:</b> <a href="http://www.difu.de/projektforen/aggse/">www.difu.de/projektforen/aggse/</a></p>
<p><b>Ansprechpartner/in am Infostand:</b> Thomas Witzel, Sabine Steinmair, Regiestelle LOS, Stiftung SPI / gsub, Berlin</p>	<p><b>Ansprechpartner am Infostand:</b> Uwe Lummitsch, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Wolfen; Marcus Pierk, agenda-transfer Agentur für Nachhaltigkeit, Bonn</p>

<p><b>Infostand: 17</b>  <b>Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche</b></p>	<p><b>Infostand: 18</b>  <b>Initiative: Mehr Gesundheit für alle</b></p>
<p><b>Stärkung der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten</b>                  Soziale Benachteiligung geht häufig mit einer schlechteren Gesundheit einher. Sozial benachteiligten Menschen fehlt es an Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und ihre Gesundheit zu fördern, gesundheitsrelevante Verhaltensweisen sind weniger eingeübt, ärztliche Versorgung wird in geringerem Maße in Anspruch genommen.                  Prävention muss frühzeitig und zielgruppenadäquat ansetzen. Daher unterstützt die BZgA im Rahmen ihrer Präventionsarbeit vor allem sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und regt sie zu gesundheitsförderlichem Verhalten an. Dazu entwickelt die BZgA zielgruppenspezifische Strategien der Ansprache schwer erreichbarer Zielgruppen.</p>	<p><b>Gesundheitschancen und Lebensqualität verbessern</b>                  Viele Studien belegen, dass das Krankheitsrisiko mit sinkendem Einkommen, niedrigerem sozialen Status und geringerem Ausbildungstand steigt. „Mehr Gesundheit für alle“ ist eine Initiative des BKK Bundesverbandes für Menschen in schwierigen Lebenssituationen.                  Zusammen mit anerkannten Partnern aus der Gesundheitsförderung verbessert die BKK dauerhaft Gesundheitschancen und Lebensqualität. Daher fördert die BKK zahlreiche Einzelprojekte zur Prävention, die sich an folgenden Schwerpunkten orientieren: Familie und Gesundheit, Arbeit(slosigkeit) und Gesundheit, Migration und Gesundheit, Altern und Gesundheit, Entwicklung von Gesundheitsstrukturen.</p>
<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Um bundesweit gute Praxis der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten zu stärken und zu verbreiten, hat die BZgA ein nationales Verbundprojekt mit derzeit 37 Kooperationspartnerorganisationen initiiert. Die Internet-Plattform des Kooperationsverbundes <b>www.gesundheitliche-chancengleichheit.de</b> bietet aktuelle Informationen, Veranstaltungshinweise und Forschungsergebnisse sowie eine Online-Datenbank mit derzeit ca. 2.700 Einträgen. Ein Arbeitsschwerpunkt sind Beispiele guter Praxis soziallagenbezogener Gesundheitsförderung. Regionale Knoten in 14 Bundesländern unterstützen die Vernetzung auf Länderebene.</li> <li>• Die BZgA koordiniert von Juni 2004 bis Mai 2007 das EU-Projekt „Closing the Gap: Strategies for Action to tackle Health Inequalities in Europe“. In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Europäischer Gesundheitsförderungsorganisationen EuroHealthNet leisten nationale Gesundheitsförderungsorganisationen aus 22 Ländern einen Beitrag zur Verminderung gesundheitlicher Ungleichheiten. Länderprofile, Strategien, Good-Practice-Modelle stehen über das Portal <b>www.health-inequalities.eu</b> online zur Verfügung.</li> </ul>	<p><b>Weitere Informationen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Projekttyp 1:</b> Es werden modellhaft Instrumente, Verfahren und Vorgehensweisen erprobt, um diese (sofern sie sich als tauglich erweisen) zu verbreitern.</li> <li>• <b>Projekttyp 2:</b> Die BKK investiert bewusst in Strukturen, um die Bedingungen für die Durchführung von Präventionsprojekten und die Verbreitung präventiver Ansätze für bisher kaum erreichte Zielgruppen neu zu schaffen oder zu verbessern.</li> <li>• Die BKK wird von Experten beraten und unterstützt, die u.a. Untersuchungen zu relevanten Fragestellungen verfassen. Die Ergebnisse der Expertisen werden dokumentiert und in der BKK Buchreihe „Gesundheitsförderung und Selbsthilfe“ publiziert, so dass das BKK-System sowie andere Experten und Wissenschaftler von den Erkenntnissen profitieren können.</li> <li>• Der Bundesverband der BKK kooperiert mit den Programmen E&amp;C und Soziale Stadt unter dem Titel „Mehr Gesundheit für alle im sozial benachteiligten Stadtteil“.</li> </ul>
<p><b>Internetadresse:</b> www.bzga.de</p>	<p><b>Internetadresse:</b> www.bkk.de</p>
<p><b>Ansprechpartner/innen am Infostand:</b> Simone Weyers, BZgA; Holger Kilian, Judith Steinkühler, Gesundheit Berlin; Benita Schulz, projecta, Köln, i. A. BZgA</p>	<p><b>Ansprechpartnerin am Infostand:</b> Margot Wehmhöner, Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Essen</p>

Bilanzkonferenz der BMFSFJ-Programmplattform  
„Entwicklung und Chancen junger Menschen in  
sozialen Brennpunkten“ (E&C)

**Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche**

# Konferenz

25. und 26. September 2006 in Leipzig

**Montag, 25. September 2006**

**10.00** Tagungsbüro geöffnet

## Begrüßung

**11.00 Für ein gelingendes Aufwachsen – Stärkung der Familie, Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil: Erfahrungen und Perspektiven der nationalen Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“**

Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**11.30 Leipzig – Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche**

Dr. Siegfried Haller, Vertreter des Dezernates Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig

**12.00 Mehr Chancen für das Aufwachsen in sozialen Brennpunkten – Messe der Modellprogramme und Initiativen**

Eröffnung der Messe und Rundgang mit der Presse

## Infostände:

- BildungCent e.V.,  
eine Initiative von Herlitz
- CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern,  
Stiftung Demokratische Jugend
- Deutsches Jugendinstitut e.V.
- ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus,  
Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
- Freiwilligendienste von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendmigrationsdiensten,  
JMD AWO Kreisverband Jena
- Ideen für mehr! Ganztägig lernen,  
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gGmbH
- Kompetenzagenturen,  
Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH
- Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken,  
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.,  
Transferstelle des BMBF-Programms
- Lokale Bündnisse für Familie,  
JSB Dr. Jan Schröder Beratungsgesellschaft mbH
- Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS),  
Stiftung SPI / gsub
- Mehr Gesundheit für alle – im benachteiligten Stadtteil,  
Bundesverband der Betriebskrankenkassen
- Perspektiven für junge Menschen  
– gemeinsam gegen Abwanderung,  
Stiftung Demokratische Jugend

- Prävention und Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche,  
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache,  
Microsoft Deutschland
- Schulverweigerung – Die 2. Chance,  
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit – SoFJA,  
Diakonisches Werk der EKD
- Umwelt und Gesundheit,  
Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung
- Wir kümmern uns selbst,  
Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung

**12.45** Mittagessen

**14.00 Integrationsmaschine Stadt – Analysen, Impulse und Strategien für soziale Brennpunkte**

Prof. Dr. Rainer Kilb, Fachhochschule Mannheim

**14.45 Soziale Arbeit als Koproduktion – Idee, Umsetzung und Perspektiven integrativer Handlungsansätze in der sozialen Stadtteilentwicklung für Kinder, Jugendliche und Familien**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin

**15.30** Pause

**16.00 Auf den Weg gebracht – Programme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Unterstützung sozial benachteiligter junger Menschen**

## Forum 1

**Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) – Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potenziale vor Ort**  
Christoph Schwamborn, Stiftung SPI; Markus Wicke, gsub,  
Regiestelle LOS, Berlin

Sabine Nölke-Schaufler, Kompetenzzentrum Integration,  
Augsburg

*Moderation:* Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

## Forum 2

**Kompetenzagenturen – Arbeitsweltorientierte Jugendsozialarbeit**

Hardy Adamczyk, INBAS, Regiestelle Kompetenzagenturen,  
Offenbach

Hermine Hauck, elan GmbH, Fürth

*Moderation:* Judith Schwarzbürger, Regiestelle E&C



## Forum 3

### **Schulverweigerung – Die 2. Chance: Schulverweigerung als gesellschaftliche und jugendpolitische Herausforderung**

Reiner Müller, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Zentrale Regiestelle „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, Berlin

Regina Brendken, Sekundarschule Friedrichstadt, Wittenberg

Beatrice Harrantdt, Angela Kotschka, Internationaler Bund (IB), Wittenberg

*Moderation:* Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C

## Forum 4

### **Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie**

Andrea Keppke, Servicestelle ENTIMON, Berlin

Ute Seckendorf, Servicestelle CIVITAS, Berlin

*Moderation:* Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

## Forum 5

### **Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialräumliche Integration als Aufgabe der Jugendmigrationsdienste**

Katja Glybowski, Jugendmigrationsdienst, Jena

Astrid Horbank, Quartiersmanagement, Jena-Lobeda

Dr. Helmuth Schweitzer, RAA/Büro für interkulturelle Arbeit, Essen

*Moderation:* Antje Klemm, Regiestelle E&C

17.30 Pause

17.45 **Kommunale Strategien und Handlungsfelder in sozialen Brennpunkten**

## Forum 6

### **Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Chance und Herausforderung**

Ingrid Papies-Winkler,

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin

*Kommentar:* Gesine Bär,

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

*Moderation:* Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C

## Forum 7

### **Schlafende Riesen wecken: Partizipation und Beteiligung im sozialen Brennpunkt**

Matthias Bartscher, Kinderbüro Hamm

*Kommentar:* Joachim Barloschky,

Projektgruppe Bremen-Tenever

*Moderation:* Antje Klemm, Regiestelle E&C

## Forum 8

### **Umsteuern: Kommunale Bündnisse, Good Governance und bürgerschaftliches Engagement als Strategie kommunalen Handelns**

Thomas Ehlert, Jugendamt, Leipzig

*Kommentar:* Margarete Unkhoff,

Amt für Soziale Arbeit, Wiesbaden

*Moderation:* Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

## Forum 9

### **Kinder fördern heißt Eltern fördern: Unterstützung von Familien und Kindern durch integrierte Dienste im Stadtteil**

Annette Berg, Jugendamt, Monheim

*Kommentar:* Helmut Szepansky, Kinder- und Familienzentrum

Barmbek-Süd, Hamburg

*Moderation:* Wiebke Them, Regiestelle E&C

## Forum 10

### **Hürden nehmen – Übergänge gestalten: Lokale Kooperation von Schule, Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter**

Heiner Brülle, Amt für Soziale Arbeit, Wiesbaden

*Kommentar:* Philipp Schäfer, ARGE, Dresden

*Moderation:* Judith Schwarzburger, Regiestelle E&C

20.00 Abendessen in der Moritzbastei

Dienstag, 26. September 2006

9.00 **Modellprogramme und Initiativen für benachteiligte Kinder und Jugendliche stellen sich vor**

Kurzvorträge und Präsentationen auf der Projektmesse

10.30 **Anknüpfungspunkte und Perspektiven für eine soziale Stadtentwicklung im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“**

Thomas Hartmann,

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

11.00 **Wirksamkeit lokaler Netzwerke und die Ausprägungen kommunalpolitischer Steuerung – Das Bundesmodellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)**

Dr. Susann Burchardt, Deutsches Jugendinstitut e.V.

11.45 Pause

12.00 **Podiumsdiskussion und Ausblick: „Die Soziale Stadt für Kinder, Jugendliche und Familien“**

■ Annette Berg, Stadt Monheim

■ Hartmut Brocke, Stiftung SPI

■ Dr. Heike Förster, DJI

■ Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig

■ Thomas Hartmann, BMVBS

■ Peter Kupferschmid, BMFSFJ

■ Simone Weyers, BZgA

*Moderation:* Matthias Bartscher, Hamm

13.30 **Abschluss**

Peter Kupferschmid, BMFSFJ

Hartmut Brocke, Stiftung SPI

13.45 Imbiss

**Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**  
**Bilanzkonferenz "Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche", Leipzig, 25./26. September 2006**  
**Referenten/innen**

Name	Vorname	Institution	Straße	PLZ	Ort	email	Telefon
Adamczyk	Hardy	INBAS - Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH, Regiestelle Kompetenzagenturen	Herrnstr. 53	63065	Offenbach am Main	adamczyk@inbas.com	0692722459
Bär	Gesine	Deutsches Institut für Urbanistik	Straße des 17. Juni 112	10623	Berlin	baer@difu.de	03039001237
Barloschky	Joachim	Projektgruppe Bremen-Tenever, Planungsbüro, Amt für Soziale Dienste	Neuwieder Str. 44a	28325	Bremen	projektgruppe@bremen-tenever.de	0421425769
Bartscher	Matthias	Stadt Hamm, Kinderbüro, Stadtteilkoordination	Werler Str. 3	59065	Hamm	bartscher@stadt.hamm.de	02381176202
Berg	Annette	Stadt Monheim, Fachbereich 2 - Jugend und Familie, Jugendamt	Rathausplatz 10a	40789	Monheim/a. R.	fb2@monheim.de	021739515550
Brendken	Regina	Sekundarschule Friedrichstadt, Projekt "Produktives Lernen"	Sandstraße 4	06886	Lutherstadt Wittenberg	kontakt@pl-wittenberg.de	03491877183
Brocke	Hartmut	Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut	Müllerstraße 74	13349	Berlin	info@stiftung-spi.de	03045979333
Brülle	Heiner	Stadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 51.1, Jugendhilfe- und Sozialplanung	Kurt-Schumacher-Ring 2	65195	Wiesbaden	heiner.bruelle@wiesbaden.de	0611313597
Burchardt	Dr. Susann	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06100	Halle	burchardt@dji.de	03456817818
Burgmeier	Klaus	Stadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit	Kurt-Schumacher-Ring 2-4	65195	Wiesbaden	klaus.burgmeier@wiesbaden.de	0611314687
Ehlert	Thomas	Stadt Leipzig, Jugendamt - Planungscoordination/Statistik	Naumburger Str. 26	04229	Leipzig	tehlert@leipzig.de	03411234319
Förster	Dr. Heike	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	foerster@dji.de	03456817822
Glybowskaja	Katja	Jugendmigrationsdienst, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Jena e. V.	Kastanienstr. 11	07747	Jena	jmd@awo-jena.de	03641331291



**Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**  
**Bilanzkonferenz "Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche", Leipzig, 25./26. September 2006**  
**Referenten/innen**

Name	Vorname	Institution	Straße	PLZ	Ort	email	Telefon
Haller	Dr. Siegfried	Stadt Leipzig, Jugendamt		04092	Leipzig	jugendamt@leipzig.de	03411234494
Harrandt	Beatrice	Internationaler Bund Wittenberg	Sternstr. 16	06886	Wittenberg		03491497312
Hartmann	Thomas	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Referat SW 22	Invalidenstr. 44	10115	Berlin	thomas.hartmann@bmvbs.bund.de	03020086223
Hauck	Hermine	Kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft elan GmbH	Kapellenstr. 47	90762	Fürth	elan_ggmbh-fue@odn.de	091174325930
Horbank	Astrid	Stadtteilbüro, Jena-Lobeda	Karl-Marx-Allee 14	07747	Jena	sblobeda@t-online.de	03641361057
Keppke	Andrea	gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, Servicestelle entimon	Oranienburger Str. 65	10117	Berlin	andrea.keppke@gsub.de	03028409306
Kilb	Rainer	Hochschule Mannheim, Fakultät Sozialwesen	Ludolf-Krehl-Str. 7-11	68167	Mannheim	kilb@alpha.fhs-mannheim.de	06213926112
Kotschka	Angela	Internationaler Bund Wittenberg	Sternstr. 16	06886	Wittenberg		
Kues	Dr. Hermann	Deutscher Bundestag, Parlamentarischer Staatssekretär im BMFSFJ	Platz der Republik 1	11011	Berlin	Hermann.Kues@bundestag.de	03022777509
Kupferschmid	Peter	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Ref. 502 - Jugendsozialarbeit	Rochusstr. 8-10	53107	Bonn	Peter.Kupferschmid@bmfjsfj.bund.de	030206552883
Müller	Reiner	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Regiestelle "Schulverweigerung - Die 2. Chance"	Michaelkirchstr. 17/18	10179	Berlin	r.mueller@deutscher-verein.de	03062980523
Nölke-Schaufler	Sabine	Stadt Augsburg, Kompetenzzentrum Integration	Maximilianstr. 4	86150	Augsburg	integration@augsburg.de	08213243043
Papies-Winkler	Ingrid	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. Gesundheit und Soziales, Plan- und Leitstelle Gesundheit	Müllenhoffstr. 17	10967	Berlin	gespl@ba-fk.verwalt-berlin.de	03074755972

**Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**  
**Bilanzkonferenz "Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche", Leipzig, 25./26. September 2006**  
**Referenten/innen**

Name	Vorname	Institution	Straße	PLZ	Ort	email	Telefon
Schäfer	Philipp	ARGE Dresden	Budapester Str. 30	01069	Dresden	Philipp.Schaefer@arge-sgb2.de	03514752180
Schwamborn	Christoph	Stiftung SPI, Regiestelle LOS	Elberfelder Str. 6	10555	Berlin	Regiestelle@los-online.de	03039063477
Schweitzer	Dr. Helmuth	RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen	Tiegelstr. 27	45141	Essen	helmuth.schweitzer@raa-interkulturellesbuero.essen.de	02018328401
Seckendorf	Ute	Servicestelle CIVITAS, c/o Stiftung Demokratische Jugend	Grünberger Str. 54	10245	Berlin	u.seckendorf@jugendstiftung.org	03020078930
Szepansky	Helmut	Kinder- und Familienzentrum, Barmbek-Süd	Wohldorfer Straße 30	22081	Hamburg	mail@kifaz.de	04029821311
Weyers	Dr. des. Simone	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	Ostmerheimer Str. 220	51109	Köln	simone.weyers@bzga.de	02119242814
Wicke	Markus	gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, Regiestelle LOS	Oranienburger Str. 65	10117	Berlin	Regiestelle@los-online.de	03028409506

**Regiestelle E&C**

Dinkelacker	Petra	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	dinkelacker@eundc.de	03045798636
Klemm	Antje	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	klemm@eundc.de	03045798624
Lück	Dorette	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	regiestelle@eundc.de	03045798622
Riesling-Schärfe	Dr. Heike	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	riesling-schaerfe@eundc.de	03045798620
Schwarz	Rainer	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	schwarz@eundc.de	03045798627
Schwarzburger	Judith	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	schwarzburger@eundc.de	03045798625
Them	Wiebke	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	10369	Berlin	them@eundc.de	03045798629

## Teilnehmer/innen der E&C Bilanzkonferenz: „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“, 25. und 26. September 2006 in Leipzig

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Ackermann	Gerhard	Stadt Krefeld, FB Jugendhilfe/ Beschäftigungsförderung	Von-der-Leyen-Platz 1	47798	Krefeld	02151863200	gerhard.ackermann@ krefeld.de
Aicher	Bettina	Stadt Albstadt, Baudezernat	Am Markt 2	72461	Albstadt	074311603100	bettina.aicher@albstadt. de
Al-Absi	Sameer	BBW Leipzig, Projekt „Kitas im Blick“	Wurzner Str. 122	04315	Leipzig	034123159964	merseburger.wolfgang@ bbw-leipzig.de
Albani	Ute	Stadt Glauchau, Stadtjugendpflege	Markt 1	08371	Glauchau	0376365423	stadtjugendpflege@ glauchau.de
Albert- Wirsching	Maria	Stabstelle Beschäftigung und Grundsicherung	Martin-Luther-Platz 20	97421	Schweinfurt	09721519891	m.albert-wirsching@ schweinfurt.de
Allesch	Stefanie	Bremer Sportjugend, Jugendtreff Blockdick	Mühlheimerstr. 4	28327	Bremen	0421471011	jtblockdick@aol.com
Anders	Fred	Universität Osnabrück, Quartiersmanagement Belm-Powe	Seminarstr. 19a/b	49069	Osnabrück	05419694895	fanders@uos.de
André	Ruth	Landeswohlfahrtsverband Württemberg- Hohenzollern, Landesjugendamt	Lindenspürstr. 39	70187	Stuttgart	07116375443	ruth.andre@lww-wh.de
Ardalan	Kamran	Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt	An der Steinkuhle 6	39128	Magdeburg	03915405325	
Bagceci	Nurten	Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung	Mühlrain 9	70180	Stuttgart	071162009360	wpstuttgart@ weeberpartner.de
Bärwald	Irmgard	Dasi Berlin	Maxim-Gorki-Str. 33	15732	Eichwalde	03067803040	baewald.irmgard@aol. com
Baumgarte	Tobias	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Stadtteilladen „Albatros“	Marschallstr. 13	06886	Lutherstadt- Wittenberg	0349144640	stadtteilladen-wb@web. de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Baur	Christine	Eber-Klein-Schule	Zinzendorfstr. 4	10555	Berlin	0303921239	christine.baur@t-online.de
Bech	Clemens	Kath. Jugendsozialarbeit	Karl-Heine-Str. 110	04229	Leipzig	03418781838	
Becker	Christine	Stadt Marburg, Programm Soziale Stadt	Friedrichstr. 36	35037	Marburg	06421201126	netzwerk.richtsberg@marburg-stadt.de
Becker	Heike	Internationaler Bund (IB), Stadtteilladen	Otto-Nuschke-Str. 20	06886	Wittenberg	03491443361	Heike.Becker@internationaler-bund.de
Becker	Thomas	BMAS Koordinierungsstelle XENOS	Villemombler Str.	53107	Bonn	0228527553128	thomas.becker@bmas.bund.de
Beckmann	Jörg	AWO-Kreisverband Schaumburg e. V.	Rathauspassage 4	31655	Stadthagen	05721939834	i-workshops@awo-kv-schaumburg.de
Beer	Volker	Stadt Zittau, Referat Kinder- und Jugendarbeit	Rathaus, Markt 1	02763	Zittau	03583752232	stadt@zittau.de
Behrens	Kathrin	Bundeszentrale für politische Bildung	Adenauerallee 86	53113	Bonn	01888515279	behrens@bpb.de
Bentenschneider	Frank	KJFE „Bauarbeiter“	Magdeburger Ring 2	39128	Magdeburg	03912523953	info@kjfe-bauarbeiter.de
Berg	Valentina	D.-Russ. Kunst- und Kulturverein „Kolobok“	Wallensteinstr. 21	70437	Stuttgart	07117871764	freiberg@jugendhaus.net
Berger	Dr. Hermann	JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	Kochstr. 30	10969	Berlin	0305555442000	hermann.berger@arbeitsagentur.de
Bias	Stephanie	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kindertageneinrichtungen gGmbH	Zerbster Str. 14	06124	Halle/Sa.	034569163	
Bischoff	Gabriele	ARGE Stadt Brandenburg	Kirchhofstr. 39 - 42	14776	Brandenburg	033812080702	gabriele.bischoff@arge-sgb2.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Blatt	Martin	ARGE Stadt Brandenburg	Kirchhofstr. 39 - 42	14476	Brandenburg		martin.blatt@arge-sgb2.de
Böhm	Bärbel	Bürgerbüro Chemnitz	Leipziger Str. 3	09113	Chemnitz	03713350520	buelei3@web.de
Böhr	Annett	RAA Leipzig	Helmholtzstr. 4 - 6	04177	Leipzig	03414804802449	kjfe.helmholtzstrasse@web.de
Bonney	Sabrina	S.T.E.R.N. GmbH	Schwedter Str. 263	10119	Berlin	03044363691	hunkenschroer@stern-berlin.de
Borde	Albert	Stiftung „Das Rauhe Haus“, Kinder- und Jugendhilfe	Beim Rauhen Haus 21	22111	Hamburg	04065591136	aborde@rauheshaus.de
Braasch-Eggert	Angela	Deutsches Jugendherbergswerk	Leonardo-da-Vinci-Weg 1	32760	Detmold	0523199360	hauptverband@djh.org
Bräuer	Ramona	ARGE Weimar/Apolda	E.-Rosenthal-Str. 43	99423	Weimar	03643814188	Ramona.Braeuer@arbeitsagentur.de
Brehl	Jürgen	AWO	Langebrückenstr. 14	36037	Fulda	066148004580	jurgen.brehl@awo-fulda.de
Brieger	Stefan	Jugendmigrationsdienst, Internationaler Bund (IB)	Gottschalkstr. 10-12	34127	Kassel	056185045	JMD-Kassel@internationaler-bund.de
Brings	Gabriele	Bezirksamt Lichtenberg, Jugendamt	Große-Leege-Str. 103	13055	Berlin	030902967660	gabriele.brings@ba-libg.verwalt-berlin.de
Bruckdorfer	Matthias	Diakonisches Werk der EKD, SoFJA	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	03083001236	bruckdorfer@diakonie.de
Brückner	Sabine	LH München, Schulreferat F5	Pilgersheimer Str. 20, Zi 520	81543	München	08923332460	
Buchert	Sylvia	Jugendclub „CM“	Fritz-Gießner-Str. 14	07546	Gera	03654200169	club@

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Bühler	Sylke	Kinderbüro der Stadt Halle/Saale	Haus 28	06110	Halle/Saale	03456857116	sylke.buehler@halle.de
Buss	Jürgen	Messebau im Auftrag von INBAS					
Carstensen	Jens	Immanuel-Kant-Schule, Bremerhaven	Flensburger Str. 10	27570	Bremerhaven	04713000455	IKS.Medienwerkstatt@gmx.net
Castillo	Viviana	Bürgertreff, Quartiersmanagement	Ziegelstr. 56	34346	Hann. Münden	05541954385	Viviana.Castillo@internationaler-bund.de
Cuba Ramos	Reingard	Caritas Verband Mannheim	Lilienthalstr. 228	68307	Mannheim	06203923810	reingard.cuba-ramos@gmx.de
Dagen	Annika	Stadtteilbüro Osnabrück	Ilburger Str. 23	49082	Osnabrück	05415068667	
Dähnrich	Rüdiger	Kath. Jugendsozialwerk München e. V.	Heubergstr. 106a	83404	Ainring	08654779038	mitterfeld@aol.com
Deindl	Hermine	Volkshochschule Fürstätt	Am Gries 11b	83026	Rosenheim	08031406720	vsf1@schulen.rosenheim.de
Demuth	Larissa	Stuttgarter Jugendhaus e. V. KJH M9	Makrelenweg 9 a	70378	Stuttgart	0711843946	freiberg@jugendhaus.net
Deutsch	Andreas	Kita „Jona“	Elmweg 9	37081	Göttingen	055196944	kitajona@t-online.de
Deutsch	Marion	Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt	An der Steinkuhle 6	39128	Magdeburg	03915405325	
Diebler	Peggy	Quartiersmanagement Leipziger Westen, URBAN-KompetenzZentrum	Rietschelstraße 2	04177	Leipzig	03414204671	quartiersmanagement@kleinzschocher.de
Dietrich	Sonja	Stadt Regensburg	Humboldtstr. 48	93053	Regensburg	0941702964	dietrich.sonja@regensburg.de



Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Diller-Murschall	Ilisa	AWO - Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband Bonn e. V.	Oppelner Str. 130	53119	Bonn	02286685198	dim@awobu.awo.org
Donath	Marcus	REBUS Billstedt	Steinfeldstr. 1	22119	Hamburg	040736760017	Madon@gmx.de
Dubois-Reymond	Claudia	Diakonisches Werk der EKD, SoFJA	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	03083001343	dubois-reymond@ diakonie.de
Dybowski	Hartmut	Stadt Braunschweig, Sozialplanung	Am Fallersleber Tor 1	38100	Braunschweig	05314703358	hartmut.dybowski@ braunschweig.de
Efe	Emine	Bremer Sportjugend, Jugendtreff Blockdiek	Mülheimer Str. 4	28327	Bremen	01622013727	jtblockdiek@aol.com
Eifler	Siglinde	Ernst-Reuter-Schule	Dr.-Heumann-Weg 7	63128	Dietzenbach	06074484290	eifler@ernst-reuter- schule.de
Ender	Michael	St. Gregor Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Auf dem Kreuz 58	86152	Augsburg	08215030438	mender@st-gregor- jugendhilfe.de
Engler	Jörn	Kreisstadt Eschwege, Amt für Soziales, Kultur und Sport	Vor dem Berge 3	37269	Eschwege	05651304367	joern.engler@eschwege- rathaus.de
Feuerhelm	Prof. Dr. Wolfgang	Katholische Fachhochschule Mainz, FB Soziale Arbeit	Saarstr. 3	55122	Mainz	061312894456	feuerhelm@kfh-mainz.de
Fietz	Claudia	Landeshauptstadt Dresden, Jugendamt	PF 120020	01001	Dresden	03514884605	cfietz@dresden.de
Finke-Bracker	Elfriede	Stadt Oldenburg, Jugendamt	Bergstr. 25	26122	Oldenburg	04412352425	elfie.finke-bracker@stadt- oldenburg.de
Finkmann	Sonja	Stadtteilbüro Osnabrück	Iburger Str. 23	49082	Osnabrück	05415068667	os.stadtteilbuero@ bremische.de
Fischer	Hans-Jürgen	Jugendamt Nürnberg	Dietzstr. 4	90443	Nürnberg	09112317469	hans-juergen@stadt. nuernberg.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Fischer	Jörg	Quartiersbüro Donauwörth-Parkstadt	Andreas-Mayr-Str. 15	86609	Donauwörth	09067058304	joergheinrichfischer@t-online.de
Frenzel	Dr. Annedore	Servicestelle entimon, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH	Oranienburger Str. 65	10117	Berlin	03028409316	annedore.frenzel@gsub.de
Fritz	Michael	Stadt Karlsruhe, Koordinierungsstelle Stadtsanierung	Bähringer Str. 72	76133	Karlsruhe	07211331840	Michael.Fritz@kos.karlsruhe.de
Garth	Ingrid	Trägerverbund e. V.	Reichenberger Str. 9	35396	Gießen	06419311180	garth@nordstadtbuero.de
George	Steffen	RAA Leipzig	Helmholtzstr. 4 - 6	04177	Leipzig	03414802449	george-raa@web.de
Gesing	Benjamin	Servicestelle Jugendbeteiligung	Schönberger Str. 17 a	10963	Berlin	03029046817	b.gesing@jugendbeteiligung.info
Ghafour	Midya	AWO JMD Kreis Soest	Canadischer Weg 21	59494	Soest	01797166052	
Glaab	Reinhard	Volksschule Würzburg-Heuchelhof	Berner Str. 3	97084	Würzburg	09316000970	hsheuchelhof@wuerzburg.de
Gmeiner	Maria	AG West e. V. Ulm, Stadtteilbüro	Sedanstr. 67	89077	Ulm	073136490	maria.gmeiner@agwest.telebus.de
Goebel	Ulrike	Caritas Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal	Krämerbergstr. 7	66578	Schiffweiler	06897680660	cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Gök	Baki	Planerladen e. V.	Rückertstr. 28	44147	Dortmund	0231828362	tillmann@planerladen.de
Gothe	Barbara	Stadt Bad Langensalza	Marktstr. 1	99947	Bad Langensalza	03603859172	Soziales@bad-langensalza.thueringen.de
Gottschalch	Alexander	Stadtteilbüro Fasanenhof	Europaplatz 20/6	70565	Stuttgart	07141149268	stadtteilbuero-fasanenhof@web.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Graml	Marianne	Stadt Regensburg	Ostengasse 29	93047	Regensburg	09415071553	graml.marianne@regensburg.de
Groeger-Roth	Frederick	LAG Soziale Brennpunkte, Niedersachsen e. V.	Stiftstr. 15	30159	Hannover	05117010709	frederick.groeger-roth@lag-nds.de
Große	Ines	Stiftung Demokratische Jugend, Koordinierungsstelle „Perspektiven für junge Menschen“	Grünberger Str. 54	10245	Berlin	03020078933	i.grosse@jugendstiftung.org
Grünke	Ramona	Stadtteilbüro „Am Waldrand“, Uckermark-Passagen	Friedrich-Engel-Str. 18-20	16303	Schwedt/O.	03332839570	stadtteilbuero.stadt@schwedt.de
Hamann	Sebastian	Gebietsmanagement Freiberg	Silberhofstr. 24	09599	Freiberg	01795406380	s.hamann@gebietsmanagement-fg.de
Harmsen	Christiane	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	03456817815	harmsen@dji.de
Hartwich	Valerie	Jugendmigrationsdienst, AWO Kreisverband Jena e. V.	Kastanienstr. 11	07747	Jena	03641509653	
Hausdorf	Volker	Landeshauptstadt München, Jugendamt	Prielmayerstr. 1	80335	München	08923349526	volker.hausdorf@muenchen.de
Heger	Rolf-Joachim	Stiftung SPI	Müllerstr. 74	13349	Berlin	03045979389	info@stiftung-spi.de
Heide	Annette	JobCenter Berlin-Lichtenberg	Magdalenenstr. 17 - 19	10365	Berlin	0305555496256	annette.heide2@arbeitsagentur.de
Heimann	Ruth	Caritasverband Mannheim e. V.	B 5, 19 a	68159	Mannheim	06217273848	ruth.heimann@gmx.de
Hellwald	Heidi	Kompetenzagentur Bonn	Maxstr. 77	53111	Bonn	0228773250	heidi.hellwald@bonn.de
Hellwig	Uwe	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	Michaelkirchstr. 17/18	10179	Berlin	03062980204	hellwig@deutscher-verein.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Hemme	Andreas		Forster Str. 56	10999	Berlin	03061723772	andreas.hemme@gmx.de
Hensel	Cornelia	„midnight-fun“ e. V.	Anna-Siemsen-Str. 49	07745	Jena	03641233922	conny.hensel@midnight-fun.de
Herbell	Ina	Kinder- und Jugendbüro Marzahn-Hellersdorf	Kastanienallee 55	12627	Berlin	0309339466	kijubue-marzahn@web.de
Hering	Ilka	BauBeCon Sanierungsbüro, Quartiersmanagement Celle-Neustadt	Neustadt 63	29225	Celle	05141901516	ihering@baubecon.de
Herold	Simone	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzestr. 4	90443	Nürnberg	09112315588	Simone-herold@stadt.nuernberg.de
Herzog	Angelika	AWO Bundesverband e. V.	Erkstr. 1	12159	Berlin	03061396331	her@eurobrug.de
Hiller	Nico	ResoWitt, Stadtteilladen	Große Bruchstraße 7	06886	Lutherstadt-Wittenberg	03491400806	stadtteilladen-wb@web.de
Hoesl	Simone	Stadt Zwickau, Amt für öffentlichen Gesundheitsdienst	Erdauer Str. 62	08058	Zwickau	0375835330	Simone.Hoesl@zwickau.de
Hofmann	Barbara	Integrationskindergarten „Stadtmäuse“	Zinnkopfstr. 2	83026	Rosenheim	0803142343	kiga.stadtmaeuse@t-online.de
Honisch	Klaus	Joseph-von-Eichendorff-Schule	Am Propbsthof 102	53121	Bonn	0228612537	KlausHonisch@aol.com
Hubertus	Werner	Gemeinwesenarbeit (GWA) Friedrichsthal im Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung	Am Kolonieschacht 3	66299	Friedrichsthal	0689788044	cv-gwa-friedrichsthal@quarternet.de
Hübner	Manuela	Kita „Rütlistraße“	Rütlistr. 7	12045	Berlin	03060902993	paula123@arcor.de
Hunger	Dr. Bernd	GdW - Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V.	Mecklenburgische Str. 57	14197	Berlin	03082403174	hunger@gdw.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Ihme	Steffen	Amt für Soziale Dienste Bremen	Stuhmer Str. 2	28297	Bremen	04213619320	gemeinschaftshaus.stuhmerstrasse@afsd.bremden.de
Illert	Annett	Bürgerbüro Chemnitz, Quartiersmanagement	Leipziger Str. 3	09113	Chemnitz	03713350520	buelei3@web.de
Isözen	Ilhan	IKB - Interkulturelle Begegnungsstätte Haus der Kulturen	Parade 12	23552	Lübeck	045175532	ikbhl@foni.net
Jahnke	Kathrin	Kompetenzagentur Schwerin	Lübecker Str. 29	19053	Schwerin	03855777431	info@kompetenzagentur-schwerin.de
Janisch	Andrea	Stadt Ulm	Olgastr. 143	89070	Ulm	07311615120	a.janisch@ulm.de
Jastrzemski	Manfred		Im Rebgarten 5	53127	Bonn	0228253447	manfred.jastrzemski@t-online.de
Jentschke	Franz	Gesamtschule GSO Tenever	Walliser Str. 125	28325	Bremen	04213615645	franz.jentschke@schulverwaltung.bremen.de
John	Mario	„midnight-fun“ e. V.	Anna-Siemsen-Str. 49	07745	Jena	03641233922	John.mario@web.de
Kaiser	Veronika	Allgemeine Förderschule Lübbenau	Pestalozzistr. 6	03222	Lübbenau	03542407030	vronikai@web.de
Kammerer	Bernd	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzstr. 4	90443	Nürnberg	09112313208	bernd.kammerer@stadt.nuernberg.de
Kämmerer	Hjördis	Jugendhilfe- und Förderverein e. V.	Bahnhofstr. 5	06567	Bad Frankenhausen	03467164008	projekte.domizil2000@web.de
Kannemann	Anna	Landesfilmdienst Sachsen e.V.	Karl-Heine-Str. 83	04229	Leipzig	03414774155	medienzentrum-leipzig-ldf@t-online.de
Kappe	Holger	RAA Leipzig	Antonienstr. 24	04229	Leipzig	03412304196	hollehood@compuserve.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Kaufmann	Andreas	Stadtteilmanagement, Leipziger Osten	Spinnereistr. 7	04179	Leipzig	03414772105	andreas.kaufmann@leipziger-osten.de
Kaufung	Beate	Evangelischer Kindergarten St. Georgen	Hagenstr. 27	95448	Bayreuth	092127106	kiga-hagenstrasse@diakonie-bayreuth.de
Kellermann	Jana	Stiftung Demokratische Jugend, Koordinierungsstelle „Perspektiven für junge Menschen“	Grünberger Str. 54	10245	Berlin	03020078933	j.kellermann@jugendstiftung.org
Kemp	Peter	Landeshauptstadt Hannover	Ihmeplatz 5	30419	Hannover	051116841504	Peter.Kemp@Hannover-Stadt.de
Kempis	Waltraud	Tageseinrichtung für Kinder	Ispeistr. 69	47805	Krefeld	045184682	
Kerscher	Peter	Amt für soziale Dienste, Sozialzentrum Burglesum	Bahnhofsplatz 29	28195	Bremen	04213617231	peter.kerscher@afsd.bremen.de
Kettler	Hendrik	Universität Osnabrück	Kurze Str. 13	49080	Osnabrück	05418601395	hkettler@uos.de
Kiel	Roger	Stadt Dortmund, Jugendamt, FB Jugendberufshilfe	Ostwall 64	44122	Dortmund	02315022767	rkiel@stadtdo.de
Kießler	Heike	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	03456817835	kiessler@dji.de
Kilian	Holger	Gesundheit Berlin e. V.	Straßburger Str. 56	10405	Berlin	03044319068	kilian@gesundheitberlin.de
Kirchbach	Uwe	INBAS - Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH, Regiestelle Kompetenzagenturen	Herrnstr. 53	63065	Offenbach am Main	0692722422	kirchbach@inbas.com
Kirchhof	Ella	Schulsozialarbeit	Hans-Berger-Str. 12	07747	Jena	03641371648	schlemmers@msn.com

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Klaer	Margarita	Malteser Hilfsdienst e. V.	Aschenbergplatz 1	36039	Fulda	06615800090	margarita.klaer@fulda.de
Klamser	Walter	Beratungsstelle Westhoffstraße	Westhoffstr. 8 - 12	44151	Dortmund	0231840243	walter.klamser@westhoffstrasse.de
Klikar	Clemens	Stiftung SPI, GB Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel	Prinzenallee 74	13357	Berlin	03049300123	ausnahme.regel@stiftung-spi.de
Klose	Detlef	Sozialagentur Uslar	Bella Clava 21	37170	Uslar	05571920743	detlef.klose@arge-sgb2.de
Klug	Petra	Bertelsmann-Stiftung	Carl-Bertelsmann-Str. 256	33311	Gütersloh	052418181347	petra.klug@bertelsmann.de
Kluge	Christiane	Amt für Soziale Dienste Bremen	Contrescarpe 73	28195	Bremen	042136119878	C.Kluge@AFSD.Bremen.de
Knieriem	Georg	Parkschule	Titaniastr. 5	59067	Hamm	02381175295	
Knippel	Anja	Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Jugendamt	Obershäuser Platz 1	98617	Meiningen	03693485535	a.knippel@lra-sm.thueringen.de
Koch	Andreas	Grün Bau gGmbH	Unnaerstr. 44	44145	Dortmund	02318409636	info@gruenbau-dortmund.de
Koch	Lilia	Trägerverbund e. V.	Reichenberger Str. 9	35396	Gießen	06419311186	koch@nordstadtbuero.de
Kolbe	Ulf	Hansestadt Stralsund, Gesundheitsamt	Knieperdamm 3	18435	Stralsund	03831379425	gesundheitsamt@stralsund.de
Kolipost	Boris	BUF	Rigaer Str. 73	10247	Berlin	03042027934	buf-berlin@t-online.de
Kontner	Dr. Walter	Gesundheitsamt Esslingen	Beblinger Str. 2	73728	Esslingen	071139021620	gesundheitsamt@landkreis-esslingen.de



Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Koop	Hanjo	Kompetenzagentur Aachen	Schleswigstr. 3	52068	Aachen	024155917827	koop@kompetenzagentur-aachen.de
Kopf	Dr. Sabine	Jugendclub „Hugo“, Jena-Winzerla	Hugo-Schrade-Str. 41	07745	Jena	03641608382	jc.hugo@web.de
Kornhardt	Renate	Stadt Göttingen, Sozialplanung	Hiroshimaplatz 1-4	37070	Göttingen	05514002938	r.kornhardt@goettingen.de
Kraetzschmar	Lutz	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	Hamburger Str. 37	22083	Hamburg	040428636266	ludwig.kraetzschmar@bsg.hamburg.de
Krüger	Susann	Projekt „Cash & Carry“	Körnerstr. 56	04107	Leipzig	03413069696	
Kukat	Marit	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) an der Universität Hannover	Lister Str. 15	30163	Hannover	05113997226	kukat@ies.uni-hannover.de
Kümmel	Volker	Landkreis Neunkirchen, Kreisjugendamt	Saarbrücker Str. 1	66538	Neunkirchen	068249067189	v.kuemmel@landkreis-neunkirchen.de
Kummer	Christoph	LAG Soziale Brennpunkte, Hessen e. V.	Moselstr. 25	60329	Franfurt/a. M.	0692578280	christoph.kummer@lagsbh.de
Kunert	Rolf	Soziale Stadt Fürstfeldbruck	Heimstättenstr. 24	82256	Fürstfeldbruck	08141224775	soziale-stadt-ffb@t-online.de
Kunz	Dr. Harry	Freier Journalist	Kapellenstr. 16	53925	Kall	024416149	harry.kunz@t-online.de
Küster	Wilfried	Offenes Jugendhaus 43	Erfurter Str. 45	99610	Sömmerda	03634621404	jugendhaus43@web.de
Lehmann	Volker	PRO AKTIV GAQ	Totenweg 1	26386	Wilhelms-haven	0442175817803	petra.heiler-klene@arge-sgb2.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Litges	Dr. Gerhard	Universität Essen, Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung	Holzstr. 7-9	45141	Essen		gerhard.litges@uni-essen.de
Lubitz	Beate	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Abt. Familie, Jugend und Sport	Rathaus Friedenau - Breslauer Platz	10820	Berlin	03075603497	lubitz@ba-temp.verwalt-berlin.de
Lummitsch	Uwe	Netzwerk Gemeinwesenarbeit (GWA) Wolfen-Nord	Grünstr. 19-21	06766	Wolfen	0349422690	gwa-wolfen@web.de
Lüning	Eva	Beratungsstelle für Behinderte Treptow-Köpenick	Manfred-von-Richthofen-Str. 18	12101	Berlin	0302164200	eva_luening@web.de
Mallon	Thomas	Kompetenzagentur Braunschweig	Eiermarkt 4	38100	Braunschweig	05314734562	jump.and.run@braunschweig.de
Marona	Annegret	Gesamtschule Marxloh	Diesterweg 6	47169	Duisburg	0203544230	Fmarona@gmx.de
Marona	Friedrich	Gesamtschule Marxloh	Diesterweg 6	47169	Duisburg	0203544230	Fmarona@gmx.de
Matthiesen	Susanne	Microsoft Deutschland GmbH	Katharina-Heinroth-Ufer 1	10787	Berlin	03039097306	i-sumatt@microsoft.com
Maywald	Monika	Freizeitzentrum „CM“	Fritz-Gießner-Str. 14	07552	Gera	03654206721	club@jugendclub-cm.de
Melcher	Karl-Heinz	Stadt Weißwasser, FB Bildung, Freizeit, Jugend und Soziales	Postfach 1258	02932	Weißwasser	03576265210	karl-heinz.melcher@weißwasser.de
Menkens	Gerd	Schulzentrum „An der Koblenzer Straße“	Koblenzer Str. 15	28325	Bremen	04213613049	409@bildung.bremen.de
Mentz	Michael	Stadtteilbüro Horner Geest, Arbeit und Leben e. V.	Manshardtstr. 105 E	22119	Hamburg	04065726700	stadtteilmanager@hamburg.arbeitundleben.de
Merseburger	Wolfgang	Berufsbildungswerk Leipzig	Wurzener Str. 22	04315	Leipzig	03412349655	merseburger.wolfgang@bbw-leipzig.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Metzner	Doris	Projekt „Arbeit & Leben“ e. V.	Herrmann-Geisen-Str. 44	56203	Höhr-Grenzhausen	02624950454	dmetzner@paulev.de
Meurer	Ursula	Stadtteilverein Dransdorf e. V.	Lenastr. 14	53121	Bonn	022896657	meurer@dransdorf.org
Mewes	Alexandra	Stadt Braunschweig, Kompetenzagentur	Eiermarkt 4 - 5	38100	Braunschweig	05314737694	alexandra.mewes@braunschweig.de
Mey	Steffen	Jugendzentrum „Treffpunkt“	Erlanger Allee 114	07747	Jena	03641331146	JZ-Treffpunkt-Jena@gmx.de
Meyer	Dr. Dorit	Genderagentur Berlin-Brandenburg, Stiftung SPI Berlin	Lausitzerstr. 10	10999	Berlin	03069567974	genderagentur@stiftung-spi.de
Meyer	Renate	Hans-Christian-Andersen-Schule (Fös)	Goebenstr. 13	23566	Lübeck	0451621274	renamey@t-online.de
Mezni	Ute	Kita „Sonnenschein“	Pflügerstr. 47	12045	Berlin	03062981444	kitasonnenschein@lebenswelt-berlin.de
Mielenz	Marcel	Stuttgarter Jugendhaus e. V. JKH M9	Makrelenweg 9 a	70378	Stuttgart	0711843946	freiberg@jugendhaus.net
Mielke	Ellen	Stadtverwaltung Neubrandenburg	Friedrich-Engels-Ring 53	17033	Neubrandenburg	03955552416	
Miersch	Paloma	BBJ e. V. (SERVIS gGmbH)	Herzbergstr. 84	10365	Berlin	03055051324	miersch@bbj.de
Mögling	Tatjana	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06110	Halle	03456817826	moegling@dji.de
Mohns-Welsch	Birgit	Landkreis Neunkirchen, Kreissozialamt	Wilhelm-Heinrich-Straße	66564	Ottweiler	06824906188	b.mohns-welsch@landkreis-neunkirchen.de
Mollweide	Jens	Stadt Braunschweig, Kompetenzagentur	Eiermarkt 4 - 5		Btrau		

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Moritz	Bärbel	Stadt Ebersbach, Projektbüro/ Kontaktstelle	Sachsenstr. 36	02730	Ebersbach	03586369743	soziale-stadt@web.de
Mörstedt	Stephanie	Stadtverwaltung Sömmerda, Abt. Kultur	Markt 3 - 4	99610	Sömmerda	03634350242	s.moerstedt@stadt. soemmerda.de
Motakef	Arman		Ispalsstr. 67a	47805	Krefeld	02151314048	amotakef@gmx.de
Mühlberg	Philipp	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat „Soziale Stadt“	Württembergische Str. 6	10707	Berlin	03090127588	philipp.muehlberg@ senstadt.verwalt-berlin.de
Mukmenova	Nailia	Jugendmigrationsdienst, AWO Kreisverband Jena e. V.	Kastanienstr. 11	07747	Jena	03641509653	03641573897
Müller	Dorit	Jugendmigrationsdienst, AWO Kreisverband Jena e. V.	Kastanienstr. 11	07747	Jena	03641509653	freiwillig@jmd-jena. jetzweb.de
Müller	Friedrich	GGFA Erlangen mbH	Alfred-Wegener Str. 11	91052	Erlangen	091315364410	091315364411
Müller	Harry	Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e. V.	Helgolandstr. 19	01090	Dresden	035156355687	
Müller	Prof. Dr. C. Wolfgang	Technische Universität Berlin, Institut für Sozialpädagogik	Bozener Str. 3	10825	Berlin	0308537570	
Müller	Wolfgang	Quartiersmanagement Dresden-Gorbitz	Harthaer Str. 3	11690	Dresden	03515636573	
Mutke	Dr. Barbara	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge - Programm Schulverweigerung - Die 2. Chance	Michaelkirchstr. 17/18	10179	Berlin	03062980522	03062980540
Naumann	Cornelia	Kreisjugendring Kyffhäuserkreis	Ferdinand-Schluffer- Str. 48	99706	Sonders- hausen	03632701218	
Neuberg	Kerstin	Bezirksamt Spandau, Abt. Jugend und Familie	Klosterstr. 36	13578	Berlin	03033032765	03033032006

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Neumair	Christine	VS-Happing	Eichenholzstr. 1	83026	Rosenheim	80313045111	
Neumann	Jörg	ARGE Kyffhäuserkreis	Sangerhäuser Str. 36	06556	Artern	034663630	arge-kyffhaeuserkreis. artern@arge-sgb2.de
Nienhaus	Meike	Servicebüro lokale Bündnisse für Familie, c/o JSB GmbH	Argelanderstr. 1	53115	Bonn	01805252212	info@lokale-buendnisse- fuer-familie.de
Niermann	Gunther	Stadtteil-Schule Dortmund e. V.	Oesterholzstr. 118 - 120	44145	Dortmund	02312866251	gniermann@stadtteil- schule.de
Nikusch	Verena	Caritas-Verband Mannheim, Quartierbüro Schönau	Lilienthalstr. 228	68307	Mannheim	06217889250	vnikusch@web.de
Nitzsche	Claudia	Allgemeine Förderschule Lübbenau	Pestalozzistr. 6	03222	Lübbenau	03542407030	fl-lau.leitung@t-online.de
Nolte	Stephan	Verbund für soziale Projekte	Lübecker Str. 41	19053	Schwerin	03855777432	info@kompetenzagentur- schwerin.de
Okon	Carsten	LE Mann e. V. Leipzig	Helmholtzstr. 4 - 6	04177	Leipzig	03414802449	sigstu@web.de
Oliveira	Adriana	AWO Fulda	Langebrückenstr. 14	36037	Fulda	066148004580	adriana.oliveira@awo- fulda.de
Ott	Brigitte	Marienschule bgs	Marienstr. 32 - 24	45653	Reckling- hausen	023616580690	email@marien.schule- re.de
Ott	Werner	Stadt Kornwestheim	Jakob-Sigle-Platz 1	70806	Kornwestheim	07154202230	werner_ott@ kornwestheim.de
Özdemir	Nilgün	Kita Rütlistraße	Rütlistr. 7	12045	Berlin	030609029930	paula123@arcor.de
Paak	Michael	Landeshauptstadt Erfurt, Amt für Baukoordinierung, Stadterneuerung und Denkmalpflege	Löberstr. 34	99096	Erfurt	03616556002	michael.paak@erfurt.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Pass-Classen	Carola	Stadtverwaltung Gladbeck	Krusenkamp 22 - 24	45964	Gladbeck	02043992503	carola.pass-classen@stadt-gladbeck.de
Pede	Rainer	Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Jugend und Finanzen	Karl-Marx-Allee 31	10178	Berlin	030200923410	rainer.pede@ba-mitte.verwalt-berlin.de
Perschke	Marita	Kinder- und Jugendhaus M9, Stuttgarter Jugendhaus e.V.	Makrelenweg 9a	70378	Stuttgart	0711843946	m.perschke@gmx.de
Petri	Friedhelm	Stadt Northeim, Jugend- und Kulturzentrum	Schaupenstielstraße 20	37154	Northeim	055512610	petri@northeim.de
Pfefferlein	Nicol	Starthilfe Sondershausen e. V.	Hospitalstr. 122	99706	Sondershausen	036325429970	starthilfe@t-online.de
Pierk	Marcus	agenda-transfer - Agentur für Nachhaltigkeit GmbH	Dyroffstraße 2	53113	Bonn	02286046132	pierk@agenda-transfer.de
Pinnow	Carola	BA Spandau von Berlin, FB Tagesbetreuung	Klosterstr. 36	13578	Berlin	03033033231	carola.pinnow@ba-spandau.verwalt-berlin.de
Piott	Silvia	Stadt Fürstenfeldbruck, Treffpunkt Soziale Stadt	Heimstättenstr. 24	82256	Fürstenfeldbruck	08141224775	soziale-stadt-ffb@t-online.de
Plathe	Bertram		Rietschelstr. 2	04179	Leipzig		
Pohle	Cornelia	Stadt Magdeburg, Jugendamt - Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendarbeit	Rennebogen 167	39190	Magdeburg	03917220066	pohle-kst-jga@gmx.de
Pohlers	Nadine	Westfälische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH, Stadtteilbüro Zwickau-Eckersbach	Scheffelstr.44	08066	Zwickau	03754444618	post@stadtteilbuero-eckersbach.de
Preuß	Susann	Hans-Christian-Andersen-Schule (Fös)	Wakenitzstr. 34 e	23564	Lübeck	04517020598	susann.preuss@12move.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Rademacher	Michael	Jugendzentrum „Treffpunkt“	Erlanger Allee 114	07747	Jena	03641331146	JZ-Treffpunkt-Jena@gmx.de
Ramelow	Silke	BildungsCent e.V. - Eine Initiative von Herlitz	Am Borsigturm 100	13307	Berlin	03043933918	ramelow@bildungscent.de
Rauschenberg	Nicole	Servicebüro lokale Bündnisse für Familie, c/o JSB GmbH	Argelanderstr. 1	53115	Bonn	01805252212	info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de
Rechter	Fritz	Hauptschule im Bildungszentrum Mettendorf	Vaasastr. 43	24109	Kiel	04315377001	fritz.rechter@t-online.de
Rehbein	Hansgeorg	Volkshochschule Krefeld	Von-der-Leyen-Platz 2	47798	Krefeld	02151862650	vhs@krefeld.de
Reinhardt	Marion	Internationaler Bund (IB), Ressort Soziale Arbeit	Burgstr. 106	60334	Frankfurt/a. M.	06994545245	marion-reinhardt@internationaler-bund.de
Reiter	Sylvia	Bezirksamt Neukölln, Jugendamt	Blaschkoallee 32	12359	Berlin	03068092004	sylvia.reiter@ba-nkn.verwalt-berlin.de
Reuß	Christine	Stabstelle Beschäftigung und Grundsicherung	Martin-Luther-Platz 20	97421	Schweinfurt	09721519870	christine.reuss@schweinfurt.de
Reuting	Thomas	Spielmobil Rote Rübe e.V.	Schützenplatz 3	34117	Kassel	05617392593	info@roteruebe.de
Reznik	Elena	Jugendmigrationsamt	Werderstr. 57	76137	Karlsruheq	0721378055	elena.reznik@web.de
Richter	Dr. Irmhild	Gesundheitsamt des Main-Kinzig-Kreises	Eugen-Kaiser-Str. 7	63450	Hanau	061812922439	
Ringler	Dominik	ISIS Berlin e.V., Institut für Sozialforschung, Informatik und Soziale Arbeit	Berolinastr. 8	10178	Berlin	03046796851	isis-berlin@gmx.de
Ritzau	Manfred	Internationaler Bund (IB), Hauptstadtbüro Berlin	Hannoversche Str. 19A	10115	Berlin	0302140960	



Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Rothbucher	Valentin	Kinderzentrum Augsburg	Prälat-Bigelmaier-Str. 22	86154	Augsburg		
Ruffing	Klaus-Guido	Saarpfalz-Kreis, Kreisjugendamt	Am Forum 1	66424	Homburg/ Saar	06841104103	jugendamt@ saarpfalzkreis.de
Rütz	Andreas	Stadt Moers, Stadtteilmanagement MaJo	Leipziger Straße 3-5	47441	Moers	028419989890	andreas.ruetz@moers.de
Rychlewicz- Saad	Katarzyna	Ludwig Wolker e. V.	Wrangelstr. 50	10997	Berlin	03075518103	referentin@ludwig- wolker-berlin.de
Sagel	Ekaterina	AWO-JMD	Gorlandweg 10	59484	Soest	02921933229	
Saleswki	Kersten	JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	Kochstr. 30	10969	Berlin	0305555442200	kersten.salewski@arge- sgb.2.de
Sander	Ingrid	Stiftung SPI, GB Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel	Prinzenallee 74	13357	Berlin	03049300114	Ausnahme.Regel@ stiftung-spi.de
Schäfer	Georg	Landkreisamt Kyffhäuserkreis	Markt 8	99706	Sonders- hausen	03632741200	g.schaefer@kyffhaeuser. de
Schäfer-Fritschi	Barbara	Gesundheitsamt Darmstadt	Niersteiner Str. 3	64295	Darmstadt	06151330958	b.schaefer-fritschi@ gesundheitsamt-darmstadt.de
Schaffeld	Werner	Bezirksamt Hamburg-Mitte, Region II - Jugendamt	Billstedter Hauptstr. 12	22111	Hamburg	040428547541	werner.schaffeld@ hamburg-mitte.hamburg.de
Schaupp	Christian	ARGE LK Schweinfurt	Kornacher Str. 6	94721	Schweinfurt	09721547224	christian.schaupp@arge- sgb.2.de
Schels	Brigitte	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	Regensburger Str. 104	90478	Nürnberg	09111793338	brigitte.schels@iab.de
Schiffer	Beate	Stadt Heiligenhaus, FB Jugend und Soziales	Hauptstr. 157	42579	Heiligenhaus	0205613273	B.Schiffer@heiligenhaus. de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Schiffler	Manuela	RAA Leipzig	Antonienstr. 24	04229	Leipzig	03412304196	gwendel@gmx.net
Schillig	Ulf	Spielstube „Hebbelstr.“	Hebbelstr. 2	38120	Braunschweig	0531891840	
Schiweck	Ralf	Waldenburg-Schule	Otzerstr. 16/17	12159	Berlin	03075607914	waldenburg-oberschule@t-online.de
Schlagowski	Helmuth	Leitstelle für Integration	Auf dem Klosterhof	21335	Lüneburg	04131309765	helmuth.schlagowski@stadt.lueneburg.de
Schlemmer	Sabine	Staatl. Regelschule „Alfred Brehm“	Karl-Marx-Allee 7	07747	Jena	03641226342	schuso.brehm@t-online.de
Schlieckau	Traudel	Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen	Leisenitzstr. 26	30175	Hannover	0511858788	traudel.schlieckau@jugendschutz-niedersachsen.de
Schlosser	Insa	Kinder- und Jugendbüro Marzahn- Hellersdorf	Kastanienallee 55	12627	Berlin	0309339466	kijubue-marzahn@web.de
Schlotter	Reinhold	Jugend Kinderkultur Quibble	Augusten Str. 25	90461	Nürnberg	09118102299	r.schlotter@quibble.de
Schlüter	Christine	JocCenter Dessau	Seminarplatz 1	06844	Dessau		chstine.schlueter@arbeitsagentur.de
Schmidt	Bernd	Hansestadt Hamburg, Jugendamt Hamburg-Mitte	Billstedter Hauptstr. 2	22111	Hamburg	040428547549	kjl@schmidt-hh.de
Schmidt	Christoph	Stadt Fulda, Stadtteilbüro Aschenberg	Schloßstraße 4	36037	Fulda	06619531025	christoph.schmidt@fulda.de
Schmidt	Günther	Stadt Rheinfelden, Amt für Familie, Jugend, Senioren und Soziales	Kirchplatz 2	79618	Rheinfelden (Baden)	0762395317	g.schmidt@rheinfelden-baden.de
Schmidt	Irka	BBW Wittenberg	Dessauer Str. 126	06886	Wittenberg	03491682413	irka.schmidt@bbw-wittenberg.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Schmidt	Karen	Stadtteilbüro Laatzen	Marktplatz 7	30880	Laatzen	05112202441	stadtteilbuero@laatzen.de
Schmidt	Karina	MoMoLo e. V.	Unter der Lobdeburg 4	07747	Jena	03641331148	karina.77@gmx.de
Schmitt	Heinz	„Projekt Arbeit und Leben“ e. V.	Herrmann-Geisen- Str. 44	56203	Höhr- Grenzhausen	02624950454	hschmitt@paulev.de
Schneider	Nicole	„Leipzig Courage zeigen“ e. V.	K.-Liebknecht-Str. 30 - 32	04107	Leipzig	03417100561	leipzig@couragezeigen.de
Schöche	Susan	JobCenter Berlin-Lichtenberg	Magdalenenstr. 17 - 19	10365	Berlin	0305555496235	susan.schoeche@ arbeitsagentur.de
Scholly	Gabriele	Ambulanter Dienst „Junge Menschen Burglesum“	Am Sedanplatz 7	28757	Bremen	04213617393	
Scholz	Marina	Zeuthener Akademie für Weiterbildung	Bahnhofstr. 1, Haus 20	15745	Wildau	0337521760	marina.scholz@zak- wildau.de
Schröder	Tilman	Landesjugendring Berlin	Gottschedstr. 4	13357	Berlin	03081886103	schroeder@ljrberlin.de
Schroer	Inka	Wirtschaftsförderung Hamm	Eichstedtstr. 1	59075	Hamm	023818765262	inka.schroer@wf-hamm. de
Schug	Norbert	FSG mbH Flensburg, Stadtteilbüro	Neustadt 12	24939	Flensburg	04615054015	neustadtbuero@ flensburg.de
Schuhmann- Nolte	Bärbel	Pestalozzi-Schule für Lernhilfe	Wacholderweg 1 a	37269	Eschwege	0565110662	
Schüler	Wilhelm	Borsig-Oberschule Berlin	Lausitzer Platz 9	10997	Berlin	03022502911	svenja.merkel@online.de
Schulz	Benita	projecta köln	Wippermannstraße 6	51103	Köln	02218008326	info@projecta-koeln.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Schulz	Peter	JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	Kochstr. 30	10969	Berlin	030555442400	peter.schulz8@arge-sgb2.de
Schulz	Verena	team 2 Quartiersmanagement	Schwerinstr. 2			04213967032	team2-bremen@t-online.de
Schüppler	Ilka	Jugendzentrum „CM“	Curt-Böhme-Str. 5	07552	Gera	03654206721	club@jugendclub-cm.de
Schütte	Monika	KJGD Treptow-Köpenick	Salvador-Allende-Str. 80 a	12559	Berlin	03061723778	monika.schuette@ba-tk.verwalt-berlin.de
Schwabe	Reinhard	Stadt Jena, Jugendamt, Abteilung Jugendarbeit und -sozialarbeit	Gerbergasse 18	07743	Jena	03641492730	schwaber@jena.de
Schwarzkopf	Frank						
Schwerdtfeger	René	Walter-Kolb-Schule	Sossenheimer Weg 50 - 54	65929	Frankfurt/Main	06921245478	rene.schwerdtfeger@stadt-frankfurt.de
Seifert	Herbert	Regionalschulamts Chemnitz	Annaberger Str. 119	09120	Chemnitz	03715366475	
Selbach	Bernhard	Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt	Hermann-Pünder-Str. 1	50663	Köln	02218096240	b.selbach@lvr.de
Seusing	Beate	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES) an der Universität Hannover	Lister Str. 15	30163	Hannover	05113997269	seusing@ies.uni-hannover.de
Severin	Uta	Ausbildungsgemeinschaft IVB e. V.	Feldstr. 3	17033	Neubrandenburg	03955581257	abg.nbnet.de
Siegeroth	Klaus	ARGE „Arbeitsplus“ Bielefeld	Niederwall 39	33602	Bielefeld	05219237200	klaus.siegeroth@arbeitsagentur.de
Siegfried	Andrea	NNB e. V. Kompetenzagentur Neukölln	Glasower Str. 18	12051	Berlin	03024037238	siegfried@kompetenzagentur-neukoelln.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Siesslack	Julia	BildungsCent e.V. - Eine Initiative von Herlitz	Am Borsigturm 100	13307	Berlin	03043933918	siesslack@bildungscent.de
Sistemich	Norbert	Stadt Fulda, Amt für Jugend und Familie	Zitronemannsgässchen 2	36037	Fulda	06619015643	norbert.sistemich@fulda.de
Sollfrank	Karl	Max-Reger-Schule	Ulrich-Schönberger-Str. 3	92637	Weiden	0961391640	max-reger-schule@t-online.de
Sommer	Kathleen	Internationaler Bund (IB)	Gartenstr. 42	14482	Potsdam	03312378425	kathleen.sommer@internationaler-bund.de
Sparrer	Friedrich	Hauptschule Kolbermoor	Flurstr. 2a	83059	Kolbermoor	08031806976	Hauptschule-Kolbermoor@t-online.de
Spieker	Gabi	Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie	Hamburger Str. 37	22083	Hamburg	040428632488	gabi.spieker@bsf.hamburg.de
Splieth	Elke	ARGE Kreis Unna	Hansastr. 4	59425	Unna	02303271355	elke.splieth@arbeitsagentur.de
Spoerhase	Christian	Quartiersmanagement Leipzig-Grünau	Lilienstr. 1	04207	Leipzig	03419454776	QM-Gruenau-WK8@web.de
Steffen	Norbert	Ganztagschule	Mümmelmannsberg 75	22115	Hamburg	040428979234	steffen.GSM@hamburg.de
Stein	Alexandra	Städtische Kindertagesstätte	Thelottstr. 18	80933	München	08931220339	
Steinkühler	Judith	Gesundheit Berlin e. V.	Friedrichstr. 74	13349	Berlin	03044319074	steinkuehler@gesundheitberlin.de
Steinmair	Sabine	Stiftung SPI, Regiestelle LOS	Elberfelderstr. 6	10555	Berlin	03039063460	regiestelle@los-online.de
Stelte	Michael	NNB e. V. Kompetenzagentur Neukölln	Glasower Str. 18	12051	Berlin	03024037238	stelte@kompetenzagentur-neukoelln.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Stenzel	Thomas	Bezirksamt Lichtenberg, Jugendamt	Große-Leege-Str. 103	13055	Berlin	030902967660	thomas.stenzel@ba-libg.verwalt-berlin.de
Stolp	Anette	Stadt Chemnitz, Amt für Jugend und Familie	Bahnhofstr. 53	09106	Chemnitz	03714885153	anette.stolp@stadt-chemnitz.de
Stratmann	Robert	Hauptschule im Schulzentrum Brauck	Kortenkamp 19-21	45968	Gladbeck	0204396210	hpsbrauck@gelsennet.de
Stüer	Monika	Kompetenzagentur Bonn	Maxstr. 77	53111	Bonn	0228775234	monika.stueer@bonn.de
Stützer	Katrin	Bürgerbüro Chemnitz	Amselweg 43	09123	Chemnitz	0372093647	katrin_stuetzer@gmx.de
Szabo	Magitta	Offener Jugendtreff B 27	Straße der Einheit 27	99610	Sömmerda	03634621404	jugendhaus43@web.de
Tempel	Barbara	Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Kindertagesstätte „Findikus“	Otto-Nagel-Str. 21	02625	Bautzen	0359123176	
Thies	Reinhard	Diakonisches Werk der EKD, Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA)	Reichensteiner Weg 24	14195	Berlin	03083001350	thies@diakonie.de
Thomann	Frank	PAGA - Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitsuchende	Heinrich-Mann-Allee 103, Haus 44	14473	Potsdam	03318806001	Frank.Thomann2@arbeitagentur.de
Thum	Alf	Projekt „Cash & Carry“	Körnerstr. 56	04107	Leipzig	03413069696	
Tillmann	Anne	Planerladen e. V.	Rückertstr. 28	44147	Dortmund	0231828362	tillmann@planerladen.de
Tillmann	Frank	Deutsches Jugendinstitut e. V., Regionale Arbeitsstelle Halle	Franckeplatz 1, Haus 12/13	06100	Halle	03456817837	tillmann@dji.de
Träger	Christin	BildungsCent e.V. - Eine Initiative von Herlitz	Am Borsigturm 100	13307	Berlin	03043933918	ctraeger@bildungscent.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Tragsdorf	Dr. Klaus	BWP - Büro für Wirtschafts- und Projektberatung	Warschauer Str. 46	10243	Berlin	03029490517	info@bwp-berlin.de
Trapp	Sylvia	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kindertageseinrichtungen Halle gGmbH	Röchlstr. 20	04229	Leipzig	03414012728	sylviatrapp@web.de
Urbic	Ludger	Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit	Carl-Mosterts-Platz 1	40477	Düsseldorf	02114693164	urbic@bdkj.de
Vienken	Elke	Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde	Rathaus West	76133	Karlsruhe	07211335410	peter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de
Viets	Renate	Büro für Moderation, Planungsorganisation und Planungsgrundlagen	Schwerinstr. 2	28217	Bremen	04213967032	team2-Bremen@t-online.de
Vockeroth	Oliver	AWO Kreisverband Wittenberg e. V., Kinder- und Jugendhaus „Albatros“	Lerchenbergstr. 67	06886	Wittenberg	03491440343	albatros@awo-wittenberg.de
Vogt	Eva-Maria	Leopoldschule Karlsruhe	Leopoldstr. 9	76133	Karlsruhe	07211334694	leopold-ghs@karlsruhe.de
vom Hofe	Dr. Bernd	Luise-Rehling-Realschule	Friedensstr. 26	58097	Hagen	0233187604	drvomhofe@aol.com
von Ginsheim	Gabriele	Stiftung SPI, „Flucht nach vorn“	Lausitzer Str. 10	10999	Berlin	0306188081	fnv@stiftung-spi.de
von Hollen	Anke	Bertelsmann-Stiftung	Carl-Bertelsmann-Str. 256	33311	Gütersloh	052418181387	anke.vonhollen@bertelsmann.de
von Stengel	Andrea	Städtische Kindertagesstätte	Eduard-Spraner-Str. 15	80933	München	0893143440	
Wächter	Conrad	Jugendamt Essen	Viktoriastr. 41 a	45327	Essen	02018851481	conrad.waechter@jugendamt.essen.de
Wagner	Monika	Stadt Dessau, Jugendamt - Jugendhilfeplanung	PF 1425	06813	Dessau	03402041151	mwagner@dessau.de



Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Waidek	Bettina	Stadtteil-Schule Dortmund e. V.	Burgholzstr. 150	44145	Dortmund	02312227060	gniermann@stadtteil-schule.de
Warncke-Seithe	Eberhard	Stadtteilbüro Winzerla	Anna-Siemsen-Str. 25	07745	Jena	03641354570	warncke-seithe@stadtteilbuero-winzerla.jetzweb.de
Wegner	Bettina	Servicestelle CIVITAS, c/o Stiftung Demokratische Jugend	Grünberger Str. 54	10245	Berlin	03020078936	b.wegner@jugendstiftung.org
Wehmhöner	Margot	BKK Bundesverband, Referat Gesundheitsförderung und Selbsthilfe	Kronprinzenstr. 6	45128	Essen	02011791246	wehmhoenerM@bkk-bv.de
Weidemann	Holger	Grund-, Haupt- und Realschule	Beim Pachthof 15-17	22111	Hamburg	04042898323	hoxxx@web.de
Weis	Christian	Deutscher Bundesjugendring e. V.	Mühlendamm 3	10178	Berlin	03040040414	weis@dbjr.de
Weitz	Dieter	GHR-Bardoschule Fulda	Abt. Richard Str. 3	36041	Fulda	066179063	dieterweitz@gmx.de
Wendt	Gerhard	JAW Berlin, KJHZ Neukölln	Pfalzburger Str. 12	10719	Berlin	03066066446	hausbuckow@aol.com
Wieck	Solveig	BIG Städtebau, Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Eckernförder Str. 212	24119	Kronshagen	043154680	
Wiede	Roland	Jugendzentrum, „Altes Gut Burgau“ e. V.	Grenzstr. 1	07745	Jena	03641609710	altesgut@t-online.de
Wiederanders	Lutz	Jugendamt Leipzig, Straßensozialarbeit	Roßplatz 5/6	04103	Leipzig	03419604245	lutz.wiederanders@leipzig.de
Wiegleb	Claudia	Scharrenschule	Wetzendorerstr. 62	90427	Nürnberg	0911396801	c.wiegleb@online.de
Wiegleb	Jörg	Jugendmigrationsdienst, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.	Hauptstr. 47	92237	Sulzbach-Rosenberg	096619434	j.wiegleb@cjd-suro.de

Nachname	Vorname	Institution	Anschrift	PLZ	Stadt	Telefon	E-Mail
Wiesner	Henning	Stadt Schwedt/O., FB Jugend, Kultur und Sport	Lindenallee 25-29	16303	Schwedt/O.	03332446701	sks.stadt@schwedt.de
Wilhelm	Peter	Landkreis Merzig-Wadern, Kreisjugendamt	Bahnhofstr. 44	66663	Merzig	0686180165	p.wilhelm@merzig-wadern.de
Winter	Rüdiger	Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.	Besenbinderhof 60	20097	Hamburg	04028401623	ruediger.winter@hamburg.arbeitundleben.de
Wittke	Gerhard	steg Hamburg mbH	Schulterblatt 26 - 36	20357	Hamburg	04043139316	gerhard.wittke@steg-hh.de
Witzel	Thomas	Stiftung SPI, Regiestelle LOS	Elberfelder Str. 6	10555	Berlin	03039063472	Thomas.Witzel@los-online.de
Witzenhausen	Carola	Gesundheitsamt Kyffhäuserkreis	E.-König-Str. 7	99706	Sondershausen	03632741471	
Wolf	Dr. Gertrud	Transferstelle des BMBF-Programms „Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken“ im Deutschen Zentrum für Luft- u. Raumfahrt e. V.	Heinrich-Konen-Str. 1	53227	Bonn	02283821173	gertrud.wolf@dlr.de
Zaborowski	Stefan	Stiftung SPI, Niederlassung Land Brandenburg	Franz-Mehring-Str. 20	15230	Frankfurt/O.	03353872780	brandenburg@stiftung-spi.de
Zeißig	Katharina	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Servicestelle Ganztagsangebote Sachsen	Hoyerswerdaer Straße 1	01099	Dresden	03515634762	katharina.zeissig@dkjs.de
Zieske	Andreas	Bundesarbeitsgemeinschaft ÖRT	Prenzlauer Allee 36	10405	Berlin	03044301803	zieske@bag-oert.de
Zubrägel	Sabine	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Servicestelle Ganztagsangebote Sachsen	Hoyerswerdaer Straße 1	01099	Dresden	03515634762	Sabine.Zubraegel@dkjs.de